

Bulletin 6/2004

Wahrnehmen – Deuten – Handeln Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus

Zur Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

RAA Berlin e.V./VDK e.V.

Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Wo Rechtsextremismus beginnt, hört Demokratie auf 4
Lorenz Korgel

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – Grundsätze und Methoden

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur 6
Friedemann Bringt und Lorenz Korgel

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) 21
Bianca Klose

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin

Autonomes Outfit und bürgernahe Inhalte – Ausdifferenzierungen des Rechtsextremismus in Berlin 23
Annemarie Benzing

Rassismus, Diskriminierung und interkulturelle Defizite in Berlin – Schlaglichter 36
Annemarie Benzing und Timm Köhler

Erscheinungsweisen von Antisemitismus in Berlin 41
Catharina Schmalstieg

Handlungsfelder

Mobile Beratung an Schulen 43
Bianca Klose und Dorothea Schütze

Konzepte der Jugendarbeit und Beratung im Umgang mit Rechtsextremismus 50
Anke Zeuner

Jugendkulturen – Handlungsfeld oder Querschnittsaufgabe Mobiler Beratung? 58
Mathias Wörsching

Mobile Beratung von Jugendinitiativen »gegen rechts« 63
Mathias Wörsching

Vernetzung durch Bündnisse: Formen, Dynamiken und Wirkungen. 66
Ein theoretischer Blick auf die Berliner Praxis
Timm Köhler

Wie entsteht mehr demokratische Kultur im Stadtteil? 74
Bezirksbezogene Maßnahmen in Berlin
Björn von Swieykowski

»Kaum jemand fragt nach den Opfern.« 80
Interview mit Sabine Seyb von der Opferberatung ReachOut
Mathias Wörsching

Beispiele aus der Praxis der MBR

Eine Schülerinitiative – erfolgreich gegen Rechtsextremismus <i>Dorothea Schütze und Mathias Wörsching</i>	83
Kulturelle Events in rechtsextrem dominierten Sozialräumen – das Festival »nu pagadi« <i>Mathias Wörsching</i>	85
Die Beratung der Gruppe »Jugend denkt – SchülerInnen gegen Rassismus« <i>Mathias Wörsching</i>	86
Rechtsextreme Übergriffe im Stadtteil – was tun? Ein Beispiel lokaler Vernetzung <i>Björn von Swieykowski</i>	88
Keine rechtsextremen Feiern in Räumen des Bezirks! Mobile Beratung der kommunalen Politik im Umgang mit rechtsextremen Veranstaltungen <i>Bianca Klose</i>	89

Service

Autorinnen und Autoren	91
Adressenverzeichnis	93

Vorwort

Wo Rechtsextremismus beginnt, hört Demokratie auf

Lorenz Korgel

»Rechtsextremismus bleibt die größte Herausforderung unserer Demokratie.«

Sebastian Edathy, MdB, Mai 2004

Es gibt viele gute Gründe über den Zustand und die Entwicklung der Demokratie in Deutschland besorgt zu sein. Der schleichende Abbau des Sozialstaats und die damit einhergehende Polarisierung der Gesellschaft, der abnehmende Einfluss nationalstaatlicher Politik angesichts globaler Wirtschaftsprozesse, machtpolitisch motivierte Blockaden von Parteien und Interessengruppen und viele weitere Faktoren gefährden massiv das Vertrauen der Menschen in demokratische Systeme. Niedrige Wahlbeteiligungen sind ein Ausdruck dieses Misstrauens gegenüber der Problemlösungsfähigkeit einer Demokratie. Viele Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik verlieren das Interesse an der Ausgestaltung und Entwicklung des politischen Lebens und resignieren. Auf »die da oben« wird geschimpft, aber an einen Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen durch bürgerschaftliches Engagement und Mitbestimmung glauben die meisten nicht mehr. Es ist alles »egal«.

Rechtsextremismus nutzt diesen labilen Zustand sehr subtil und gedeiht besonders dort, wo demokratische Strukturen und demokratische Kultur erodieren. Seinen Erfolg feiert er bemerkenswerterweise nicht bei Wahlen (von Ausnahmen wie der Kommunalwahl in Sachsen abgesehen), sondern im Alltag des demokratischen Gemeinwesens selbst. Die Wirkungsmacht rechtsextremer Ideologien wird durch die oben angesprochene »Man-kann-ja-doch-nichts-machen«-Haltung begünstigt. Rassistische Angriffe und Beleidigungen und die Präsenz rechtsextremer Gruppen im öffentlichen Raum sind vor allem dort demütigend und bedrohlich, wo es keinen Widerspruch gibt, keinen Ansprechpartner, an den man sich wenden kann und wo alle auf die Zuständigkeit des anderen verweisen. Die Folgen dieser Zustände sind nicht zu unterschätzen. Rechtsextremismus wird in seiner sichtbaren Form gerne abgetan als ästhetische Belästigung durch Bier trinkende Dummköpfe. Die inhaltliche Dimension wird dagegen häufig davon abgetrennt bzw. in eine Reihe politischer »Extreme« gestellt, die es auf unsere Verfassung abgesehen haben. Der Extremist ist im deutschen Alltagsverständnis auch gleichzeitig der Spinner. Seine Ansichten sind so absurd, dass man

sich nicht darum scheren muss. Auf diese Weise bleibt der zentrale Widerspruch zwischen Rechtsextremismus und Demokratie unbeachtet. Man könnte auch sagen: Wo Rechtsextremismus anfängt, hört Demokratie auf. Die Erklärung dafür ist einfach. Demokratie beruht u. a. auf der Idee, dass Entscheidungen auch von jenen akzeptiert werden, die im Entscheidungsverfahren unterlegen sind. In der westlichen Demokratie werden Entscheidungen in geregelten Mehrheitsverfahren hergestellt. Die unterlegenen Parteien, also die politische Minderheit, akzeptiert Abstimmungsniederlagen nur, weil ihnen die Möglichkeit gegeben wird, bei der nächsten Entscheidungsfindung eventuell zur Mehrheit zu werden.

Die Entscheidungsfindung der Rechtsextremisten verläuft anders. Im Rechtsextremismus gibt es eine Mehrheit in Form der »gesunden, deutschstämmigen Volksgemeinschaft«, die auch immer Mehrheit bleibt. Minderheiten, die nicht ins ideologische Konzept passen wie Behinderte, Linke oder Asylbewerber, werden einfach abgeschafft oder außer Landes gebracht (»Ausländer raus«). Minderheiten werden qua Ideologie dauerhaft Mitbestimmungs- und Grundrechte entzogen. Unter diesen Bedingungen werden weder strukturelle noch politische Minderheiten negative Entscheidungsfindungen akzeptieren. Die Konsequenz ist entweder Bürgerkrieg oder der faschistische Unterdrückungsstaat, in jedem Fall aber das Ende der Demokratie.

Das Erschreckende ist, dass dieses Konzept sehr einfach, auch von Bier trinkenden Dummköpfen, (ob gewollt oder ungewollt) umzusetzen ist. Ein öffentlicher Raum, dominiert von einer Gruppe rechtsextremer Personen, ist für einen Punk oder einen Menschen mit dunkler Hautfarbe ein versperrtes Territorium. Das rechtsextreme Bedrohungsszenario bedeutet schlicht die »Abschaffung« dieser Minderheiten in diesem Raum. Demokratie ist in diesem Moment nur noch die Mehrheits Herrschaft, die es ohnehin immer bleiben wird.

Es gilt deshalb, in solchen lokalen Räumen Menschen zu animieren, sich für Minderheitenschutz und für eine demokratische Kultur einzusetzen und zusammenzuschließen. Die sozialräumliche Dimension des Rechtsextremismus und die Notwendigkeit, eine demokratische Zivilgesellschaft kommunal zu stärken, erfordert besondere Maßnahmen, Interventionen und Konzeptionen, die konkret im Gemeinwesen ansetzen. Das Landesprogramm »Tolerantes Brandenburg« und später das Bundesprogramm CIVITAS schufen mit den MBTs eine Struktur, die dieser Anforderung entspricht. Die Teams fahren zu den Menschen und ihren Problemen an ihren Wohn- oder Arbeitsorten. Dort achten sie genau auf die Rahmenbedingungen des Problems, auf die Möglichkeiten der Akteure und die örtlichen Ressourcen für einen Prozess der Problembearbeitung. Im Gegensatz zu vielen anderen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zieht Mobile Beratung kein Konzept aus der Tasche. Die BeraterInnen bringen eher »Erfahrungen«, Hintergrundinformationen und spezifische Methoden mit, mit denen sie die

Akteure in der selbstständigen Konzeptentwicklung unterstützen und stärken.

Wie sich diese Arbeit konkret gestaltet, beschreibt die Berliner Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in dem vorliegenden Heft. Zunächst erläutern Friedemann Bringt und Lorenz Korgel das grundlegende Selbstverständnis Mobiler Beratung. Aus den Konzeptionen und Veröffentlichungen der ostdeutschen MBTs destillieren die Autoren wesentliche Kernbestandteile des Beratungsansatzes, ohne unterschiedliche Herangehensweisen und Profile der MBTs zu nivellieren. Im darauf folgenden Abschnitt fassen Anne Benzing, Timm Köhler und Catharina Schmalstieg aktuelle rechtsextreme, rassistische und antisemitische Tendenzen und Erscheinungsformen in Berlin zusammen und belegen die Ausdifferenzierung und die Alltagsrelevanz des Phänomens. Die beiden anschließenden Kapitel behandeln die konkrete Arbeit der MBR in Verbindung mit den zugrunde liegenden Konzeptionen der Handlungsfelder. Gemeinsam mit zwei Mitarbeiterinnen aus Partnerprojekten (Dorothea Schütze und Sabine Seyb) reflektieren die BeraterInnen der MBR die Möglichkeiten und Grenzen der prozessorientierten Beratung zur Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus für ein menschenrechtlich orientiertes und vernetztes Gemeinwesen.

Das Heft ist allerdings nicht nur die Dokumentation von Arbeitsansätzen und Fallarbeit, sondern gleichzeitig auch das Zwischenergebnis eines dreijährigen Prozesses, bei dem sich mit der MBR ein Modellprojekt des Bundesprogramms CIVITAS zu einem verlässlichen und lokal verankerten Partner für die Berliner Initiativenlandschaft entwickelt hat. Auch die administrativen und politischen Institutionen in Berlin greifen zunehmend auf die Expertise des Teams zurück. Diese Entwicklung spiegelt sich u. a. in der Kofinanzierung seitens des Landes Berlin aus dem Programm des Berliner Beauftragten für Integration und Migration wider.

Das vorliegende Heft ist aber auch ein Baustein innerhalb der Konzeptentwicklung Mobiler Beratung insgesamt und ergänzt die inzwischen zahlreichen Publikationen aus dem Kreis der ostdeutschen Mobilen Beratungsteams. Diese professionelle Beratungsstruktur steht allerdings gegenwärtig vor einer unsicheren Zukunft. Bis auf das Land Brandenburg, welches »sein« MBT bereits seit Jahren in einem vorbildlichen Landesprogramm voll finanziert, gibt es bisher aus keinem Bundesland eine verlässliche Aussage über künftige Projektlaufzeiten. Durch diesen Umstand wissen die MitarbeiterInnen der Teams eigentlich nie, ob es ihre Jobs zu Neujahr noch geben wird. Angesichts dieser Rahmenbedingungen sind die Leistungen und Ergebnisse der Arbeit um so bemerkenswerter. In nur wenigen Jahren konnten Kommunikations- und Problembearbeitungsprozesse initiiert werden, die positive Visionen des demokratischen Gemeinwesens jenseits von Skandalisierung und Banalisierung rechts-

extremer Erscheinungsformen ermöglichen. Gleichwohl zeigt die fast tägliche brutale rechtsextreme Gewalt und auch das dominante Auftreten der (noch) Gewalt verneinenden Rechtsextremisten die Spitze eines Eisberges. Nur wenn die Akteure einer demokratischen Zivilgesellschaft einen langen Atem haben und in ihrem Engagement unterstützt und anerkannt werden, kann eine demokratische Kultur geschaffen werden, die nicht mehr so leicht Schiffbruch erleidet.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – Grundsätze und Methoden

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur⁽¹⁾

Friedemann Bringt und Lorenz Korgel

Vorgeschichte Mobiler Beratung⁽²⁾

Die Idee der Mobilen Beratung entstand Anfang der neunziger Jahre in Brandenburg. Im Zusammenhang mit dem massiven Anstieg rechtsextremer Gewalt wurde nach einem spezifischen Beratungsprofil gesucht, welches angemessen auf die entstandene »Irritation« über rechtsextreme Erscheinungsformen bei lokalen Akteuren und Verantwortungsträgern reagieren und diese in zivilgesellschaftliches Handeln umsetzen konnte. Waren Mobile Beratungsteams (MBTs) damals noch als »Feuerwehr«, also im Zusammenhang mit »öffentlicher Erregung« nach Gewalttaten unterwegs, veränderte sich das Profil des MBT Brandenburg Mitte der Neunziger zu einem Präventions- und Interventionsmodell. Mit der Entstehung des Landesprogramms »Tolerantes Brandenburg« 1998 wurde das MBT zu einem systematischen Beratungsangebot im kommunalen Raum. Brandenburg gilt bis heute als Vorreiter der Mobilen Beratung. Nur in Sachsen-Anhalt wurde durch das Landesprogramm »Weltoffenes Sachsen-Anhalt« in eine ähnliche Richtung gedacht. Erst das Bundesprogramm CIVITAS eröffnete die Möglichkeit, den Ansatz Mobiler Beratung auf ganz Ostdeutschland auszudehnen, so dass seit der zweiten Jahreshälfte 2001 auch in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen MBTs arbeiten. Diese Teams zeigen in ihren Ausrichtungen und Schwerpunktsetzungen Unterschiede. In ihrer Konzeption ähneln sie sich allerdings. Zur Weiterentwicklung des Ansatzes der Mobilen Beratung sind die MBTs in verschiedenen Arbeitskreisen und Koordinierungsgremien vernetzt. Koordiniert wird diese Vernetzung durch die RAA in Berlin im Verbund mit der »AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus«.

Warum Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus?

Auf den ersten Blick erscheint es wenig logisch: Eine rechtsextreme Jugendgruppe schlägt in der Ortschaft Klein-Reisig⁽³⁾ nach einem nächtlichen Saufgelage auf einen Punker ein, am Tag davor beschimpft eine Bürgerin im Supermarkt eine andere Bürgerin mit schwarzer Hautfarbe, wiederum einen Tag zuvor startet die Bürgerinitiative »Schöner wohnen« eine erfolgreiche Kampagne gegen die Neuansiedlung eines Heims für Asylbewerber. Weshalb ist eine der möglichen Antworten auf diese Missstände, »mehr Demokratie« oder »mehr demokratische Kultur« zu fordern? Wäre es nicht sinnvoller, die Gewalttäter in Projekten der Jugendarbeit zu verwahren oder schon früh in die Erziehung von Kindern zu investieren? Oder sollte gegen den Alltagsrassismus nicht ausschließlich eine Reihe aufklärender Veranstaltungen gestellt werden?

Die Bedeutung demokratischer Kultur und demokratischer Zivilgesellschaft für demokratische Systeme wird nicht erst heute erkannt. Bereits die frühen Theoretiker der Aufklärung befassten sich mit diesen Aspekten. Heute gilt die Zivilgesellschaft als eine Sphäre zwischen Staat und Ökonomie, in der sich freie BürgerInnen in freien Assoziationen für ihre und für die Interessen des Gemeinwohls einsetzen. Dieser idealistischen Interpretation entsprechend gilt Zivilgesellschaft als Quelle für politische Innovation und die Herausbildung einer Identifikation des Einzelnen mit dem Gemeinwesen. Inzwischen wird das Thema und der Begriff »Zivilgesellschaft« breit diskutiert und wegen seiner z. T. verschleiern Funktion auch kritisiert. So ruht in der Vorstellung von Zivilgesellschaft als gleichberechtigter Sphäre, in der Menschen sich auf die Grundlagen des »guten« Lebens verständigen, in der Tat eine verklärende, Machtverhältnisse und Interessenseinflüsse negierende Komponente.⁽⁴⁾

Die Idee, rechtsextremen »Kontrastkulturen« und rassistischen Einstellungen eine vitale, demokratisch orientierte Zivilgesellschaft entgegenzustellen, entsprang mehreren Erkenntnissen und Erfahrungen, die auf einen eher antidemokratischen Charakter der vorgefundenen Bürgergesellschaft hindeuteten:

Das Schockierende an den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen war nicht nur das Ausmaß der Gewalt, sondern die Zustimmung der »gewöhnlichen deutschen« Nachbarn. Zu Tausenden applaudierten ganz normale Bürgerinnen und Bürger dem rassistischen Spektakel von Rostock-Lichtenhagen. Rassistische Gewalt schien also nur ein vorgelagertes, offensichtliches Problem zu sein, ein Ventil für die rassistischen Einstellungen in weiten Teilen der Bevölkerung.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigten derweil, dass 17% der ostdeutschen Bevölkerung ein rechtsextremes Einstellungspotenzial aufwiesen, während der Wert in Westdeutschland bei 12% lag.⁽⁵⁾ Besonders alarmierend war jedoch der in der ostdeut-

schen Bevölkerung einsetzende Delegitimierungsprozess der Demokratie als politischem System. 1998 waren dem Politikwissenschaftler Stöss zufolge 72% der Ostdeutschen mit der deutschen Demokratie unzufrieden und 43% konnten damals gar als »systemverdrossen« gelten.⁽⁶⁾

Seit 1990 gelang es rechtsextremen Szenen, sich in ostdeutschen Kommunen zunehmend zu etablieren und ein Beziehungsgeflecht zwischen organisierten Strukturen und informell-kulturellen rechtsextremen Jugendszenen aufzubauen. Ausgestattet mit einem ausdifferenzierten Angebot an rechtsextremer Musik, Kleidung und Symbolik wurde Rechtsextremismus zum jugendkulturellen Alltagsphänomen. Eine Dynamisierung erfuhr diese Szene durch das Fehlen kultureller Alternativen. Insbesondere in kleinen Ortschaften und in einzelnen Stadtteilen verblieb nur die rechtsextreme Jugendclique als Sozialisationsinstanz für die nachwachsenden Generationen.

Wurde auf die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock zu Beginn der neunziger Jahre noch mit der einseitigen Förderung von so genannter Akzeptierender Jugendarbeit reagiert, so entwickelte sich in Wissenschaft und zivilgesellschaftlicher Praxis in der zweiten Hälfte jenes Jahrzehnts ein kritischer und zugleich innovativer Diskurs über andere Perspektiven in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Es entstand einerseits eine profunde kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit⁽⁷⁾ und andererseits die Forderung nach Unterstützung ziviler Gegenkräfte.⁽⁸⁾ Der zuletzt genannte Aspekt entwickelte sich aus den Praxiserfahrungen verschiedener Akteure und Initiativen, die über Jahre in der interkulturellen Arbeit oder in der Beratung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus tätig waren. Ihrer Erfahrung zufolge scheiterte eine wirkungsvolle Intervention nicht nur an starken rechtsextremen Strukturen, sondern auch an Blockaden lokaler Verwaltungen und an den fehlenden Ressourcen für demokratische Gegenkräfte in der zivilgesellschaftlichen Sphäre.

Verschiedene Studien belegen diese Defizitanalyse. Ihnen zufolge besteht in Ostdeutschland ein geringer »zivilgesellschaftlicher Organisationsgrad« bei einem gleichzeitig hohen Potenzial in der ostdeutschen Bevölkerung für wenig formalisiertes und flexibles »bürgerschaftliches Engagement«.⁽⁹⁾ Obgleich also in Ostdeutschland ein hohes demokratisches Potenzial besteht, scheint sich ein unabhängiger »Sektor« zwischen Staat und Privatsphäre, der in der DDR nur sehr rudimentär vorhanden war⁽¹⁰⁾, auch nach 1990 nicht »von selbst« zu entwickeln.

Verbunden mit dieser Erkenntnis wurden Demokratieentwicklung und eine stärkere Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Ostdeutschland zu den zentralen Forderungen von Akteuren für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus. Bald entwickelten sie daraus abgeleitet Strategien, die an den Lebenswelten der örtlichen Akteure anknüpften. Seitdem gelten die lokale/kommunale Ausrichtung, die Einbeziehung sozialer und kultureller Ressourcen lokaler Akteure und die Berücksichtigung der Per-

spektive potenzieller Opfer rechtsextremer Gewalt als Maßstäbe jener Strategien. Ziel ist demzufolge nicht nur die Entwicklung von Demokratie in Form von verbesserter Partizipation, sondern auch eine an Menschenrechten orientierte demokratische Kultur in den Gemeinwesen.

Dieser Anforderung folgend wurden 1998 in Brandenburg und 1999 in Sachsen-Anhalt Landesprogramme initiiert, die gezielt demokratische Entwicklungsprozesse implementieren und unterstützen sollten und Wert auf fachliche Kompetenz und Beratung legten. Speziell in Brandenburg wurde dieser Ansatz mit dem Konzept eines unabhängigen Mobilen Beratungsteams (MBT) zu einem Beratungsprofil, welches sich unverzichtbar gemacht hat.

Mobile Beratung (MB) ist keine Alternative zu anderen Interventions- oder Präventionsansätzen, sondern eine Möglichkeit, die unterschiedlichen Projekte und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus oder für eine demokratische Kultur an die örtlichen Bedingungen anzupassen, so dass nachhaltige Effekte entstehen. Damit ist die lokale Bezogenheit eine strikte Voraussetzung Mobiler Beratung. Sie erliegt dabei nicht der Illusion, Rechtsextremismus mit seinen gesellschaftlichen Verwurzelungen restlos beseitigen zu können. Stattdessen sind das Ausmaß der rechtsextremen Wirkungsmacht und die rechtsextreme Dominanz im öffentlichen Raum die veränderbaren Variablen.

Was ist Mobile Beratung?

Ein spezifisches Angebot kommunaler Beratung

Zweifelsohne wächst die Bedeutung der politischen Beratung in den Demokratien der Gegenwart. Gesellschaftliche Entwicklungen sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu ausdifferenziert und zu anspruchsvoll, um von einzelnen Verantwortlichen vollständig und fachgerecht behandelt zu werden.

Dies gilt auch für die Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Spannungsverhältnis zu einer demokratischen Zivilgesellschaft. Die Schuldirektorin, der Jugendsozialarbeiter oder eine Bürgermeisterin kann nur schwerlich in ihrem Arbeitsalltag die verschiedenen Aktivitäten, Dimensionen und Entwicklungen des Rechtsextremismus verfolgen. Dies ist zumindest ein Grund, weshalb politische Akteure und Verantwortungsträger bei der Frage nach fachlichen Maßnahmen und Standards der Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus häufig mit den Schultern zucken. An dieser Stelle setzt Mobile Beratung an: Sie hat ein spezielles Wissen zu Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Facetten, ihr Beratungsgegenstand und -ziel ist aber die menschenrechtlich orientierte demokratische Kultur. Diese Verknüpfung ist eine Besonderheit Mobiler Beratung, ein spezifisches Angebot, welches von keinem lokalen Akteur auf diese Weise praktiziert wird.

Die Ziele der MBTs, ihre Kompetenzen, Selbstverständnisse, Methoden und Angebote von Beratungs-

prozessen stehen im Zentrum dieses Artikels, der sich darauf beschränkt, Veröffentlichungen Mobiler Beratungsteams in Ostdeutschland auszuwerten. Ansätze in Westdeutschland oder im europäischen Ausland konnten nicht berücksichtigt werden, da ihre Kompatibilität zu den Konzepten Mobiler Beratung in Ostdeutschland noch geklärt werden muss.⁽¹¹⁾

Ziele Mobiler Beratung

Die Ziele Mobiler Beratung können in verschiedenen Dimensionen dargestellt werden. Ähnlich der sozialen Arbeit liegen auch der Mobilen Beratung langfristige, mittelfristige und kurzfristige Ziele zugrunde.⁽¹²⁾ Die langfristigen Grundsatzziele bzw. Leitbilder und die daraus abgeleiteten mittelfristigen Rahmenziele (angelegt für den Zeitraum der Projektdauer) ergeben sich einerseits aus dem Auftrag und andererseits aus dem Selbstverständnis der MBTs und ihrer Trägerorganisationen. Die Zielvorstellungen des Auftraggebers der MBTs lassen sich nachlesen in den Civitas-Leitlinien des Bundesministeriums für Frauen, Soziales, Familie und Jugend (BMFSFJ). Die Trägerorganisationen der MBTs formulierten in ihren Anträgen und Konzeptionen die Rahmenziele angepasst an die Civitas-Leitlinien als Grundlage für die Arbeit in den verschiedenen Regionen.⁽¹³⁾ Die Ergebnisziele (konkrete Vorhaben meist mit ein- bis zweijähriger Dauer) beziehen sich eher auf die konkreten Erfordernisse der Zielgruppen bzw. der Projekte/Beratungsfälle und werden in der Praxis einzelner Teams generiert.

Die folgende Übersicht ist an dieser Praxis orientiert, muss also nicht in jedem Fall für jedes Team die Handlungsmaxime sein. Die hier aufgeführten Ziele sind beispielhaft und idealtypisch. Die Ergebnisziele können nur in den konkreten Arbeitszusammenhängen, also bezogen auf die konkreten Bedingungen der Problemfälle, entwickelt werden.

Im Einzelnen ergibt dies folgende auseinander abgeleitete Zielabfolge:

Grundsatzziele:⁽¹⁴⁾

- Ziel des CIVITAS-Programms ist es, »eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur in den neuen Bundesländern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, entgegenzusetzen«.
- »Das Programm soll dazu beitragen, die vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen im Gemeinwesen weiter zu stärken und modellhaft weiterzuentwickeln.«
- »Zielstellung für die Arbeit von Mobilen Beratungsteams (MBT) ist ein für die Bürgerinnen und Bürger spürbarer Zugewinn an Demokratie.«
- »Minderheitenschutz und kommunale Integrationspolitik sind zentrale Anliegen der MBTs. So

mit tragen sie zur Sicherheit im und Offenheit des öffentlichen Raums bei und erhöhen die Qualität des kommunalen Wirtschaftsstandortes.«

Rahmenziele:⁽¹⁵⁾

- Eindämmung rechtsextremer Dominanzverhältnisse im öffentlichen Raum
- Die Übernahme von Verantwortung durch Jugendarbeit, Schule, Verwaltung und Politik im Handeln gegen Rechtsextremismus
- Eine selbstständige und aktive Zivilgesellschaft für Demokratie und Menschenrechte
- Solidarität mit potenziellen Opfern rechtsextremer Gewalt
- Eine für die Probleme des Rechtsextremismus sensibilisierte kommunale Öffentlichkeit
- Aufwertung zivilgesellschaftlichen Engagements
- Aufbau einer Zivilgesellschaft als ein vernetztes und kooperatives Projekt mit Hilfe demokratischer Initiativen
- Kompetenzsteigerung der demokratischen Akteure: Menschen nutzen ihre Möglichkeiten im Engagement für eine demokratische Kultur.
- Aufbau einer Öffentlichkeit für gelungene Initiativen
- Schaffung und Sicherung von Räumen und Alternativangeboten für Initiativen zur Etablierung und Sicherung demokratischer Projekte, Dialoge und Diskurse
- eine Kultur des Dialogs entwickeln, Verständigungsprozesse, Konflikt- und Streitfähigkeit stärken
- Öffentlichkeit und Anerkennung für Initiativen gegen Rechtsextremismus

Ergebnisziele:

- Initiativen setzen Projekte selbstständig um und erzielen konkrete Ergebnisse (z. B. Broschüren, Ausstellungen, Veranstaltungen etc.).
- »Schneeballeffekte« - Eine Beratung zieht viele Beratungen und Maßnahmen nach sich.
- Eindämmung rechtsextremer Dominanzverhältnisse in einzelnen Einrichtungen der Jugendarbeit, Schulen und an öffentlichen Orten. Einschränkung rechtsextremer Wirkungsmacht auf Jugendliche. Fernbleiben rechtsextremer Kader aus öffentlichen Einrichtungen.
- Aus Privatmenschen werden Akteure - die Aktivierung bisher untätiger Personen, z. B. in Initiativen, Bündnissen, Demonstrationen, Netzwerken etc.
- Initiativen und alternative Jugendgruppen verfügen über Räume, in denen sie sich entfalten können.
- Öffentliche Präsenz der Akteure (wenn sie es wünschen). Dokumentationen, Presse, Funk und Fernsehen, Produkte wie Schülerzeitung, Filme über Initiativen und Projekte.
- Das Engagement von Akteuren außerhalb ihrer Funktionssysteme. Ein Amtsinhaber besucht z. B. ein Asylbewerberheim und interessiert sich für die

Probleme Asylsuchender. Langfristiges Engagement von LehrerInnen und SchülerInnen außerhalb der Schule, z.B. Projekte wie »SchülerInnen gegen Nazisymbole in der Öffentlichkeit«.

Zielgruppen Mobiler Beratung

Die Zielgruppen Mobiler Beratung ergeben sich aus den Zielbeschreibungen fast von selbst. Wegen des zivilgesellschaftlichen, lokalen Ansatzes der MBTs steht die Arbeit mit örtlichen Akteuren im Vordergrund. Hier sind lokale Initiativen und ihre Netzwerke, alternative Jugendgruppen, Jugendarbeit, Schulen und kommunale Politik/Verwaltung häufig Partner und Beratungsnehmer. Aber auch Kirchengemeinden und Verbände wie z.B. Sportbund, Feuerwehrverband oder Gewerkschaften sowie Polizei und Wirtschaftsunternehmen sind in die Konzeption eingebunden. Im Sinne der Zielformulierung »Solidarität mit Opfern rechtsextremer Gewalt« sind MBTs auch Ansprechpartner nach einer Gewalttat oder präventiv. Die Teams vermitteln in erster Linie die schnelle Betreuung durch die »Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt« und agieren mit diesen in enger Abstimmung. Allerdings übernehmen MBTs häufig im Umfeld der Opfer beratende Funktionen, z.B. wenn Eltern ihre Betroffenheit in politisches Handeln umsetzen wollen.

Ein oft diskutiertes Thema ist die Frage, inwieweit rechtsextreme Jugendliche selbst Zielgruppe der Mobilen Beratung sind. Dabei wurde u. a. bemerkt, dass MBTs, wie das Bundesprogramm CIVITAS insgesamt, den rechtsextremen Problemgruppen zu wenig Aufmerksamkeit schenken würden.⁽¹⁶⁾ In der Tat betonen Konzeptionen Mobiler Beratung, dass rechtsextreme Jugendliche nur in Ausnahmefällen⁽¹⁷⁾ zur Zielgruppe gehören. Die MBTs ziehen damit eine Konsequenz aus zurückliegenden wissenschaftlichen Debatten, die »der Täterfixierung und der (Sozial)Pädagogisierung von Problemkonstellationen früherer Programme«⁽¹⁸⁾ entgegenwirkt, indem sie auf die Stärkung demokratischer Strukturen setzt.

Gleichzeitig nehmen die meisten MBTs die inhaltliche Kritik einiger wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Autoren ernst und bevorzugen die Einführung qualitativer Voraussetzungen und die Einbeziehung sozialräumlicher Dimensionen in die Debatte um Jugendarbeit mit rechtsextremen und rechtsextrem-orientierten Jugendlichen.⁽¹⁹⁾

Wegen der erwähnten fachlichen Bedenken gegenüber den Modellen der Akzeptierenden Jugendarbeit ist die Unterstützung und Beratung von Jugendsozialarbeitern, die dieses Konzept verfolgen, zumeist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft.⁽²⁰⁾ Auf die einzelne Einrichtung bezogen ist die Beratung im hier erwähnten Kontext dann mit den Zielen Mobiler Beratung zu vereinbaren, wenn bestimmte fachliche Standards gelten und die Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen reflektiert werden. Vorteilhaft wirkt die Anerkennung von politischen Rückwirkungen der Ju-

gendarbeit auf den Sozialraum. So konterkariert eine Jugendsozialarbeit, die die Bedürfnisse des jugendlichen rechtsextremen Kaderns in den Vordergrund stellt, und jegliche Überlegungen zur rechtsextremen Wirkungsmacht im Sozialraum ablehnt, Maßnahmen, die auf eine Demokratisierung und zivile Sicherung des öffentlichen Raumes abzielen. Die Grenze der Beratungsmöglichkeit verläuft, dem MBT-Diskurs zufolge, dort, wo ein Auftrag nicht möglich ist, weil Rechtsextremismus als unproblematisch eingeschätzt wird und wenn die rechtsextreme Dominanz in der Einrichtung eine offene Kommunikation unmöglich macht.

Die MBTs setzen selbst kaum Projekte mit Jugendlichen um, sondern beraten die Jugendsozialarbeit und die MultiplikatorInnen vor Ort fachlich. Dies kann einerseits der Fall sein, wenn, wie oben beschrieben, öffentliche Einrichtungen nach Konzepten und Möglichkeiten suchen, eine rechtsextreme Dominanz zu vermindern. Andererseits kann aber auch die Arbeit mit den Jugendlichen selbst zum Beratungsgegenstand werden. Hier steht meistens die Suche nach angemessenen Projektformen im Vordergrund.

Auf der kommunalen Ebene ist eine demokratische Positionierung eine günstige Rahmenbedingung, um diskursiv mit den entsprechenden Entscheidungsträgern eine Jugendarbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen zu konzeptionieren. Diese Positionierung sollte Auskunft darüber geben, welches Ziel eine solche Jugendarbeit verfolgt und wie nicht-rechte Jugendgruppen geschützt und gefördert werden sollen. Unabhängig davon stehen MBTs als Ansprechstationen für rechtsextreme Jugendliche bereit, sofern diese nach einer Möglichkeit zum Ausstieg suchen. Die MBTs übernehmen die Begleitung des Ausstiegs allerdings nicht selbst, sondern vermitteln professionelle Hilfen für Aussteiger, die aus rechtsextremen Szenen herauswollen.

»Externe Kompetenzen« als Spezifika Mobiler Beratung

Auf ihrer Fachtagung 2001 stellten die MBTs noch fest: »MBTs vermitteln Angebote und Möglichkeiten, nehmen somit auch verstärkt »Servicefunktionen« ein.«⁽²¹⁾ In den dokumentierten Vernetzungsprozessen der Folgejahre war dagegen auffällig, dass Begriffe wie »Service« oder »Dienstleistung für Zivilgesellschaft« nur selten Anwendung fanden. Die prozessorientierte Beratungsweise der MBTs, wonach die Teams keine fertigen Konzepte mitbringen (anbieten), sondern durch ihre externen Kompetenzen ortsbezogene Handlungsansätze ermöglichen, die von den Betroffenen selbst entworfen und umgesetzt werden müssen,⁽²²⁾ ist kaum mit einem herkömmlichen Verständnis von »Dienstleistung« zu vereinbaren. Vielmehr ist Mobile Beratung als ein Angebot von Kompetenzen und Möglichkeiten zu verstehen, derer sich die Akteure zur Umsetzung ihrer eigenen Ideen bedienen können.

Weil Mobile Beratung für Demokratieentwicklung als Querschnittsaufgabe zu verstehen ist, die in verschie-

denen sozialen Systemen ansetzt, müssen auch die Kompetenzen der Teams interdisziplinär sein und flexibel auf die Problemlagen in den Regionen und Bezirken reagieren können.

Daher weist Mobile Beratung spezifische Fachkompetenzen auf: So etwa analytische und sozialwissenschaftliche Kompetenzen, Kompetenzen der Prozessanleitung und -begleitung, Fachwissen zu Formen der lokalen Demokratieentwicklung und Fachwissen zu Inhalten, Strukturen und Erscheinungsformen des Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Infolgedessen setzen sich die Teams derzeit aus pädagogisch und/oder sozial- bzw. politikwissenschaftlich sowie kultur-, kommunikations- und geschichtswissenschaftlich qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen.⁽²³⁾ Die Projekte verfügen weiterhin »über Ressourcen aus den Bereichen Projektmanagement, Netzwerk- bzw. Bildungsarbeit, interkulturelle Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und systemische Beratung (...).«⁽²⁴⁾ Außerdem bestehen die Teams aus Personen, die meistens schon über lange Erfahrungen in der ehrenamtlichen oder hauptberuflichen zivilgesellschaftlichen Arbeit verfügen.⁽²⁵⁾

Mobile Beratung (MB) agiert in unterschiedlichen Zielgruppen. Ihre Externität ist hierfür ein entscheidender Vorteil. Als externe und kompetente Personen werden Mobile BeraterInnen von den Akteuren nicht als »neutral« aber doch als unbefangen wahrgenommen. Dies kann zum einen ein Nachteil sein, wenn BeraterInnen als Außenstehenden nicht zugetraut wird, die lokalen Binnenverhältnisse wirklich zu kennen. Zum anderen wird MBTs häufig aber auch ein Vertrauensvorschuss entgegen gebracht, weil ihnen im örtlichen Machtgefüge keine eigenen Interessen unterstellt werden können. Um sich diesen Vorteil zu wahren ist Mobile Beratung flexibel kommunikationsfähig. Konkret bedeutet dies eine Teamzusammenstellung, die das Verstehen und Agieren in lokalpolitischen, interkulturellen und soziokulturellen Diskursen ermöglicht.

Diese spezifischen Kompetenzen gepaart mit profundem Fachwissen und detaillierten Kenntnissen des örtlichen Sozialgefüges ermöglichen spezielle Herangehensweisen und Beratungsschritte der Mobilen Beratung. Diese beziehen stets die besonderen Erfordernisse des Beratungsfalles bei der Lösung ein und berücksichtigen die besonderen Handlungsmöglichkeiten der Akteure und die Bedingungen ihrer Sozialräume. Die Bereitstellung »externer Kompetenz« Mobiler Beratung ermöglicht eine Zentrierung auf die Probleme der Akteure und eine Orientierung, die nicht auf punktuelle Lösungen zielt, sondern auf integrative Lösungsprozesse.

Prozess- und Akteursorientierung der Mobilen Beratung

Prozessorientierung und das Verhältnis der MBTs zu kommunalen Akteuren

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für demokratische Kultur ist keine Ratgeberzentrale mit fertigen Rezepten. Sie geschieht vielmehr als partizipativer Prozess an Ort und Stelle, zu den Zeiten und in dem Tempo, wie es für die lokalen Partner erforderlich ist. Mobile Beratung tritt in den Dialog und bezieht lokale Akteure aktiv in die Lösungsfindung ein.

Dieser Herangehensweise liegt ein bestimmtes Verständnis zivilgesellschaftlicher Beratungsarbeit zugrunde, wie es verschiedene RAA formuliert haben.⁽²⁶⁾ Demzufolge sind zivilgesellschaftliche Prozesse dann erfolgreich, wenn

- die örtlichen Akteure sie selbstverantwortlich umsetzen und entwickeln,
- sie ihre Kompetenzen und Ressourcen optimal entfalten können,
- sie eingebunden sind in Netzwerke und öffentliche Anerkennungsverhältnisse.

Induktive und deduktive Herangehensweise

Für MBTs ist mit dieser Voraussetzung klar, dass sie niemals mit fertigen Konzepten in einen Beratungsfall gehen, sondern die Konzeptentwicklung induktiv begleiten.

Induktive Projektformen sind dagegen von den Zielgruppen selbst entwickelte und durchgeführte Projekte, wie Fotoausstellungen zu »No-Go-Areas«, die Konzeptionierung und Ausgestaltung von kulturellen Zentren/Kiezzentren und »Zentren für Demokratie« oder partizipativ entwickelte Aktionspläne. Der induktive Zugang ermöglicht eine hohe Identifikation der Zielgruppe mit dem Projekt und lässt eine größere Langzeitwirkung erwarten. Aber auch er braucht deduktive Unterstützung zur Erhöhung der Wirksamkeit nach außen und/oder für neue Impulse auf Durststrecken. Gleichzeitig verhindert die Einbeziehung von deduktiven Konzeptionen (z.B. Konzepten von Bildungsträgern oder Universitäten) das »Im-eigenen-Saft-Schmoren« lokaler Diskurse und ermöglicht eine Weiterentwicklung der örtlichen Ansätze.

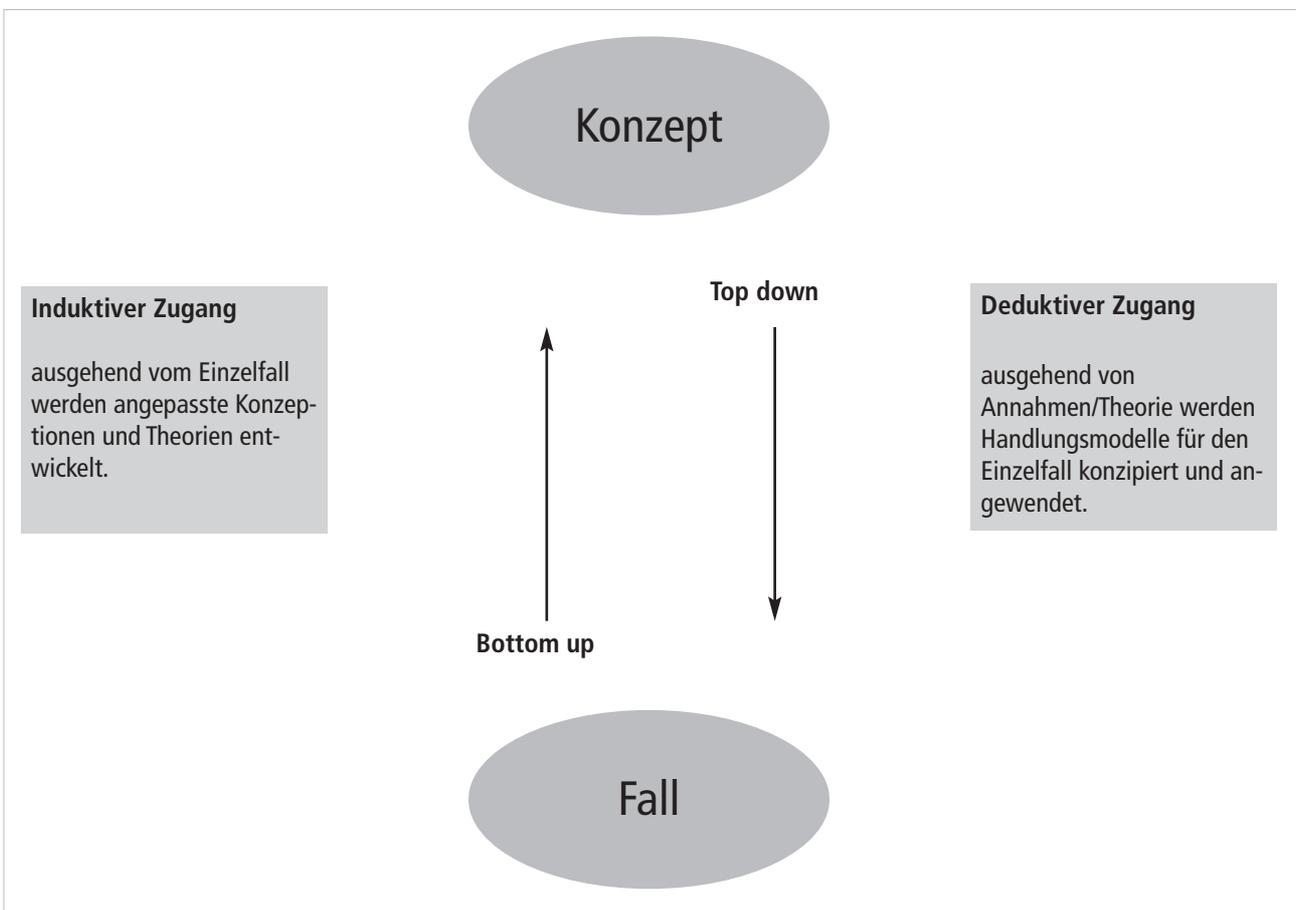
Der deduktive Zugang umfasst auf Projektebene z.B. einzelne Projektstage in Schulen und/oder in Einrichtungen der Jugendarbeit als Angebote externer Bildungsträger aber auch Rockkonzerte mit bekannten Musikern oder Vorträge bekannter Persönlichkeiten etc. Auf konzeptioneller Ebene sind z.B. extern entwickelte Aktionsprogramme ein Beispiel für deduktives Vorgehen. Grundsätzlich sind Projekte mit deduktivem Zugang geeignet, um als Impulsgeber zu wirken oder um punktuelle Aufmerksamkeit/Öffentlichkeit

zu erzielen. Einen optimierten und positiven Impuls für die Entwicklung demokratischer Kultur können deduktive Projektformen vor allem dann geben, wenn sie sich auf die örtlichen Prozesse und lokalen Konzeptionen einlassen.

Konsensuale oder selektive Zusammenarbeit vor Ort

Der Mix aus induktiver und deduktiver Beratungsarbeit ist aus der systemtheoretischen Erkenntnis gefolgert, dass Innovation und Veränderung in Kommunen zwar extern beraten und gefördert werden kann, ihre Verankerung und nachhaltige Umsetzung aber nur »von innen«, also in den sozialen Zusammenhängen selbst geschieht. In einigen Beratungsfällen ergibt sich aus dieser Prämisse die Schwierigkeit, an welcher Stelle die externe Beratung ansetzen sollte. Ist es sinnvoll, sich auf ganze Systeme (z. B. alle Parteien im Kommunalparlament, alle Institutionen usw.) zu konzentrieren und mit ihnen ein konsensuales Vorgehen zu vereinbaren? Oder liegt der Beratungsschwerpunkt eher bei wenigen, dafür aber zentralen Akteuren mit hohem Potenzial? Ein grundsätzliches Ausschlussprinzip würde kein MBT an dieser Stelle befürworten. Verschiedene Fallbeschreibungen zeigen jedoch, dass konsensuale Vorgehensweisen wenig erfolgreich sind, wenn das Problem Rechtsextremismus als solches nicht anerkannt ist.⁽²⁷⁾ Auch ist die Einbeziehung von politischen Minderheiten und potenziellen Opfer-

gruppen rassistischer Gewalt bei konsensualen Verfahren schwierig. Einige MBTs lösen dieses Problem pragmatisch auf, indem sie sich zunächst auf Schlüsselpersonen konzentrieren, um dann nach der Entstehung von Diskursen und Prozessen auch konsensuale Schnittmengen durch Vernetzung zu etablieren.⁽²⁸⁾ Zuletzt haben Klemm/Srobl/Würtz auf die hervorragende Rolle von Schlüsselpersonen (»Vorreitern«) bei der Weiterentwicklung demokratischer Kultur im kommunalen Raum hingewiesen.⁽²⁹⁾ Es kann sich dabei um Personen aus unterschiedlichen Initiativen und Institutionen handeln, die wegen eines beruflichen und/oder persönlichen Interesses für die Probleme des Rechtsextremismus besonders sensibilisiert sind und daraus die Motivation für ihr Engagement entwickeln. Die meisten Fälle Mobiler Beratung setzen bei solchen Personen an. MBTs aktivieren vorhandene Kompetenzen und Ressourcen bzw. unterstützen die Erweiterung der Kompetenzen und die Akquirierung neuer Ressourcen. Werden diese erfolgreich und möglichst mit konkreten Ergebnissen ein- und umgesetzt, entstehen in der Tat die von MBTs erwünschten »Schneeballeffekte«:⁽³⁰⁾ Ein Beratungsfall zieht weitere Fälle nach sich, oder ein Projekt ist Impuls für weitere Projekte.



Herangehensweisen Mobiler Beratung: Induktiver und deduktiver Problemzugang.

Graphik: Herbert Weber

Aus der Notwendigkeit, Beratung nur aufsuchend unter Einbeziehung der örtlichen Situation zu betreiben, ergibt sich die Mobilität der MBTs als logische Konsequenz. Ähnlich der Mobilen Jugendarbeit ermöglicht Mobile Beratung raumbezogene und zielgruppenzentrierte Ausrichtungen. MBTs arbeiten raumbezogen, wenn sie mehreren oder allen Akteuren in einem Sozialraum ihre Beratung anbieten und diese auch nachgefragt wird. Dies ist häufig der Fall, wenn MBTs eine kommunale Konzepterstellung beraten bzw. kommunale Vernetzung koordinieren. Zielgruppenzentriert heißt, dass Mobile Beratung bestimmte Akteure dort beraten kann, wo diese sich aufhalten und sicher fühlen. Im Gegensatz zur Mobilen Jugendarbeit geschieht dies jedoch nicht als gruppenbezogene Beziehungsarbeit.⁽³¹⁾ Stattdessen ist Mobile Beratung ein Gegenüber, welches eigene Kompetenzen anbietet, ohne sich selbst zum Teil der Maßnahme zu machen. Konkret bedeutet das, dass MBTs als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, sie hören zu, nehmen das Problem ernst und machen Mut. Für viele Akteure, die sich u.U. von den zuständigen Stellen ignoriert oder gegenüber rechtsextremer Dominanz ohnmächtig fühlen, ist schon alleine die erstmalige Formulierung der Problemlage gegenüber der Mobilen Beratung ein Ventil für weitere Handlungsschritte.

Katalytische Wirkung

Hinter diesen Effekten verbirgt sich gleichzeitig ein weiteres Kriterium erfolgreicher Beratungsprozesse, nämlich das der Nachhaltigkeit. Der oben formulierten Annahme folgend, dass Veränderung und Innovation nur innerhalb von Funktionssystemen ablaufen kann, präferieren MBTs Projektformen, die örtlich verankert sind. Projekte, die von außen aufgesetzt und nach Beendigung komplett wieder abgezogen werden, sind demzufolge nur sinnvoll, wenn sie in ein Gesamtkonzept eingepasst sind. Anders als die oben erwähnten RAA setzen MBTs nur in Ausnahmefällen Projekte selbst um. Die Gefahr, dass Projekte nach der Beteiligung und Anleitung durch das MBT zusammenbrechen, wäre zu groß. Stattdessen misst z.B. das MBT Brandenburg seinen eigenen Erfolg an dem Erfolg der Akteure, denen Hilfe zur Selbsthilfe geboten wird.⁽³²⁾ Die Funktion der MBTs ist katalytisch. Demnach gilt als Erfolg, wenn Akteure nach einer Beratung ein konkretes Projekt umsetzen konnten und vielleicht sogar auf diese Weise die Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu interessieren vermochten.

Neutralität der MBTs

Vor diesem Hintergrund beantwortet sich auch die Frage nach der »Neutralität« Mobiler Beratung.⁽³³⁾ Die Vorstellung eines neutralen Beraters, der ohne Interessen und ohne Einflüsse seiner Sozialisation agiert, ist in der Realität kaum umzusetzen. Außerdem ist der Auftrag zur Förderung einer menschenrechtlich orientierten demokratischen Kultur inklusive der Solidari-

sierung mit Opfern rechtsextremer Gewalt als »neutrale Instanz« schwerlich zu bewerkstelligen. Diese Feststellungen bedeuten allerdings, dass eine Rollenklärung in Beratungsprozessen unabdingbar ist. MBTs sind nicht »neutral«, sie sind aber auch nicht politische Partei. In diesem Sinne kann »die oft notwendige Provokation (Eisbrecherfunktion)«⁽³⁴⁾ in der Mobilen Beratung angelegt sein, wird aber in der Regel nicht von den MBTs selbst durchgeführt, sondern durch andere Partner, mit anderer Funktion und Rolle. Eine Ausnahme besteht in Situationen, in denen sich vor Ort kein Partner für die Formulierung von Problemwahrnehmungen findet, bzw. in denen die mit Rechtsextremismus einhergehenden Probleme systematisch verschwiegen werden. So kann es geschehen, dass in manchen Kommunen nahezu alle Akteure massive rechtsextreme Gewalt- und Dominanzverhältnisse entweder nicht wahrnehmen wollen oder ihre Existenz gar standhaft leugnen. Hier werden MBTs zur Konfliktpartei im »braunen Frieden.«⁽³⁵⁾

Grundsätzliche Beratungsabläufe Mobiler Beratung

Eine Beratungsstruktur, die in Form konkreter Handlungsschritte prägnant ausformuliert ist, wurde von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) vorgelegt. Wie die anderen MBTs auch, verwendet die MBR in ihrer Tätigkeit problemzentrierte und partizipative Methoden. Die Handlungsschritte geschehen immer unter Beteiligung der Akteure und unter Einbeziehung ihrer Problemlage. Dies kann sich wie folgt ausgestalten:⁽³⁰⁾

- Das Team der MBR fährt auf Anfrage zu den Personen und Gruppen, klärt die Problemlage und sucht gemeinsam mit den Akteuren nach Handlungsmöglichkeiten.
- Die MBR analysiert Rechtsextremismus in Berliner Bezirken und stellt diese Analyse demokratischen Akteuren zur Verfügung.
- Die MBR analysiert soziokulturelle Problemlagen und Ressourcen sowie demokratische Potenziale und Defizite in Sozialräumen, sie bedient sich dafür der Methoden der qualitativen Sozialforschung.
- Die MBR moderiert bei Konfliktfällen, z.B. zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und lokaler Verwaltung.
- Die MBR steht lokalen Akteuren für Informationsveranstaltungen zur Verfügung. Sie veranstaltet mit ihnen Workshops zu Inhalten und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und zu möglichen Interventionsmaßnahmen.
- Die MBR vermittelt Methodik für Partizipationsprojekte und bietet Argumentationstrainings, Zukunftswerkstätten und Planungsworkshops an.
- Sie bietet eine Übersicht über bereits erprobte Maßnahmen gegen Rechtsextremismus an und überlegt gemeinsam mit den Initiativen, welche Projekte sinnvoll sind.
- Die MBR thematisiert die Möglichkeiten und Grenzen von Einzelmaßnahmen, z.B. Hausord-

nungen oder Checklisten zur Verhinderung rechts-extremer Veranstaltungen.

- Die MBR berät mit ihren PartnerInnen in der Jugendarbeit das Konzept des »Szenesplittings«, d. h. sie versucht ideologisierte Kader von rechts-extrem-orientierten Mitläufern zu trennen.
- Die MBR verfolgt die aktuellen Fachdiskussionen, bereitet sie auf und hilft auf dieser Grundlage bei Konzeptentwicklungen.
- Wenn die Jugendlichen einer Jugendgruppe es wünschen, versucht die MBR, die Eltern der Jugendlichen zu sensibilisieren bzw. zu aktivieren.
- Die MBR hilft bei der Planung von Projekten und Strategien, die Jugendgruppen und Initiativen eine Öffentlichkeit verschaffen.

Nachfrageorientierung

Wie bereits betont, ist keiner dieser Beratungsschritte isoliert zu betrachten, sondern immer im Kontext der örtlichen Problemlage und des daran angeschlossenen Entwicklungsprozesses. Ausgangspunkt fast jeder Beratung ist die Anfrage. Bevor diese jedoch an die verschiedenen Teams gerichtet wird, müssen zunächst die Beratungsangebote bekannt sein. MBTs reduzieren ihre Öffentlichkeitsarbeit nicht auf die Herausgabe von Informationsflyern und Broschüren, sondern sind in öffentlichen Gremien präsent, suchen den Kontakt zu »Schlüsselpersonen« und wichtigen Institutionen. Es hat sich gezeigt, dass mit dem Bekanntheitsgrad und mit steigendem Vertrauen der Akteure in die Teammitarbeiter auch die Zahl der Anfragen zunimmt. Eher selten und anders als z.B. bei den Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt recherchieren die MBTs nicht selbst nach Beratungsfällen. Stattdessen hat sich unter den meisten MBTs eine Nachfrageorientierung herausgebildet. Akteure, die sich eigenständig mit einem Problem an eine Beratungsstelle wenden, haben gewissermaßen schon einen ersten Handlungsschritt unternommen. Ihre Problemwahrnehmung und ein eventueller Problemdruck, den sie spüren, ist ein wichtiger Grund, sich später mit Beratungsprozessen identifizieren zu können.

Ist eine Anfrage gestellt, erfolgt als nächster Schritt die Problemlösung. Die Anlässe, aus denen sich Menschen an MBTs wenden, sind z. T. nur ein Element einer vielschichtigen und grundsätzlichen Problemlage, die genauer geklärt werden muss. So kann der von Jugendlichen eines Jugendclubs erstellte Wandbildentwurf voller germanischer Symbole auf einen naturreligiösen Hintergrund zweier Jugendlicher hindeuten oder auf eine rechtsextreme kulturelle Dominanz.

Grundlage jeder Beratungstätigkeit der MBTs sind daher Hintergrundinformationen und Analysen zu lokalen rechtsextremen Erscheinungsformen. Von den Ergebnissen solcher Sozialraumanalysen hängt die weitere Vorgehensweise ab. Denn nur auf der Grundlage einer soliden Einschätzung können adäquate, auf die örtliche Situation abgestimmte Gegenstrategien und Interventionsmöglichkeiten entwickelt und, wenn möglich, weitere kommunale Akteure als Partner

(Schlüsselpersonen) einbezogen werden. Besonders deutlich wird dies, wenn sich die Beratungsfälle auf ganze Sozialräume oder Kommunen beziehen.

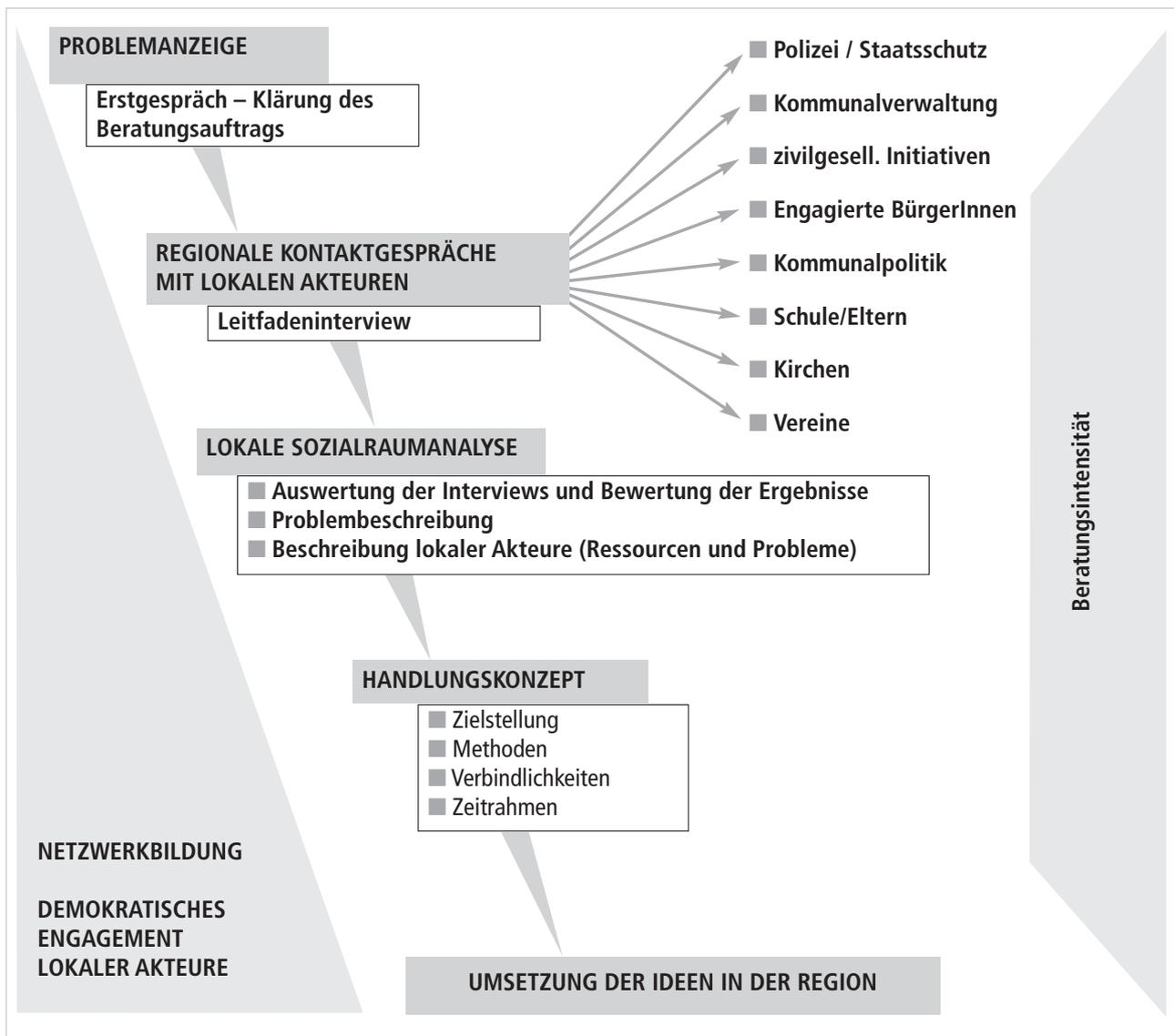
Problemorientierung – Sozialraum-analyse im Kontext Mobiler Beratung in Kommunen, Bezirken und Regionen

Die analytische Herangehensweise Mobiler Beratung geschieht in unterschiedlichen Dimensionen und nach unterschiedlicher Auftragslage. Die niedrigschwelligste Analyseform ist der »Problemaufriss« bzw. das »Lagebild«. Diese werden auf Anfrage einzelner lokaler Akteure erstellt und geben Auskunft über die Problemkonstellationen und Handlungspotenziale im unmittelbaren Umfeld des Akteurs. Anspruchsvoller sind die auf ganze Sozialräume und/oder sogar auf ganze Kommunen/Bezirke/Regionen bezogenen Analysen. Diese ergeben sich entweder aus dem Bedarf mehrerer zivilgesellschaftlicher Akteure (Bündnisse etc.) oder aus konkreten Anfragen kommunaler Institutionen oder der kommunalen Verwaltung selbst. In Abstimmung mit diesen sind auch Verwaltungseinheiten verschiedener Bundesländer Auftraggeber von solchen Sozialraumanalysen (auch Situationsanalysen).

Die Intensionen dieser Auftraggeber sind unterschiedlich. So wünschen manche Kommunen Analysen zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, um daraufhin konkrete kommunale Handlungskonzeptionen zu entwickeln. Andere Auftraggeber fragen eher nach Entwicklungshindernissen und Entwicklungspotenzialen, z.B. in ländlichen Räumen, mit dem Ziel, die (kulturelle und/oder touristische) Attraktivität einer Region zu stärken. Um diesen vielfältigen Anforderungen von Auftraggebern gerecht zu werden, erfordert Mobile Beratung in kommunalen Räumen einen systemischen und nachhaltigen Sozialraumbegriff.

Das klassische Sozialraumverständnis war auf sozialräumliche Strukturen und deren Nutzungsmuster fokussiert.⁽³⁶⁾ Jüngere Diskurse beziehen aber die Deutungen und Interpretationen, die Individuen durch ihre Wahrnehmung von Orten und Plätzen ihrer Lebenswelt entwickeln, in die Analysetätigkeit ein.⁽³⁷⁾ Für die Entwicklung effizienter Analysetechniken zur Beschreibung sozialer Räume bedarf es einer klaren Begriffsbestimmung. Der Kern des Sozialraumverständnisses der Mobilen Beratung wird durch das definierte Problem gebildet. Nicht der geografisch abgrenzbare Raum (Stadtteil, Kommune, Quartier) bildet die Definitionsbasis des Sozialraums, sondern eine möglichst treffgenaue Problemlösung durch Akteure vor Ort. Sie ist die Basis für die nachfolgende Eingrenzung des geografischen Raums.

Nach Kurt Lewin (1890-1947), dem Mitbegründer der experimentellen Sozialpsychologie und der Aktionsforschung, sind folgende Faktoren für gelingende Veränderungsprozesse im Sozialraum notwendig:⁽³⁸⁾



Sozialraumanalyse im Prozess Mobiler Beratungsarbeit.⁽³⁹⁾

Graphik: Friedemann Bringt

- Das Problem steht zentral.
- Die Analyse startet vom Problempunkt.
- Systematisches, in Phasen unterteiltes Arbeiten an möglichen Lösungen
- Die Partizipation der direkt Betroffenen ist Ausgangspunkt.

Rechtsextreme Geschehensräume machen nicht vor Stadt- oder Kreisgrenzen halt. Wird von örtlichen Partnern rechtsextreme Gewalt und werden diverse Opfererfahrungen als Problem definiert, muss Mobile Beratung die rechtsextremen Akteure, die damit in Zusammenhang stehen (auch wenn sie aus anderen Quartieren kommen), und deren Vernetzungsstrukturen in die Sozialraumanalyse einbeziehen. Makrosoziologische Problembeschreibungen hingegen (Rechtsextremismus in Ostdeutschland allgemein) sind der spezifischen Problembewältigung der Akteure vor Ort nicht dienlich. Deshalb untersucht Mobile Beratung die spezifischen Problemlagen vor Ort und die hiermit in Zusammenhang stehenden Akteursgruppen.

Eine komplexe und tiefenscharfe Problembeschrei-

bung ist für erfolgreiches Veränderungsmanagement im kommunalen Kontext unerlässlich. Voraussetzung für eine solche analytische Vorgehensweise ist eine Eingrenzung des Betrachtungsgegenstandes und der zu seiner Betrachtung am besten geeigneten Forschungsmethoden.

Forschungsgegenstand

Die Sozialraumanalyse der Mobilen Beratung untersucht das soziokulturelle Innenleben sozialer Räume bezüglich ihres Problempotenzials an demokratiegefährdendem, rassistischem, antisemitischem und völkisch-nationalistischem Handeln (Defizite) einerseits und das Veränderungspotenzial für demokratieorientiertes Handeln (Ressourcen) andererseits. Dies umfasst folgende spezifischen Forschungsgegenstände:

- soziale Systeme (Kommunikation und Interaktionen lokaler Akteure und ihre sozial-kulturellen Bedürfnisse) beschreiben
- Kompetenzen und soziokulturelle Ressourcen⁽⁴⁰⁾ der Menschen vor Ort untersuchen

- lokale Vernetzungsstrukturen daraufhin untersuchen, ob man diese zur Hilfe nehmen kann oder ob neue Netzwerke notwendig sind
- lokale Problemträger und -löser (Stärken-Schwächen-Analyse) untersuchen

Ziel der Sozialraumanalyse in der mobilen Kommunalberatung

Die Sozialraumanalyse soll ein abgegrenztes Gebiet, das mit seiner Problemlage spezifisch ist, von möglichst vielen problemrelevanten Seiten komplex und tiefenscharf darstellen und dafür die am besten geeigneten Methoden anwenden. Das umfasst folgende spezifische Analyseziele:⁽⁴¹⁾

- rechtsextremes Gefährdungspotenzial (Problemlage) beschreiben und einem geografischen Raum zuordnen
- Akteure im Raum kennen lernen und ihre demokratischen Veränderungspotenziale abschätzen
- Grundlagen für die partizipative Veränderung lokaler Problemlagen schaffen (Aktionsplanung)
- lokale Akteure stärken und dazu befähigen, eigene (Demokratisierungs-)Ziele entsprechend ihrer Ressourcen zu erkennen/ zu bearbeiten (Aktivierung)
- externe Reflexionsinstanz für lokale Akteure bieten

Prinzipien der Sozialraumanalyse in MBT-Beratungsprozessen

- Analysen orientieren sich am Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe als nachhaltigste Form der Unterstützung (Empowerment).
- externe und interne Analyse werden miteinander kombiniert, lokale Akteure von Anfang an gleichberechtigt in Analyse und Zielbestimmung eingebunden
- Change agency (Lokalraumveränderung): Aus dem System heraus und mit der »Sprache« der im System lebenden Menschen wird analysiert, bzw. geeignete Schlüsselpersonen werden als Transformatoren (Dolmetscher im Veränderungsprozess) gefunden.
- Veränderungspotenziale vor Ort werden aktiviert und von den MBTs nur beratend begleitet.

Methoden der Datenerhebung in Sozialraumanalysen der Mobilen Beratung

- Vergleichsanalyse⁽⁴²⁾ (vergleichende Studien: Unterschiede zu benachbarten Räumen werden festgehalten)
- Teilnehmende Beobachtung:⁽⁴³⁾

quantitativ

- Die Häufigkeiten von Kommunikation und die sozialen Beziehungen werden bspw. dokumentiert (Foto, Zeichnungen)
- Auswertung von Sekundäranalysen (Wirtschaftsda-

ten, kommunale Entwicklungsplanungen, Bevölkerungsstatistiken, Kinder-/Jugendhilfeplanung, Statistiken sozialer Einrichtungen, eventuell schon vorhandene empirische Erhebungen/Fragebögen)

qualitativ

- verbale oder schriftliche Dokumente auswerten
- ausführliche Interviews von Personen und Gruppen
- eigene Eindrücke verarbeiten/bewerten (ggf. reflektierendes Team als Hilfe)

Von der Analyse zur Beteiligung – Leitfadeninterview und »Aktivierende Befragung«

Qualitative Befragungsmethoden sind am besten geeignet, um Einstellungen, sozial-kulturelle Bedürfnisse und individuelle Veränderungsressourcen lokaler Akteure zu erfassen. Leitfadeninterviews können unabhängig von spezifischer Fallbearbeitung verwandt werden. Sie erheben die für eine lokale Aktionsplanung erforderlichen Informationen. Die Mobilen BeraterInnen führen, orientiert am dargestellten Leitfaden (siehe Grafik) Interviews mit Schlüsselpersonen im lokalen Raum durch. Intensität und Qualität der Interviews sind vom jeweiligen Vertrauensverhältnis und den Interessenlagen des/der InterviewpartnerIn abhängig. Interviewpartner sind zuerst die klassischen Schlüsselpersonen im lokalen Raum (SozialarbeiterInnen, LehrerInnen, PfarrerInnen, BürgermeisterInnen, KommunalpolitikerInnen, PolizistInnen, Aktive in Vereinen). Nach dem Schneeballsystem und je nach Intensität der Erhebung kommen nach und nach weitere InterviewpartnerInnen hinzu. Die Erhebungsergebnisse werden je nach Auftragslage und Analyseziel verwandt. Bei der Erstellung eines Lagebildes für die teaminterne Datenerfassung (Teamberichte für kollegiale Beratung) wird der/die BeraterIn weniger intensiv nachfragen und die Ergebnisse nicht veröffentlichen. Bei einem Auftrag zu einer umfassenderen Sozialraumanalyse, bspw. zur Erstellung eines lokalen Aktionsplanes, werden die Analyseergebnisse dem Auftraggeber und interessierten BürgerInnen zugänglich gemacht (Bürgerkonferenz, Gemeinderatssitzung, etc.)

Obiges Leitfadeninterview kann auch als Vorlage für Aktivierende Befragungen dienen. Allerdings müssen dann einige Anpassungen vorgenommen werden: Anders als bei standardisierten Meinungsumfragen mit vorgegebenen Antwortkategorien sind aktivierende Fragen offen.⁽⁴³⁾ Bei allen benannten Themen und Problembereichen wird nach eigenen Lösungsideen oder Verbesserungsvorschlägen gefragt und die Bereitschaft zur Mitwirkung an deren Umsetzung und zur Zusammenarbeit mit anderen Interessierten erkundet. Der Schwerpunkt der Befragung liegt demnach auf der Erhebung des individuellen Veränderungspotenzials von Personen und Personengruppen. Sind die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben, können aktivierende Befragungen einen wichtigen Beitrag zur

Interview - SETTING:

- Entwicklung des Interview-Leitfadens auf Arbeitsbögen (elektronisch)
- Ausgedruckte Leerformulare dienen als Notizzettel während des Gesprächs.
Vorteile: schnelle Strukturierung / Systematisierung unsortierter mitgeteilter Fakten, Befindlichkeiten, Storys etc., schnelle Vergleichsmöglichkeit von vielen Einzelkontakten bei der Auswertung.
- Schaffung einer störungsfreien und möglichst lockeren Atmosphäre
- Vereinbarung über Dauer des Gesprächs

Arbeitsbogen (Leitfadeninterview):

Gesprächspartner: Ort:

Interview am:

1.1. Einschätzung der Lage vor Ort – allgemein im Hinblick auf Rechtsextremismus

Organisationsstrukturen	Handlungsträger	Anlaufpunkte, Treffs	Vorfälle	Reaktionen
	Führer, Cliquen			der Bevölkerung, Politik, Polizei etc.

2.2. Einschätzung der Lage vor Ort – im Hinblick auf die eigene Ini/Person/Institution

Handlungsträger	Entstehung, Anfangsimpuls	Entwicklung, einschneidende Ereignisse
Wer gehört dazu?		

3. Aktionen / Aktivitäten

Ziele allgem.	stattgefundene Aktionen	geplante Aktionen	Defizite / Mängel/ Bedarf	Wünsche / Utopien

4. Unterstützer/Bündnispartner

Wer	Warum	Zugangsweg	Beitrag/Nutzen	Haltbarkeitsdauer

5. Gegner/Behinderer

Wer	warum	Gegenbeitrag/ Schaden	Abhilfe möglich

Nachbereitung der Interviews:**Zeitnahe elektronische Erfassung****Nötigenfalls straffen und noch mal systematisieren, aber markante O-Töne der Gesprächspartner beibehalten****Zuordnung von Eigenmaterial der Gesprächspartner****Zuordnung von Medienberichterstattung**

Beispiel eines Interview-Arbeitsbogens zum Leitfadeninterview. Das hier vorgestellte Interview-setting wurde von der RAA Leipzig für das MBT im Kulturbüro Sachsen entwickelt.

Demokratieentwicklung von unten leisten. Die Methode der aktivierenden Befragung hat eine lange Tradition in der Gemeinwesenarbeit. Sie hat ihre Stärken in Quartieren mit großem Problemlösungsbedarf und wenigen/bzw. deprivierten Akteuren.

Mobile Beratung unterstützt »Anreizstrukturen«

Das Ergebnis einer Sozialraumanalyse ist zunächst ein Produkt auf Papier. MBTs verwenden dieses Produkt auf unterschiedliche Weise.

- Sie benutzen die Analyse (bzw. hier den Problemaufriss/das Lagebild) als interne Hintergrundinformation zur Optimierung ihrer Beratung von einzelnen Akteuren.
- Sie stellen die Analyse, am besten gemeinsam mit einem Akteur, in Vernetzungsrunden (z.B. Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit) vor, um weitere Akteure zu gewinnen und Diskurse und Aktivitäten anzuregen.
- Sie veröffentlichen die Sozialraumanalyse, am besten gemeinsam mit lokalen Verantwortungsträgern und Vernetzungsrunden, und verknüpfen die Analyse mit der Vorbereitung kommunaler Handlungskonzeptionen.

Schritt eins erfolgt in jedem Fall und kann schon sehr konkrete z. B. auf eine Einrichtung oder eine Gruppe bezogene Maßnahmen nach sich ziehen.⁽⁴⁴⁾ Der zweite Schritt bedarf entweder einer Problemwahrnehmung oder eines Problemdrucks, um überhaupt Akteure zur Teilnahme an Vernetzungsrunden zu bewegen. Die MBTs setzen hier vorwiegend an bereits gewachsenen Strukturen und Bündnissen an, die sie zuweilen aufgrund der Analysen neu beleben. Ist dies der Fall, entstehen die oben genannten »Schneeballeffekte«. Aus der Anfrage eines Akteurs werden, mittels der Sozialraumanalyse weitere Anfragen und Beratungsfälle angeregt. Ergebnis dieses Schritts können konkrete vernetzte Vorgehensweisen sein oder weitere themenspezifische Vernetzungsrunden, die den Diskurs in Sozialräumen aufrechterhalten. Der dritte Schritt erfolgt bestenfalls im Auftrag von Verantwortungsträgern im Sozialraum (bspw. »Leader«-Projektgruppen im Bereich Strukturanpassung ländlicher Räume)⁽⁴⁵⁾ oder gar im Auftrag einer Kommune.

Für größere kommunale Einheiten empfiehlt es sich, den Ansatz der Sozialraumanalyse auf das Ausmaß einer Kommunalanalyse zu erweitern. Sie bezieht sich auf eine größere geographische Einheit. Hierfür müssen jedoch in der Regel weitere Ressourcen erschlossen werden, da die Analyse kommunaler bzw. regionaler Großflächen die Möglichkeiten Mobiler Beratung übersteigt. So müssen mindestens zusätzliche Honorarkräfte und bestenfalls eine weitere wissenschaftliche Fachkraft finanziert sein. Auch der zeitliche Rahmen derartiger Studien ist ausgedehnter im Vergleich zu sozialräumlichen Analysen.

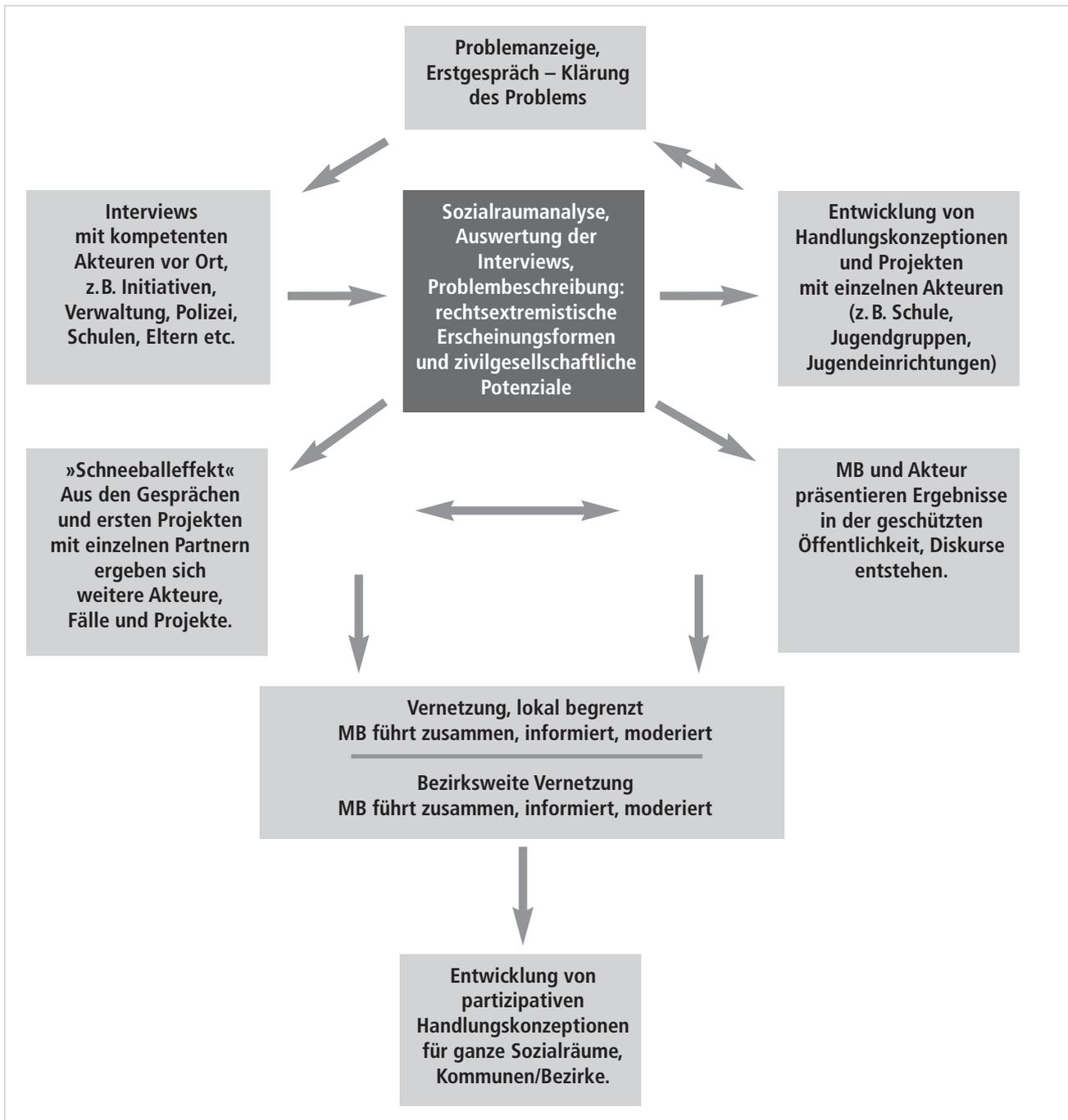
Bedeutend bei dieser Herangehensweise, ob nun im Umfeld einzelner Akteure (Problemaufriss), im kleinteiligen Sozialraum (Sozialraumanalyse/Situationsanalyse) oder in ganzen Kommunen/Bezirken (Kommunalanalyse) ist der Aspekt des »Anreizes«. Demzufolge ist nicht nur die Beschreibung des Sozialraumes von Interesse, sondern auch die Identifizierung und Aktivierung weiterer Akteure, um mit ihnen langfristige Diskurse und Handlungsschritte zu initiieren.

Selbstverständlich sind die Entwicklungsprozesse nach den jeweiligen Umgangsformen mit der Sozialraumanalyse unterschiedlich. Bleibt es bei der Kommunikation mit einem Akteur (weil sich andere nicht finden ließen oder sich verweigern), ist auch die darauf folgende Maßnahme eher isoliert. Diese Projektform gehört allerdings nicht langfristig zu der Perspektive Mobiler Beratung, weil isolierte und nicht kommunizierbare Projekte häufig nur eine geringe Nachhaltigkeit aufweisen. MBTs versuchen, diese Projekte in weitere Kontexte und Diskurse einzuspeisen. Der Regelfall sieht jedoch die bereits oben erwähnte systemische Herangehensweise Mobiler Beratung vor. Demzufolge bezieht die Beratung möglichst von Beginn an weitere relevante Akteure in den Prozess mit ein. Vernetztes Arbeiten scheint für viele MBTs die hierfür angemessene Methode zu sein. Dieses kann in einer anspruchsvollen kulturellen Version im Sinne der »soziokulturellen Animation«,⁽⁴⁶⁾ eine auf Partizipation und Prävention ausgerichtete Kommunikation und Bildung im Sozialraum sein. Aber auch einzelne Netzwerke als verbindliche Zusammenhänge von Akteuren mit »gleichen« Zielen bis hin zu aktionsorientierten Bündnissen mit eher unverbindlichem, dafür flexiblerem Charakter, sind Teil und Ergebnis des Beratungsprozesses.⁽⁴⁷⁾

Ganz gleich auf welcher Vernetzungsebene, Mobile Beratung engagiert sich für ein konzeptionelles Handeln. Angestrebt wird hierbei nicht nur eine Verbesserung von Kommunikation und Information, sondern die konkrete Formulierung von Handlungskonzeptionen mit klarer Zielstellung, angepassten Methoden, transparenten Verbindlichkeiten in einem angemessenen Zeitrahmen.

Kommunale Handlungskonzeptionen und Aktionspläne sind heute noch die Ausnahme im Beratungsalltag Mobiler Beratung in Ostdeutschland. Stattdessen stecken die Teams »mittendrin«. Sie beraten nicht mehr nur einzelne Akteure und Projekte, sondern bewegen sich in den lokalen Diskursen und entwickeln diese weiter. Nach einer Laufzeit der CIVITAS-MBTs von zwei Jahren lassen sich einige konkrete Ergebnisse dieser Arbeit festhalten,⁽⁴⁸⁾ kommunale und regionale Gesamtergebnisse werden eher in der vor uns liegenden Phase der Projektarbeit zu erwarten sein.

Tagträumerei ist bei alledem nicht angezeigt. Zwischen staatlichen Strukturdefiziten und ökonomischen Interessen ist Zivilgesellschaft in Deutschland verschiedenen Zersetzungsprozessen ausgesetzt. Ergänzt wird diese Tendenz durch die antidemokratischen Implikationen in der Bürgergesellschaft selbst.⁽⁴⁹⁾ Aus dieser Perspektive wird es zunehmend zur Aufgabe Mobiler Beratung gehören, Zivilgesellschaft nicht nur quanti-



Beratungsprozesse Mobiler Beratung (MB).

Graphik: Lorenz Korgel

tativ »in der Breite« ihrer Erscheinungsformen, sondern qualitativ, orientiert an menschenrechtlichen Standards, zu unterstützen.

Die Vitalität der Zivilgesellschaft und das Ausmaß des Engagements seiner Akteure ist darüber hinaus von einer Vielzahl von Rahmenbedingungen abhängig (Geld, Zeit, Bildung), deren Beeinflussung durch Mobile Beratung kaum möglich ist. MBTs kann es aber gelingen, »Anreizstrukturen«⁽⁵⁰⁾ zu unterstützen, die den Einstieg in zivilgesellschaftliches Engagement erleichtern und verstetigen. Das »Gesicht« der Zivilgesellschaft bleibt in der Verantwortung der Akteure und ihrer Vorstellung von einer menschenrechtlich orientierten Demokratie.

Anmerkungen

- (1) Dieser Text ist die überarbeitete Fassung des gleichnamigen Artikels der Autoren in: MBR Berlin/MBT Sachsen 2004. MBR Berlin / MBT Sachsen (2004): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung – Grundlagen – Analysen – Beispiele. Zentrum Demokratische Kultur. Berlin.
- (2) Zu den Ursprüngen Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus vgl. Lehnert, Hans-Jürgen/Wagner, Bernd (1997): Mobiles Beratungsteam Brandenburg - ein Projekt gegen rechtsextreme Gewalt. In: RAA Brandenburg (Hg.): Positionen - Ergebnisse - Geschichte - Perspektiven. Potsdam
- (3) Der Name ist frei erfunden.
- (4) Vgl. Narr, Wolf-Dieter (1994): Wieviel Entwirklichung kann sozialwissenschaftliche Theoriebildung ertragen? In: Das Argument, Jg. 36, Heft 4/5, Seite 587-598
- (5) Vgl. Stöss, Richard (1999): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn
- (6) Ebd.: 31
- (7) Vgl. Buderus, Andreas (1998): Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik.

- Pahl-Rugenstein und Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (1999): Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin, 1/99. Berlin
- (8) Vgl. Kalb, P.E./Sitte, K./Petry, C. (Hg.) (1999): Rechtsextremistische Jugendliche - was tun? Weinheim.
- (9) Vgl. Backhaus-Maul, H./Ebert, O./Jakob, G./Olk, T. (2003): Institutionelle Lücken und günstige Gelegenheiten. Zum aktuellen Stand der Debatte über bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. In dies. (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Opladen. Seite 5-18
- (10) Vgl. ebd.: 14.
- (11) So sind westdeutsche Modellprojekte wie z.B. das »Team Z« der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg überhaupt nicht mit dem MBT-Ansatz vergleichbar (vgl. <http://www.lpb.bwue.de/rechts/teamz.htm>). Abzuwarten bleibt, ob die Initiative mehrerer Bildungsträger in Kassel zur Gründung eines MBTs finanzielle Unterstützung findet (vgl. Frankfurter Rundschau, 21.6.03).
- Ausländische Projekte wie z.B. das Schweizerische Projekt »Tikk e.V.« weisen dagegen bereits einige konzeptionelle Übereinstimmungen auf (vgl. bzw. Kontakt unter www.tikk.ch).
- (12) Vgl. Gerber, Pia/Freudenberg Stiftung (Hg.) (2002): Selbstevaluation als Methode der Qualitätsentwicklung. Weinheim. Ein anderes aber auch dreigliedriges Zielsystem findet sich unter BMFSFJ (Hg.): Zielfindung und Zielklärung. Ein Leitfadens. http://www.bmfsfj.de/Anlage2982/QS_21.pdf
- (13) Vgl. z.B. Konzeption des Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern. 2003. Vgl. auch den Überblick in Rommelspacher u. a. 2001.
- (14) Vgl. Förderrichtlinie CIVITAS unter : www.jugendstiftung-civitas.org.
- (15) Den Stand zu Beginn des Programms CIVITAS zusammenfassend vgl. Rommelspacher 2001. Vgl. im Einzelnen z.B. »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)« 2003 und »MBT Mecklenburg Vorpommern« 2003.
- (16) Vgl. Möller 2003 u. Roth 2003.
- (17) Vgl. z.B. MBT Mecklenburg Vorpommern 2003: 7.
- (18) Roth (2003b): 21
- (19) Zur kritischen Einschätzung von Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen aus wissenschaftlicher Perspektive vgl. Scherr 2003. Aus der Perspektive Mobiler Beratung vgl. den Artikel von Anke Zeuner in diesem Heft.
- (20) Vgl. Korgel 2000a.
- (21) Korgel 2001: 9.
- (22) Vgl. Landesregierung Brandenburg 2001: 7.
- (23) Vgl. z.B. MBT Mecklenburg Vorpommern 2003: 20.
- (24) Vgl. Rommelspacher 2001: 44.
- (25) Vgl. ebenda.
- (26) Vgl. z.B. Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Berlin 2000: 3 ff. In vier Bundesländern sind RAA Träger von MBTs oder in die Trägerstruktur eingebunden (Stand Nov. 03).
- (27) Vgl. die Kritik von Wendel 2001: 28 ff. Vgl. auch Fransecky 2003 und Burschel 2003.
- (28) Vgl. Bringt 1999.
- (29) Vgl. Klemm/Srobl/Würtz 2003.
- (30) Vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) 2003.
- (31) Vgl. Klose/Steffan 2000: 299.
- (32) Vgl. Hülsemann 2001.
- (33) Vgl. Roth/Lynen von Berg/Benack 2003: 17.
- (34) Vgl. Hülsemann 2001: 12.
- (35) Vgl. Kahane 2000.
- (36) Vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) 2003. Vgl. auch das Methodenset des MBT Sachsen in: Kulturbüro Sachsen & Netzwerk »tolerantes-sachsen« 2002 und MBT Mecklenburg Vorpommern 2003: 22 ff.
- (37) Vgl. Riege/Schubert (Hg.) 2002: 36.
- (38) Vgl. Böhnisch/Münchmeier 1993 oder Deinet 1999
- (39) Vgl. die Ausführungen zu Bennis/Benne/Chin 1961: »Problem Solving Model« in Bringt 1998.
- (40) Vgl. Riege, Schubert 2002; 183
- (41) Vgl. Kulturbüro Sachsen 2000.

- (42) dass. Seite 10ff.
- (43) dass. Seite 17ff.
- (44) Vgl. Fallskripte in MBR Berlin/MBT Sachsen 2004.
- (45) Das »Leader-Programm« ist ein EU-Förderprogramm zur Strukturstärkung ländlicher Räume und wird über die Landwirtschaftsministerien der Bundesländer abgewickelt.
- (46) Vgl. Kulturbüro Sachsen & Netzwerk »tolerantes-sachsen« 2002.
- (47) Vgl. Köhler 2004.
- (48) Vgl. z.B. MBR Berlin/MBT Sachsen 2004.
- (49) Vgl. Korgel 2000 u. Roth 2003 (a).
- (50) Pollack 2003: 56

Literaturliste:

- Backhaus-Maul, H./Ebert, O./Jakob, G./Olk, T. (2003): Institutionelle Lücken und günstige Gelegenheiten. Zum aktuellen Stand der Debatte über bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. In dies.: (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Opladen. Seiten 5-18
- Böhnisch, Lothar/Münchmeier, Richard (Hg.) (1993): Pädagogik des Jugendraums. Zur Begründung und Praxis einer sozialräumlichen Jugendpädagogik. Weinheim.
- Bourdieu, Pierre (Hg.) (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz.
- Bringt, Friedemann (1999): Soziokulturelle Animation und Projektmethode als Grundlagen einer demokratischen Jugendarbeit im Landkreis Muldentale. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Bulletin 1/99, »Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen«. Berlin. Seiten 39-45
- Bringt, F./Hanneforth, G./Kemper, M./Schickert, P. (2002): Die Praxis der Demokratieentwicklung im ländlichen Raum. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Anforderungen an die Demokratieentwicklung. Dokumentation der Fachkonferenz der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus 2002. Berlin. Seiten 28-30
- Buderus, Andreas (1998): Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Pahl-Rugenstein.
- Burschel, Friedrich C. (2003): Im »Herzen« Deutschlands – Pessimistische Betrachtungen zum ideologischen Alltag in Thüringen. In: AIB Nr. 60, Herbst 2003. Seiten 35-38
- Deinet, Ulrich (Hg.) (1999): Sozialräumliche Jugendarbeit. Eine praxisbezogene Anleitung zur Konzeptentwicklung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Leske & Budrich. Opladen.
- Deinet, Ulrich / Kirsch, Richard (Hg.) (2002): Das Sozialraum-Konzept in der Praxis: Methoden zur Qualifizierung der Jugendarbeit auf Grundlage einer Sozialraumanalyse. Leske & Budrich. Opladen. Ebbe, Kirsten/Friese, Peter (1989): Milieuarbeit. Stuttgart.
- Gerber, Pia/Freudenberg Stiftung (Hg.) (2002): Selbstevaluation als Methode der Qualitätsentwicklung. Weinheim.
- Fransecky von, Tanja (2003): Kommunale Beratungsarbeit in Thüringen. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Anforderungen an die Demokratieentwicklung. Dokumentation der Fachkonferenz der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus 2002. Berlin. Seiten 9-12
- Freyberg, Thomas v. (1999): Sozialraumanalyse als Lernprozeß. Frankfurt.
- Herriger, Norbert (1991): Empowerment – Annäherungen an ein neues Fortschrittsprogramm in der sozialen Arbeit. In: Neue Praxis 3/91, Seite 2ff.
- Hinte, Wolfgang/Karas, Fritz (1989): Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Neuwied.
- Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (2001): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Münster.
- Hülsemann, Wolfram (2001): Aus den Erfahrungen des MBT Bran-

- denburg – Gedanken für die MBT – Tagung 2001. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Dokumentation der Fachkonferenz der ostdeutschen Mobilen Beratungsteams 2001. Berlin. Seiten 11-14.
- Kahane, Anetta (2000): Zivilgesellschaft und Barbarei. In: taz, 8. 8. 2000
- Kalb, P.E./Sitte, K./Petry, C. (Hg.) (1999): Rechtsextremistische Jugendliche - was tun? Weinheim.
- Kirchberger, Günther/Dominik, Nikolaus (1998): Knaurs Neues Jugendlexikon. München.
- Klose, Andreas/Steffan, Werner (2000): Mobile Jugendarbeit und Straßensozialarbeit. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Handbuch Offene Jugendarbeit. Münster. Seiten 295-303
- Köhler, Timm (2004): Checkliste für Bündnisgründungen. In: MBR Berlin/MBT Sachsen: Mobile Beratung für Demokratieentwicklung – Grundlagen – Analysen – Beispiele. Zentrum Demokratische Kultur Berlin.
- Korgel, Lorenz (2000): Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Bulletin 1/2000 »Zivilgesellschaft und Barbarei«. Berlin. Seiten 12-17
- Korgel, Lorenz (2000a): Über die Möglichkeiten und Grenzen in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, in: IDA-NRW (Hg.): Info-Mappe. Jugendhilfe im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen. Düsseldorf. Teil III, Seiten 1-3
- Korgel, Lorenz (2001): Die Fachkonferenz der Mobilen Beratungsteams: Möglichkeiten und Grenzen der Mobilen Beratung. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Dokumentation der Fachkonferenz der ostdeutschen Mobilen Beratungsteams 2001. Berlin. Seiten 7- 9
- Kulturbüro Sachsen (2000): Konzeption »Regionale Mobile Beratungsteams«. Antrag auf Projektmittelfinanzierung bei dem Bundesprogramm CIVITAS.
- Kulturbüro Sachsen & Netzwerk »tolerantes-sachsen« (Hg.) (2002): Beteiligung animieren. Arbeitsordner zu Methoden und Projektformen mobiler Beratungsarbeit in Sachsen. Eigenverlag.
- Landesregierung Brandenburg (2001): Berichte über ausgewählte einzelne Maßnahmen. Das Mobile Beratungsteam »Tolerantes Brandenburg«. In: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg (Hg.): 2. Zwischenbericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzepts »Tolerantes Brandenburg«. Potsdam.
- Lehnert, Hans-Jürgen/Wagner, Bernd (1997): Mobiles Beratungsteam Brandenburg – ein Projekt gegen rechtsextreme Gewalt. In: RAA Brandenburg (Hg.): Positionen – Ergebnisse – Geschichte – Perspektiven. Potsdam.
- Lüttringhaus, Maria/Richers, Hille (2003): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzept, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Arbeitshilfen Nr. 27, Verlag Stiftung MITARBEIT. Bonn.
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport – Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/Mobiles Beratungsteam (RAA Brandenburg e.V.) (Hg.) (2001): Bürger für Toleranz und Weltoffenheit – Tolerantes Brandenburg. Potsdam.
- MBR Berlin/MBT Sachsen (2004): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung – Grundlagen – Analysen – Beispiele. Zentrum Demokratische Kultur. Berlin.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) (Hg.) (2003): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin. Berlin.
- Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern (2003): Konzeption. Rostock/Waren (Müritzt).
- Möller, Kurt (2003): Aktuelle politische Programme und Aktivitäten der pädagogischen sozialarbeiterischen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - eine kritische Zwischenbilanz. In: Lynen von Berg, H./Roth, R.: Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen
- Narr, Wolf-Dieter (1994): Wieviel Entwirklichung kann sozialwissenschaftliche Theoriebildung ertragen? In: Das Argument, Jg. 36, Heft 4/5, Seiten 587-598
- Probst, Lothar (2003): Ostdeutschland - ein zivilgesellschaftliches Niemandsland? In: Backhaus-Maul, H./Ebert, O./Jakob, G./Olk, T. (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Opladen. Seiten 43-56
- Pollack, Detlef (2003): Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 16, Heft 2. Seiten 46-58
- Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Berlin (2000): Alles unter einem Dach – Dienstleistungen für Demokratie. Interkulturelle Beiträge 25. Berlin.
- Riege, Marlo/Schubert, Herbert (Hg.) (2002): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Leske & Budrich. Opladen.
- Rommelspacher, Birgit (2001): Zur Evaluation des Civitas-Programms. In: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Möglichkeiten und Grenzen der mobilen Beratung. Dokumentation der Fachkonferenz der ostdeutschen Mobilen Beratungsteams. Seiten 19-27
- Rommelspacher, Birgit/Polat, Ülger/Wilpert, Czarina (2001): Die Evaluation des CIVITAS-Programms. Die Aufbauphase. Alice Salomon Fachhochschule. Berlin.
- Roth, Roland (2003): Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn.
- Roth Roland (2003 a): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 16, Heft 2. Seiten 59-73
- Roth, Roland (2003 b): Gegenfeuer oder Strohfeuer? Die Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 16, Heft 4. Seiten 20-30.
- Roth, R./Lynen von Berg, H./Benack, A. (2003): Programme und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In: Lynen von Berg, H./Roth, R. (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen. Seiten 9-27
- Scherr, Albert (2003): Pädagogische Konzepte gegen Rechts - was hat sich bewährt, was ist umstritten, was sollte vermieden werden? In: Lynen von Berg, H./Roth, R. (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen. Seiten 249-264.
- Schlippe, Arist v. (1998): Lehrbuch der systemischen Therapie und Beratung. Göttingen.
- Seippel, A. (1976): Handbuch Aktivierende Gemeinwesenarbeit. Gelnhausen.
- Stark, Wolfgang (1993): Die Menschen stärken. In: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit 2/93, Seite 41
- Stöss, Richard (1999): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn.
- Wendel, Kay (2001): Tolerantes Brandenburg exposed. In: Prozessbeobachtungsgruppe (Hg.): Nur ein Toter mehr. Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben. Münster. Seiten 19-35
- Witschke, Reinhard (2001): Ehrenamt und Selbsthilfe von A bis Z. Düsseldorf.
- Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (1998): Handeln für mehr Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus - Möglichkeiten der Intervention. Bulletin 4/1998. Berlin.
- Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (1999): Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin 1/99. Berlin.
- Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2002): Anforderungen an die Demokratieentwicklung. Dokumentation der Fachkonferenz der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus 2002. Berlin.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Bianca Klose

Mobile Beratung in Berlin

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin, kurz MBR, versteht sich als eine Unterstützungseinrichtung für all jene, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bereits engagieren oder dieses zu tun wünschen. Ansatzpunkte der Arbeit mit diesen einzelnen Akteuren oder einer Bezirksverwaltung sind die konkreten Probleme mit rechtsextremistischem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund vor Ort, sei es in deren Einrichtung, Nachbarschaft, deren Sozialraum oder Bezirk. Die Aufgabe der Mobilen Beratung ist es, den demokratischen Kräften bei ihrem Engagement unterstützend zur Seite zu stehen, ihre Arbeit beim Aufbau nachhaltiger und lebendiger demokratischer Strukturen zu professionalisieren und sie als eigenständige Akteure im Gemeinwesen zu stärken. Als langfristiges Ziel soll gemeinsam mit den Menschen vor Ort ein Klima geschaffen werden, in dem menschenverachtende, rassistische und antisemitische Positionen und Handlungsweisen keinen Raum mehr haben.

Methodische Grundsätze der Beratungsarbeit

Die methodischen Grundprinzipien der MBR-Tätigkeit, die sich seit der Gründung des Projektes im Juli 2001 als richtungweisend für die Arbeit erwiesen, sind Nachfrageorientierung und Akteurszentrierung sowie Problembezug und Ressourcenorientierung.

Akteurszentrierung und Nachfrageorientierung

Die Anfragen von Akteuren, wie etwa von interessierten oder bereits engagierten BürgerInnen, Berufsgruppen wie LehrerInnen und Jugend(sozial)arbeiterInnen, Eltern, SchülerInnen, von lokalen Bündnissen und Initiativen sowie der Kommunalpolitik, sind der Ausgangspunkt der Mehrzahl der Beratungsfälle. Diese Nachfrageorientierung sichert zweierlei: Zum einen, dass die Personen, die sich an die MBR wenden, über eine grundsätzliche Problemsensibilität und -wahrnehmung bezüglich Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verfügen. Zum anderen, dass sie ein grundsätzliches Interesse an einer Beratung und Unterstützung im Umgang mit diesen Phänomenen seitens der MBR haben.

Der Ruf von Akteuren ist somit das Mandat der MBR, vor Ort beratend tätig zu werden.

Dieses Prinzip gilt gleichermaßen, wenn ein Bezirk ei-

ne Studie oder einen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz in Auftrag gibt, welche die MBR in der Erstellung begleitet und für deren Umsetzung entlang der darin formulierten Handlungsoptionen die MBR verantwortlich ist. In diesen Fällen handelt es sich um ein bezirkliches Mandat, in dessen Rahmen sich die MBR den unterschiedlichen Problemlagen mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in einem kommunalen Raum von der Bezirksebene aus nähert. Die MBR arbeitet somit niemals isoliert oder gar über die Köpfe der lokalen Akteure hinweg, sondern immer in deren Auftrag, Begleitung und auch deren Sinne. Die Menschen vor Ort sind dabei ExpertInnen in eigener Sache, denen die MBR als externe und fachkompetente Partnerin in ihrer Auseinandersetzung mit antidemokratischen Tendenzen unterstützend zur Seite steht.

Kurzum: Die Mobile Beratung versteht sich als eine professionelle Hilfe zur Selbsthilfe für zivilgesellschaftliche Kräfte.

Problem- und Fallbezug

Die von den KlientInnen der MBR benannten akuten Probleme mit rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Einstellungen, Gruppierungen oder Vorfällen in ihrem Umfeld bestimmen den Gegenstand der so genannten »Fälle« der MBR. Als Ausgangspunkt einer jeden Beratung zieht sich der Fallgegenstand wie ein »roter Faden« durch den gesamten Beratungsprozess.

Rechtsextreme Einstellungen, ihre Träger und Strukturen sind stets mit mehreren gesellschaftlichen Bereichen verflochten und somit innerhalb eines Sozialraumes niemals auf nur eine Schule, Jugendeinrichtung etc. beschränkt. Daher ist es notwendig, durch konkrete Problemstellungen vor Ort weitere Akteure und KooperationspartnerInnen für die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Phänomenen zu gewinnen und in die jeweilige Fallarbeit einzubeziehen. So kann ein Schnellballeffekt entstehen, in dessen Verlauf es die MBR als ihre Aufgabe ansieht, Vernetzungen zwischen den Engagierten zu erreichen. Vernetzung ist dabei nicht Selbstzweck, sondern dient dazu, fall- und problembezogen mit den Menschen vor Ort sowohl intervenierende als auch präventive Handlungsstrategien zu entwickeln. Dabei werden keine zusätzlichen Strukturen geschaffen, sondern bestehende genutzt.

Ressourcenorientierung

Die Begleitung und Beratung von zivilgesellschaftlichen Kräften mit Hinblick darauf, ein aktives demokratisches Gemeinwesen zu sichern, muss sich an den Ressourcen der Engagierten orientieren. Ziel ist es, Akteure vor Ort zu befähigen, sich innerhalb der bestehenden Situation und ihres Handlungsrahmens effektiv und nachhaltig mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinander zu setzen.

Bei der gemeinsamen Erarbeitung von realistischen Handlungsoptionen ist es der MBR nicht nur wichtig, bei den Kompetenzen der Engagierten in der Kommu-

ne, den Einrichtungen oder Initiativen anzusetzen, sondern auch deren Motivationslagen, Zeitressourcen und Rahmenbedingungen im Blick zu haben.

Auch wenn die MBR auf Anfragen zeitnah eingeht und operiert, sind es vor allem die Akteure vor Ort, die das Tempo und den zeitlichen Rahmen der Maßnahmen auf der Grundlage ihrer Ressourcen und Wünsche vorgeben.

Ein Beratungsprozess findet dann ein Ende, wenn entweder der Akteur der Mobilen Beratung aus verschiedensten Gründen das Mandat zum Handeln entzieht, oder sich aber im besten Fall die Mobile Beratung durch ihre Arbeit selbst überflüssig gemacht hat, also rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Bestrebungen in einer Einrichtung, einem Sozialraum etc. erfolgreich entgegengewirkt wurde und die beteiligten demokratischen Akteure in ihrem Engagement nachhaltig professionalisiert werden konnten.

Warum mobil?

Die MBR ist von der Überzeugung geleitet, dass adäquate Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Erscheinungsformen nicht vom Bürotisch aus, sondern vielmehr mit den Menschen vor Ort entwickelt werden müssen. Deswegen vertritt die MBR in ihrer Arbeit einen lokalen Ansatz: Auf Anfrage begibt sie sich zu den Menschen vor Ort, sei es in ihre Jugendeinrichtung, Schule, ihr Wohnzimmer, das Büro oder aber den Initiativentreffpunkt. An Ort und Stelle, unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten und Rahmenbedingungen erhalten die Akteure dann jene Unterstützung, um derent willen sie sich an die MBR gewandt haben.

Gemeinsam Handlungsstrategien entwickeln

Die Mobile Beratung arbeitet bei der Entwicklung von realistischen Möglichkeiten der demokratischen Intervention nach dem Prinzip: »Wahrnehmen – Deuten – Handeln«.



Die MBR bietet unter anderem Fortbildungen zu rechtsextremen Erscheinungsformen wie Symbolen und Graffiti an.

Bild: MBR

Wahrnehmen

Grundlage einer jeden Beratung ist eine genaue Analyse der lokalen Situation. Die Entwicklung von adäquaten Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus setzt immer die Klärung voraus, wie sich diese Phänomene in der Einrichtung oder dem jeweiligen kommunalen Raum konkret darstellen. Durch Problemaufrisse oder Sozialraumanalysen seitens der MBR erhalten die Akteure eine solide Einschätzung und etwaige Hintergrundinformationen, die womöglich die eigenen Wahrnehmungen ergänzen.

Deuten

Da sich inzwischen der Rechtsextremismus im urbanen Raum Berlins in sehr unterschiedlichen Erscheinungsformen äußert, Rechtsextremisten häufig auf dem ersten Blick nicht mehr als solche zu erkennen sind und sich auch deren Strategien verändert haben, ist zu Beginn der Mobilen Beratungstätigkeit häufig eine Kompetenzsteigerung bei den Engagierten notwendig. Die MBR sieht es als eine ihrer Aufgaben an, den Akteuren durch das Angebot von Fortbildungen und Diskussionsforen zu Erscheinungsformen und Strukturen des Rechtsextremismus jene Deutungsfähigkeit zu vermitteln, die für eine angemessene Einschätzung der lokalen Situation und gemeinsames Handeln unerlässlich ist.

Darüber hinaus geht die MBR davon aus, dass auch bislang unbeteiligte Menschen durch eine entsprechende Problemsensibilisierung und ausreichende Kenntnisvermittlung für ein Engagement zu gewinnen sind.

Handeln

Von den Ergebnissen der jeweiligen Problemanalyse hängt die weitere Vorgehensweise in den Beratungsfällen ab. Die konkreten Handlungsstrategien werden jedoch immer mit den Akteuren gemeinsam entwickelt. Denn nur wenn die Handlungsoptionen den unterschiedlichen Möglichkeiten und Ressourcen der Engagierten angepasst sind, besitzen sie die Chance erfolgreich zu sein auf dem Weg zu einer erlebbaren demokratischen Kultur und einem menschenrechtsorientierten Miteinander in Berlin.

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin

Autonomes Outfit und bürgernahe Inhalte – Ausdifferenzierungen des Rechtsextremismus in Berlin

Annamarie Benzing

Im Sommer 2000 fand in der Bundesrepublik Deutschland eine bemerkenswerte gesellschaftliche Debatte zu Rechtsextremismus und seinen Ursachen statt. Der an Tätern orientierte und auf sozioökonomische Ursachen fixierte Diskurs der neunziger Jahre wurde von einer breiteren Diskussion abgelöst, in deren Folge die Opferperspektive und die politische Dimension von Rechtsextremismus mehr Berücksichtigung fand. Zwar wurde in diesem Zusammenhang die Wahrnehmung für rechtsextreme Erscheinungsformen geschärft, allerdings verkürzte sich diese in den Medien und in den Köpfen der BürgerInnen allzu oft auf das Bild des gewaltbereiten rechtsextremen Skinheads.

In Reaktion auf verstärktes zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus setzen Teile der extremen Rechten inzwischen jedoch verstärkt auf ein unauffälligeres und/oder bürgernahes Auftreten sowie subtilere Strategien. Sie versuchen, gezielt an demokratische bzw. linke Diskurse anzuknüpfen und übernehmen sub- und jugendkulturelle Stile, die bisher allgemein als demokratisch bzw. links galten.

Die daraus resultierenden Ausdifferenzierungen und Weiterentwicklungen haben dazu geführt, dass viele Rechtsextreme nicht mehr auf den ersten Blick als solche zu erkennen sind und die öffentliche Wahrnehmung des Gesamtphänomens wieder auf das Niveau vor dem »Aufstand der Anständigen« gesunken ist. Und dies, obwohl die rechtsextreme Szene nach Angaben von Verfassungsschützern kontinuierlich wächst, gewaltbereiter wird und es ihr zudem gelingt, immer jüngere AnhängerInnen für sich zu gewinnen.⁽¹⁾

Berlin als Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten

In der Großstadt Berlin zeigt sich Rechtsextremismus in all seinen modernen Erscheinungsformen. Jahrelang geprägte Ost- und Westidentitäten und die Funktion als Metropole machen die Hauptstadt allerdings zu einem besonderen Sozialraum. Begünstigt und bedingt durch die urbane Situation hat sich die rechtsextreme Szene in Berlin sowohl hinsichtlich der ideologischen Ausrichtung als auch in Bezug auf Strategien

und Organisationsformen stärker als in den ländlichen Gebieten Deutschlands ausdifferenziert. Als politisches Zentrum und wichtige kulturelle Bezugsgröße der Bundesrepublik bietet Berlin viele Anknüpfungspunkte und Events, die für die Vermittlung rechtsextremer Ideologie genutzt werden können. Gerade die alljährlichen Aufmärsche der NPD am 1. Mai sind ein prägnantes Beispiel für die wiederholten Versuche organisierter Rechtsextremisten, ihre Inhalte in Berlin, angelehnt an bestimmte Anlässe und Diskussionen, medienwirksam zu verbreiten.

Die Bedeutung Berlins als Metropole und die Verflechtungen mit entsprechenden Strukturen im Brandenburger Umland sind nicht zu unterschätzen. Seit Mitte der neunziger Jahre versucht die Mehrzahl der rechtsextremen Organisationen ihren »Kampf um die Reichshauptstadt« zu forcieren. So hat die NPD ihre Bundeszentrale nach Berlin verlegt und ist dabei, im Stadtteil Treptow-Köpenick ein »nationales Bildungszentrum« aufzubauen. Auch das inzwischen durch den Innenminister verbotene »Blood&Honour Netzwerk«⁽²⁾ ist nach wie vor schwerpunktmäßig in Berlin aktiv. Darüber hinaus ist seit mehreren Jahren ein Zug überregionaler Kader⁽³⁾ zu beobachten.



1. Mai 2003 in Berlin: Demonstrant mit »Blood&Honour«-T-Shirt (Zahlencode 28 für B und H).

Brandenburger Rechtsextremisten nutzen die bestehenden Synergie-Effekte für die regionale Szene aus. So wird die Zusammenarbeit der »Freien Kameradschaften« der beiden Bundesländer beispielsweise über dasselbe Widerstandsbüro koordiniert. Umgekehrt nutzen aber auch Berliner Rechtsextremisten das Brandenburger Umland als Rückzugsraum für ihre Zwecke, zumeist für Veranstaltungen unterschiedlicher Art.

Trotz dezentraler Vorgehensweise und regionaler

Schwerpunktsetzung deutscher Rechtsextremisten hat sich Berlin auf diese Weise in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten politischen und organisatorischen Dreh- und Angelpunkte der extremen Rechten in Deutschland entwickelt.

Hinzu kommen punktuelle internationale Verbindungen zu Netzwerken osteuropäischer und westeuropäischer Rechtsextremisten. Gerade über die Vertriebsstrukturen des »Blood&Honour« Netzwerkes bildeten sich in den letzten Jahren viele Kontakte, hauptsächlich nach Polen, Ungarn und in die Tschechische Republik. Nach Skandinavien besitzt die regionale rechtsextreme Szene – begründet in der liberaleren Gesetzgebung in diesen Ländern – die besten Kontakte. Diese erlaubt es, in Deutschland als verfassungsfeindlich eingestufte Tonträger dort zu produzieren und zu vertreiben.

Doch nicht nur Parteien und Kameradschaften nutzen Berlin als Ausgangspunkt für ihre überregionalen Aktivitäten. Seit Jahren wird die »Junge Freiheit«, die wichtigste Wochenzeitung der so genannten »Neuen Rechten«,⁽⁴⁾ von Berlin aus veröffentlicht. Sie bezeichnet sich selbst als »Zeitung für Politik und Kultur« und ist eines der bedeutendsten überparteilichen Kommunikationsmittel innerhalb der bundesdeutschen rechtsradikalen Milieus.

Rechtsextreme Einstellungen und Strategien

Rechtsextremismus beschreibt ein weites Feld, das aus Ideologieelementen, Organisationen und Strategien, aber auch aus kulturellen Erscheinungsformen wie Musik, Mode oder Symbolik besteht.

Den Analysen der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin« (MBR) liegt ein Verständnis von Rechtsextremismus zugrunde, dass sich an der Definition von Hans-Gerd Jaschke⁽⁵⁾ orientiert. Rechtsextrem ist demnach, »wer eine Einstellung, eine Verhaltensweise oder eine Aktion, organisiert oder nicht, zeigt, bei der von einer Ungleichheit der Menschen ausgegangen, das Völkische betont und die Gemeinschaft vor das Individuum gestellt wird«. Dabei wird Gewalt akzeptiert oder selbst angewandt.

Rechtsextremismus beinhaltet demnach:

Einstellungen:

- System der Ungleichheit
- Rassismus
- Antisemitismus
- Ethnischer (völkischer) Nationalismus
- Antiindividualismus
- Antiuniversalismus
- Autoritarismus
- Demokratiefeindlichkeit
- Freund/Feind-Polarisierung
- Geschichtsrevisionismus

Erscheinungsformen:

- Organisierter Rechtsextremismus: Parteien, Kameradschaften, Vereine etc.
- rechtsextreme Jugendkultur
- rechtsextreme Diskurse
- Protest/Provokation
- Gewalt
- Terror

Die erwähnten Ideologiefragmente finden sich in unterschiedlicher Ausprägung in verschiedenen gesellschaftspolitischen Diskursen und soziokulturellen Milieus wieder. Entsprechend handelt es sich nach dem Verständnis der MBR bei Rechtsextremismus um ein Phänomen, das aus der Mitte der Gesellschaft selbst entsteht und das nicht auf soziale Randgruppen projiziert werden darf. Entgegen der weit verbreiteten Auffassung ist Rechtsextremismus demnach weder ein allein ostdeutsches Problem, noch ein Jugendphänomen oder eine rein männliche Domäne. Rechtsextremismus ist in allen sozialen Schichten, in allen Altersklassen und Geschlechtern anzutreffen.⁽⁶⁾ Gerade weil rechtsextreme Positionen, z.B. bei Themen wie Zuwanderung oder Politikverdrossenheit, in Teilen der Gesellschaft auf Zustimmung stoßen, versuchen rechtsextreme Aktivisten sich in bestimmten Situationen als militante »Vollstrecker« eines angenommenen gesellschaftlichen Konsenses zu präsentieren.

Sowohl in Ost- als auch West-Berlin besitzt der Rechtsextremismus in Teilen der Bevölkerung einen nicht unerheblichen Rückhalt. In einer Untersuchung aus dem Jahr 2002 kommen die Sozialforscher Stöss und Niedermayer zu dem Ergebnis, dass immerhin 10% der Berliner Bevölkerung über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen. Im Osten der Stadt liegt der Anteil bei 12%, im Westteil der Stadt bei 8%. Nachdenklich stimmen auch weitere Teilergebnisse der Studie: So finden nur 60% der befragten Berliner Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren die Grundidee der Demokratie unterstützenswert und nur 37% aller Berliner sind mit dem Zustand der derzeitigen Demokratie zufrieden. Entsprechend attestieren die Forscher der Region »teilweise erhebliche Demokratiedefizite«.⁽⁷⁾

Im Folgenden werden neuere Entwicklungen des Rechtsextremismus in Berlin beschrieben, die sich aus den rechtsextremen Strategien der »kulturellen Subversion« und des Strebens nach »regionaler Dominanz« ergeben haben. Unterschiede in der konkreten Ausprägung rechtsextremer Erscheinungen in den Berliner Sozialräumen und Bezirken lassen sich nach den bisherigen Erfahrungen der Mobilen Beratung nicht in erster Linie daran festmachen, ob es sich dabei um einen Ostbezirk wie Treptow- Köpenick oder einen Westbezirk wie Rudow in Neukölln handelt. Die im Folgenden beschriebenen Entwicklungen lassen sich vielmehr im gesamten Berliner Raum beobachten und ihr konkreter Verlauf ergibt sich primär aus den spezifischen Gegebenheiten der jeweiligen Bezirke.

Als kulturelle Subversion wird die schleichende Umwidmung bisher anders belegter kultureller Formen und das allmähliche Hineindiffundieren rechtsextremer Kulturelemente in den Alltagsraum bezeichnet. In Anlehnung an die theoretischen Ansätze von Antonio Gramsci und ausgehend von der Erkenntnis, dass in entwickelten Gesellschaften ein gewaltsamer Umsturz kaum möglich ist, setzt diese Strategie auf die Unterwanderung bestehender Werte und Kulturelemente. Auf diese Weise sollen bestimmte Ideen im Laufe der Zeit die Hoheit in der gesellschaftlichen Werteskala erlangen. Ziel ist die kulturelle Vorherrschaft (kulturelle Hegemonie), die der politischen Machtergreifung vorausgehen soll.⁽⁸⁾

Als »regionale Dominanzbestrebung« wird hier das Zusammenwirken von Strategien der kulturellen Subversion und der Verdrängung von als »Feindgruppen« definierten Menschen durch Gewaltandrohung und -ausübung bezeichnet. Das dahinterstehende Ziel ist aus Sicht der Rechtsextremisten die Schaffung so genannter »National Befreiter Zonen«, die – angesichts der Bedrohung für Leib und Leben der Betroffenen – aus der Perspektive der potenziellen Opfer als »Angstzonen« bzw. »No-Go-Areas« bezeichnet werden. Öffentliche Räume wie etwa Jugendclubs oder Wohnbezirke, sollen »übernommen« werden um dort die alleinige Macht auszuüben, Gegner zu bestrafen und Freunde zu unterstützen. In einem solchen Gebiet kann nicht nur ungestört demonstriert und Propaganda betrieben werden, sondern es wird auch verhindert, dass der politische Gegner dies ebenfalls tut. Über »nationale Jugendarbeit«, soziales Engagement und vorbildliches Verhalten rechtsextremer Jugendfunktionäre wird in solchen lokalen Einflusszonen aber auch versucht, sich die Akzeptanz der (ethnisch) als deutsch definierten Bevölkerung zu erarbeiten. In solchen Gebieten droht eine eigenständige rechtsextreme Subkultur zu einer dominanten Alltagskultur zu werden. Während die real-existierenden »Angstzonen« oft organisch aus dem lokalen Kontext rechtsextremer Jugendkultur entstanden sind, bezieht sich die ursprüngliche Strategie der rechtsextremen Kader eher auf die Ausbreitung von Akzeptanz in der Bevölkerung.⁽⁸⁾

Kulturelle Ausdifferenzierung: Mehrdeutigkeit statt plakativer Skinhead-Ästhetik

Seit einigen Jahren lässt sich bei der Umsetzung kultureller Subversion bei der extremen Rechten eine Änderung der kulturellen Gewichtung beobachten. Die schnelllebige dynamische Entwicklung der Jugendstile, Subkulturen und Lifestyles wird von extremen Rechten erkannt und in ihrer Arbeit entsprechend nutzbar gemacht. Die daraus resultierende Ausdifferenzierung des rechtsextremen Lifestyles macht es zunehmend schwieriger, Rechtsextreme als solche zu erkennen und führt zu kulturellen Überschneidungen

mit Jugendkulturen, die bisher nicht genuin »rechts« waren.

Zwar war es schon immer auffällig, dass die rechtsextreme Jugendkultur keinen neuen, unitären Ausdruck entwickelt hat, sondern sich eher additiv aus verschiedenen Jugendkulturen, vor allem der Skinhead-, Dark Wave- und Liedermacherszene ihre Elemente zusammengesucht hat. Inzwischen aber reicht die Auffächerung rechtsextremer Lifestyles von Gabba über Industrial bis hin zu HipHop.⁽⁹⁾ »Selbst der schwarze Kapuzenpullover, einst das Kultbekleidungsstück der antifaschistischen Jugendszene, ist inzwischen nicht mehr von der entgrenzten Übernahme durch Rechte sicher. Einige Versände bieten inzwischen Bekleidungsgegenstände an, die einen »gangsterstyle« nachahmen, der an die Rap- und Hip-Hop-Szene erinnert.«⁽¹⁰⁾



Unter dem Motto »Freiräume schaffen, nationale Zentren erkämpfen« hatten vor allem Freie Kameradschaften aus Berlin, allen voran die BASO (Berliner Alternative Südost) am 6. Dezember 2003 zu einem bezirksübergreifenden Aufmarsch in Berlin-Neukölln und in Treptow-Köpenick aufgerufen. Neben überwiegend linker Symbolik und linken Kleidungs-codes war auch das klassische Outfit anzutreffen.

Bildquelle: Antifaschistisches Infoblatt



Schwarze Kapuzenpullover, Palästinensertücher und Sonnenbrillen kannte man bisher nur von linken Antifa-Demonstrationen. Rechtsextremer Aufmarsch für ein »nationales Zentrum« in Neukölln und Treptow-Köpenick, 6. Dezember 2003.

Bildquelle: Antifaschistisches Infoblatt



Die Wolfsangel, ein aus Runen abgeleitetes Symbol, wurde von SS-Panzerdivisionen verwendet und steht für Adolf Hitler (Werwolf, Wolfsschanze), worauf zusätzlich der Zahlencode 18 »Adolf Hitler« (A und H im Alphabet) hindeutet. Die Wolfsangel erlebt in verformter Form im Emblem der Kleidungsmarke »Thor Steinar« gerade eine Renaissance. Das Keltenkreuz gilt vor allem in der Skinheadszene als »gemeinsames kulturelles Erbe der nordischen weißen Rasse« und ist in diesem Kontext als Zeichen eines internationalen weißen Rassismus zu deuten.

Bild: Mike Kettler

Die jahrzehntelange Dominanz der »Skinhead-Subkultur« innerhalb der rechtsextremen Kulturlandschaft scheint zumindest im Berliner Raum endgültig gebrochen. Zwar gibt es vor allem am Stadtrand Berlins noch immer das klassisch rechtsextreme Aussehen mit Bomberjacke und Glatze, aber je mehr man in die Innenstadt gelangt, desto mehr legen Rechtsextremisten Wert darauf, im Stadtbild weniger erkennbar zu sein.

Heute ähnelt das Auftreten der organisierten Rechtsextremisten einer Mischung aus den unterschiedlichen Stilen der Hatecore-, Skinhead-, Gang- und Rockerszene. Inzwischen lässt sich in all diesen Subkulturen eine Vermischung mit ästhetischen Vorstellungen, Stilelementen und Symbolen der extremen Rechten feststellen. So sind nicht zuletzt auch in der HipHop- und Sprayerszene Berlins verstärkt rassistische und rechtsextreme Einstellungen zu beobachten. Indizien hierfür sind beispielsweise »tags« (Symbole) von Sprühergruppen, die in Verbindung mit Hakenkreuzen oder anderen rechtsextremen Symbolen gesprüht werden. »HipHop wird schneller weiß, als man denkt« verkündete das rechtsextreme Hochglanzmagazin »RockNord« schon voller Erwartung.

Eindeutige rechtsextreme, rassistische und antisemitische Parolen wie: »Race War 2003«, »Fight Reds and Cops«, »Fuck Jews«; werden von den »Autonomen Nationalisten Berlins« (ANB) gesprayed. Die ANB suchen, z.B. indem sie in englischer Sprache sprühen, aus politisch-strategischen Gründen bewusst die Überschneidung mit urbanen Jugendkulturen. Gerade



Nationalfahnen waren beim rechtsextremen Aufmarsch am 6. Dezember 2003 in Berlin untersagt. Da gerade von den Freien Kameradschaften aber der Sozialismus im Nationalsozialismus betont wird, sah man keinen Widerspruch darin, mit roten Fahnen zu demonstrieren. Auch das rote Che-Guevara-T-Shirt (Sozialismus, Antiamerikanismus) und das Palästinentertuch (Antizionismus, Antisemitismus) des Ordners passen trotz des scheinbaren Widerspruchs in die rechtsextreme Ideologie. Die Übernahme linker Symbole ist natürlich auch als Provokation an die antifaschistischen GegendemonstrantInnen und als Tarnung gedacht.

Bildquelle: Antifaschistisches Infoblatt

bei rechtsextremen AktivistInnen ist die Ausdifferenzierung verschiedener Lifestyles am breitesten. Kameradschaftsmitglieder in Berlin kleiden sich inzwischen bevorzugt unauffällig, was ihnen u. a. das Ausspähen von politischen Gegnern erleichtert.

Spezifisch für Berlin ist die Übernahme linksautonomer Ausdrucks- und Aktionsformen. Auf einer Demonstration im Dezember 2003 kleideten sich Rechtsextremisten wie linke Antifa-AktivistInnen. Sie trugen dunkle Kapuzenshirts, Basecaps und Sonnenbrillen und führten u. a. auch rote Fahnen mit.

Für den 1. Mai 2004 mobilisierten Berliner Rechtsextremisten für einen »nationalrevolutionären schwarzen Block« und begründeten dabei den Wandel des



Der »schwarze Block« der Antifa und deren Schriftbild wird kopiert. Ein Transparent der ANB (Autonome Nationalisten Berlin) auf einem rechtsextremen Aufmarsch am 1. Mai 2003.

Bild: Antifaschistisches Infoblatt

Aussehens: »Die schwarze Kleidung ermöglicht es uns, dass wir von Antifas, Bullen und anderen nicht mehr auseinandergehalten und erkannt werden können.« Zunehmend werden auch autonome Aktionsformen, wie beispielsweise Hausbesetzungen von Rechtsextremisten übernommen.

Die stilistische Ausdifferenzierung rechter Jugend- und Subkultur birgt die Gefahr, dass immer mehr Jugendliche angesprochen werden können und bei der extremen Rechten ein Angebot finden, dass zu ihren jugendkulturellen Vorlieben passt. Andererseits verliert die Szene zunehmend ihren gemeinsamen, spezifischen Charakter. Dies könnte ihr den Schwung und den Ausdruck von Stärke und Masse nehmen. Rechts-extreme adaptieren und besetzen aber nicht nur immer mehr kulturelle Ausdrucksformen, sondern versuchen verstärkt, auch inhaltlich an demokratische und linke Diskurse anzuschließen.

Ideologische Ausdifferenzierung: Zunahme der diskursiven Anschlussfähigkeit der extremen Rechten

Rechtsextreme Gruppierungen versuchen zunehmend die eigenen Zielsetzungen in demokratischen Diskursen zu platzieren, indem sie inhaltliche Übereinstimmungen mit anderen gesellschaftlichen Kräften propagieren. Sie kopieren dabei demokratische, u. a. auch linke Rhetorik und haben in der jüngeren Vergangenheit vor allem versucht, in der Friedens- und in der globalisierungskritischen Bewegung Fuß zu fassen. Mit dezidiert antiamerikanischen Positionen bemühen



Transparent bei einem NPD-Aufmarsch in Berlin-Lichtenberg, 1. Mai 2002. Nicht nur der linke Slogan, der als Inbegriff der antiimperialistischen Bewegung in den 60er, 70er und 80er Jahre steht, wird übernommen. Auch die Verantwortung für Genozide in der Geschichte wird auf Amerika projiziert. Da anti-amerikanische Feinbilder auch in der Linken und in der Bevölkerung weit verbreitet sind und diese sich mit antisemitischen Zuweisungen (wie Weltherrschaft, Geld- und Machtgier, Verlogenheit) decken, greift die rechtsextreme Szene seit dem Afghanistan- und Irak-Krieg immer mehr zu antiamerikanischer Propaganda.

Bildquelle: MBR



NPD-Aufmarsch in Berlin-Lichtenberg, 1. Mai 2002. Als »zionist occupied government« (z.o.g.) wird nicht nur die amerikanische, sondern auch die deutsche Regierung angesehen. Gegen die »internationale jüdische Verschwörung« benutzt der deutsche Nationalist auch englische Wörter (smash - zerschmettern). Nicht auf dem Schwarz-Weiß-Photo zu sehen: Das Transparent ist gelb, die Farbe, mit der seit Jahrhunderten Jüdinnen und Juden stigmatisiert und ausgegrenzt werden (siehe Gelber Stern im NS).

Bildquelle: MBR

sie sich, an öffentliche Diskurse und demokratische politische Bewegungen Anschluss zu finden. Beispiele hierfür sind Slogans wie »USA- Internationale Völkermordzentrale« und »Boycott von US-Produkten - keinen Cent für die US-Kriegstreiber«, die ursprünglich aus anderen politischen Kontexten stammen. Die Inhalte und Begriffe der Slogans werden vor dem rechtsextremen Hintergrund jedoch antisemitisch konnotiert, was beispielsweise in der Kritik an dem angeblichen Einfluss Israels auf die Regierung der USA zum Ausdruck kommt.

Die Parole »USA – Internationale Völkermordzentrale« entstand in den 1960er Jahren im Kontext linker Proteste gegen den Vietnamkrieg. Unter »Völkermord« verstehen völkische Nationalisten allerdings den »Völkermord durch Überfremdung«. Für diesen »Völkermord« werden von den extremen Rechten die USA verantwortlich gemacht. Hinter der Globalisierung steht demnach der US-amerikanische »Kulturimperialismus«. Die Globalisierung wird als Weltverschwörung verstanden, die die Zerstörung völkischer Identitäten bezweckt und es den Juden ermöglichen soll, die Völker besser zu beherrschen und auszubeuten. Mittels »Besatzungsmacht, Verschwörung, Geheimdiensten, korrupten und jüdischen BRD-Politikern« sind sie demnach für das Hineinlassen von Migrationsströmen nach Deutschland zumindest teilweise verantwortlich. Gleichzeitig können durch die Rede vom »US-Völkermord« die Verbrechen der Nationalsozialisten gegen die Menschheit verharmlost und relativiert werden.

Die Idee von der »Zionist Occupied Government« (dt.: Zionistisch Okkupierte Regierung) stammt aus dem amerikanischen Kontext und dominiert mittlerweile international den rechtsextremen Diskurs. ZOG



Nach Beginn der zweiten Intifada im Nahen Osten, vermehrten Selbstmordanschlägen und mit dem harten Kurs der Regierung Sharon, wurde in Deutschland zunehmend Kritik an der israelischen Politik laut. Rechtsextremisten versuchen an diese Diskurse mit antisemitischen Intentionen anzuschließen. Außerdem geht es bei der »Solidarität mit Palästina« um einen Befreiungsnationalismus gegen die »jüdisch besetzte Regierung«, den man auch auf Deutschland überträgt.

gilt durchgehend als Beschreibung für die als reine Marionetten globaler (jüdisch dominierter) Finanzinteressen angesehenen Regierungen Europas und Nordamerikas.

Hinsichtlich der diskursiven Anschlussfähigkeit der extremen Rechten hat der Antisemitismus in den letzten beiden Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Vom Nahostkonflikt und seiner gesellschaftlichen Rezeption über sekundären Antisemitismus⁽¹¹⁾ in der Entschädigungsdebatte bis hin zu der Rede des CDU-Abgeordneten Martin Hohmann im Oktober



Rechtsextreme Demonstration gegen das Holocaust-Mahnmal am Brandenburger Tor, 29. 1. 2000. Hier waren noch schwarz-weiß-rote Fahnen, die für die Farben eines nicht-demokratischen Deutschland stehen (nationalistisch-militaristische Kaisermonarchie, 3. Reich), erlaubt. Auf dem Transparent in der Mitte ist Paragraph 130 StGB (Volksverhetzung) durchgestrichen. Er wendet sich gegen diejenigen, die zu Hass und Gewalt gegen Bevölkerungsteile (z.B. Türken, Katholiken, Juden oder Schwule) aufrufen oder die Menschenwürde dieser Gruppen angreifen und kann zu Verurteilungen bis zu fünf Jahren führen.

Bild: G.A.F.F.-Fotoarchiv



Spontandemonstration von den Kameradschaften Tor und NPD im Juli 2004 auf dem Alexanderplatz anlässlich des Richtfestes des Holocaust-Mahnmals. »Hol den Vorschlaghammer – sie haben uns ein Denkmal gebaut« ist ein Zitat der demokratisch engagierten Berliner Band »Wir sind Helden«.

Bild: Treptower Antifa Gruppe

2003 mit Assoziationen von einem »jüdischen Tätervolk« bieten sich Rechtsextremisten zahlreiche Anknüpfungspunkte an Debatten in allen Schichten und Segmenten der deutschen Gesellschaft. In diesem Kontext beteiligten sich Berliner Rechtsextremisten nicht nur an den großen Friedensdemonstrationen, sondern traten auch vermehrt mit eigenen anti-israelischen Demonstrationen und Kundgebungen in Erscheinung. Mit Beginn des Angriffes auf den Irak im Frühjahr 2003 verstärkte sich die Agitation der extremen Rechten gegen die Krieg führenden Staaten sowie gegen Israel noch weiter. In Israels Interessen meinten sie einen, wenn nicht sogar den wichtigsten Grund für den Krieg erkannt zu haben. Entsprechend wurde auf rechtsextremen Webseiten gegen den Angriff von »Usrael« gehetzt und die Anzahl »jüdisch-zionistischer« Repräsentanten, die sich in Amerika positiv auf den Krieg bezogen hatten, angeführt. Punktuell lassen sich in Folge des Anschlags vom 11. September 2001 auch Anschlussversuche an den »islamistischen Antisemitismus«⁽¹²⁾ und die Diskurse islamistischer Gruppen verzeichnen, so z. B. durch das Auftreten der damaligen NPD-Kader Udo Voigt und Horst Mahler bei einer Veranstaltung der islamistischen Hizb-ut-Tahrir in der Berliner TU im Oktober 2002.

Ein weiteres Aktionsfeld der extremen Rechten in Berlin ist der Geschichtsrevisionismus. Die Tendenz in einigen gesellschaftlichen Diskursen, den Nationalsozialismus zu historisieren und das Leid der deutschen Zivilbevölkerung in den Mittelpunkt des Opfergedenkens zu stellen, bietet den Rechtsextremisten hierfür zahlreiche Anknüpfungspunkte. Beispiele für Aktionen in diesem Bereich waren in Berlin die großen Demonstrationen gegen das Holocaust-Mahnmal 2000 und gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« 2001. Die Rechtsextremen beklagen dabei die angebliche diskursive Hegemonie der Linksliberalen und Antinationalen. Nicht nur die Deutschen werden dabei als Opfer der Geschichte ge-



Insbesondere in Zusammenhang mit der Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« kam es aus der rechtsextremen Szene zu revisionistischem Protest. Hier bei einer Demonstration in Berlin im Dezember 2002 gegen die Neuauflage der Ausstellung.

Bild: Bocheinski

sehen, sondern vor allem auch sie selbst, weil sie angeblich durch die Geschichtspolitik der »68er« aus den entsprechenden Diskursen ausgegrenzt werden. Im November 2003 fand in Berlin-Wilmersdorf zu diesem Thema eine Tagung des neurechten Think Tanks »Institut für Staatspolitik« statt, der der »Jungen Freiheit« nahe steht.

Auf der Ebene von Bezirken und Sozialräumen versuchen Rechtsextremisten auch an lokale Diskurse anzuknüpfen, verwenden dabei jedoch sehr unterschiedliche Strategien. Je nachdem, welche spezifischen Gegebenheiten vor Ort existieren, visieren Berliner Rechtsextremisten unterschiedliche Zielgruppen und -bereiche an und setzen andere (thematische) Schwerpunkte.

Ein prägnantes Beispiel hierfür ist die Jugendkampagne der »Kameradschaft Tor Berlin« und der »Berliner Alternative Südost« (BASO) für ein »nationales Jugendzentrum« im Bezirk Treptow-Köpenick. Dort wurden und werden rechtsextreme Aktivisten, die den Sozialraum dominieren, mit zivilgesellschaftlichen Gegenmaßnahmen konfrontiert. Die BASO stellt die rechtsextremen Jugendcliquen, die z. T. erhebliche Gewalt gegen andere, alternative Jugendliche ausgeübt haben, als Opfer einer Ausgrenzungskampagne dar und fordert für sie ein eigenes Jugendzentrum, in dem sich deren regionale Dominanz noch manifestieren würde.

In der Regel greifen Rechtsextremisten auf der lokalen Ebene bewusst soziale Problemlagen auf, die sie auf ihre Weise interpretieren und artikulieren. Dabei geben sie sich betont bürgernah. Die eigene rechtsextreme Einstellung wird absichtlich als »harmloser Patriotismus« dargestellt, in der Hoffnung auf diese Weise Zugang zu gesellschaftlichen Diskursen zu finden. Entsprechend sind Berliner Rechtsextremisten vor allem dort erfolgreich, wo sich demokratische Parteien und Initiativen nicht klar von ihnen abgrenzen. So beispielsweise, wenn verharmlosende Selbstbeschreibungen als »Nationalisten« oder »Nationale« von Personen, die selbst nicht der rechtsextremen Szene

angehören, unreflektiert übernommen werden.

Im Kontext lokaler Kampagnen bedienen sich Rechtsextremisten zivilgesellschaftlicher Aktionsformen, wie rechter Bürgerinitiativen, rechter Vereinigungen und Clubs, rechter Diskussionszirkel und interner Solidaritätsnetzwerke. Ein Berliner Beispiel hierfür ist – neben der bereits genannten BASO – die rechtsextreme Bürgerinitiative, die sich gegen das Holocaust-Mahnmal gründete und maßgeblich an der Durchführung der rechtsextremen Demonstration gegen das Mahnmal im Januar 2000 beteiligt war.

Strukturelle Ausdifferenzierung: Dominanz der »Freien Nationalisten« und aktionsorientierte Organisationsformen

Die ideologischen und strategischen Ausdifferenzierungen spiegeln sich fast zwangsläufig auch in den rechtsextremen Organisationsformen wider. Zwar sind alle bekannten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus auch in Berlin vorhanden, neuere aktionsorientierte Organisationsformen gewinnen dabei jedoch zunehmend an Bedeutung.

Rechtsextreme Parteien

Rechtsextreme Parteien, vor allem die »Republikaner« (REP) und die »Deutsche Volksunion« (DVU), haben in den letzten Jahren weiter an Bedeutung verloren, während die »Freien Kameradschaften« und der subkulturell geprägte Rechtsextremismus deutlich Zulauf erhalten haben. Die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD), die in Berlin mit ihrer Bundeszentrale in Köpenick, zahlreichen Büros und Geschäftsräumen sowie durch sechs aktive Kreisverbände (davon zwei in West-Berlin) vertreten ist, war als aktionsorientierte Partei von dieser rückläufigen Entwicklung konsequenterweise nur bedingt betroffen.

Keine der drei rechtsextremen Parteien konnte 2003 den Mitgliederbestand des Vorjahres halten.⁽¹³⁾ Verantwortlich dafür dürften insbesondere ausbleibende Wahlerfolge und – bezogen auf die Republikaner – andauernde innerparteiliche Streitigkeiten sein.

Die DVU trat weder zur Bundestagswahl 2002 an noch im Laufe des bisherigen Jahres mit irgendwelchen Aktionen in Berlin auf. Während DVU-Abgeordnete in Brandenburg noch im Landtag sitzen und bei der Landtagswahl 2004 wieder antreten, ist die DVU innerhalb der rechtsextremen Szene Berlins kaum noch relevant.

NPD und Republikaner haben nach ihrer erfolglosen Beteiligung an den Bundestagswahlen⁽¹⁴⁾ massive Umstrukturierungsprozesse in ihren Landesverbänden initiiert. Während die NPD seit der Bundestagswahl 1998 sich jedoch an allen Wahlen, die in Berlin stattfanden, beteiligte und dabei ihr absolutes Stimmenergebnis steigern konnte, fallen die Berliner Republikaner immer weiter ab. Auch der neu gewählte Lan-

desvorsitzende konnte den Berliner Landesverband bisher nicht stabilisieren. Bei dem tiefen Zerwürfnis mit dem Parteivorstand geht es vor allem um die Frage, ob die Republikaner sich den anderen rechtsextremen Parteien gegenüber öffnen sollen. Die schlechten Wahlergebnisse sowie die deshalb geringen Wahlkampfkostenrückerstattungen verstärkten die Auflösungserscheinungen innerhalb des Berliner Landesverbandes der Republikaner und führten u. a. zur Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle in Berlin-Pankow. Diese musste aus finanziellen Gründen geschlossen werden und zog im Mai 2003 nach Nordrhein-Westfalen um. Die NPD hat in den letzten Jahren in Berlin mit ihrer eher jungen und aktiven Basis viel Energie in den selbst formulierten »Kampf um die Straße« gesteckt, der auch im NPD-Verbotsantrag eine herausragende Rolle spielte. Dabei wurde ihr breites SympathisantInnen-Umfeld recht erfolgreich einbezogen. Gerade die Kameradschaften »aus den freien Strukturen« wurden in Wahlkampfzeiten aktiv und übernahmen u. a. Schutzaufgaben bei NPD-Veranstaltungen. Auch außerhalb des Wahlkampfes versuchte die NPD mit Infoständen und Flugblattverteilungen ihr Mobilisierungspotenzial vor allem unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu vergrößern. Die regelmäßige Verteilung von Propaganda ist eine der Hauptaktivitäten der NPD.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 18. März 2003 das von der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Bundesrat beantragte Parteiverbotsverfahren gegen die NPD eingestellt hatte, sah sich die NPD zunächst als Gewinner und intensivierte ihre Aktivitäten. Der bisherige gemeinsame Landesverband Berlin-Brandenburg der NPD trennte sich im Frühjahr 2003 organisatorisch und bildete die jeweiligen Landesverbände und -vorstände neu. Allerdings konnte die NPD von dem gescheiterten Verbotsverfahren bei Weitem nicht in dem Maße profitieren, wie erwartet. Sie hat bundesweit Mitgliederverluste zu verzeichnen und gilt nach Einschätzung des Berliner Verfassungsschutzes »in weiten Teilen des aktionsorientierten Rechtsextremismus als nicht mehr akzeptabel«.⁽¹⁵⁾



NPD wie Kameradschaften versuchen sich als »Vertreter des kleinen Mannes« auszugeben, gerade bei ihren 1. Mai - Demonstrationen wie hier 2004 in Lichtenberg. Insbesondere auf Gefühle sozialer Benachteiligung in Ostdeutschland wird eingegangen.



Auch die »Mädelgruppe« der Kameradschaft Tor tritt für »Nationalen Sozialismus« ein, wie hier am 1. Mai 2004. Die Triskele, ein germanisches Sonnenrad, das Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft symbolisieren soll, steht auch namensgebend für das rechtsextreme Frauenmagazin »Triskele«. Von der Webseite der Mädelgruppe: »Erstrebenswertes Ziel ist die Familie mit einer starken Frau, welche sich ihrer Verantwortung für ihr Volk voll bewusst ist, neben ihrem starken Mann. Jeder von beiden muss den Platz einnehmen, der ihnen von der Natur vorgegeben ist.«

Vorgeworfen wird ihr wegen der Teilnahme an Wahlen und strategischer Zurückhaltung im Auftreten zu systemnah und moderat zu sein. Bei der gemeinsamen Demonstration am 1. Mai kam es zu Gerangel unter den beiden Gruppen und zu Kameradschaftssprüchen wie »Erster Mai, ohne Partei«.

Die Berliner NPD ist jedoch eng verwoben mit der lokalen Kameradschaftsszene.⁽¹⁶⁾ Eine der erfolgreichsten Plattformen innerhalb der sonst heterogenen Szene war bisher der »Nationale Widerstand Berlin-Brandenburg« (NWBB). Kontakte zur NPD-Führung beruhen zum Großteil auf langjährigen Bekanntschaften und politischen Verbindungen. Mitgliederabwanderungen in die »Freien Kameradschaften« können daher sowohl als vorgehende Reaktion auf ein mögliches Verbot der NPD als auch auf die während des Verbotsverfahrens offensichtlich gewordene Durchdringung der Partei mit V-Männern (und -Frauen) des Verfassungsschutzes interpretiert werden.

Kameradschaften: »Freie und Autonome Nationalisten«

In der so genannten »Freien Kameradschaftsszene« Berlins, die nach kurzer Stagnation 2003 wieder massiv mit eigenständigen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Erscheinung trat, fallen vor allem die Kameradschaften »Pankow« und »Tor« durch umfangreiche Aktivitäten auf. Besonders letztere ist regional und überregional aktiv und arbeitet intensiv mit anderen Strukturen zusammen. Dazu zählen, die »Autonomen Nationalisten Berlins« (ANB) sowie die »Berliner Alternative Südost« (BASO).

Die »Kameradschaft Tor Berlin« trat 2003 mit ihrer Kampagne für ein »nationales Jugendzentrum« öf-



Ein altes Fabrikgebäude in Berlin-Treptow diente als Treffpunkt rechtsextremer und rechtsextrem-orientierter Jugendlicher, bis er von der Polizei entdeckt wurde (November 2003). Benannt wurde er von den Jugendlichen nach dem ehemaligen Hitler-Bunker »Wolfsschanze«. An den Wänden ein ganzes Arsenal rechtsextremer Symbolik: »Odin« mit germanischer »Wolfsangel«, »Lebens«- und »Odalsrunen«, Verweise auf die rechtsextremen Bands »hate society« (USA) und C18 (Combat 18) sowie weitere Zahlencodes »88« (HH – Heil Hitler) und »14« (fourteen words – das »arische Glaubensbekenntnis« der rassistischen »White Power Bewegung«). A.C.A.B. ist das Kürzel für »All Cops are Bastards«.

fentlichkeitswirksam in Erscheinung. In Anlehnung an Aktionen linksautonomer Gruppen führte sie im Oktober 2003 gemeinsam mit BASO-Aktivisten eine symbolische Hausbesetzung in Brandenburg durch. Bei der Aktion forderte die Kameradschaft ein »nationales und soziales Jugendzentrum« in Berlin. Sie erklärte ferner, dass sie durch verschiedene Aktionen darauf aufmerksam machen werde, »dass zigtausend Wohnungen und Häuser ungenutzt sind und die Berliner Jugend (egal ob rot oder braun) auf der Straße sitzt«.

Die Strategie der »nationalen Jugendarbeit« hat sich aus dem Konzept der »National Befreiten Zonen« entwickelt. Ziel dieser nationalen Jugendarbeit ist es, nationale Zentren für rechtsextrem-orientierte Jugendliche und rechtsextreme Aktivisten als »befreite



Aufmarsch der rechtsextremen »Berliner Alternative Südost« (BASO), einem Zusammenschluss von Kameradschaftsaktivisten und jungen Rechtsextremisten, am 6. Dezember 2003 in Südost-Berlin, wo manche Sozialräume von einer rechtsextrem-orientierten Jugendkultur dominiert werden und nicht-rechte, bzw. migrantische Jugendliche sich bedroht fühlen müssen. Der Aufmarsch wurde durch den Kameradschaftsführer und früheren NPD-Funktionär René Bethage organisiert.

Bild: Antifaschistisches Infoblatt

Räume« im Kleinen zu schaffen. Sie sollen Freiraum bieten für rechtsextreme ideologische Schulungen, Ausgangspunkt für politische Aktionen im weitesten Sinne sein (Demonstrationen, Klebe-, Sprüh- und Störaktionen etc.), aber auch der gemeinsamen »nationalen« Freizeitgestaltung dienen (rechtsextreme Konzerte, Camps, gemeinsames Trinken etc.).

Am Beispiel der 2003 neu gegründeten »Berliner Alternative Südost« (BASO) wird die Scharnierfunktion von NPD-Kadern zwischen Partei und militant-neonazistischen Kräften der Kameradschaften bzw. »Freien Nationalisten« besonders deutlich. Die Berliner Alternative Südost (BASO) um den ehemaligen NPD-Kreisvorsitzenden René Bethage hat ihren Aktionsschwerpunkt im Bezirk Treptow-Köpenick, weitet ihre Aktivitäten zwischenzeitlich aber auch nach Neukölln aus. Im Dezember 2003 führte die BASO eine Demonstration von Rudow nach Treptow-Johannisthal unter dem Thema: »Freiräume schaffen – Jugendzentrum für Deutsche erkämpfen« durch. Bethage, der bis 2003 in der NPD organisiert war, hatte schon immer ausgesprochen gute Kontakte in das Lager der »Freien Nationalisten«.

Die »Autonomen Nationalisten Berlins« (ANB) sind ein berlinweiter Zusammenhang von Kameradschaftsaktivisten bzw. Autonomen Nationalisten, der seit 2002 existiert. Die ANB lehnen sich bezüglich ihrer Aktions- und Ausdrucksformen an die autonome Linke der achtziger Jahre an. Inhaltlicher Schwerpunkt ist der Kampf gegen politische Gegner auch durch Aufforderungen zum gewaltsamen Vorgehen. In dieser so genannten »Anti-Antifa«-Tätigkeit zeigt sich eine besondere Qualität: Der Begriff »Antifa«



In Berlin-Pankow wurden im Juni 2004 massenhaft solche Aufkleber verteilt, die von einer Gruppierung mit dem Namen »Vereinte Nationalisten Nordost (VNN)« stammen. Seit Mai 2004 tritt diese neue Aktionsplattform in der Berliner Öffentlichkeit auf. Nach MBR-Erkenntnissen sammeln sich in der VNN Aktivisten aus dem Spektrum Freier Kameradschaften und der NPD.

Bild: MBR

subsumiert hier ein breites Spektrum an demokratisch Engagierten. Gezielt wird versucht, durch Klebe- und Sprühaktionen gegen vermeintlich linke Personen und Einrichtungen sowie engagierte BürgerInnen zu bedrohen und einzuschüchtern. Auf ihren Aufklebern und mit ihren Graffiti drohen die Rechtsextremen gegen alles, was ihrem Weltbild nicht entspricht, gewaltsam vorzugehen: »Reds better run« oder »Linke Zentren zerschlagen« sind dabei nur Beispiele. In einigen Fällen wurden Einzelpersonen sogar namentlich genannt und bedroht: »[Name] wir kriegen dich! ANB«. Oder auch: »[Name] we will smash u! ANB«. Auch Polizisten, die Rechtsextremisten konsequent verfolgen, werden in Publikationen abgebildet und persönlich bedroht. Teil dieser Anti-Antifa-Aktivitäten im weiteren Sinne sind aber auch das gezielte Stören und Verhindern zivilgesellschaftlicher Veranstaltungen und Vernetzungstreffen gegen Rechtsextremismus, wie es in Berlin in 2003 des Öfteren der Fall war.

Neben den Freien Kameradschaften existieren weitere Überschneidungen der extremen Rechten mit der Rocker- bzw. Hooliganszene. Auf diese Weise haben sich »Mischszenen« zwischen rechtsextremen Skin-



»Fight Reds and Cops. Fuck Jews! ANB«. Juden, Linke und Polizisten als politische Gegner. Graffiti der »ANB« (Autonome Nationalisten Berlin) im April 2003 in Berlin-Lichtenberg.

Bild: MBR

heads, Neonazis und aktions-orientierten Rechtsextremisten aus dem Hooligan- und Rockermilieu herausgebildet.

Bekanntes Beispiel hierfür sind die »Vandalen – Ario-germanische Kampfgemeinschaft«, denen der Berliner Verfassungsschutz trotz ihrer geringen Mitgliederstärke die Wortführerschaft im aktionsorientierten Rechtsextremismus bescheinigt.⁽¹⁷⁾ Öffentliches Aufsehen erregte im September 2002 der Angriff eines Mitglieds der Vandalen auf den bündnisgrünen Bundestags-Direktkandidaten Christian Ströbele.⁽¹⁸⁾ Einige der Mitglieder der Vandalen spielten in der rechtsextremen Band »Landser«, einem der bekanntesten Bandprojekte der deutschen rechtsextremen Szene, mit. Inzwischen wurden die Bandmitglieder wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung« zu Haftstrafen verurteilt. Durch die erhöhte staatliche Repression erlangten die Vandalen innerhalb der Szene den Status einer Märtyrergruppe und werden von der Kameradschaftsszene allseits als Autorität anerkannt.



Die Berliner Band Landser hatte Kultstatus in der rechtsextremen Szene. Hier eine Kappe mit Landser-Schriftzug auf einem Aufmarsch im Jahr 2002. Inzwischen sind die anderen der Band wegen ihrer Aussagen bei der Polizei eher weniger gut angesehen. Die Ausnahme bildet der Sänger und Texter von »Landser«, Michael Regener. Sein Projekt »Die Lunikoff Verschwörung« schließt an seine früheren Aktivitäten an.

Bild: MBR

Im Bereich rechtsextremer Infrastruktur und Wirtschaft sind zunehmend Überschneidungen von Rockern als wirtschaftliche Unternehmer mit Rechtsextremen zu erkennen, die gemeinsam private Geschäfte (Kneipen, Läden, Tattoo-Studios) für ihre Zwecke nutzen. Über diese Infrastruktur sind in manchen Fällen auch Überschneidungen zur Fußball- und Hooliganzene vorhanden. Auch wenn derzeit organisierte rechtsextreme Aktivitäten in Berliner Stadien wenig ausgeprägt sind, bietet das kulturelle Umfeld von Fußballspielen und -vereinen vielfach Gelegenheiten für Kontakte mit informellen Netzwerken, in denen Rechtsextreme nahezu selbstverständlich vertreten sind. Auch rassistische Äußerungen sind in der Hooligan-Szene weit verbreitet. Bei einem Treffen eines türkischen Vereins mit dem BFC-Dynamo in Berlin-Hohenschönhausen drückten viele der rechtsextrem-orientierten BFC-Fans ihre Abneigung gegen die Gäste aus, indem sie Dönerbrote aufs Spielfeld warfen.

Die starke Ausdifferenzierung von rechtsextremen Organisationsbestrebungen und kulturellen Erscheinungsformen zeigt, dass die derzeitige extreme Rechte in Berlin nicht auf eine große gemeinsame Organisation hinarbeitet, sondern auf die Breitenwirkung einer Vielzahl von organisatorischen Ausdrucksformen setzt. Ein vereinender Anspruch, z.B. in Form einer Führerschaft durch eine Partei oder umfangreichere Sammlungsversuche wie durch den ehemaligen Kameradschaftsbund Germania wird von Berliner Rechtsextremisten nicht mehr prioritär verfolgt. Die verschiedenen Organisationen, Gruppen und rechtsextremen Cliquenzusammenhänge gehen, wenn auch nicht immer bewusst, arbeitsteilig vor und agieren nebeneinander. Verbindungen werden über personelle Überschneidungen hergestellt und erhalten. In zunehmendem Maße wird dabei Wert auf eine Professionalisierung der politischen Arbeit und ein verdeckteres, von Außen nur schwer zu durchschauendes Agieren gelegt. Trotz oder gerade aufgrund der Ausdifferenzierung erreichen rechtsextreme Gruppierungen stellenweise eine erhebliche Wirkungsmacht in Bezirken, beziehungsweise Sozialräumen.

Aus den verschiedenen Aktivitäten der unterschiedlichen Gruppierungen und Organisationen in Berlin lässt sich eine gemeinsame Agenda ablesen: So genannte »Anti-Antifa«-Aktivitäten und antisemitische Agitationen sind hierbei die wesentlichen verbindenden Elemente. Das militante und politische Vorgehen gegen die als Feinde definierten Gruppen, insbesondere die Gegnerschaft zu den unterschiedlichen Strömungen der politischen Linken und zu den erklärten Hauptfeinden, »den Juden«, vereint das gesamte rechtsextremistische Spektrum über alle persönlichen und ideologischen Differenzen hinweg.

Herausforderungen für die Mobile Beratung in Berlin

Angesichts der von den Rechtsextremisten angewandten Strategien der kulturellen Subversion und dem Streben nach regionaler Dominanz finden die entscheidenden Auseinandersetzungen bezüglich des Zurückdrängens rechtsextremer Phänomene im kommunalen Raum statt. Nicht selten bestimmen die rechtsextremen Dominanzverhältnisse vor Ort und der Umgang mit rassistischen Ressentiments in der lokalen Zivilgesellschaft über die konkreten Handlungsmöglichkeiten.

In Berlin existiert selbst dort, wo Rechtsextremisten öffentlich präsent und aktiv sind, nicht immer ein entsprechendes Problembewusstsein, da inzwischen vor allem Aktivisten und Führungspersonen weniger eindeutig zu erkennen sind. Die gezielten Anschlussversuche von Rechtsextremisten in Debatten, z.B. um den Irak-Krieg, den Nahost-Konflikt und die Globalisierung, treffen häufig auf noch nicht gefestigte demokratische Positionierungen oder auf teilweise in der Zivilgesellschaft vorhandene antiamerikanische oder antisemitische Tendenzen. Anknüpfungspunkte bestehen auch, wenn lokale Eliten sich nicht genügend gegenüber dem Problem Rechtsextremismus positionieren oder gar selbst völkische und antidemokratische Diskurse fördern. Immer wieder werden rechtsextreme Gruppen, solange sie bürgernah aufzutreten verstehen, in lokalen Zusammenhängen von demokratischen Akteuren als »normale« Diskussionspartner akzeptiert. Die Anwesenheit rechtsextremer Akteure bei öffentlichen Veranstaltungen und Bürgerabenden wird selten ausreichend problematisiert.

Die öffentliche Wahrnehmung rechtsextremer Entwicklungen konzentriert sich vor allem auf Gewalttaten, die jedoch meist nur der spektakulärste Ausdruck weiter gehender Bestrebungen der Rechtsextremen nach Dominanz im öffentlichen Raum sind. Orte des Alltags wie Jugendclubs, Schulen, Kneipen und Sportvereine sind in Berlin vielfach zu rechtsextremen Treffpunkten geworden, in denen Unentschlossene ideologisiert und Nicht-Rechte eingeschüchtert, bedroht und verdrängt werden. Oft werden entsprechende Bestrebungen durch eine alltagsrassistische und antisemitische Grundstimmung im sozialen Umfeld begünstigt. Autoritäre, nationalistische, rassistische und antisemitische Einstellungsmuster reichen bis weit in die »Mitte der Gesellschaft«. Sie fördern und begünstigen die Herausbildung und Verfestigung rechtsextremer Strukturen und sind ein generationsübergreifendes Phänomen, das sich in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen wiederfinden lässt.

Angesichts dessen sind nicht nur Kenntnisse über den aktuellen rechtsextremen Lifestyle, sondern vor allem auch inhaltliche Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Diskursen und Strategien, auf der Grundlage genauer Analyse, unverzichtbare Voraussetzungen für

das demokratische Engagement. Demokratische Akteure sollten daher in ihrem Umgang mit Rechtsextremismus sensibilisiert und gestärkt werden. Sie müssen sich gegenüber antidemokratischen Diskursen und Ausdrucksformen klar positionieren können und auch dazu bereit sein, eigene Standpunkte zu überprüfen. Das Bemühen der rechtsextremen Strategen, rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen zu normalen und alltäglichen Erscheinungen zu machen und zu enttabuisieren, sollte eine intensivere Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus und Antisemitismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft im Ganzen nach sich ziehen, nicht nur als mögliche Anknüpfungspunkte für Rechtsextreme, sondern auch als eigenständige demokratie-feindliche Tendenzen in Berlin.



Die Marke Thor Steinar, die von einem Bekleidungsunternehmen südlich von Berlin vertrieben wird, gewinnt in den letzten Jahren mehr und mehr Bedeutung in der rechtsextremen Szene. Klassische rechtsextrem genutzte Marken wie »Lonsdale« oder »Fred Perry« werden dagegen, außer in der Skinhead-Szene, inzwischen seltener getragen. Hier Rechtsextremisten bei einer Anti-Irakkrieg-Demonstration in Eberswalde bei Berlin. Im Hintergrund die irakische Nationalfahne und ein Plakat gegen den Irakkrieg von NPD und »Nationalem Widerstand Berlin-Brandenburg«.



Angebotsflyer der Bekleidungsfirma Thor Steinar. Deren Emblem (oben rechts) hat große Ähnlichkeit mit dem des rechtsradikalen »Thule Seminars« und beinhaltet verfremdet die Tyr- und Sig-Rune sowie die Wolfsangel.

Anmerkungen:

- (1) Vgl. Andreas Förster: Starker Zulauf für die rechte Szene. Verfassungsschützer warnen vor Gewaltbereitschaft, in: Berliner Zeitung vom 29. 3. 04.
In Berlin haben sich nach Angaben des Verfassungsschutzes im Jahr 2002 Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund von 28 auf 52 und »rechtsmotivierte« Körperverletzungen von 24 auf 44 jeweils nahezu verdoppelt. Die Gesamtzahl von Straftaten im Bereich »Politisch motivierte Kriminalität – rechts« wird im Berliner Verfassungsschutzbericht 2002 mit 948 Straftaten angegeben (vgl. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.) (2003): Verfassungsschutzbericht 2002, Seite 29).
Für das Jahr 2003 wurden etwas weniger Straftaten im Bereich der »Politisch motivierten Kriminalität - rechts« verzeichnet (944, Vorjahr 948). Für den Teilbereich der Gewaltkriminalität kam es jedoch zu einer deutlichen Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Während im Jahr 2002 insgesamt 52 Gewaltstraftaten begangen wurden, waren es 2003 bereits 70. Die Anzahl der Körperverletzungsdelikte stieg dabei weiter von 44 auf 55 (vgl. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.) (2004): Verfassungsschutzbericht 2003, Seite 34f).
- (2) »Blood&Honour« (deutsch: Blut und Ehre) wurde 1986 von dem rechtsextremistischen Skinhead Ian Stuart Donaldson, dem Bandleader der Skinheadmusikgruppe »Skrewdriver«, in Großbritannien gegründet. Blood&Honour (B&H) war die erste und erfolgreichste Organisation der rechtsextremen Skinhead-Szene. Die Erfolge in Großbritannien führten zu einem Export der Strukturen in das europäische Ausland. Die deutsche Division wurde 1994 von Berliner Skinheads gegründet und machte sich in der Szene innerhalb kürzester Zeit als Konzertveranstalter einen Namen. Das deutsche Netzwerk umfasste im Jahr 2000 ca. 200 Mitglieder, die sich in 15 Sektionen aufteilten. Die Berliner Gruppe gehörte zu den aktivsten Sektionen. Der Einfluss von B&H, die sich ähnlich den Hammerskins als »Elite« der rechtsextremen Bewegung verstehen, reicht durch Konzerte und Publikationen weit über den Mitgliederkreis hinaus. B&H - in der rechtsextremen Szene im Zahlencode abgekürzt: 28 - ist auch nach dem Verbot im September 2000, vor allem in Norddeutschland und in Berlin, weiter aktiv. (vgl. hierzu auch: Senatsverwaltung für Inneres Abteilung Verfassungsschutz (2003): Rechtsextremistische Skinheads, Berlin; Seite 53ff)
- (3) »Kader« sind geschulte rechtsextreme Führungskräfte bzw. Meinungsführer. Sie verfügen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild und agitieren bzw. rekrutieren für rechtsextreme Organisationszusammenhänge. Sie bilden den Kern der rechtsextremen Szene und werden in ihren Bemühungen von rechtsextremen »Aktivisten« unterstützt, die ebenfalls stark ideologisiert, organisatorisch eingebunden und aktiv sind. Hiervon zu unterscheiden sind »Mitläufer«, die (»erlebnisorientiert«) Angebote der rechtsextremen Szene (Konzerte, Fahrten und Demonstrationen) wahrnehmen. Sie sind organisatorisch nicht fest eingebunden und wenig engagiert, weisen aber einen hohen Sympathiegrad für rechtsextreme Ideologie und Organisation auf. »Sympathisanten« bilden das kulturell-ideologische Umfeld. Sie leben rechtsextreme Alltagskultur, haben ansonsten aber nur einen geringen Aktivierungs- und Mobilisierungsgrad. (vgl. hierzu: Modell des Rechtsextremismus als soziokulturelles Alltagsphänomen, in: Grumke, Thomas (2002): Organisationsgeschichte und -struktur des deutschen Rechtsextremismus, in: Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.): Rechtsextremismus heute. Eine Einführung in Denkweisen, Erscheinungsformen und Gegenstrategien; Klett-Verlag, Berlin)
Beispiele für Kader, die in den letzten Jahren nach Berlin gezogen sind: Jörg Hähnel, ein führender NPD-Kader der 90er Jahre aus Frankfurt/Oder und Mike Penkert aus Merseburg, der 1995 die Kameradschaft Beusselkiez gründete (vgl. Fight Back II, Antifaschistische Recherchebroschüre im Selbstverlag, Berlin 2003).
- (4) Die »Neue Rechte« entstand ab Mitte der 60er Jahre in Abgrenzung zur »Alten Rechten« mit offener Bezugnahme auf den Nationalsozialismus und zur Bewegung der »Neuen Linken«, den 68ern. Die Protagonisten der Neuen Rechten stammen zum überwiegenden Teil aus akademischen/intellektuellen Zirkeln und legen den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit auf die theoretische Erneuerung des rechtsradikalen Lagers. Auf sie ist u. a. die Übernahme der Strategie der »kul-

turellen Hegemonie« von Antonio Gramsci durch die extreme Rechte zurückzuführen (vgl. Rechtsextreme Einstellungen und Strategien in diesem Beitrag) sowie die Entwicklung des Konzepts des »Ethnopluralismus«, d. h. die »Weiterentwicklung« nationalsozialistischer Herrenmenschensprüche hin zu einem Rassismuskonzept, das die »Gleichwertigkeit aller Völker« betont, Migration aus biologistischen Gründen aber ebenfalls ablehnt. Auch die Einbindung des »Befreiungsnationalismus« der Dritten Welt in die rechtsextremen Denkwelten (über das Konzept des Widerstandes gegen »US-amerikanischen Kulturimperialismus«) geht auf neurechte Theoretiker zurück.

- (5) Vgl. Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, Seite 31
- (6) Vgl. hierzu auch die Ergebnisse der Lokalen Aktionspläne Pankow und Lichtenberg, Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.), Berlin 2003.
- (7) Vgl. Niedermayer, Oskar/ Stöss, Richard (2002): Berlin-Brandenburg-Bus 2002. Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg.
- (8) Vgl. hierzu auch: Adrian, Matthias/ Brix, Astrid/ Weber, Herbert: Strategien der organisierten rechtsextremen Szene: »National befreite Zonen« und kulturelle Subversion, in: Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.) (2002): Rechtsextremismus heute. Eine Einführung in Denkwelten, Erscheinungsformen und Gegenstrategien, Klett-Verlag, Leipzig
- (9) vgl. hierzu ausführlicher: Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (Hrsg.): Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002.
- (10) »Der Nazis neue Kleider«, in: Antifaschistisches Infoblatt Nr.55/2002 Seite 16
- (11) Als »sekundärer Antisemitismus« werden antisemitische Argumentationsmuster der Erinnerungsabwehr nach Ausschwitz bezeichnet, die Opfer- und Täterrollen verkehren und jüdische Menschen letztlich selbst für das Wiederaufleben des Antisemitismus verantwortlich machen. Exemplarisch ist diese spezifisch deutsche, sekundär antisemitische Abwehraggression in der Debatte um die Entschädigung ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter/innen zutage getreten. Oft wird diese neuere Form des Antisemitismus als Tabubruch von angeblichen Denkverboten getarnt, wie beispielsweise in der »Möllerdebatte« geschehen. (vgl. hierzu auch den Beitrag zu Antisemitismus in diesem Heft.)
- (12) Der islamistische Antisemitismus speist sich aus den jüdenfeindlichen Aussagen der Antike und des Korans, die in den 1920er und 30er Jahren von den Muslimbrüdern Hassan al-Banna und Sayyid Qutb aufgegriffen worden sind sowie aus Versatzstücken des deutsch-europäischen Antisemitismus und Rassismus. Der islamistische Antisemitismus ist dementsprechend wesentlich älter als der Staat Israel. Das Ziel des islamistischen Antisemitismus, der elementarer Bestandteil der islamistisch-totalitären Bewegung ist, hat das Ziel, möglichst viele Juden zu ermorden und »judenfreie Gottesstaaten« zu errichten (vgl. Brumlik, Micha: Ich glaube an die Mittel der Aufklärung. Interview in der iz3w 273, 11/12.2003, Seite 16ff.).
- (13) Mitgliederzahlen rechtsextremer Parteien 2003: REP: ca. 630, DVU: ca. 620, NPD: ca. 240; vgl. hierzu: Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.) (2003): Lagebild Rechtsextremismus in Berlin 2003, Seite 2
- (14) Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei der Bundestagswahl 2002: NPD: 0,6%; REP: 0,7%, vgl. hierzu Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.) (2003): Verfassungsschutzbericht 2002, Berlin, Seite 11
- (15) vgl. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.) (2004): Lagebild Rechtsextremismus in Berlin 2003, Seite 4
- (16) Kameradschaften: Nach den Verboten rechtsextremer Parteien 1992 gab es zwei Haupttendenzen rechtsextremer Organisation: Ein Teil der Kader und Mitglieder verbotener Organisationen sammelte sich in der NPD bzw. deren Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) und forcierte deren militante Radikalisierung. Der andere Teil sah für seinen Ansatz der offenen Propagierung des Nationalsozialismus kaum Möglichkeiten innerhalb der sich zwangsläufig legalistisch gebenden NPD und schuf den Organisationsansatz »Freie Kameradschaften«. Eine »Freie Kameradschaft« besteht zumeist aus einer überschaubaren Anzahl von Männern und Frauen, die unter einem gemeinsamen Namen auftreten. Im Gegensatz zu Parteien existieren keine Mitgliedslisten. Dadurch ist es für Außenstehende schwierig festzustellen, wer einer bestimmten Kameradschaft angehört. Nach außen treten die einzelnen Ka-

meradschaften als lose organisierter Zusammenhang auf und suggerieren »Autonomie«. Dahinter verbergen sich aber meist feste, seit Jahren gewachsene Strukturen, die sich in Hierarchien aus kontinuierlich arbeitenden Kadern gliedern. Die Zusammenarbeit zwischen den Kameradschaften wird wesentlich über gemeinsame Aktivitäten und daraus resultierende politische und persönliche Beziehungen ihrer Kader gesichert. Ein Teil der Kameradschaften beschränkt sich auf regionale Arbeit, der andere Teil baut überregional Strukturen auf und ist für bundesweite Mobilisierungen und Kampagnen zuständig. Einer der exponiertesten überregionalen Führer ist der Hamburger Christian Worch.

- (17) Vgl. Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.) (2003): Verfassungsschutzbericht 2002, Seite 25
- (18) Wenige Tage vor der Bundestagswahl schlug der Rechtsextremist dem Bundestagsabgeordneten Ströbele an einem Wahlkampfstand am S-Bahnhof Warschauer Straße mit einer Stahlrute auf dem Hinterkopf und verletzte ihn erheblich. (Bln Ztg, 21.09.02: Werkzeug des Hasses).

Rassismus, Diskriminierung und interkulturelle Defizite in Berlin – Schlaglichter

Annemarie Benzing und Timm Köhler

Rassismus ist ein zentraler und systematischer Bestandteil des rechtsextremen Weltbildes und damit einer Politik, die bereits bestehende Ungleichheit zwischen Menschen noch weiter vorantreiben soll.

Rassismus lässt sich jedoch nicht auf den deutschen Rechtsextremismus begrenzen. Diskriminierende Einstellungen und Verhaltensweisen sind in vielen Teilen der Berliner Bevölkerung anzutreffen. Bei genauerem Hinschauen wird offenbar, dass sich Rassismus in verschiedenen Bereichen des Berliner Lebens – wie Wohnumfeld, öffentlicher Raum, Nahverkehr, Arbeit und Institutionen – manifestiert.

Rassismus wie auch der zunehmende Antisemitismus sind somit nicht nur Resonanzboden für rechtsextreme Agitation und Organisation. Diese Tendenzen zeigen ein eigenständiges Feld von Demokratie-Defiziten in Berlin auf.

Die Ablehnung und Diskriminierung von Menschen, die nicht der stillschweigend angenommenen gesellschaftlichen »Norm« entsprechen, ist somit eine der größten Herausforderungen im Handeln für mehr Demokratie. Die Komplexität dieser Aufgabe liegt in der diffusen Verbreitung von diskriminierenden Denk- und Handlungsweisen in der Bevölkerung. Diese treten in allen Alterstufen auf, bei Männern und Frauen. Er ist nicht geographisch einzugrenzen und findet sich in allen sozialen Schichten wieder. Konsequenz ist, dass die Zielgruppen, an die sich demokratisches Handeln richten soll, in dieser Breite oft nicht deutlich identifizierbar und damit nur schwer erreichbar sind. Ein Umgang mit dem Thema Rassismus ist darüber hinaus schwierig, weil die Träger solcher Einstellungen die »Mitte der Gesellschaft« repräsentieren und selbst jene umfassen können, die sich im demokratischen Spektrum verorten. Diskriminierungen treten nicht immer offen und deutlich zu Tage, sondern geschehen zumeist unterschwellig, oft auch unbewusst und ungewollt.

Umso wichtiger ist es, die Vielfältigkeit von Diskriminierung zu benennen, die Verbindung von Rassismus mit individuellen Einstellungen und strukturellen Rahmenbedingungen zu thematisieren und sich mit diesen Tendenzen gesellschaftlich auseinander zu setzen. Maßstab für Demokratieentwicklung ist immer der Umgang mit Minderheiten. In diesem Sinne muss auch das Thema Rassismus vor dem Hintergrund der Folgen für die Betroffenen behandelt werden. Die folgenden Beispiele sollen problemorientiert zeigen, wie Verhalten von Berlinerinnen und Berlinern sowie Handlungsweisen von Institutionen auf Betroffene diskriminierend wirken. Sie sind der Praxis der MBR-Arbeit entnommen. Damit wird auch ein Gegenstand der Beratungsarbeit der MBR umrissen, der vor allem

im Rahmen der lokalen Aktionspläne verschiedener Berliner Bezirke bearbeitet wird, deren Erstellung die MBR begleitet hat.

Begriffsklärungen

In ihrer Tätigkeit legt die MBR eine Definition zugrunde, die Rassismus als »Prozess« bezeichnet, durch den »soziale Gruppen aufgrund physischer, kultureller oder sozioökonomischer Merkmale oder Staatsangehörigkeit andere Gruppen als unterschiedlich wertig bzw. minderwertig kategorisieren.«

Die MBR verzichtet in ihrer Arbeit weitgehend auf den Gebrauch der vielerorts noch benutzten Begriffe »Fremdenfeindlichkeit« oder »Ausländerfeindlichkeit«. Grund dafür ist, dass ihre Anwendung oft unzutreffend ist. Schwarze Deutsche sind beispielsweise eindeutig von rassistischer Diskriminierung betroffen, können jedoch nicht als »Fremde« oder »Ausländer« bezeichnet werden.

Handlungsleitende Norm ist der Menschenrechtsgrundsatz, nach dem »alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren [sind].« Anspruch ist es demnach, dass Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, physischer Ausprägungen und kultureller Bezüge nicht nur gleiche Rechte wahrnehmen können, sondern auch gleiche Chancen zu ihrer freien Entfaltung haben.

Alltagsrassismus umfasst Formen rassistischer Denk- und Handlungsweisen, die im alltäglichen Miteinander ausgeübt werden und immer noch Bestandteil der Alltagskultur der Mehrheitsgesellschaft sind. Hierunter sind offen rassistische Verhaltensweisen zu fassen, wie etwa, wenn Schwarzen der Zugang zu einer Diskothek verweigert wird. Auch subtilere Formen, die sich in der Regel nicht aus einer offenen Diskriminierungsabsicht herleiten lassen, gehören dazu. Berlinerrinnen und Berliner mit Migrationshintergrund erleben häufig, dass sie von Deutschen respektlos geduzt oder in gebrochenem Deutsch (»Was Du wollen?«) angesprochen werden. In Berlin geborene und aufgewachsene TürkInnen mit deutscher Staatsangehörigkeit werden beispielsweise oft genug als »Ausländer« gesehen und behandelt.

Der Begriff Alltagsrassismus deutet demnach an, dass eine rassistische Diskriminierungspraxis so in die Gesellschaft eingebettet ist, dass Angehörige der »Dominanzkultur« sie selten als solche wahrnehmen und somit auch unbewusst reproduzieren.

Alltäglicher Rassismus bezieht sich nicht nur auf punktuelle und vereinzelte Erfahrungen. Für Betroffene sind dies nur Mosaiksteine innerhalb des Bildes einer als umfassend erlebten Diskriminierung. Stattdessen kann diese morgens im Radio, mittags in der S-Bahn und auf der Straße, bei KollegInnen bzw. in der Schule, auf Behörden, bei Begegnungen mit der Polizei, beim Streit mit dem Nachbarn, selbst im eigenen Freundeskreis. Bestimmte Vorfälle erlangen ihre Bedeutung nur im Verhältnis zu anderen Erfahrungen von Alltagsrassismus.

Rassistische Denk- und Verhaltensweisen im Berliner Alltag

Im Folgenden werden nur einige Felder angeschnitten, in denen Rassismus in Berlin auftritt. Grundlage hierfür sind im Wesentlichen die Situationsanalysen, die für die Aktionspläne in den Bezirken Lichtenberg und Pankow erstellt wurden sowie die Erfahrungen der MBR aus ihrer alltäglichen Arbeit, u. a. auch in den westlichen Bezirken Berlins. Es muss davor gewarnt werden, das Rassismusproblem allein oder übermäßig in Ostdeutschland oder den östlichen Berliner Bezirken zu verorten. In der Tat stellen quantitative Studien in punkto »Ausländerfeindlichkeit« – im Gegensatz zu Antisemitismus – ein Ost-West-Gefälle fest. Das Niveau ist jedoch sowohl in Ost und West hoch und auch die Ausprägungen – abgesehen von Rechtsextremismus – sind ähnlich.

Das Spektrum der Orientierungen, die durch MBR-MitarbeiterInnen in ihrer Tätigkeit wahrgenommen werden, umfasst einfache Vorurteile und lose miteinander verbundene Denkweisen bis hin zu einem relativ festen rassistischen Weltbild. Letzteres manifestiert sich in seiner größten Form in der Idee der »Rassenreinheit«. Demnach kann nur Deutscher sein, wer eine lange Reihe deutscher bzw. »weißer« Vorfahren hat. Während diese rassistische Ausprägung eher selten offen zu Tage tritt, sind rassistisch-motivierte Aussagen mit Bezug auf die ökonomische Sphäre weit verbreitet. »Asylbewerber leben auf Kosten der deutschen Steuerzahler« ist nur ein Beispiel. Daran wird



Rassistisches Graffiti in Berlin-Lichtenberg: »Last war, race war«.
Bild: MBR

deutlich, dass Alltagsrassismus auch durch gesetzliche Rahmenbedingungen Auftrieb erfährt, in diesem Fall durch den erschwerten Zugang zu Arbeitsgenehmigungen für Asylsuchende.

Von einer Reihe von PartnerInnen der MBR in den Berliner Bezirken wird bestätigt, dass es stellenweise »zum guten Ton gehöre, gegen Ausländer zu sein« und Alltagsrassismus so normal sei, wie etwa das Gespräch über das Wetter. Diese Aussage beschreibt eine Atmosphäre, in der nicht nur bei spezifischen Konflikten, wie z. B. Streit zwischen NachbarInnen, diskriminierendes Verhalten auftritt. Vielmehr hat sich vielerorts ein Klima etabliert, in dem die Identität und Kommunikation der eigenen Gruppe (»wir Deutsche«) über die Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen Andersartigkeit gestärkt wird.

Auch Jugendkulturen, die in der Vergangenheit als mehrheitlich demokratisch oder als »alternativ« orientiert und damit als weit gehend resistent bezüglich rassistischer Haltungen galten, sind in Berlin zunehmend von diesem Alltagsrassismus beeinflusst. Aufgrund des raschen Wachstums von Jugend-Szenen gibt es inzwischen immer häufiger auch Sprayer und Hip-Hopper, die sich offen diskriminierend äußern, einen gefestigten Alltagsrassismus zeigen und diesen auch gewalttätig umsetzen.

Rassismus im öffentlichen Raum und im öffentlichen Nahverkehr

Ein Teil der befragten MigrantInnen lebt ausgesprochen gern in Außenbezirken oder fühlt sich dort zumindest im Großen und Ganzen wohl. Doch auch sie haben oft Strategien im Umgang mit rassistischer Bedrohung im öffentlichen Raum entwickelt. Einige MigrantInnen schafften sich über Jahre hinweg bewusst einen »Gewohnheitspanzer« an, um so Diskriminierung auszublenken und Ängste verdrängen zu können. So werden von einigen bestimmte Orte gemieden, um die dort häufig anzutreffenden Rechtsextrem-Orientierten »nicht zu provozieren«. Manche potenziell Betroffenen benutzen deshalb stets die gleichen, als relativ sicher empfundenen, Wege oder ausschließlich das Auto.

Einige berichten, dass ihnen der Umgang mit der Bedrohung durch erkennbar Rechtsextreme am wenigsten schwer fiel – diese könne man erkennen und ihnen ausweichen. Es wäre einfacher, wenn rassistische Bedrohung auf einzelne Gruppen – wie eben Rechtsextreme – begrenzt wäre. Schockierend sei jedoch, dass diskriminierende Handlungen – von Blicken über Worte, bis hin zur offenen Herabwürdigung – von Deutschen jeden Alters oder Geschlechts, tags oder nachts und an unterschiedlichsten Orten kommen können, oder wie es ein zivilgesellschaftlicher Akteur im Bezirk formulierte: »Am helllichten Tag wird gerempelt, gespuckt, beschimpft.« Die Atmosphäre in den öffentlichen Verkehrsmitteln, nicht nur der Peripheriebezirke, wird mitunter, insbesondere



Mit solchen Aufklebern, die in manchen Bezirken flächendeckend verteilt werden, versuchen Rechtsextreme an Ressentiments der Bevölkerung gegenüber MigrantInnen anzuknüpfen. Deutlich wird auch der offene Bezug zur NS-Rhetorik und Schriftästhetik.

Bild: MBR



Auch mit der Forderung nach »Guter Heimreise«, die eine andere Formulierung für das mittlerweile strafbare »Ausländer raus« ist, hofft die NPD Zuspruch bei der Bevölkerungsmehrheit zu bekommen.

re in den Abendstunden, als »angespannt« bezeichnet. So sei es für die potenziell Betroffenen unmöglich, sich im öffentlichen Raum als wirklich »sicher« oder »zu Hause« zu fühlen.

Auch die mangelnde Zivilcourage der Bevölkerung wurde immer wieder als besonders schockierend beschrieben. Das Nicht-Eingreifen von PassantInnen bei Anfeindungen und Übergriffen führt bei MigrantInnen zu der Schlussfolgerung, dass sie bei der Bevölkerung nicht erwünscht seien. Daran wird deutlich, dass Eingreifen oder unterlassene Hilfeleistung nicht nur eine praktische, sondern auch eine weit reichende symbolische Bedeutung für die Betroffenen hat.

Rassismus im Wohnbereich und Wohnumfeld

Das Zusammenleben von Menschen in Häusern und Nachbarschaften ist ein Feld, in dem Konflikte und Spannungen nicht immer vermeidbar sind. Auffällig ist, dass bei Anwesenheit von MigrantInnen oder ihrer Beteiligung als Konfliktpartei solche durchaus »normalen« sozialen Konflikte nicht als Herausforderung für interkulturelles Handeln gesehen, sondern oft mit rassistischen Untertönen ausgetragen werden.

Verschiedene Fälle verdeutlichen, dass allein die vermeintliche kulturelle »Andersartigkeit« von migrantischen MitmieterInnen eines Hauses Grund für eine niedrigere Toleranzschwelle der deutschen BewohnerInnen sein kann. In einem Beispiel aus dem Aktionsplan Lichtenberg beschwerten sich Bewohner über Musik in der Wohnung einer Aussiedlerfamilie heftig, während die Lärmbelastung anderer Mietparteien weitaus stärker wahrnehmbar war. Gründe dazu können vielfältig sein: Einheimischen BewohnerInnen mag es gegenüber »Ausländern« bzw. »Fremden« leichter fallen, die Definitionsmacht über die Normen des Zusammenlebens an sich zu reißen. »Die« sollten sich anpassen, woran – das entscheiden die Alteingesessenen. Der nicht beanstandete Lärm anderer, einheimischer Mietparteien führt unterdessen vor Augen, dass eine solche allgemeingültige Norm gar nicht existiert.

Im Rahmen der Situationsanalyse wurden Verhaltensweisen gegenüber MigrantInnen und AussiedlerInnen im Wohnbereich sichtbar, die als Formen rassistisch motivierter Demütigung betrachtet werden müssen: »Die Lebensgewohnheiten sind zum Teil anders (...) und das reicht dann oft schon bei den Nachbarn, um also irgendwelche Denunziationen beim Vermieter zu machen oder böse Briefe zu schreiben oder auch mal was an die Tür zu schmieren. (...) Schmierereien, dass jemand' ein Zettel an die Tür geklebt wird: ‚Russen raus!‘ (...) Minutiöse Protokollführung über irgendwelche Geräusche in der Wohnung, die dann abgeliefert werden beim Vermieter, mit der Absicht, dass den Leuten gekündigt wird, dass sie das Haus verlassen müssen.«

Insbesondere die Drangsalierung und das Mobbing im Wohnumfeld werden von MigrantInnen und Schwarzen als besonders belastend empfunden und führen nicht selten zum Wegzug der Betroffenen.

Bereits die Wohnungssuche kann sich für Schwarze und Menschen mit Migrationshintergrund schwierig gestalten. Die Gründe dafür sind verschieden. Zum einen sind die rechtlichen Rahmenbedingungen ein ernsthafter Hinderungsgrund. Viele Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge verfügen nur über kurzfristige Duldungen. Die somit stets bestehende Möglichkeit einer Abschiebung würde das Vermietungsrisiko erheblich steigern, so ein häufiges Argument für Ablehnungen durch Wohnungsunternehmen.

Des Weiteren verfolgen Wohnungsgesellschaften teilweise eine spezifische Vermietungspolitik gegenüber MigrantInnen. Durch Beschränkung des »Ausländeranteils« in Wohnhäusern sollen zum einen Integrationschancen erhöht und eine »Ghettoisierung« vermieden werden. Andererseits kann diese pauschale Stigmatisierung als »Ausländer« diskriminierend wirken, als Scheinargument missbraucht und zu einem ernsthaften Hindernis für die Wohnungsvergabe an MigrantInnen werden.

Zum Dritten begründen Wohnungsgesellschaften, in erster Linie private, ihre Ablehnung der Mietersuchen von MigrantInnen häufig damit, dass die Bevölkerung keine »Ausländer« als Nachbarn haben wolle oder die Attraktivität des Mietobjekts durch einen Zuzug von MigrantInnen sinken würde. Hier wird deutlich, dass Rassismus auch ein wirtschaftlicher Faktor sein kann. In einigen dokumentierten Fällen wird MigrantInnen aufgrund der Hautfarbe, des Herkunftslandes oder – im Falle schriftlicher Bewerbungen – aufgrund des fremd klingenden Nachnamens von Seiten einiger Wohnungsgesellschaften mit Misstrauen begegnet oder erst gar nicht an sie vermietet. Nur in wenigen Fällen werden bestehende Ressentiments auch offen geäußert. Beispielweise wurde Schwarzen, vor allem jüngeren, mehrfach mit dem Vorurteil begegnet, sie seien Drogen-Dealer.

Einige private Wohnungsanbieter annoncieren in ihren Internet-Anzeigen offen: »Keine Störung durch kulturelle Verschiedenheit«, wobei sich hier offen auf eine Abwesenheit von kultureller Verschiedenheit bezogen wird.

Amtshandeln mit diskriminierender Wirkung

Neben anderen Feldern sind auch Institutionen Orte, an denen sich Handlungen diskriminierend auf Menschen auswirken können. Dabei ist zwischen strukturellen Gründen für Diskriminierung und individuellen Einstellungen, die sich in dem Verhalten von Mitarbeitenden in diesen Institutionen zeigen, zu unterscheiden.

Am Beispiel von Sozialämtern wird immer wieder deutlich, wie sich institutionelle Widersprüche negativ auf die Amt-KundInnen-Beziehung auswirken können. Sozialämter sollen einerseits Hilfe und Unterstützung für Menschen in schwierigen sozialen Situationen bieten. Zunehmend erwerben sie jedoch auch den Charakter einer Kontrollinstitution, um Missbrauch von Leistungen zu verhindern und die finanziellen Aufwendungen für die Kommune zu begrenzen. Dieser Doppelcharakter von Unterstützung und Kontrolle wird theoretisch bei allen AmtskundInnen wirksam. Besonders gilt dies jedoch für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft bzw. Asylsuchende und Flüchtlinge, da hier die Einhaltung ausländerrechtlicher Regelungen verschärfend hinzutritt. Auch die logistischen Rahmenbedingungen können

sich benachteiligend auf KlientInnen mit Migrationshintergrund auswirken. Amt und Angestellte verfolgen den Auftrag, allen KundInnen gleichberechtigt Dienstleistungen anzubieten. Die Ausgangslagen und Bedürfnisse der KundInnen sind jedoch nicht gleich; abgesehen vom ungleichen Aufenthaltsrechtlichen Status muss auch auf verschieden ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten und soziale Situationen migrantischer AmtskundInnen reagiert werden. Beispiele für Lösungsansätze sind die Einstellung von interkulturell und sprachlich kompetentem Personal, Einrichtung von Übersetzungsdiensten, wahlweise das verstärkte Angebot an Deutschkursen für MigrantInnen im Rahmen von Integrationsmaßnahmen, die Herstellung von mehrsprachigem bzw. leichter verständlichem Informationsmaterial, die enge Kooperation mit Organisationen, die in die jeweiligen MigrantIn-«Communities« eingebettet sind. Obwohl einige Bezirke diese Elemente bereits erfolgreich praktizieren, werden andernorts die finanziellen, rechtlichen und organisatorischen Gegebenheiten immer wieder als Gründe genannt, warum solche Maßnahmen nicht umgesetzt werden können.

Ein überwiegender Teil von Diskriminierungserfahrungen von Betroffenen bezieht sich auf die direkte Kommunikation mit MitarbeiterInnen von kommunalen und staatlichen Institutionen. Wie allgemein in der Bevölkerung schlagen sich auch hier alltagsrassistische Einstellungen nieder. Die Rahmenbedingungen der Tätigkeit, z.B. Kontrollaufgaben, als auch eine oft stressige Arbeitssituation, verstärken zuweilen diskriminierendes Verhalten. ExpertInnen der MigrantInArbeit schätzen ein, dass MigrantInnen bei Behörden-gängen im Allgemeinen um so unfreundlicher und ungeduldiger behandelt würden, je stärker ihr Akzent sei. Seien Deutsche anwesend, so werde hauptsächlich mit diesen über die betroffene Person gesprochen und direkter Blickkontakt vermieden. Ohne Begleitung würden MigrantInnen oftmals unverrichteter Dinge wieder gehen. Auch entstände der Eindruck, dass KlientInnen nicht immer und ausreichend über ihre Rechte informiert oder Anträge überdurchschnittlich lange bearbeitet werden würden.

Neben den punktuellen Schwierigkeiten muss jedoch auch auf positive Beispiele von Amtshandeln gegenüber MigrantInnen verwiesen werden. So kooperieren in einigen Bezirken Amt und Träger der MigrantInArbeit sehr gut, z.B. bei der Betreuung von Einzelfällen in der Jugendhilfe oder der Suchtpräventionsarbeit für spezifische MigrantInnengruppen.

Rassismus und Diskriminierung in pädagogischen Kontexten

In der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus kommt den Bereichen Schule und Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu. In den letzten Jahren hat sich dazu einiges getan. Das

Miteinander von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen ist mittlerweile in den meisten Einrichtungen normal und wird auch durch PädagogInnen und Personal so angesehen. Dennoch finden sich auch in diesem gesellschaftlichen Arbeitsfeld Beispiele für alltagsrassistische Einstellungen und diskriminierende Handlungen. Für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit als auch für den Kontext Schule fallen zwei Hauptschwerpunkte auf.

Wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen finden sich unter einigen Angestellten von pädagogischen Einrichtungen alltagsrassistische Einstellungen. So wurde in einem Beispiel über Probleme von Mitarbeitern einer Kindereinrichtung in der Arbeit mit migrantischen Kindern berichtet. Eine Interviewpartnerin schilderte: »Immer wenn im Club was nicht gelaufen ist, kann das nur [XY] gewesen sein.« Über die Mitarbeiter heißt es weiter: »Die Kollegen haben auch gefragt, muss das sein, dass hier Ausländer sind? Muss das sein?« Von Seiten der Leitung der Einrichtung erfolgte in diesem Fall jedoch eine deutliche demokratische Positionierung.

Ein weitaus weit reichenderes Problem ist eine ungenügende Reflektion von MitarbeiterInnen zu ihrer Rolle im interkulturellen Kontext. Ein O-Ton eines Mitarbeiters einer Jugendeinrichtung illustriert die Lage: »Man will hier mit dem Anderssein, mit dem Fremden, oder mit dem, der jetzt hier neu reinkommt, nicht so richtig was am Hut haben. Und man hat im Grunde genommen Angst, die könnten uns ja verdrängen. Das geht bis dahin, dass das auch in der Jugendeinrichtung so ist. Wenn man also Mitarbeiter fragt, könnten russland-deutsche Jugendliche denn bei euch hier auch rein. Dann wird gesagt: Na ja, nee, die könnten uns ja, also, wir haben hier ein eingespieltes Team und auch 'ne eingespielte Gruppe. Und wenn man dann einen Russen drin hat, dann kommen auch ganz schnell viele mehr. Und dann verdrängen die uns.« Es erfolgt also eine Selbstzuordnung der PädagogInnen zur deutschen Wir-Gruppe, die als eigentliche und vorrangige Zielgruppe betrachtet wird. Auch häufig von JugendarbeiterInnen gebrauchte Floskeln wie »unsere deutschen Jugendlichen ...« verdeutlichen, dass einige MitarbeiterInnen von pädagogischen Einrichtungen explizit zwischen der Herkunft von Jugendlichen unterscheiden und sich in dieser Unterscheidung von Gruppen einseitig verorten. Auch wenn dieses Verhalten nicht notwendigerweise rassistisch ist, kann es auf Betroffene – in diesem Falle migrantische Jugendliche, denen implizit der Zugang zu einer Jugendeinrichtung durch MitarbeiterInnen verwehrt wird – diskriminierend wirken. Die Herausforderung besteht darin, pädagogische MitarbeiterInnen stärker über ihre Rolle als Teil der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu sensibilisieren und Zugang zu interkulturellen Fortbildungen zu ermöglichen. Somit wäre eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung der Distanz zum »Fremden« gegeben.



In einem Jugendclub in Pankow wurden von der NPD rassistische Aufkleber angebracht (29. Dezember 2003). Pädagogische Einrichtungen wie Jugendzentren und Schulen sind bevorzugte Orte rechtsextremer und rassistischer Agitation, ob mit Hilfe von Flyern, rechtsextremen Schülerzeitungen oder Musik-CDs, die vor Schulhöfen und Clubs verteilt werden.

Bild: MBR

Rassistisch begründete Diskriminierung unter Minderheiten mit Migrationshintergrund

Auch wenn sich gesamtgesellschaftlich und institutionell eine diskriminierende Praxis auf die Zustimmung bzw. das Nichtverhalten der Mehrheitsbevölkerung stützt, gibt es rassistisch begründete Diskriminierung auch unter Minderheiten.

Ein Teil der bereits in Berlin etablierten MigrantInnen-Communities transferiert Ressentiments und Vorurteile, mit denen sie seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft konfrontiert sind, auf weniger etablierte Communities. Dadurch, dass sie selbst gemachte Diskriminierungserfahrungen »nach unten« weiterreichen und »Andere« abwerten, werten sie sich selbst auf. In der Konsequenz haben sich unter den verschiedenen MigrantInnen-Communities in Berlin Hierarchien gebildet, in denen in der Regel Schwarzen sowie Sinti und Roma die untersten Stufen zugewiesen werden. Schwarze werden von anderen Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin mit rassistischen Stereotypisierungen diskriminiert, die denen der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft und deren alltagsrassistischen Denkstrukturen gleichen. Ähnliches gilt für Sinti und Roma, die auch von Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin beispielsweise als »Zigeuner« beschimpft und abgewertet werden.

In begrenzten kommunalen Räumen, Stadtvierteln bzw. »Kiezen« Berlins können die bestehenden lokalen »Machtkonstellationen« dazu führen, dass im Gegensatz zu den gesamtgesellschaftlichen Bereichen, wie dem Bildungssektor oder Arbeitsmarkt, auch Gruppen mit Migrationshintergrund dominierend auftreten und andere als »Außenseiter« diskriminieren.

Erscheinungsweisen von Antisemitismus in Berlin

Catharina Schmalstieg

Wenn von Antisemitismus gesprochen wird, bezeichnet dieser historisch einen Welterklärungsversuch: Durch Verschwörungstheorien und Zuschreibungen sollen Juden für als negativ empfundene gesellschaftliche Modernisierungsprozesse verantwortlich gemacht werden. In Deutschland bot eine lange Tradition jüdenfeindlicher Vorurteile den Nationalsozialisten die Grundlage zur Radikalisierung, die im Holocaust zur Ermordung von sechs Millionen Juden führte. Nach 1945 hat sich der Antisemitismus inhaltlich gewandelt. Einzelne Stereotype tauchen im Kontext unterschiedlicher Ereignisse (Vergangenheitsbewältigung, Nahost-Konflikt) auf, treten aber in der Regel nicht als kompakte, antisemitische Welterklärungsversuche zutage. Umfrageergebnisse zeigen eine Zunahme antisemitischer Einstellungspotenziale bzw. deren Resistenz in der Bundesrepublik.⁽¹⁾

Antisemitismus äußert sich auf vielfältige Art und Weise auch in Berlin. Im vorliegenden Artikel werden Beispiele aus Berlin, dem Arbeitsort der MBR, dargestellt. Sie sollen die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche und Facetten antisemitischer Vorkommnisse exemplarisch veranschaulichen.⁽²⁾ Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum Antisemitismus, nicht nur im Kontext von Rechtsextremismus, zu einem Schwerpunkt der Arbeit der Mobilen Beratung zu zählen ist.

Zunehmende Straftaten und Übergriffe

Schändungen von Grab- und Mahnmälern

Im Jahr 2003 wurde in Berlin der Trend der vergangenen Jahre gebrochen, erstmals konnte ein Rückgang antisemitischer Straftaten festgestellt werden.⁽³⁾ Allerdings ist eine Zunahme von Gewalttaten zu verzeichnen. Angriffe auf Personen häufen sich⁽⁴⁾ und Briefe mit antisemitischem Inhalt werden nicht nur zahlreicher, sondern werden zunehmend nicht mehr anonymisiert verschickt.⁽⁵⁾ Jüdische Einrichtungen – Synagogen, Schulen, Cafés, Museen und Friedhöfe – sind in Berlin immer wieder Ziel von Farbanschlägen, Schmierereien und Schändungen. Nicht alle diese Aktivitäten sind rechtsextrem motiviert; einige können Personenkreisen zugeordnet werden, die arabisch-nationalistische und/oder islamistische Bestrebungen verfolgen. Auch linke Gruppierungen können – vor allem im Kontext des Nahostkonflikts – beteiligt sein. Die Schändung des Weißenseer Friedhofs, zuletzt im Oktober 1999, als über 100 Grabsteine zerstört wur-

den, und die Sprengung des Grabes von Heinz Galinski auf dem Charlottenburger Friedhof⁽⁶⁾ gehören zu den antisemitischen Taten mit dem größten Bekanntheitsgrad. Kleinere Vorfälle werden oft erst gar nicht bekannt: über die Friedhofsmauer geworfene Steine, zertrampelte Blumen oder von den Grabmälern entfernte Steine, die das Gedenken an die Toten symbolisieren.⁽⁷⁾

Gedenkort für die Opfer des Holocaust sind ebenfalls Ziel antisemitischer Schmierereien. Die Mahnmäler an der Putlitzbrücke und in der Rosenstraße wurden im Jahr 2003 wiederholt zum Gegenstand von Hakenkreuzschmierereien und Zerstörungsversuchen.⁽⁸⁾ Stolpersteine, im Pflaster vor Wohnhäusern verlegt, die an die deportierten und ermordeten jüdischen BewohnerInnen erinnern, wurden herausgerissen, die Lücke mit Sand gefüllt.⁽⁹⁾

Die Kreuzberger Synagoge wurde in den vergangenen Jahren wiederholt Ziel von Anschlägen; in ihrem Umfeld wurden Flugblätter der – mittlerweile verbotenen – islamistischen Hisb ut-Tahrir⁽¹⁰⁾ (»Partei der Befreiung«) verteilt, in denen Juden als »Volk der Lügen« bezichtigt werden und zu ihrer Tötung aufgerufen wurde.

Übergriffe im Öffentlichen Raum

Auf der Straße und in öffentlichen Verkehrsmitteln ereigneten sich Übergriffe auf orthodoxe Juden oder Menschen, die einen Davidstern trugen.⁽¹¹⁾ Angesichts einer Frau, die an ihrer Halskette einen Davidstern trug, skandierten Jugendliche in einer voll besetzten U-Bahn völlig unbehelligt »Tod den Juden« bis sie selbst für Ruhe sorgen musste, da niemand der Mitfahrenden eingriff.⁽¹²⁾ Ende November 2003 beleidigten Jugendliche mit Migrationshintergrund zunächst einen 24-jährigen, weil er eine Kippa trug, bevor rund 20 Jugendliche ihn durch Kreuzberg hetzten.⁽¹³⁾

Antisemitische Hetze und Vorkommnisse

Doch beschränkt sich Antisemitismus nicht auf direkte Aktionen gegen jüdische Einrichtungen und Jüdinnen und Juden, auch in deren Abwesenheit sind antisemitische Erscheinungen in öffentlichen Diskussionen und im Straßenbild zu beobachten.

Auf einem Flugblatt, das ein Mann aus dem Haveland an die Anwohner des Glienicker Sees verteilte, wurden angebliche jüdische Grundbesitzer eines Giftanschlags auf Bäume bezichtigt. Aus dem Mittelalter stammende Stereotype wie das der Brunnenvergiftung wurden so wieder belebt.⁽¹⁴⁾

Trotz Protestes lehnte im Frühjahr 2003 die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf die Umbenennung der Treitschkestraße ab. Der Berliner Historiker Heinrich von Treitschke publizierte im späten 19. Jahrhundert diverse antijüdische Schriften und prägte die Losung »Die Juden sind unser Unglück«. Antisemitische Graffiti, Schmierereien und Sprühereien sind an vielen Orten im öffentlichen



Dieses Graffito aus Berlin-Pankow bringt eine typisch antisemitische Judendarstellung mit gelbem Gesicht und orthodoxem Hut mit dem Klu-Klux-Klan in Verbindung (Drei »K« als Umrandung) und kann als Aufforderung zur Judenverfolgung und -ermordung interpretiert werden.

Bild: Mike Kettler

Straßenbild zu sehen, in U/S-Bahn-Unterführungen, in Parks, an Hauswänden.

»Juden raus« und »Fight Jews« sind Graffiti, die sich vor dem Hintergrund der Propagandaaktivitäten, die im Umfeld stattfinden, deuten lassen. Schmierereien wie »Radio TV Judenfunk« und »Journalisten gleich Hilfsjuden« bedienen verschwörungstheoretische Vorstellungen der Kontrolle von Medien durch Jüdinnen und Juden.⁽¹⁵⁾

Das Auftreten antisemitischer Tags (Graffiti-Schriftzüge) und Codes ist jedoch nicht nur als Propaganda rechtsextremer Organisationen zu verstehen, sondern sie können auch als Zeichen des kulturell-politischen Wandels in manchen der bislang als alternativ-links geltenden Jugendcliquen von Hip-Hoppers und Sprayern gedeutet werden.

Schikanen

Dass ihm nur einige türkische Muslime und einige deutsche Christen aus seiner Nachbarschaft geholfen haben, berichtet ein Einzelhändler, der im August 2003 sein koscheres Lebensmittelgeschäft in Reinickendorf schließen musste.⁽¹⁶⁾ Mit der Schließung reagierte er darauf, dass ihm die Kundschaft weg blieb und er um seine Sicherheit bangen musste. Zunächst wurde er durch Rechtsextreme aus dem Berliner Umland angegriffen, sie kamen in den frühen Morgenstunden, wenn er allein sein Geschäft öffnen musste. Sie beschimpften ihn als »Judensau«, die Reifen seines Autos wurden zerstochen. Zuletzt wurde er von arabisch sprechenden Leuten bedroht. Die Israelfahne, die er vor dem Laden aufgehängt hatte, wurde abgebrochen, seinen Kunden ins Essen gespuckt und seine Ladentür beschmiert.

Israelische Fahnen werden auch andernorts immer wieder zum Streitpunkt. So forderte eine Hausverwaltung im Prenzlauer Berg eine Mietpartei auf, die von

ihnen aufgehängte Israelfahne abzuhängen, da sie »den Hausfrieden störe« und andere MieterInnen provozieren würde. An die Hauswand des Mietshauses wurde »Fuck Sharon« gesprüht.

Jugend und Schule

Die Arbeit der MBR bietet auch Einblick in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen. LehrerInnen und SozialarbeiterInnen berichten, dass die Jugendlichen vermehrt Schimpfwörter wie »Du Rabbi« und »Judenknecht« verwenden. Alles, was in den Augen der Jugendlichen als schlecht, uncool oder nicht erstrebenswert gilt, wird als »jüdisch« abgelehnt. Es wird ein Gleichziehen mit dem Wort »schwul«, das dieselbe stigmatisierende Funktion schon länger erfüllt, beobachtet. Auch Jugendliche berichten davon, dass es relativ normal sei, sich so zu beschimpfen. Teilweise wird von den Jugendlichen auf alte antijüdische Ressentiments und Stigmatisierungen zurückgegriffen. Vereinzelt tauchen Aufnäher mit antisemitischem Inhalt und durchgestrichene Davidsterne auf. Einen Sticker mit durchgestrichener Hakennase und dem Text »Gegen Nasen« – als Synonym für »Gegen Juden« – bekam die MBR in ihrer laufenden Beratungsarbeit zu Gesicht.

Das resolute Auftreten eines Jugendclubleiters gegenüber seiner rechtsextrem-orientierten Klientel wurde von ihnen mit antisemitischen Ausfällen und Schmierereien beantwortet.

Rechtsextreme Anti-Kriegsproteste

»He Du! Heute bombardieren wir den Irak und morgen auch Deine Heimat... im Namen der US-imperialistischen Freiheit!«

Der Text für sich genommen zeigt keinen antisemitischen Bedeutungsgehalt. Den erlangt er jedoch durch das hinzukommende Bild: »Uncle Sam«, der in der Originalversion sagt: »We want you« und zum Militärdienst aufruft. Er trägt einen Hut, auf dem ein Stern der US-amerikanischen Fahne unter einer Fahne Israels abgebildet ist. Die auf der Aussageebene geäußerte Kritik an US-amerikanischer Kriegspolitik



Schmierereien an einer Jugendfreizeiteinrichtung. Treptow-Köpenick 2003.

Bild: MBR



Uncle Sam mit Israel-Fahne



Die NPD startete vielfältige Aktivitäten während des Irak-Kriegs, um die »US-Kriegstreiberei« auf Demonstrationen anzuprangern und bei Mahnwachen »Solidarität mit dem Irak« zu zeigen. Hier ein Banner an einer Autobahnbrücke in Pankow, aufgehängt von NPD-Aktivisten.

Bild: Mike Kettler

wird durch das Bild verschoben. Die bildliche Anordnung des Davidsterns der israelischen Fahne oberhalb der USA-Fahne bedient die alte These von der Herrschaft des Weltjudentums, der Steuerung der Regierung eines Landes durch Israel, was hier aber als Chiffre für die Juden gelesen werden kann. Durch diesen Dreh erscheint nunmehr Israel als Drahtzieher des US-Angriffskriegs.

Im Dezember 2002 veranstaltete die NPD in Berlin-Mitte eine Demonstration gegen den Staatsbesuch des israelischen Staatspräsidenten Mosche Katzav. Den Nahost-Konflikt für ihre antisemitischen Zwecke instrumentalisierend, forderten die Rechtsextremen »Solidarität mit Palästina«.

Kontroversen

In Debatten über Antisemitismus wird zunehmend augenfällig, dass in Gesprächen zu Antisemitismus sehr schnell lange Ausführungen über den Nahostkonflikt und die kritikwürdige Rolle Israels begonnen werden und Antisemitismus in Deutschland kaum bis gar nicht zum Thema wird. Juden, Antisemitismus und Israel sind in einem kaum zu entwirrenden Diskursnetz miteinander zusammengeschlossen. »Man muss doch



Vorstellungen einer jüdischen Weltverschwörung, gesteuert durch die USA, finden sich auch im Internet, wie dieses rechtsextreme Wallpaper-Bild mit durchgestrichenem Freimaurer-Symbol zeigt. Dieses Symbol ist normalerweise auf Dollar-Noten zu finden. Die Pyramide mit dem Auge sollte bei den amerikanischen Gründungsvätern das Auge Gottes verkörpern, wird aber von Antisemiten als jüdisch-amerikanische Weltherrschaft interpretiert.

mal sagen dürfen, dass...« ist eine wiederkehrende Formel, mit der suggeriert wird, dass es ein Verbot gebe, Kritik an israelischer Politik zu äußern. Die Annahme der Existenz eines solchen Kritikverbots übersieht, dass diese Kritik in deutschen Medien beständig und differenziert geführt wird; eine solche Vorstellung knüpft – oftmals unter der Hand – an antisemitische Vorstellungen einer über die Medien vermittelten Kontrolle der Meinungshoheit durch Juden an. In rechtsextremen Denkwelten gipfelt diese Erklärung des Tabus in der Vorstellung eines »zionist occupied government«, einer Steuerung der Politik der deutschen Bundesregierung durch Israel.

Konsequenzen für den Alltag

Das alltägliche jüdische Leben in Berlin bleibt von dem teilweise bedrohlichen Potenzial in Debatten und Taten nicht unberührt. Vor dem Hintergrund der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland ziehen Jüdinnen und Juden in Berlin aus den Erscheinungsformen der heutigen Antisemitismen Konsequenzen für ihren Alltag. Übergriffe haben zur Folge, dass die Kippa durch andere Kopfbedeckungen ersetzt, Symbole wie der Davidstern nicht mehr sichtbar, sondern nur unter der Kleidung getragen, und um die Versendung der Zeitschriften der jüdischen Gemeinde in Schutzumschlägen gebeten wird. Dadurch unterscheidet sich jüdisches Leben in Berlin deutlich von christlichem und muslimischem Leben, das selbstverständlich und offen gelebt werden kann, wie z.B. Kreuze oder Koransuren an Wohnungstüren zeigen. Das Verbergen von Symbolen, das Vermeiden der Identifizie-

rung führt als Resultat antisemitischer Anfeindungen zum Verschwinden wahrnehmbaren jüdischen Lebens, abseits von öffentlichen Veranstaltungen wie Kulturwochen.

MBR und Interventionen gegen Antisemitismus

Die deutliche Wahrnehmbarkeit verschiedener Dimensionen des Antisemitismus hat Auswirkungen auf die Praxis Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus. Zwar ist Antisemitismus als Aspekt rechtsextremer Ideologien Teil der Auseinandersetzung in der Arbeit, doch kann die Arbeit dort nicht halt machen, wo kein erkennbarer Bezug zu rechtsextremen Bestrebungen feststellbar ist. Die MBR stellt sich diesen veränderten Anforderungen in ihrer alltäglichen Arbeit und wird sich diesem Thema in Zukunft verstärkt widmen. Aus den Erfahrungen der laufenden Arbeit ergibt sich zuallererst die Aufgabe, die Wahrnehmung antisemitischer Erscheinungsweisen zu schärfen und Problembewusstsein zu fördern.

Bei der MBR können Ratsuchende Ansprechpartner/-innen und Unterstützung bei der Thematisierung antisemitischer Vorkommnisse in lokalen Kontexten finden. Zentral ist es, den allgemeinen demokratischen Umgang zu verbessern und ein tolerantes Klima zu schaffen. Hier sind die Konsequenzen und die Bedeutung, die – auch unterschwellige – antisemitische Äußerungen oder gar Drohungen für die Lebensqualität der Betroffenen haben, maßgeblich für das Engagement der MBR gegen Antisemitismus.

Das Angebot der MBR orientiert sich folglich an den Bedürfnissen der Ratsuchenden und zielt langfristig, über die Schaffung von Problembewusstsein hinaus, auf die Entwicklung lokaler Handlungskonzepte. Projekte, die zu diesem Thema arbeiten wollen werden von der MBR fachlich unterstützt und bei der Durchführung begleitet. Zurzeit arbeitet die MBR mit einer Berliner Mädchenfreizeiteinrichtung zu diesem Thema. Darüber hinaus werden Bildungsangebote vermittelt, die speziell für das Themenfeld Antisemitismus entwickelt wurden.

Obwohl sich die Tendenz eines zunehmenden Antisemitismus schon seit geraumer Zeit abzeichnet, existieren bislang kaum Konzepte zum Umgang mit diesem gesellschaftlichen Phänomen. Die MBR versucht erste Schritte in diese Richtung zu unternehmen und wird das Thema Antisemitismus in Zukunft verstärkt bearbeiten. Die Teilnahme am Arbeitskreis Antisemitismus der Amadeu-Antonio Stiftung stellt einen Anfang dar. Hier tauschen sich die TeilnehmerInnen über Erscheinungsweisen und Formen des aktuellen Antisemitismus aus und haben sich zum Ziel gesetzt, zivilgesellschaftliche Umgangsweisen mit diesem Thema zu entwickeln. In diesem Zusammenhang entstand auch der Gedanke einer Aktionswoche gegen Antisemitismus, die für den November 2004 geplant ist und deren Planung von der MBR unterstützt wird.

Anmerkungen:

- (1) Oskar Niedermayer, Elmar Brähler: Rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, Berlin 2002
- (2) Auf die aktuellen Debatten und Umfrageergebnisse wird hier nicht näher eingegangen, vgl. dazu Bulletin 5/2004. Die Darstellung der Beispiele für den Raum Berlin ist unvollständig, da nicht alle Vorfälle bekannt werden.
- (3) Vgl. Tagesspiegel vom 24.04.2004; Kriminalpolizeilicher Meldedienst - Politisch Motivierte Kriminalität 2003; Berliner Verfassungsschutzbericht 2002, S. 118
- (4) Vgl. Berliner Zeitung vom 25.03.2003; Tagesspiegel vom 24.04.2004
- (5) Zu sehen in der Ausstellung von Briefen an Henryk M. Broder und die Jüdische Allgemeine Wochenzeitung im Jüdischen Museum Berlin, vgl. Jungle World vom 09.10.2002
- (6) Am 16.03.2002 detonierte ein Sprengsatz im Eingangsbereich des Friedhofs - auch diese Täter wurden nicht gefasst, vgl. Verfassungsschutzbericht Berlin 2002
- (7) Lokaler Aktionsplan Pankow, Seite 27
- (8) Berliner Morgenpost vom 19.11.2003 und vom 17.12.2003, Täter in beiden Fällen nicht gefasst;
- (9) Berliner Morgenpost vom 24.09.2003, Täter unbekannt;
- (10) Die Hizb ut-Tahrir gehört der Kalifatsbewegung an und wurde am 15.01.2003 verboten; zu einer Veranstaltung am 27.10.2002 an der TU Berlin waren auch hohe NPD-Funktionäre erschienen;
- (11) z.B. Berliner Morgenpost am 25.03.2003
- (12) I. Noah: Arabischer Antisemitismus in Berlin. [www.hagalil.com; 6.8.2003]
- (13) taz vom 2.12.2003. Der Artikel enthält eine unvollständige Chronologie antisemitischer Übergriffe in Berlin
- (14) Berliner Zeitung vom 16.10.2003
- (15) In der Umgebung des im Bau befindlichen Holocaust-Mahnmals geschmiert, Tagesspiegel vom 20.11.2003 und an Hauswänden in Mitte und Prenzlauer Berg, Beobachtungen der MBR
- (16) I. Noah: Koscheres Lebensmittelgeschäft musste schließen. [www.hagalil.com, 6.8.2003]

Literaturliste:

- apabiz e.V., ReachOut, tacheles reden e.V.: Chronologie antisemitischer Vorfälle 2003, Berlin 2004
- Arbeitskreis Kritik des deutschen Antisemitismus (Hg.): Antisemitismus – die deutsche Normalität. Geschichte und Wirkungsweise des Vernichtungswahns, Freiburg 2001
- Wolfgang Benz: Bilder vom Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus, München 2001
- Werner Bergmann, Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung 1946 – 1989, Opladen 1991
- Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt/Main 2003, Seiten 13-32
- Matthias Küntzel: Dihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2002
- Lars Rensmann: Demokratie und Judenbild: Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik, Wiesbaden 2003
- Shulamit Volkov: Antisemitismus als kultureller Code, München 2000
- Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): »Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher.« Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland, Berlin 2004

Handlungsfelder

Mobile Beratung an Schulen

Bianca Klose und Dorothea Schütze

Wie in anderen Bereichen lassen sich auch in der Schule die Phänomene Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in unterschiedlicher Intensität und Erscheinungsform feststellen. Die Bandbreite reicht von Klassenverbänden, die gegenüber rechtsextremen Manifestationen immun erscheinen, über Schulen mit vereinzelt rechtsextremen Erscheinungsformen bis hin zu rechtsextremen Dominanzverhältnissen in einzelnen Klassen oder gar in der gesamten Schule.

Zahlreiche Schulen greifen inzwischen auf repressive Regulierungsmethoden in Form von Hausordnungen und Verboten zurück, die rechtsextreme Kleidung und Symbole aus der Schule heraushalten sollen. Da sich zudem rechtsextremes Outfit zu einem mittlerweile unauffälligeren Stil gewandelt hat, lassen sich Intensität und Verbreitung von Rechtsextremismus weniger als in den Jahren zuvor am Erscheinungsbild der Schülerinnen und Schüler festmachen.

Vielmehr steht das vorherrschende Klima an Schulen und in einzelnen Klassenverbänden für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Zentrum des Interesses. Hierbei wird vornehmlich der Frage nachgegangen, inwieweit egalitäre Kommunikationsprozesse und demokratische Konfliktaustragung vorhanden oder möglich sind. Die MBR setzt daher zu Beginn eines Beratungsprozesses im Kontext Schule auf eigene teilnehmende Beobachtung von Projektschultagen und Pausenszenarien sowie auf die Befragung von Lehrpersonal und SchülerInnen. Potenziell und tatsächlich von Rechtsextremismus und Diskriminierung Betroffene, ob »Linke«, Behinderte, Menschen mit dunkler Hautfarbe oder andere, die ausgegrenzt oder gar angegriffen werden, nehmen dabei einen besonders großen Raum ein. Diese Wahrnehmungsabfragen konzentrieren sich zum einen auf die konkreten Erscheinungsweisen wie rechtsextreme Kleidung, Symbolik oder den Tausch rechtsextremer CDs zum anderen auf die Wirkungsmacht jener SchülerInnen, die der rechtsextremen Ideologie in Gänze oder nur in Form von Versatzstücken anhängen. Denn selbst ein einziger ideologisch geschulter rechtsextremer Aktivist kann in einem Klassenverband ein Klima erzeugen, welches einen Einstellungswandel bei den Mitschülerinnen und Mitschülern befördert oder aber, in dem sich Angehörige von potenziellen oder tatsächlichen Opfergruppen einer permanenten Bedrohung ausgesetzt fühlen. Es ist daher einsichtig, dass es bei der Einschätzung, in welchem Ausmaß Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus an Schulen verbreitet ist, weniger um die Anzahl von gewalttätigen Übergriffen oder von sichtbar rechtsextremen Per-

sonen gehen sollte als vielmehr um die Ausprägung von antidemokratischen und menschenverachtenden Einstellungen und Tendenzen an der Schule.

Befragungen und Prozessbegleitungen an unterschiedlichen Schulen in Berlin ermöglichen der MBR, einen konkreten Einblick in die Situation des Rechtsextremismus an Berliner Schulen zu bekommen. Entsprechende Analyseergebnisse werden im Folgenden exemplarisch dargestellt:

Problemdarstellung **Rechtsextremismus an Schulen**

An den Schulen, die von rechtsextremen Erscheinungen betroffen sind, ist eine sichtbare Verjüngung der Szene zu beobachten. Das entspricht der allgemeinen Tendenz in der Phänomenologie des heutigen Rechtsextremismus. Im Gegensatz zu den üblichen Cliquenstrukturen sind jene der rechtsextremen oder rechtsextrem-orientierten Jugendlichen vornehmlich alters- und daher zumeist Klassenstufen übergreifend. Damit wird eine Voraussetzung dafür geschaffen, dass ältere und ideologisch gefestigtere Jugendliche auf jüngere einwirken können. So beobachten PädagogInnen eine ideologisierende Einflussnahme von Aktivisten aus zumeist den neunten und zehnten Klassenstufen auf SchülerInnen der siebten und achten. Ein Vorgang, der in einzelnen Schulen dazu führt, dass sich bereits in den niedrigen Klassenstufen eindeutige Gruppenzugehörigkeiten, wie etwa »rechts« oder »links-alternativ« erkennen lassen. Andere SchülerInnen und LehrerInnen sprechen sogar von noch jüngeren Jahrgängen (z.B. den sechsten Klassenstufen), in denen politische Lagerbildungen eine herausragende Rolle spielen. Rechtsextreme Cliques agieren jedoch auch schulübergreifend. Neben schulinternen Angehörigen der rechtsextremen Szene können auch ehemalige SchülerInnen oder rechtsextreme Cliques im Umfeld der Schule diese Entwicklung maßgeblich beeinflussen. So wurde mehrfach an Schulen beobachtet, dass sich schulexterne Aktivisten der rechtsextremen Szene einzeln oder in Gruppen vor den Schultoren aufhielten, sie SchülerInnen am Nachmittag von der Schule abholten oder nicht-rechte Jugendliche durch verbale oder körperliche Übergriffe unter Druck setzten. Drohungen wie etwa »Entweder Du ziehst Dich anders an und bist so wie wir, dann beschützen wir Dich, sonst schlagen wir Dich auf!« belegen eine geringe Ideologiedichte, aber beschreiben ein bedrohliches Schulklima, dem sich viele Jugendliche aus Angst nicht mehr entgegenzustellen vermögen.

Die an unterschiedlichen Schulen Berlins zu beobachtende Konsequenz: Bereits in den neunten Klassen können die rechtsextremen Positionen einzelner oder gar der Mehrheit der Klasse derart gefestigt sein, dass eine diskursive und pädagogische Einflussnahme der Lehrkräfte nur noch schwerlich oder nicht mehr möglich ist. PädagogInnen beschrieben dies mit der Wahrnehmung: »Die Köpfe der Jugendlichen sind wie zugegallert.« Zahlreiche Schulen, die von rechtsextremen

Erscheinungen betroffen sind, haben inzwischen zwar auf »antirassistische« Hausordnungen zurückgegriffen, um rechtsextremes Outfit auf dem Schulgelände zu verbieten. Doch der generelle Stilwandel der rechtsextremen Szene mit der Tendenz, immer neue jugendkulturelle Stile, Modemarken und Kodierungen zu besetzen oder unauffälligeres Outfit zu tragen, macht es den PädagogInnen inzwischen schwer, über das äußere Erscheinungsbild herauszufinden, ob eine Schülerin oder ein Schüler zur rechtsextremen Szene gehört.

Vielmehr kommt es zunehmend auf die Sensibilität der PädagogInnen an, rechtsextreme Orientierungen und entsprechende Diskurse in der jeweiligen Schulklasse auszumachen und durch inhaltliche Diskussionen mit den SchülerInnen den möglichen Grad der Festigung eines rassistischen Weltbildes zu identifizieren. Wird eine dahingehende Auseinandersetzung mit den SchülerInnen gesucht, können sich LehrerInnen mit einem weiten Spektrum rechtsextremer Einstellungen konfrontiert sehen: Sie reichen von Alltagsrassismen und Ausgrenzungen selbst ernannter Feindgruppen, über weit gehend gefestigte rechtsextreme Weltbilder bis hin zu jungen »Führerpersönlichkeiten«. Auffälliges aggressives und gewaltbereites Auftreten muss nicht immer bei diesen SchülerInnen vorzufinden sein. Ganz im Gegenteil: Je nach Schulform sehen sich immer mehr PädagogInnen »klugen rechtsextremen Köpfen« gegenüber, die ein negatives Erscheinungsbild weitest gehend scheuen. Vielmehr werden sie von den befragten PädagogInnen häufig als sehr hilfsbereit, aufgeschlossen, besonnen und sympathisch beschrieben. Sind sie überdies in rechtsextreme Organisationen fest eingebunden oder werden gar in ihrer Freizeit von solchen geschult, konnte in einzelnen Fällen beobachtet werden, dass diese SchülerInnen die inhaltliche Diskussion mit den Lehrerinnen und Lehrern gar suchen - in den Augen der betroffenen LehrerInnen weniger, um sich von demokratischen Positionen überzeugen zu lassen als vielmehr, um die eigene rechtsextreme Theoriebildung und Argumentationsfähigkeit an einem älteren Übungsobjekt zu erproben. Nicht alle PädagogInnen fühlen sich einer solchen Konfrontation, womöglich noch vor der gesamten Klasse, gewachsen.

Wahrnehmen – Deuten – Handeln

Die Erfahrungen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zeigen, dass rechtsextreme, rassistische und antisemitische Erscheinungen auch im Schulkontext sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können. Doch zeigt die Empirie, dass das Phänomen Rechtsextremismus und dessen Verbreitung und Verankerung, weder an bestimmte Schulformen noch an die Geschlechter der Schülerinnen und Schüler gebunden ist. Die genaue Analyse der Situation in einer Klasse oder einer gesamten Schule sollte daher die Voraussetzung sein, in diesem Arbeitsfeld zu handeln. Erst nachdem die spezifischen Problemlagen wahrgenommen und gedeutet worden sind, können sich adäquate Maß-

nahmen seitens der LehrerInnen in Zusammenarbeit mit den SchülerInnen und bestenfalls den Eltern anschließen.



Unauffällige Accessoires sind heute oft die einzigen Hinweise auf eine rechtsextrem-orientierte Gesinnung bei Schülerinnen oder Schülern. Der Thorshammer, den man hier im Katalog des NPD-nahen Deutsche Stimme Versandes in einigen Ausführungen abgebildet sieht, ist in der Szene immer noch sehr beliebt. Er ist allerdings nicht verboten und könnte auch von unpolitischen Anhängern nordischer Mythologie getragen werden.

Wahrnehmen – Deuten

Im Rahmen der Beratungstätigkeit stößt die MBR im Schulkontext immer wieder auf eine sehr unterschiedlich ausgeprägte Wahrnehmungskompetenz seitens der PädagogInnen bezüglich des Phänomens Rechtsextremismus. Angesichts des schnellen Wandels rechtsextremer Erscheinungsformen, Outfits und Kodierungen mag dies nicht überraschen. Doch trifft man häufig neben der nicht ausreichenden Kenntnis auch auf eine fehlende Bereitschaft der Schulleitung und/oder im Kollegium, sich dieses Wissen anzueignen und sich mit den entsprechenden Problemlagen auseinander setzen zu wollen. Grund dafür kann zum einen die Angst vor einer möglichen, vor allem öffentlichen, Stigmatisierung als »rechte Schule« sein. Zum anderen wird in einer Zeit von umfangreichen Strukturproblemen im Schulbereich häufig die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht als jene Aufgabe definiert, die Priorität genießt.

Dies sind die Punkte, an denen die Mobile Beratung notwendigerweise ansetzt: Zusammen mit den zum Engagement bereiten Personen in einer Schule, seien es SchülerInnen, LehrerInnen oder DirektorIn, wird eine schulinterne Kommunikation über die vorhandenen Problemlagen mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus angestoßen und seitens der MBR begleitet. Zu Beginn einer Beratung wird zumeist über den Weg der schulinternen Gremien wie etwa LehrerInnen-, SchülerInnen-, und Elternversammlungen versucht, weitere Personen für den Prozess zu gewinnen und zu demokratischem Handeln zu ermutigen. Um diesen Prozess zu unterstützen und für alle Beteiligten einen konkreten Problembezug herzustellen, lässt die MBR ihre Einschätzung von Erscheinungen mit rechtsextremem Hintergrund im Schulumfeld und – falls bereits analysiert – in der betreffenden Schule einfließen. Vor allem in der Phase der Problemsensibilisierung ist es vonnöten, dass das für viele als abstrakt empfundene Phänomen des Rechtsextremismus durch präzise Informationen unterlegt und auf die konkrete Situation vor Ort heruntergebrochen wird. Als wertvoll hat sich neben allgemeinen Fortbildungen zu aktuellen Erscheinungsformen, Strategien und Ideologemen des Rechtsextremismus die Methode des Brainstormings in Form der Kartenabfrage bewährt, in der Lehrpersonal und SchülerInnen ihre Wahrnehmungen im Schulumfeld und in der Schule selbst einfließen lassen, die gegebenenfalls durch die Kenntnisse der MBR ergänzt werden. Im besten Falle werden in diesen Prozess die Eltern der SchülerInnen gleichermaßen einbezogen.

Wenn die Fähigkeit und Bereitschaft zu einer angemessenen Wahrnehmung und Deutung der Problemlagen vorhanden ist, können Wege für geeignete Gegenmaßnahmen gemeinsam diskutiert und besprochen werden.

Handeln

Die Handlungsmöglichkeiten im Bereich Schule sind umfangreich. Die Mobile Beratung unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen akuten Einzelfallberatungen mit intervenierendem Charakter und Langzeitberatungsprozessen, die vornehmlich auf eine präventive Wirkung setzen.

Einzelfallberatung im Kontext akuter Vorfälle

Wenn an einer Schule gehäuft Hakenkreuze in den Heften auftauchen, wenn Schüler mit White-Power-Pullis in die Klasse marschieren oder wenn sogar rechtsextreme Übergriffe gegen Punks, Hip Hopper, Linke, Migranten oder Behinderte vorkommen, kann die MBR zur Einzelfallberatung hinzugezogen werden. Welche Reaktionen auf die Vorfälle erfolgen und welche Maßnahmen ergriffen werden, hängt von einer fundierten Situationsanalyse an der Schule und in deren Umfeld ab. Außerdem können entsprechende Maßnahmen nur mit den Beteiligten vor Ort entwickelt werden. Dabei unterstützt die MBR mit ihrer Fach- und Prozesskompetenz die Schule. Einheitliche

Rezepte und Patentlösungen gibt es nicht, nur Strategien und Fragen, mit denen sich dem spezifischen Problem in einem spezifischen Kontext angenähert werden kann.

Wie kann der Vorfall mit anderen Vorkommnissen an der Schule und in deren Kiez in Verbindung gebracht werden? Um welche Beteiligten, um welche genauen Konstellationen und Beziehungsgeflechte handelt es sich? Erhalten entsprechend Engagierte Unterstützung bei SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern und gibt es Möglichkeiten einer breiteren Vernetzung und Solidarisierung? Liegt das Augenmerk an der Schule auf den rechtsextremen Jugendlichen oder eher auf den Interessen von realen und potenziellen Opfergruppen? Wie können diese Opfergruppen und wie kann das demokratische Potenzial der Schule gestärkt werden? Gibt es eine sensible Wahrnehmung rechtsextremer Erscheinungsformen oder rassistischer Tendenzen und können entsprechende Seminare die Wahrnehmung schulen? Welche Projekte und Maßnahmen schließlich helfen dabei, die Schule demokratisch und anti-rassistisch zu positionieren? Welche externen Partner, auch aus dem Schulumfeld, können bei solchen Projekten unterstützend mitwirken?

Erst, wenn mit Hilfe dieser oder ähnlicher Fragen die Ausgangssituation, der Bedarf und die Zielvorstellungen gemeinsam mit der Schule analysiert worden sind, sollte es in die Planung und Durchführung entsprechender Projektmaßnahmen gehen. Diese werden für alle Beteiligten erfolgreich sein, wenn sie vor Ort individuell entwickelt, auf die Bedürfnisse zugeschnitten und zielgruppengerecht ausgerichtet sind. Projektschultage und -wochen zu den Themenkomplexen »Rechtsextremismus« und Jugendgewalt sind dabei nur eine mögliche wenn auch weit verbreitete Projektmaßnahme. Wenngleich häufig zu beobachten ist, dass Schulen die notwendige Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Phänomenen aus dem Schulalltag heraus in diese zeitlich klar eingegrenzten Freiräume verlagern, liegen in diesen Maßnahmen Chancen und Möglichkeiten für eine längerfristige Arbeit mit der jeweiligen Schule. Dies verdeutlicht auch das Handlungsbeispiel im Kapitel »Eine Schülerinitiative erfolgreich gegen Rechtsextremismus«.

Sowohl für Projektschultage und -wochen als auch für die Durchführung anderer gewünschter Einzelmaßnahmen stehen den Schulen zahlreiche externe Fachinstitutionen, Bildungsträger und zivilgesellschaftliche Projekte unterstützend zur Verfügung. Sind diese Kontakte noch nicht vorhanden, sieht es die MBR als eine ihrer Aufgaben an, diese und die entsprechenden bezirklichen oder überregionalen Partner an die Schulen zu vermitteln.

Für eine langfristige Arbeit an der Schule ist die Frage interessant, ob rechtsextreme Strukturen unterstützt werden durch Demokratiedefizite, z.B. mangelnde Mitbestimmung und autoritäre Verfahren in Schule und Unterricht, Ausgrenzung nonkonformer SchülerInnen und LehrerInnen oder nicht funktionierende Konfliktlösungsmechanismen und Kommunikationswege. Die direkte Demokratieerfahrung von Mitbe-

stimmung, Eigenverantwortung und respektvollem Miteinander an der Schule kann präventiv gegen rechtsextreme Tendenzen wirken.

Längerfristige Demokratisierungsprozesse

Als präventive Maßnahme gilt es daher, die Schule in ihren Strukturen zu demokratisieren und ein demokratisches Miteinander im Schulkontext oder, anders formuliert, eine »gelebte Demokratie« als ein Gegenmodell und als eine Alternative zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus zu stärken. Demokratieorientierte Handlungsstrategien an den Schulen umfassen dabei sowohl die Gestaltung des Unterrichts als auch die vorhandenen Formen von Selbstorganisation von SchülerInnen sowie die Schulstrukturen als solche.

Eine mögliche Methode für ein solches demokratieorientiertes Schulentwicklungsmodell von »unten« setzt somit bei den SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern gleichermaßen an. Diese begeben sich in einen demokratischen Aushandlungsprozess, in dem sie zum einen ihre Interessen formulieren und vertreten lernen und sich zum anderen über unterschiedliche Sichtweisen und Bedürfnisse gleichberechtigt austauschen. Ziel des Prozesses ist es, über ein positives Erleben von Demokratie an der Schule auch jene zur Meinungsbildung und -äußerung zu befähigen, die sich bislang aufgrund fehlender positiver Demokratieerfahrungen und der hierarchischen Strukturen in den Klassenverbänden nicht positionierten, sondern rechtsextreme, rassistische und andere menschenverachtende Denk- und Verhaltensweisen stillschweigend hinnahmen. Im günstigsten Fall wird dieses Modell durch eine entsprechende Schulentwicklung von »oben« unterstützt, indem die Möglichkeiten des Schulgesetzes zu einer (antirassistischen) Leitbildentwicklung der Schule und der Freistellung von Lehrerkapazitäten für Projektarbeiten und Prozessbegleitungen genutzt werden. Ziel all dieser langfristigen Schuldemokratisierungsprozesse ist es, eine Schulkultur zu schaffen, die sich gegenüber rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Bestrebungen als resistent erweist.

Demokratiefördernde Prozesse in Schulen anzuregen und längerfristig zu kultivieren ist eine große Herausforderung für jede einzelne Schule. Denn die hierarchisch angelegten Schulstrukturen und gängigen Unterrichtsmethoden (häufig noch immer im Frontalunterrichtsstil) sind für das Lehrer-Schüler-Verhältnis prägend. Mitbestimmen und Mitgestalten gehören für Schülerinnen und Schüler nur selten oder gar nicht zu den Erfahrungen im Schulalltag. Lehrerinnen und Lehrer wiederum sehen für sich kaum Spielräume und Möglichkeiten, Unterricht jenseits von Lehrplänen und gesetzlichen Bestimmungen zu gestalten. Es herrscht ein enormer Druck, nicht zuletzt aufgrund immer größerer Anforderungen von Seiten der Schulverwaltung. Und häufig fehlt ein breiteres Methodenwissen. Eltern als weitere schulerelevante Gruppe sind überdies oft sehr entfernt vom Schulgeschehen. Die Mitarbeit

in Schulgremien konzentriert sich in der Regel auf wenige engagierte Väter und Mütter. Und die miteinander verhandelten Themen beschränken sich häufig auf Leistungsfragen und organisatorische Entscheidungen. Eine wirklich gestalterische Zusammenarbeit kommt fast nie zustande. Das Schulgeschehen als Ganzes spielt sich mehr oder weniger isoliert vom Umfeld ab. Kooperationen zwischen Schule und außerschulischen Einrichtungen oder Initiativen sind (zumindest in Oberschulen) eher eine Ausnahme.

Demokratiefördernde Prozesse müssen demnach auf verschiedenen Ebenen ansetzen, auf der Ebene des Unterrichts, bei der Gestaltung des Schulalltags (inkl. Pausen, Erholung, Freizeit), der Zusammenarbeit mit den Eltern, der gegenseitigen Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer untereinander, der Öffnung nach außen (Kooperationen) und Zusammenarbeit mit externen ExpertInnen und/oder BeraterInnen, den Mitbestimmungsstrukturen in und außerhalb der Gremien (Elternvertretung, Schülervertretung, Gesamtkonferenz, Schulkonferenz), bei der Entwicklung des Schulprogramms und vielem mehr.

Eine umfassende Entwicklung auf allen Ebenen gleichzeitig wäre sicherlich ideal, scheint aber in den meisten Fällen unrealistisch bzw. bedeutet eine Überforderung aller Beteiligten. Daher bietet sich an, zunächst mit einzelnen Ebenen zu beginnen und nach und nach die Aktivitäten auf weitere Gebiete auszuweiten oder parallel anzugehen. Hierfür einige Beispiele:

a) Unterrichtsgestaltung

Im Bereich des Unterrichts existiert eine Vielzahl an Methoden der Unterrichtsgestaltung, die den Frontalcharakter aufbrechen. Schülerinnen und Schüler werden in die Gestaltung des Lerngeschehens einbezogen und ihre Eigenverantwortlichkeit wird gestärkt. Kooperative Lernformen können in großem Maße zu einer Kultur des Miteinanders und der gegenseitigen Wertschätzung beitragen. Sowohl die SchülerInnen als auch die Lehrkräfte erleben sich als Partner, die miteinander und voneinander lernen. Hierzu bieten Lehrerfortbildungsinstitute oder freie Träger Fort- und Weiterbildungen an.

b) Unterrichtsinhalte

Demokratierelevante Themen wie Ausgrenzung, Mobbing, Gewalt, Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus können von externen Fachkräften z.B. in Schulprojekttagen bearbeitet werden. Effektiver und nachhaltiger sind derartige Bemühungen allerdings, wenn Lehrkräfte und SchülerInnen als Multiplikatoren qualifiziert und die genannten Inhalte als Querschnittsthemen immer wieder im Schulalltag durch entsprechende Methoden zielgruppengerecht aufgegriffen werden können. Trainings, Fortbildungen und Unterstützung bzw. Begleitung werden ebenfalls von freien Trägern angeboten.

c) Mitbestimmung/Schulgremien

Per Schulgesetz stehen den SchülerInnen und Eltern Mitbestimmungsrechte in den dafür vorgesehenen Gremien zu. Die wenigsten wissen allerdings über ihre Rechte, Gestaltungsspielräume, Aufgaben und Pflichten Bescheid. Für SchülerInnen (gewählte VertreterInnen wie auch sonstige Interessierte) bieten freie Träger Fortbildungen und Seminare an, in denen sich die Jugendlichen ihrer Rolle und ihrer Möglichkeiten bewusst werden. Häufiger Schwerpunkt dieser Fortbildungen ist neben den inhaltlich relevanten Themen auch das nötige Handwerkszeug wie Moderation, Präsentation und Verhandlungsmethodik, Kompetenzen, mit denen sich ganz konkret der Dialog mit den MitschülerInnen im Klassenzimmer bzw. unter der gesamten Schülerschaft oder mit denen sich Entscheidungsprozesse in Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Eltern besser gestalten lassen. Hier können die SchülerInnen lernen, demokratische Rechte und Pflichten als hilfreich und gewinnbringend zu erkennen und anhand von konkreten Maßnahmen und Projekten innerhalb ihrer Schule umzusetzen.

Angesichts der durch das neue Berliner Schulgesetz erweiterten Verantwortung und Entscheidungskompetenz der Schulkonferenz als zentrales Gremium (in der 4 Lehrkräfte, 4 Eltern, 4 SchülerInnen, Schulleitung und 1 Externe/r vertreten sind) erscheinen Fortbildungen für die einzelnen Interessengruppen sowie das Gremium insgesamt nahe liegend. Neben inhaltlich und gesetzlich relevanten Themen wird es hier darauf ankommen, in einem fairen und gleichberechtigten Gruppenprozess über die zentralen Fragen der Schulgestaltung und -entwicklung miteinander zu verhandeln. Für eine entsprechende Fortbildung und/oder Beratung stehen ebenso freie Träger wie z.B. die RAA Berlin zur Verfügung.

d) Schulöffnung

Schulöffnung kann sich selbstverständlich immer und nur an dem konkreten Schulumfeld orientieren. Hierfür lohnt es sich zunächst, das Schulumfeld zu erkunden, um herauszufinden, welche Organisationen, Initiativen, Einrichtungen, Firmen, etc. in der Umgebung aktiv sind und wirken. Solche Recherchen können auch schon einen Projektcharakter haben, bei dem SchülerInnen, Lehrkräfte und Eltern Hand in Hand vorgehen. Oft zeigt sich sehr schnell, an welchen Stellen Zusammenarbeit und Kooperationen für beide Seiten gewinnbringend sein können, sei es z.B., dass Räume in der Schule für außerunterrichtliche Aktivitäten genutzt werden oder schulische Aktivitäten in das Umfeld ausstrahlen, Informationen ausgetauscht werden, Klarheit darüber geschaffen wird, wer in welchen Fällen Ansprechpartner und Unterstützer sein kann, etc....

Die angeführten Beispiele beschreiben nur einen kleinen Teil möglicher demokratiefördernder Aktivitäten. Für welche Maßnahmen oder Aktivitäten sich einzelne Schulen auch entscheiden, ganz zentrale Bedeutung

wird immer haben, wie sichtbar und spürbar auch kleinere Veränderungen und Schritte sind, von denen möglichst viele Schulbeteiligte profitieren.

Bei all den Möglichkeiten, der Unübersichtlichkeit der Angebote und gleichzeitigen Bedenken oder Befürchtungen (Was ist das Richtige? Das kostet so viel Zeit! Wer soll das denn machen?...) hat sich eine externe Beratung und Begleitung häufig als sehr hilfreich erwiesen. Gemeinsam kann herausgefunden werden, was genau jede einzelne Schule braucht, was in Hinblick auf Kapazitäten möglich ist, welche Unterstützung nötig ist und welche Schritte sinnvoll erscheinen. In dem Bereich langfristiger Demokratisierungsmodelle arbeitet die MBR eng mit einem Netzwerk aus Projekten zusammen und vermittelt Schulen, die einen entsprechenden Bedarf sehen, an diese Partner in Berlin. Darüber hinaus sieht die MBR eine ihrer Aufgaben darin, diese Prozesse und Projekte, vor allem die der RAA e.V., in ihrer Zusammenarbeit mit den Akteuren aus der Schule intensiv zu begleiten und sie bei Bedarf mit Fortbildungen und Diskussionen zu unterstützen.

Vernetzung mit der Jugendarbeit

Im Bereich Schule hat sich die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus des Weiteren um die fachliche Vernetzung von Schulen untereinander, aber auch von Schulen mit Jugendeinrichtungen ihres jeweiligen Umfeldes bemüht. So versuchte die MBR in einigen Fällen das überwiegend vorherrschende Kommunikationsdefizit zwischen Schulen und dem Jugendbereich zu überwinden, indem sie alle Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen eines Sozialraumes oder Ortsteiles an einen Tisch brachte. Derartige Vernetzungstreffen zu den Problemfeldern Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bieten Raum zum Kennenlernen, zum Austausch über die aktuelle Situation in Schulen, Jugendeinrichtungen und im Umfeld, aber auch zu möglichen Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund. Es wird den Beteiligten auf diese Weise ermöglicht, ihre eigenen Erfahrungen mit Rechtsextremismus und Rassismus in ihrem direkten Arbeitsumfeld in einen übergreifenden Kontext einzuordnen und gemeinsame, integrative Handlungsstrategien zu entwickeln. Wenngleich diese Vernetzungen als Maßnahme nahe liegend sind, musste die MBR in allen bisher von ihr betreuten Fällen feststellen, dass auf diese Weise erstmalig ErzieherInnen und PädagogInnen miteinander in Kontakt gebracht wurden, die doch in einem hohen Maße mit den gleichen Problemlagen konfrontiert sind. Die Form des Austausches, seien es nun anlassbezogene Zusammenkünfte oder formalisierte und kontinuierliche Fach-AGs, und seine Zielrichtung hängen von den jeweiligen Bedürfnissen der Beteiligten ab. Nicht immer besteht aufgrund von Zeit- und Kapazitätenmangel der Bedarf nach einer institutionalisierten Form der Vernetzung, doch sollte überlegt werden, inwieweit Kommunikationswege zwischen den Bereichen Schule und Jugendarbeit verkürzt werden können. Im besten Falle werden praktische Maßnahmen, Veranstaltungen und Projekte erar-

beitet, für die gegenseitig Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und die gemeinsam durchgeführt werden.

Unabhängig davon, für welchen Weg sich eine Schule im Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entscheidet, so ist es doch immer ein langer Weg der kleinen Schritte. Doch Ergebnisse müssen nicht erst am Ende des Weges greifbar sein. Der erste Schritt, die offene Auseinandersetzung mit diesen Problemlagen, ist bereits ein wichtiger Erfolg und Beleg für die Qualität einer Schule.

Konzepte der Jugendarbeit und Beratung im Umgang mit Rechtsextremismus

Anke Zeuner

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) wird seit ihrem Bestehen maßgeblich von MitarbeiterInnen der Jugendarbeit nachgefragt. Ein Grund ist sicherlich darin zu sehen, dass Rechtsextremismus in Jugendeinrichtungen besonders offen zutage treten kann, andererseits aber JugendarbeiterInnen erhebliche Gestaltungsspielräume in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus haben. Im Folgenden werden Jugendarbeitskonzepte diskutiert und eigene Erfahrungen und Beobachtungen hinzugefügt.

Das Konzept »Akzeptierende Jugendarbeit« mit rechtsextremen Jugendlichen – Diskussionsstand

Das Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit

Das Konzept der Akzeptierenden Jugendarbeit, welches vom Bremer Wissenschaftler Franz Josef Krafeld entwickelt wurde, ist inzwischen über zehn Jahre alt und wird nach wie vor diskutiert und praktiziert. Krafeld hat den Ansatz, der ursprünglich für die Drogenarbeit entwickelt wurde, auf die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen übertragen.

Dem Konzept liegt die »Desintegrations-Reintegrationstheorie« des Bielefelder Jugendforschers Wilhelm Heitmeyer zugrunde. Diese Theorie geht davon aus, dass Jugendliche, die aufgrund der immer schneller aufeinander folgenden gesellschaftlichen Modernisierungsschübe unter einer zunehmenden Orientierungslosigkeit leiden (Wegbrechen von Traditionen, Milieus, Werten), gesellschaftlich mehr und mehr desintegriert seien. Das rechtsextreme Weltbild setze, so Heitmeyer, mit seinen Angeboten (insbesondere Kameradschaft, Betonung von Werten und Tugenden, Elitebewusstsein, hierarchische Ordnung) genau an diesen individuell empfundenen Defiziten der »Modernisierungsverlierer« an und werde für Jugendliche zunehmend attraktiv.

Dieser Analyse folgend kommt Krafeld zu dem viel zitierten Schluss, dass es nicht auf die Probleme ankomme, die die Jugendlichen machen, sondern auf die, die die Jugendlichen haben.

Akzeptierende Jugendarbeit soll demnach einen Freiraum für rechtsextrem-orientierte Jugendliche schaffen und sie mit ihren Problemen akzeptieren. Es sei

das Ziel, durch Akzeptanz des Jugendlichen und gleichzeitige Konfrontation mit seinen Positionen eine Atmosphäre zu schaffen, in der er Schritt für Schritt in die Gesellschaft zurückgeführt werde, die ihn vorher an den Rand gedrängt habe. Dabei gehe es weniger um sachbezogenes Überzeugen – schließlich hätte die Vergangenheit gezeigt, dass aufklärerische Ansätze wirkungslos seien – sondern um personenbezogenen Austausch und vor allem: Verständnis. Als zentrale Handlungsebenen werden

- das Angebot sozialer Räume
- die Beziehungsarbeit
- die Akzeptanz bestehender Cliquen und
- die Entwicklung einer lebensweltorientierten infrastrukturellen Arbeit (z.B. Boxangebote, Konzerte, Fahrten)

benannt.⁽¹⁾

Kritik des Konzeptes

Seit der Formulierung des Konzeptes Ende der achtziger Jahre wurde es vielfach diskutiert und auf verschiedenen Ebenen kritisiert. So widerspricht z.B. die Erziehungswissenschaftlerin Birgit Rommelspacher der Desintegrationstheorie Heitmeyers vehement. Ihrer Ansicht nach speisen sich die Positionen, Haltungen und Handlungen rechtsextremer Jugendlicher eben nicht aus einer Desorientierung und sozialen Deklassierung, sondern aus einer abgesicherten, privilegierten augenblicklichen Position, die durch diejenigen, die sozial »unter« ihnen stehen, subjektiv gefährdet erscheint und deshalb – notfalls gewaltsam – verteidigt werden muss (Theorie der Dominanzkultur).



Werden rechtsextrem-motivierte Schmierereien wie diese in Jugendeinrichtungen thematisiert? Wird die Situation im Jugendclub und dessen Umfeld analysiert? Welche Handlungsoptionen gibt es? Kommt es zu klaren Positionierungen und Opferschutz? Das sind einige Fragen, die bei solchen Vorfällen mit offenbar rechtsextremem Hintergrund entstehen.

Bild: MBR

Zudem bezweifelt Rommelspacher, dass Frustration automatisch zu Aggression führe. Dies geschehe nur dann, wenn so genannte Hinweisreize gegeben werden, dass die Aggression angemessen, erlaubt, ja unter Umständen sogar erwünscht sei.⁽²⁾

Auch der Professor für Sozialpädagogik Albert Scherr widerspricht einem »simplifizierenden Determinismus«, indem er die komplexen Ursachen rechtsextremer Einstellungen benennt. Diese reichen seiner Ansicht nach von massenmedialen Deutungsangeboten, staatlichem Rassismus, Dominanzkultur, dem Einfluss von Eltern und Freunden bis hin zum schulisch erworbenen Wissen.⁽³⁾

Übertragung Akzeptierender Jugendarbeit auf Ostdeutschland

Auf praktischer Ebene wurde die reflexionslose Adaption des Konzeptes nach Ostdeutschland im Rahmen des »Aktionsprogrammes gegen Aggression und Gewalt« (Agag) der Bundesregierung (1991-96) kritisiert.

Defizitäre Rahmenbedingungen, wie

- die Umsetzung des Konzeptes durch unzureichend qualifizierte ABM- und SAM-Kräfte,
- fehlende Fort- und Weiterbildung für JugendsozialarbeiterInnen und
- fehlende Supervision,

vor allem aber die Tatsache, dass die rechtsextreme Jugendkultur in Ostdeutschland keineswegs ausgegrenzt und marginal, sondern im Gegenteil vielerorts ein Massenphänomen war, führte partiell zu einer Stabilisierung der organisierten rechtsextremen Szene. Rechtsextreme Kader konnten ungehemmt, teilweise sogar als Projektmitarbeiter, Jugendzentren in rechtsextreme Treffpunkte verwandeln und für die rechtsextreme Szene neue Teilnehmer rekrutieren.⁽⁴⁾

Da Jugendliche sich dort aufhalten, wo ihre Anschauungen bestätigt werden und wo sie ihre Interessen am besten durchsetzen können, wirkten diese Jugendclubs »wie ein Magnet auf die rechtsextreme Szene«.⁽⁵⁾ Die Auswirkungen für nicht-rechte Jugendliche waren verheerend; denn »die am aggressivsten Raum und Inhalte okkupierende rechtsextremistische Szene erzeugt überall ein Klima der Anpassung, dass all jene Jugendlichen ausgegrenzt und auch körperlich gefährdet, die sich dem rechtsextremen Mainstream nicht anpassen wollen.«⁽⁶⁾

Verschärfend kam hinzu, dass oftmals den sich in einigen Orten zaghaft entwickelnden nicht-rechten Gegenkulturen parteiübergreifend die politische Rücken- deckung entzogen wurde. Die undifferenzierte und unzutreffende Gleichsetzung von Rechts- und Links- extremismus half dabei, diese Gegenkulturen öffentlich als extremistisch einzustufen und Arbeit gegen Rechtsextremismus generell zu delegitimieren.

Kritik an der Praxis Akzeptierender Jugendarbeit richtet sich aber nicht nur auf die Übertragung des Konzeptes nach Ostdeutschland. Schon Anfang der neunziger Jahre wurde in der Broschüre »Rosen auf den Weg gestreut«⁽⁷⁾ die Förderung rechtsextremer Strukturen durch Modellprojekte in Bremen und Niedersachsen beklagt. Und dies, obwohl die Projekte mit qualifiziertem Personal in ausreichender Zahl und in einem Klima nicht-rechter Hegemonie durchgeführt wurden. In mehreren Fallbeispielen beschreiben die AutorInnen, wie nicht-rechte Jugendgruppen nach und nach aus Jugendzentren verdrängt wurden und deren Gruppenstrukturen zerfielen. Stattdessen eigneten sich rechtsextreme Jugendcliquen die Einrichtungen an, nutzten sie als Infrastruktur für rechtsextreme Propagandaarbeit und für die Erstellung und Verbreitung rechtsextremer Musik. Ein »Kippen« des politischen Klimas im gesamten Sozialraum war die Folge.

Prinzipiell muss gefragt werden, ob eine ausschließlich auf Akzeptanz ausgerichtete »Beziehungsarbeit« dazu geeignet ist, rechte Gewalt zu unterbinden oder gar rechte Einstellungen zurückzudrängen. Vielmehr steht zu befürchten, dass Akzeptierende Jugendarbeit aufgrund ihrer Täterfixierung und ihrer Konzentration auf die Beziehungsebene Gefahr läuft, mit dem prekären Selbstwertgefühl von (potenziellen) Gewalttätern auch deren politische Überzeugungen zu stabilisieren.⁽⁸⁾

Modifizierung des Konzepts – »Gerechtigkeitsorientierte Jugendarbeit«

Die spätere Modifizierung des Konzeptes unter dem Etikett »Gerechtigkeitsorientierte Jugendarbeit« griff teilweise die formulierte Kritik auf. Krafeld wandte sich vom Akzeptanzbegriff mit dem Verweis ab, die Problematik der Ausgrenzung Rechtsextremer sei nicht mehr aktuell. Auch gab er mit dem Begriff der Gerechtigkeitsorientierung dem Konzept eine inhaltliche Zielrichtung, die über das reine Formulieren einer Methode (Akzeptanz) hinausging: »Gerechtigkeitsorientierung bietet sich vor allem deshalb als konzeptioneller Schlüsselbegriff und Leitbegriff an,

- weil er einerseits zentrale Interessen und Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe hinsichtlich ihrer eigenen Lebensentfaltung in den Mittelpunkt stellt und damit für sie selbst attraktiv sein kann (anders als z.B. eine belehrende, eine zurechtweisende, eine aberziehende oder eine abgewöhnende Pädagogik)
- und weil er andererseits gleichzeitig mit den Ansprüchen anderer Menschen auf Gerechtigkeit konfrontiert wird und damit für die Entfaltung einer entsprechenden zivilen, humanen Streitkultur unerlässlich ist.⁽⁹⁾

Doch bleibt Krafeld der akzeptierenden Beliebigkeit trotz allem verhaftet, wenn er von Sozialpädagogen verlangt, »...die teils sehr verschiedenen oder gar gegensätzlichen subjektiven Verständnisse davon (von Gerechtigkeit) ernst zu nehmen, statt solche an einer vorgeblich allgemeingültigen Definition von Gerechtigkeit zu messen.«⁽¹⁰⁾ Dies ist vor allem dann problematisch, wenn, wie im rechtsextremen Weltbild angelegt, der Begriff der Gerechtigkeit auf Vorstellungen von einem System der Ungleichwertigkeit fußt, welches alle ausschließt, die nicht der »arischen Rasse« angehören. Oder anders: Wenn, wie im Rechtsextremismus, das »natürliche Recht des Stärkeren« als Gerechtigkeit empfunden wird. Auch das Problem der alleinigen Täterorientierung blieb in dem nun modifizierten Ansatz erhalten.

Wahrung demokratischer Grundwerte

Dennoch sei klar gestellt, dass mit der Kritik täterorientierter Ansätze keinesfalls einer autoritären oder gar repressiven Sozialarbeit das Wort geredet werden soll. Nur kann eben die in anderen sozialarbeiterischen Arbeitsfeldern sinnvolle Konzeptlinie des Ernstnehmens, Zuhörens, Zulassens und Akzeptierens nicht ohne Weiteres auf rechtsextreme Jugendliche übertragen werden. Hier können eine analogisierende Übertragung auf »Gewalt und Rechtsextremismus« und ein pädagogischer Fundamentalismus problematische Folgen haben, weil es um zivilisatorische und kulturelle Prinzipien des Zusammenlebens – Integrität der Person, Bürger- und Menschenwürde, Gewaltfreiheit, Humanität, demokratische Verkehrsformen - geht, die nicht andeutungsweise infrage gestellt werden dürfen; weil niemand das Recht hat dagegen zu verstoßen, so schlecht es ihm auch gehen mag.⁽¹¹⁾

Ein an Grundwerten wie Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit orientierter Rechtsstaat kann nur begrenzt akzeptieren, dass auf Druck rechtsextremer Dominanzkulturen an einigen Orten quasi rechtsfreie Räume entstanden sind, in denen grundlegende bürgerliche Freiheiten nicht mehr für alle gelten.

Opferperspektive und Stärkung demokratischer Gegenkultur

Ausschließlich täterorientierte Jugendarbeitskonzepte bergen immer die Gefahr, die Situation der Opfer und damit auch die Auswirkungen rechtsextremer Ideologie auszublenden. Der Journalist Eberhard Seidel hat 1991 am Beispiel des namibischen Studenten Lucas Nghidinwa, der in Wittenberge von rassistischen Gewalttätern schwer verletzt wurde, dargestellt, zu welcher Schiefelage es bei der Beschäftigung mit Opfern und Tätern rechtsextremer Gewalt kommen kann: Während die rechtsextremen Gewalttäter mit Betreuungsangeboten und Reisen ins Ausland regelrecht belohnt wurden, erhielt das Opfer nahezu keine psycho-

logische und materielle Unterstützung, wurde gar zur Ausreise aufgefordert und beinahe abgeschoben.⁽¹²⁾

Jugendarbeitskonzepte, die sich mit Rechtsextremismus befassen, dürfen deshalb nicht eindimensional auf rechtsextreme Jugendliche ausgerichtet sein. Denn Konzepte, die im Täter immer auch das Opfer sehen (wollen), können nur zynisch gegenüber den (potenziellen) Opfern rechtsextremer und rassistischer Übergriffe sein. Dagegen stehen Konzepte, die auch die Unterstützung antirassistischer und demokratischer Jugendszenen zum Ziel haben. »Eine solche Unterstützung ist auch unabhängig davon sinnvoll, was sie tatsächlich zum Zurückdrängen rechter Jugendszenen beitragen kann. Denn sie kann auf jeden Fall dabei helfen zu vermeiden, dass Leistungen der Jugendarbeit nur als Belohnung für rechte Auffälligkeit zugewiesen und als Bestätigung solcher Auffälligkeit wahrgenommen werden. Zudem kann man darauf hoffen, so die Kräfteverhältnisse innerhalb der lokalen Jugendszenen etwas zu beeinflussen und demokratische Jugendmilieus auch für solche Jugendliche attraktiv zu machen, deren politische Orientierung noch nicht festgelegt ist.«⁽¹³⁾

Nicht-rechte, demokratische Gegenkultur erhält vielerorts kaum mehr Unterstützung und besitzt insbesondere in Ostdeutschland unzureichend funktionierende Strukturen. Wurde früher die Arbeit mit rechts-extrem-orientierten Jugendlichen mit dem gesetzlich verankerten Auftrag »jungen Menschen (...) die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote zur Verfügung zu stellen«⁽¹⁴⁾ legitimiert, muss inzwischen die gezielte Förderung nicht-rechter Jugendszenen so begründet werden. »Die Jugendarbeit wird ihrer gesetzlichen Verpflichtung nicht gerecht, wenn sie sich auf Angebote für solche Jugendliche beschränkt, die als Angehörige problematischer Cliques auffällig werden und »ganz normale«, sozial unauffällige Jugendliche faktisch ausgrenzt, ihnen Möglichkeiten der pädagogisch angeleiteten Freizeitgestaltung nimmt sowie ihnen solche des sozialen und politischen Lernens vorenthält. Unter den Sonderbedingungen der lokalen Stärke bzw. Dominanz rechter Jugendszenen ist insbesondere eine solche Jugendarbeit gefordert, die einzelne und Gruppen stärkt und unterstützt, die zur Aufrechterhaltung einer demokratischen Gegenöffentlichkeit beitragen.«⁽¹⁵⁾

Folgerungen für die Arbeit der MBR

Für die MBR heißt das, Jugendarbeit dabei zu beraten, grundsätzlich die konzeptionelle Ausrichtung von Einrichtungen zu überdenken. Dazu gehört die Vergewärtigung, welche Gruppen bisher die Einrichtung besucht haben und welche Gruppen die Aufmerksamkeit der BetreuerInnen bekommen haben. Meist stellen JugendarbeiterInnen dann fest, dass sie bislang fast ausschließlich täterorientiert gearbeitet haben, während nicht-rechte Gruppen, sofern es sie in der

Einrichtung gab, sich selbst überlassen wurden - sie machten ja keine Probleme. Mit einer neuen Prioritätensetzung, die auch diese Gruppen wahrnimmt und sie unterstützt, geht oft schon eine Klimaveränderung in der Einrichtung einher. Unterstützt werden kann diese Entwicklung durch eine Positionierung der Einrichtung auch nach außen, z.B. durch Transparente oder Graffiti am Jugendclub, das zur Verfügung-Stellen von Räumen für nicht-rechte Initiativen und Bündnisse des Ortsteils oder symbolische Aktionen, wie der öffentliche Hinweis, dass 5% aller Einnahmen den Opfern rechtsextremer Gewalt zugute kommen (so von einer Berliner Jugendeinrichtung sehr erfolgreich praktiziert).

Des Weiteren sollten Jugendeinrichtungen sich sowohl nach innen als auch nach außen wahrnehmbar parteilich mit Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt zeigen. Dazu gehört z.B. das Verweisen von Opfern an kompetente Stellen (z.B. Opferberatung »Reach Out«). Aber auch der Ausschluss rechtsextremer Jugendlicher aus Jugendeinrichtungen muss in Betracht gezogen werden, wenn ein menschenrechtliches und demokratisches Klima in der Einrichtung nicht mehr gegeben ist und potenzielle Opfer rechtsextremer Gewalt sich dort nicht mehr frei aufhalten, denken und fühlen können. Zwar sind auch die Bedürfnisse des rechtsextremen Jugendlichen ein hohes Gut - sie müssen aber in solchen Fällen aufgrund der Einschränkung und Bedrohung anderer nachstehen bzw. in geeigneten anderen Projektformen verwirklicht werden.

Vernetzung demokratischer Gegenkultur

Wie schon angedeutet, empfiehlt die MBR eine sinnvolle und handlungsfähige Vernetzung derjenigen, die etwas gegen Rechtsextremismus unternehmen wollen. Jugendeinrichtungen können aufgrund ihrer infrastrukturellen Voraussetzungen, aber auch aufgrund ihrer Bedeutung im Sozialraum in Bezug auf das Umfeld eine wichtige Rolle einnehmen. Hier sind fachliche Vernetzungen (z.B. zwischen verschiedenen Jugendeinrichtungen oder Jugendarbeit und Schule) ebenso wirkungsvoll, wie sozialräumliche Vernetzungen, die fachübergreifend funktionieren (z.B. Runde Tische, Vernetzung von Betroffenen rechtsextremer Gewalt).

Analytische Ableitungen für die Jugendarbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen

Neben der Vernachlässigung demokratischer Gegenkultur als Zielgruppe haben die vorliegenden Konzepte zur Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen eine unzureichende Analyse aktueller rechtsextremer Strategien und Strukturen gemein.

Nur wenn das konkrete Vorgehen der rechtsextremen Szene in einem Sozialraum bekannt ist, können darauf ausgerichtete Strategien entwickelt werden, die selbstverständlich auch eine Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen einschließen sollten. »Jugendso-

zialarbeit hat sich qua Auftrag mit problematischen Entwicklungen unter Jugendlichen und deren Erwachsenenwerden zu beschäftigen. Andere Menschen in ihrer körperlichen Unversehrtheit zu bedrohen, sie ihnen gar zu nehmen, ist unbestritten wohl einer der gravierendsten vorstellbaren ›problematischen Entwicklungen‹ überhaupt. Ergo kann das ›Ob?‹ der sozialen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen ernsthaft nicht in Frage gestellt werden. Dafür ist die Erörterung des ›Wie?‹ dieser Arbeit um so fundierter und ernsthafter zu führen.⁽¹⁶⁾

Um eine taugliche Analyse rechtsextremer Erscheinungsformen gewährleisten zu können, entwickelte der Rechtsextremismusexperte Wagner fachliche Anforderungen an JugendarbeiterInnen in Einrichtungen mit rechtsextrem-orientiertem Klientel:

- Fähigkeit zum Erkennen des Wesens der rechtsextrem-orientierten Gruppe
- Fähigkeit zum Erkennen der Rollen der einzelnen Gruppenmitglieder
- Kenntnisse über die Bewegungsförmigkeit und die Strategien rechtsextremer Gruppen allgemein, um die Informationen einzuordnen und bewerten zu können
- Kenntnisse über rechtsextremen Lifestyle, insbesondere Mode, Symbolik und Musik
- und daraus resultierend, Entwicklung von Kriterien, die Aufschluss über die Ziele der Kommunikation mit der rechtsextrem-orientierten Gruppe geben, damit Jugendarbeit nicht ungewollt rechtsextreme Strukturen fördert.⁽¹⁷⁾

Als Unterstützung stellt die MBR JugendsozialarbeiterInnen sozialräumliche Problemaufrisse zur Verfügung, bevor sie fachliche Strategien entwickeln. Zu erarbeitende Konzepte können dann jeweils die politische Situation im Sozialraum und in der Jugendeinrichtung berücksichtigen und sollten auch die Ressourcen und Kompetenzen der Sozialpädagogen mit einbeziehen.

Dieser Problemaufriss, eine situations- oder fallabhängige Sozialraumanalyse, erfolgt auf Nachfrage. Eine Jugendeinrichtung informiert z.B. das MBR nach einem rechtsextremen Vorfall oder nach der Beobachtung rechtsextremer Tendenzen.

Auch wenn es aufgrund unterschiedlicher Ausgangssituationen keine generell gültigen Analysen und daraus folgende geschlossene Konzepte gegen Rechtsextremismus geben kann, lassen sich angesichts allgemeiner Entwicklungen in Berlin Schlussfolgerungen für die Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen ziehen.

Analyse der rechtsextremen Szene und Konsequenzen für die Jugendarbeit

Verschiedene Rollen in rechtsextremen Cliques

Jugendliche sind ganz unterschiedlich eng an die rechtsextreme Szene gebunden. Manche fühlen sich »nur« von der Ästhetik der rechtsextremen Jugendkultur angezogen, weisen jedoch kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild auf. Andere haben umfassende rechtsextreme Schulungen bei NPD, Kameradschaften oder rechtsextremen Bildungsvereinen durchlaufen, sind ideologisch gefestigt und rhetorisch geschult und in formelle oder informelle Strukturen eingebunden. Solche Jugendliche gehen bewusst strategisch vor und haben meist eine Führungsrolle in ihrer Clique inne. Auch wenn sie ein sehr junges Alter aufweisen, muss bei solchen Jugendlichen von rechtsextremen Kadern gesprochen werden. Jugendarbeitskonzepte sollten diese Ausdifferenzierung der rechtsextremen Szene berücksichtigen und zielgruppenspezifisch vorgehen. Akzeptierende Jugendarbeit, die im Gegensatz dazu eine ehrliche, vielleicht sogar »unvoreingenommene« Diskussionsbereitschaft rechtsextremer Jugendlicher in jedem Falle voraussetzt, geht hier blauäugig vor.

Aber nicht nur besonders geschulte Jugendliche sind verständlicherweise bereit, dem Sozialarbeiter zu erzählen, was er hören will, wenn es sich für sie lohnt. Bleibt die Jugendarbeit bspw. bei der formalen Abgrenzung von szenetypischen Straftaten (Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) oder dem leerformelhaften Absingen von »Glaubensbekenntnissen« stehen, kann schnell trügerische Ruhe hergestellt werden, wenn es den rechtsextremen Jugendlichen vorwiegend um die Nutzung der Klub-Infrastruktur für die Verbreitung von rechter Musik oder zur Rekrutierung für ihre Kameradschaft geht.

Straffälligkeit ist ungenügend als Abgrenzungskriterium

Insbesondere im Bereich rechtsextremer Kader ist seit Jahren eine Vermeidung von Straffälligkeit zu beobachten. Rechtsextreme Übergriffe und Propagandadelikte kommen zwar zweifelsohne vor, nur werden diese meist vom rechtsextremen Umfeld, dem »Fußvolk«, verübt. Die »Verhaltensmaßregeln für nationale Schüler«, die auf der Internetseite der rechtsextremen Schülerzeitung »Sprachrohr« zu finden sind, bestätigen diese Tendenz: »Lasst Euch nicht zu kriminellen Aktionen hinreißen!« oder »Bei Diskussionen immer im legalen Bereich bleiben und nie ausfallend werden!«⁽¹⁸⁾ ist dort zu lesen. Demnach verfehlt Jugendarbeit ihr Ziel, wenn sie allein da Grenzen zieht, wo Straftaten begangen werden. Eine Strategie der Sanktionierung nach dem Motto »Verboten was verboten ist und den Rest nicht thematisieren« zielt ins Leere. Denn die rechtsextreme Strategie zielt nachweislich darauf ab, gleichermaßen eine Dominanz- und Gewaltkultur im jeweiligen Sozialraum zu eta-

blieren, bei diesem Vorgehen aber explizit Straftaten zu vermeiden. Stattdessen ist die Jugendarbeit herausgefordert, sich mit diesen aktuellen Entwicklungen rechtsextremer Strategien zu befassen und Bedingungen herzustellen, die die freie Entfaltung vielfältiger Jugendkulturen ermöglichen und einen spürbar gewaltfreien Sozialraum etablieren.

Die rechtsextreme Clique muss nicht geschützt werden

Vor diesem Hintergrund ist auch nicht zu verstehen, warum das Konzept der »Akzeptierenden Jugendarbeit« auf rechtsextreme Cliquen als wichtigste soziale Zusammenhänge setzt. Cliquen seien der Versuch der Jugendlichen, »sich in einer oft höchst unübersichtlich und verworren erscheinenden Welt eine Wirklichkeit anzueignen, in der sie sich ganz oft vereinzelt, ohnmächtig, ja unbeobachtet fühlen, und in der sie trotz all dieser Empfindungen versuchen, sich soziale Zusammenhänge selbst zu (re-)organisieren und sich als Subjekte in den Lebensverhältnissen bemerkbar zu machen, sich einzumischen und zu entfalten.«⁽¹⁹⁾ Deshalb »kann und darf man sie ihnen nicht nehmen wollen.«⁽²⁰⁾ Die Realität sieht anders aus: Rechtsextreme Cliquen sind fast immer stark hierarchisch und autoritär strukturiert. Vom Meinungsführer bis zum ausführenden, aber ideologisch (noch) nicht gefestigten Mitläufer weisen diese Gruppen ihren Mitgliedern ganz unterschiedliche Rollen und Bedeutungen zu. Nimmt Sozialarbeit dies hin und arbeitet mit ganzen Cliquen, wird sie einflusslos bleiben, da der »Gruppenführer« immer eine wichtigere und damit einflussreichere Position haben wird als der Sozialarbeiter.⁽²¹⁾

Zudem ist bei der Beratungstätigkeit immer wieder festzustellen, dass rechtsextreme Cliquen im Gegensatz zu anderen Jugendcliquen alters- und schulübergreifend strukturiert sind. Sie funktionieren somit eher sozialräumlich, sind also auch im Straßenbild präsent und ziehen ihre Nachfolger heran, da die Älteren bzw. Geschulteren die Jüngeren bzw. nicht gefestigten Gruppenmitglieder ideologisieren. Auch diese Analyse spricht dafür, eine Spaltung der Cliquen zu forcieren, anstatt an ihren Strukturen festzuhalten und so deren Weiterentwicklung ungewollt zu fördern. Der Grundsatz, selbstorganisierte Jugendgruppen nicht zu beeinflussen, muss unter diesen Bedingungen relativiert werden.

Keine Förderung von rechtsextremer Jugendkultur

In der Sozialarbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen wurden bisher häufig jugendkulturelle Phänomene, wie z. B. die Bedeutung von Musik für die rechtsextreme Szene unterschätzt. Zum Teil haben rechtsextreme Jugendliche mit Hilfe von Sozialarbeitern in den Einrichtungen Instrumente gelernt, Rechtsrock-Bands gegründet, in den Räumen der Einrichtungen geprobt und sich schließlich zu regional, manchmal auch überregional, einflussreichen Gruppen entwickelt. Berücksichtigt man zudem, dass Konzerte eben dieser Bands häufig einen niedrigschwelli-

gen Einstieg vieler Mitläufer in die rechtsextreme Szene darstellen, wird die Brisanz des sozialarbeiterischen Vorgehens deutlich.

Gegenstrategie: Das Konzept des »Szene-Splittings«

Aus dieser Analyse folgt, dass eine pädagogische Arbeit nicht mit einer geschlossenen rechtsextremen Szene erfolgen kann; sie wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt. Deshalb muss das Ziel in der Auflösung von rechtsextremen Szenen bestehen, die erst eine pädagogische Arbeit mit ideologisch nicht gefestigten Mitläufern möglich macht.

Die Trennung von den Kadern kann beispielsweise durch gezielte altersgemäße Angebote erfolgen, wenn die rechtsextremen Kader wesentlich älter sind als deren Umfeld. Mit einer dezidiert kinderorientierten Angebotspalette blieb schon mancher Kader freiwillig Jugendeinrichtungen fern. Auch nichtdeutsche jugendkulturelle Angebote (Hip Hop, Skateboarden, Breakdance) können dazu beitragen, die immer auch antiamerikanisch eingestellten Kader von den möglicherweise vom Angebot faszinierten Jugendlichen zu trennen. Wenn sich die Situation jedoch so darstellt wie in Berlin, dass rechtsextreme Gruppen sehr junge Kader aufweisen oder ehemals nicht-rechte Subkulturen, wie z. B. Hip Hopper oder Graffiti-Sprayer rechts dominiert sind, bleibt manchmal nur die Möglichkeit, mittels einer Hausordnung Hausverbote für rechtsextreme Kader durchzusetzen. Betont sei aber, dass restriktive Hausordnungen nur dann sinnvoll sind, wenn sie als eine Maßnahme begriffen werden, der sich regelmäßige Reflexionen über die Situation in der Einrichtung und Vereinbarungen von weiteren Handlungsweisen im Team der JugendarbeiterInnen anschließen.

Die Befürchtung, dass sich in Fällen gezielter Hausverbote die ganze Clique solidarisch zeigt und der Einrichtung fern bleibt, kann aus der MBR-Praxis nicht bestätigt werden. Oft ist die Bindung an die Einrichtung, welche für die Jugendlichen zu einem zweiten Zuhause geworden ist, größer, als die Bindung an den »Gruppenführer«. Das in der Einrichtung verbleibende kulturell-ideologische Umfeld sollte konsequent mit seinen rassistischen/rechtsextremen Äußerungen konfrontiert, rechtsextreme Musik und Symbolik sollte aus der Einrichtung verbannt werden – dies vor allem vor dem Hintergrund der Opferperspektive und dem Anspruch, dass die Einrichtung für nicht-rechte Jugendliche offen sein muss. Denn oft ist das Abspielen rechtsextremer Musik erfahrungsgemäß der Moment, mit dem nicht-rechte Jugendliche dem Jugendclub fern bleiben und gleichzeitig rechtsextrem orientierte Jugendliche die Einrichtung »erobern«.

Notwendige Rahmenbedingungen für die Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen

Eine wesentliche Kritik an der Übernahme des Konzeptes der Akzeptierenden Jugendarbeit nach Ost-

deutschland bestand in der Vernachlässigung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Statt eines demokratischen Grundklimas, wie bei den Bremer Modellprojekten, waren ostdeutsche Einrichtungen häufig mit einem rechtsextremen bzw. rassistischen Umfeld konfrontiert. Die Idee der »Reintegration« konnte nicht funktionieren, weil keiner besser integriert war als die rechtsextreme Zielgruppe selbst. Resultierend daraus muss festgestellt werden, »dass der Sinn und die Erfolgsaussichten jeweiliger pädagogischer und sozialarbeiterischer Interventionen nur unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen und lokalen Kontextbedingungen beurteilt werden können.«⁽²²⁾ Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus muss also immer auch das politische Klima im Einrichtungsumfeld im Blick haben, wenn die Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen nicht zu einer Stärkung der Szene führen soll. Zusammenfassend lassen sich nach dem Politologen Korgel folgende »allgemeine Grenzen« für die Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen formulieren. Sie ist dann erreicht,

- »wenn im Umfeld ein großer Teil der Erwachsenenwelt, oder vielleicht sogar die Mehrheit, rechtsextreme Auffassungen befürwortet. So erfahren Jugendliche im Zuge der Akzeptierenden Jugendarbeit eine Fortsetzung ihrer alltäglichen Anerkennungs- und Erfolgsbedingungen.
- solange finanzielle Ressourcen ausschließlich rechtsextrem orientierten Jugendlichen zur Verfügung stehen.
- wenn in der Kommune keine ausreichenden Alternativenangebote für anders denkende Jugendliche bestehen und so eine fast zwangsläufige Eingliederung von Kindern und Jugendlichen in die rechtsextreme Szene erfolgt.
- wenn Projekte mit rechtsextremen Jugendlichen zur Verdrängung von nicht-rechtsextremen Jugendlichen führen.
- wenn Jugendarbeit die einzige Maßnahme der Kommune gegen Rechtsextremismus sein soll und sie nicht in vernetzte Unterstützungsstrukturen eingebettet ist.
- wenn ein Jugendclub mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen einen strukturellen Vorteil für die kommunale rechtsextreme Szene ergibt.«⁽²³⁾

Zudem ist Jugendarbeit, wie jede pädagogisch-politische Intervention, vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Debatten zu betrachten. Scherr spricht in diesem Zusammenhang von einer »fundamentalen Paradoxie pädagogischer Interventionsstrategien«.⁽²⁴⁾ Jugendarbeit müsse gegen »kollektive Ängste, Vorurteile und Feindbilder« angehen, »die auch im demokratisch-politischen Diskurs immer wieder Rückhalt finden.« Sie ist also nicht in eine konsistente und stringente gesamtgesellschaftliche politische Strategie zur Zurückdrängung von Rassismus und Rechtsextremismus eingebettet, sondern wird stattdessen beauftragt, »unerwünschte Zuspitzungen und Radikalisierung von Varianten des Wohlstands- und Standortnationa-

lismus sowie von Ängsten Vorurteilen und Feindbildern zu verhindern, die durchaus als akzeptable Elemente demokratischer Positionen gelten.« Dies soll Jugendarbeit nicht davon abhalten, gegen rechtsextreme, rassistische und antisemitische Tendenzen im Rahmen ihres Arbeitsfeldes vorzugehen. Nur dürfen Gegenstrategien nicht auf dieses Feld begrenzt bleiben, sondern es bedarf auch einer staatlichen Politik, die sich zu antirassistischen Grundsätzen bekennt und dieses durchsetzt.

Zum Ende der Betrachtung fällt die andauernde begriffliche Diffusion und Unsicherheit in der Debatte um die Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen auf. Niemand will mehr für sich eine eigene Verortung vornehmen und selbst Kraftfeld wählt inzwischen den Begriff der »gerechtigkeitsorientierten Sozialarbeit«. Voraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen dieser Sozialarbeit bleiben auf diese Weise allerdings unklar. Besonders problematisch ist hierbei die anhaltende Ausblendung der soziokulturellen und sozialräumlichen Dimension. So wird in vielen Konzeptionen suggeriert, die Sozialarbeit mit rechtsextremen Cliquen könne isoliert betrachtet und durchgeführt werden. Rückwirkungen auf andere Jugendkulturen und potenzielle Opfergruppen werden nicht thematisiert und entsprechend in der Praxis der Jugendsozialarbeit wenig berücksichtigt. Aus der Perspektive einer demokratischen Zivilgesellschaft bedarf es unbedingt der Schließung dieser »kulturell-sozialräumlichen Lücke«, in den Konzepten zur Sozialarbeit mit rechtsextremen oder rechtsextrem orientierten Jugendlichen.

In den zurückliegenden Jahren sind die Opfer rechtsextremer Gewalt und die Probleme der potenziellen Opfergruppen zunehmend in den Fokus gesellschaftspolitischer Debatten gerückt. Deutlich wird indessen, dass rechtsextreme Gewalt Jugendliche besonders betrifft.⁽²⁵⁾ Die Debatten um Theorie und Praxis der sozialen Arbeit mit Jugendlichen haben hier noch erheblichen Nachholbedarf. Bis heute fehlt ein Ansatz zur sozialen Arbeit mit jugendlichen Opfern rechtsextremer Gewalt.

Anmerkungen

- (1) Krafeld, Franz Josef: Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Opladen 1996, Seite 16ff.
- (2) vgl. Rommelspacher Birgit: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin 1995.
- (3) Scherr, Albert: Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Grenzen von Jugendarbeit und Sozialarbeit. In: Widmann, Peter/Erb, Rainer/Benz, Wolfgang: Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg. Berlin 1999, Seite 119ff.
- (4) Buderus, Andreas: Die Götterdämmerung der Jugendsozialarbeit. Der akzeptierende Ansatz zwischen Allheilmittel und Beelzebub. In: Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Hamburg/Münster 2002, Seite 368.
- (5) Wagner, Bernd: Keine Akzeptanz von Intoleranz. Grenzen der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Bulletin, Schriftenreihe des ZDK, Berlin 1999, Seite 30.
- (6) ebd. Seite 28.
- (7) Norddeutsche Antifagruppen (Hg.): Rosen auf den Weg gestreut. Kritik an der »akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen«. Hamburg 1997.
- (8) Butterwegge, Christoph: Möglichkeiten und Grenzen sozialpädagogischer Intervention bzw. Gewaltprävention. Jugendarbeit zwischen Antifaschismus, Ausgrenzung und Akzeptanz. In: Mecklenburg, Jens: Was tun gegen rechts. Berlin 1999, Seite 109.
- (9) Krafeld, Franz Josef: Gerechtigkeitsorientierung als Alternative zur Attraktivität rechtsextremistischer Orientierungsmuster. In: Deutsche Jugend, Weinheim 2001, Heft 7-8, Seite 325.
- (10) ebd.
- (11) Hafenecker, Benno: Einspruch gegen das Verstehen um jeden Preis. Warum die (Sozial)-Pädagogisierung von Gewalt und Rechtsextremismus so problematisch ist. In: päd extra, Februar 1993, Seite 31.
- (12) Vgl. Seidel-Pielen, Eberhard: Eigentlich existiere ich nicht mehr. In: Die Zeit, Nr. 35 1995, Seite 62.
- (13) Scherr, Albert: Pädagogische Konzepte gegen Rechts - was hat sich bewährt, was ist umstritten, was sollte vermieden werden? In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland: Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen 2003, Seite 260.
- (14) KJHG, § 11.
- (15) Scherr, Albert: Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Grenzen von Jugendarbeit und Sozialarbeit. Seite 125.
- (16) Buderus, Andreas: Die Götterdämmerung der Jugendsozialarbeit. Der akzeptierende Ansatz zwischen Allheilmittel und Beelzebub. In: Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Hamburg/Münster 2002, Seite 371/72.
- (17) Wagner, Bernd: Zu Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit mit rechtsextrem orientierten jungen Leuten. In: Kalb, Peter E./Sitte, Karin/Petry, Christian: Rechtsextremistische Jugendliche - was tun? Weinheim und Basel 1999, Seite 124 f.
- (18) www.sprachrohr.de, eingesehen 18. Dezember 2001
- (19) Krafeld, Franz Josef: Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Opladen 1996, Seite 19.
- (20) ebd.
- (21) Vgl. Scherr, Albert: Pädagogische Konzepte gegen Rechts - was hat sich bewährt, was ist umstritten, was sollte vermieden werden? In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland: Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen 2003, Seite 258.
- (22) ebd., Seite 252.
- (23) Korgel, Lorenz: Über die Möglichkeiten und Grenzen in der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. In: IDA-NRW (Hg.): Info-Mappe. Jugendhilfe im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen. Teil III. Düsseldorf 2000, Seite 2.
- (24) Scherr, Albert: Pädagogische Konzepte gegen Rechts - was hat sich bewährt, was ist umstritten, was sollte vermieden werden? In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland: Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen 2003, Seite 254.
- (25) Vgl. Opferperspektive e.V.: Jahrbuch 2002. Potsdam 2003, Seite 26 ff. u. John, Dominique: Beraten, informieren, intervenieren. Die Arbeit der Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalttaten in den neuen Bundesländern. Berlin 2003. Seite 21.

Jugendkulturen – Handlungsfeld oder Querschnittsaufgabe Mobiler Beratung?

Mathias Wörsching

Ob »Rock gegen rechts« oder »Brother Keepers« – popkulturelle, auf Jugendliche zugeschnittene Events sind in den vergangenen Jahren wiederholt als Gegenmittel zur rechtsextremen Jugendkultur verabreicht worden. Auch wenn wie im Falle der afrodeutschen Musikgruppe »Brother Keepers« durchaus positive Resultate zu verzeichnen waren, gab es immer wieder Stimmen, die solche Pop-Events als rein symbolische und oberflächliche, dem Problem des Rechtsextremismus unangemessene Effekthascherei verurteilten.

Sind nicht-rechte Jugendkulturen also ein lohnendes Handlungsfeld für die Mobile Beratung? Jugendkulturen werden im folgenden Essay als Phänomene verstanden, die hauptsächlich von Jugendlichen und jungen Erwachsenen betrieben, konsumiert und gelebt werden. Die Differenz zum kulturellen Mainstream, das Besondere der jeweiligen Jugendkultur, ergibt sich aus einer Negation einiger oder vieler konventioneller Normen und Gepflogenheiten, an deren Stelle alternative Praxen treten, die häufig als Erkennungszeichen, also als kulturelle Codes, für die Szeneangehörigen fungieren. Die wichtigsten derartigen Praxen sind der Konsum oder auch die eigene Produktion eines bestimmten Stils von Popmusik, eine spezielle Mode und charakteristische Accessoires.

Oft unterliegen Jugendkulturen und ihre AnhängerInnen Vorurteilen und Ausgrenzungen von Seiten der Mehrheitsgesellschaft. Eine Bühne für Konflikte, die sich daraus ergeben, ist häufig das Elternhaus, wobei die Zugehörigkeit zu einer Jugendkultur den Heranwachsenden oftmals dazu dient, sich von den Eltern abzunabeln.

Meist schaffen Jugendkulturen soziale Räume, in denen der Konsum legaler und illegaler Drogen ermöglicht, praktiziert und kultiviert wird. Von sehr vielen Jugendkulturen geht Gruppengewalt aus; sie definieren sich auch teilweise darüber. Des Weiteren dienen jugendkulturelle Cliques als Kontaktbörsen für freundschaftliche und sexuelle Beziehungen wie auch als Fluchtraum aus Zwangsgemeinschaften wie Schule, Ausbildungsbetrieb und Familie. Sie reproduzieren sich durch persönliche Bekanntschaften und Massenmedien, wobei keine oder kaum formalisierte bzw. institutionalisierte Strukturen bzw. Organisationsformen vorliegen.

Jeder Versuch »Jugendkulturen« altersmäßig zu umreißen, kämpft mit dem Phänomen, dass Lebensstile, die einst Jugendkultur waren – wie z. B. Rock n' Roll oder Hard Rock – heute sowohl von Teenagern als auch von älteren Erwachsenen getragen werden. Dennoch erscheint es legitim, den Begriff beizubehalten: Ist doch das Auftreten von Jugendkulturen ursächlich

verknüpft mit der sozioökonomischen Konstruktion einer massenhaften und vor allem massenhaft konsumfähigen gesellschaftlichen Gruppe, eben der »Jugend«, wie sie sich Anfang des 20. Jahrhunderts in den Industriegesellschaften Nordamerikas sowie West- und Mitteleuropas herausbildete und nach dem Zweiten Weltkrieg ausdifferenzierte. In früheren Jahrhunderten war das Phänomen einer besonderen Altersphase zwischen Kindheit und Erwachsen-Sein mit signifikanten Lebens- und Äußerungsformen kaum anzutreffen. Insofern der sozioökonomische Entstehungszusammenhang bis heute in Kraft ist, ja von einem globalisierten und sich in jeder Generation reproduzierenden Phänomen gesprochen werden kann, ist der Begriff »Jugendkultur« nach wie vor geeignet, auf die Existenzbedingungen des Gemeinten – die moderne soziale Formation »Jugend« mit ihren spezifischen Merkmalen – zu verweisen.

Jugendkulturen und das Engagement ihres Anhangs gegen Rechtsextremismus

Um es gleich vorwegzunehmen: Es gibt keine per se demokratische und implizit oder explizit gegen Rechtsextremismus gerichtete Jugendkultur. Vielmehr repräsentieren Jugendkulturen, so wie sie hier definiert sind, weder politisch-ideologisch oder auch nur schichtensoziologisch bzw. milieutheoretisch abgrenzbare Gruppen, sondern auf höchst unverbindlichen und oberflächlichen Gemeinsamkeiten beruhende »vorgestellte Gemeinschaften«. ⁽¹⁾ Somit repräsentieren Jugendkulturen wie viele andere soziale Großgruppen den viel zitierten »Durchschnitt der Gesellschaft« – und das ungeachtet der für Jugendkulturen charakteristischen kulturellen Praxen, die zunächst politisch indifferent sind. Daher finden sich zahlreiche Versatzstücke rechtsextremer Ideologien auch in den meisten Jugendkulturen, umso mehr wenn jene zum mentalen Standardrepertoire weiter Teile der deutschen Gesellschaft gehören, wie es laut vielen soziologischen Untersuchungen bei sexistischem, nationalistischem, rassistischem und antisemitischem Gedankengut der Fall ist.

Diesem Befund entspricht die kulturelle und auch ideologische Ausdifferenzierung des deutschen Rechtsextremismus in den letzten Jahren. ⁽²⁾ Diese hat dafür gesorgt, dass mittlerweile in nahezu jeder Jugendkultur mehr oder weniger koordinierte und umfangreiche Anstrengungen unternommen werden, rechtsextreme Ideologeme popkulturell verbrämt zu propagieren. Relativ bekannt sind die Versuche, einen »weißen« HipHop zu installieren sowie die rechtsextremen Tendenzen im Techno-Bereich, die sich an »Künstlernamen« wie »DJ Adolf« erkennen lassen und im Fan-Anhang des Techno-Stils »Gabba« besonders ausgeprägt sind.

Ohnehin gibt es aller Erfahrung nach keinerlei direkte Zusammenhänge zwischen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Jugendkultur und der Bereitschaft zum demokratischen Engagement gegen Rechtsextremis-

mus, Rassismus und Antisemitismus. Ausschlaggebend für das Zugehörigkeitsgefühl scheint vielmehr immer der Lifestyle bzw. das lebensweltliche »Angebot« einer gegebenen Jugendkultur zu sein.

Eventuellem politischen Denken bzw. Engagement von Angehörigen einer Jugendkultur liegen hingegen regelmäßig Impulse zugrunde, die nicht direkt mit der jeweiligen Jugendkultur zu tun haben: So zum Beispiel die konkrete Bedrohung durch Rechtsextremisten, die nicht etwa Folge einer realen Gegnerschaft der betreffenden Jugendkultur zum Rechtsextremismus ist, sondern umgekehrt mit der ideologischen Binnenstruktur des Rechtsextremismus selbst zu tun hat. Mit anderen Worten: Ein Punker oder HipHopper mag genauso rechtsextrem wie ein Neonazi sein, er kann – nicht muss! – dennoch aufgrund seiner »undeutschen« Jugendkultur zur Zielscheibe des Hasses werden.

Auch andere Faktoren tragen abseits der jugendkulturellen Zugehörigkeit zu politischem Engagement bei, etwa persönliche Kontakte zu Menschen mit entsprechender Meinung und Überzeugungskraft. Den praktischen Erfahrungen der MBR zufolge hat das Klischee des Mainstreams, wonach bestimmte Jugendkulturen eher links – wie die der Punks – oder eher rechts – wie die der Skinheads – seien, nichts mit der Wirklichkeit zu tun.

Jugendkulturen und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Jugendkulturen im hier gegebenen Sinn stellen als Ganzes weder Akteure in der politischen Arena noch Klienten Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus dar. Mit nur sehr wenig oder keinen organisierten Strukturen ausgestattet, können sie weder politisch handeln noch politisch beraten werden. Mobile Beratung arbeitet mit klarer abgrenzbaren Akteuren wie Schulen, Jugendeinrichtungen oder kommunalen Institutionen zusammen.

Allerdings sind, wie oben dargestellt, zwar alle Jugendkulturen offen für diverse ideologische Fragmente des Rechtsextremismus, manche von ihnen lassen sich jedoch nur schwer mit rechtsextremen Ideologieförmlichkeiten vereinbaren, wenn diese als ausgearbeitete Theorien mit gesellschaftlich-totalem Anspruch daherkommen. Der reibungslosen Anpassung an die kollektivistische, totalitäre, homogene Denkwelt des Rechtsextremismus steht oft ein ausgeprägter Individualismus und Hedonismus entgegen, der viele Jugendkulturen ausmacht. Der ausgedehnte, vielfach mit besonderer symbolischer Bedeutung aufgeladene Drogenkonsum innerhalb der meisten Jugendkulturen verträgt sich ebenso wenig mit dem auf »deutsche Sekundärtugenden« erpichten Weltbild gefestigter und organisierter Rechtsextremer wie das »Rassenproblem«: Zahlreiche besonders zugkräftige Stile der Popmusik werden maßgeblich von KünstlerInnen mit amerikanischer oder afrikanischer Herkunft geprägt. Beispiele hierfür sind Ska/Rocksteady (die klassische

Skinhead-Musik!), HipHop, Funk, Soul und Reggae/Dancehall.

Wegen solcher »Unvereinbarkeiten« werden die AnhängerInnen diverser Jugendkulturen zu Zielen rechtsextremer Beschimpfungen, Bedrohungen und Übergriffe. Dabei differiert das Ausmaß der Gefährdung, je nach Örtlichkeit und Zeitpunkt.⁽³⁾ Als Reaktion bilden sich bei den Opfergruppen hin und wieder mehr oder minder diffuse Positionierungen heraus. Besonders deutlich ist dies im Punk/Hardcore-Bereich, in Jugendkulturen, die Musikstile jamaikanischen Ursprungs bevorzugen (Ska, Rocksteady, Reggae, Dancehall), im HipHop und bei bestimmten Varianten der elektronischen Tanzmusik bzw. des Techno (Drum & Bass, House, Goa und andere) sowie bei den »Hippies«.

Jugendkulturelle Events und Veranstaltungen

Treten in einem Sozialraum gehäuft rechtsextreme Übergriffe gegen Angehörige bestimmter Jugendkulturen auf und wenden sich Betroffene an die MBR, so entsteht als erste Idee meist das Projekt eines Events, beispielsweise eines Konzertes oder eines Straßenfestes, das sich gegen rechtsextreme Dominanz richtet. Bei aller berechtigten Kritik an fehlender Nachhaltigkeit von hauptsächlich symbolischen und singulären Aktionen: Als Startschuss, politisches Signal und als EIN Bestandteil einer durchdachten demokratiefördernden Strategie funktionieren solche Projekte mitunter ausgezeichnet.

Das vom Event angezogene Klientel, von dem häufig ein Großteil persönliche Erfahrungen mit rechtsextremen Bedrohungen und Übergriffen hat, sieht, – manchmal zum ersten Mal – dass es eine Menge Leute gibt, die ähnliche Probleme haben. Das Gefühl ohnmächtigen Alleinseins schwindet; an seine Stelle tritt – zumindest kurzzeitig – eins der gemeinsamen Stärke. Popkulturelle, explizit gegen Rechtsextremismus ge-



»Parcmusic« im Prenzlauer Berg, 1. September 2003: Jugendliche des Jugendzentrums »Dimi 81« und die Pankower Netzwerkstelle »Moskito« positionieren sich gegen rechtsextreme Tendenzen in einer Neubausiedlung.

Bild: MBR

richtete und für offene Rechtsextremisten unzugängliche Events können dem Publikum ein motivierendes Vorgefühl vermitteln, wie ihr Sozialraum ohne rechts-extreme Gefährdungen aussehen könnte. Diese sehr schwer messbaren Effekte können dazu beitragen, dass Jugendliche selbstbewusster mit rechtsextremen Belästigungen umgehen und dass sie Mut fassen, sich demokratisch zu engagieren.

Popkulturelle Events werden häufig unter der Schirmherrschaft oder mit öffentlichkeitswirksamer Unterstützung durch prominente PolitikerInnen, Intellektuelle und KünstlerInnen sowie einflussreiche lokale PolitikerInnen und BeamtenInnen durchgeführt. Ihnen erschließt sich hier eine Bühne für Solidarisierung, politische Intervention und auch für Selbstdarstellung bzw. Eigenwerbung. Durch ein solches Engagement von MeinungsführerInnen kann ein lokales gesellschaftliches Klima so verändert werden, dass es sich zunehmend gegen Rechtsextremismus richtet. Dies wiederum kann eine gesteigerte Bereitschaft zur Zivilcourage, vermehrte Anzeigen rechtsextremer Aktivitäten bei der Polizei oder eine erhöhte öffentlich-mediale Aufmerksamkeit bezüglich des Themenkomplexes »Rechtsextremismus« bewirken. Das Engagement sozialer Eliten für Betroffene des Rechtsextremismus aus bestimmten Jugendkulturen bedarf allerdings keiner Massen-Events: Durch Interviews, offene Briefe, Empfänge, Gesprächsrunden und Spenden lässt es sich ebenfalls betreiben.

Nicht zu vergessen sind die wesentlichen Akteure von Jugendkulturen und Pop-Events: die Stars und Sternchen. Was sie von anderen Prominenten abhebt, ist ihr manchmal enormer diskursiver Einfluss auf die im Zusammenhang mit Jugendkulturen relevante Zielgruppe. Ein wichtiger Aspekt mobiler Beratung besteht nun darin, den betroffenen Jugendlichen, die ihr Angebot nachgefragt haben, die entsprechenden Kontakte zu politischer und kultureller Prominenz zu verschaffen und eventuelle Gräben der Hierarchie, des Vorurteils, kultureller Differenz oder gegenseitiger Missverständnisse überbrücken zu helfen.

Die Funktionsweisen solcher jugendkultureller Maßnahmen können wie folgt zusammengefasst werden: Sie sind flankierende Maßnahmen bei der Stärkung nicht-rechter Jugendgruppen und -kulturen durch Vermehrung ihrer Präsenz und Akzeptanz, bei der Sensibilisierung der Gesellschaft gegenüber dem Problem des Rechtsextremismus sowie beim Aufbau gesellschaftlich-politischer Netzwerke, die den Opfern Schutz und dem demokratischen Engagement Schubkraft geben sollen.

Jugendkulturelle Angebote in Jugendeinrichtungen und Schulen

Bei der Beratung von Jugendeinrichtungen, aber auch von Schulen, kann eine andere Wirkungsweise jugendkultureller Maßnahmen beobachtet werden: Oft sollen kulturelle Angebote rechtsextrem-orientierte



Unter dem Titel »Livin 'n concrete – Leben im Beton« finden in Berlin-Hohenschönhausen halbjährlich Events von und für nicht-rechte Jugendkulturen statt. Hintergrund ist die Präsenz eines rechtsextrem-beeinflussten Lifestyles sowie wiederholte Bedrohungen und Übergriffe auf MigrantInnen, Behinderte, Punks, Skater und andere. »Livin'n concrete« wird organisiert durch UAB und die Jugendinitiative TWA (»thoughts-words-action!«), unterstützt durch die MBR.

Bild: MBR

Jugendliche von ihrem Gedankengut und dem damit korrespondierenden Lifestyle abbringen, indem ihnen eine alternative Gruppenzugehörigkeit und ideelle Ausrichtung nahe gelegt wird. Dies verfängt vor allem bei ideologisch wenig gefestigten Jugendlichen, die mit ihrem rechtsextremen Umfeld aus welchem Gründen auch immer unzufrieden sind und/oder noch nie die Chance hatten, andere Lebenswelten auch nur kennen zu lernen.

In der Regel jedoch greifen von der MBR beratene Jugendeinrichtungen bzw. Schulen auf jugendkulturelle

Angebote zurück, um die Zusammensetzung ihres Publikums zu verändern: Nicht-rechtsextrem-orientierte bzw. gegen Rechtsextremismus engagierte Jugendliche sollen angezogen werden. Rechtsextrem-orientierte Jugendliche, welche andere Lifestyles bedingungslos ablehnen, werden vor die Wahl gestellt, einen Kompromiss einzugehen oder die Einrichtung zu verlassen. Neben Konzerten mit bekannten nicht-rechten Bands scheinen bei Jugendsozialarbeitern und Pädagogen Angebote aus dem Umkreis der HipHop-Jugendkultur besonders beliebt zu sein – was an deren Attraktivität für sonst sehr schwer erreichbare Jugendliche liegen kann. Vor allem jedoch kommen viele Kulturtechniken des HipHop (z. B. Graffiti, Rap, Skateboarding, Breakdance, Beatboxing, Djing, Scratching) mit relativ erschwinglichen technischen Gerätschaften aus und stellen auch an die räumlichen Gegebenheiten wenig Ansprüche. Zudem lassen sie sich aufgliedern und leicht im Workshop-Format präsentieren, also gut in die Routine einer Jugendfreizeiteinrichtung einbauen.

Jugendgruppen und Jugendinitiativen

Neben der Beratung von Jugendsozialarbeitern und Pädagogen erlangen Jugendkulturen auch in der Beratung von Jugendinitiativen und anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen gegen Rechtsextremismus gesteigerte Aufmerksamkeit. Sehr häufig entwickeln die Mobile Beratung und ihre Klienten gemeinsam Ideen von jugendkulturellen Events mit ganz unterschiedlicher Intention. So können Konzerte, Partys, Straßenfeste und Festivals beabsichtigen, punktuell und kurzfristig die rechte Dominanz in einem Sozialraum zu brechen und den Opfergruppen den Rücken zu stärken. Sie dienen auch als Signale und »Aufhänger«, um politische Inhalte in die lokale Bevölkerung und die Medienlandschaft zu vermitteln. Oft genug spielen jugendkulturelle Benefizveranstaltungen zudem eine unersetzliche Rolle bei der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten.

Vor allem jedoch versammeln jugendkulturell attraktive, explizit gegen Rechtsextremismus gerichtete Events ein Publikum, das einen vergleichsweise hohen Anteil von jungen Menschen enthält, die demokratischen Argumentationen und Aktivitäten gegenüber aufgeschlossen sind. Diese Personen können durch Verteilung und Auslegung von Informationsmaterial, durch Filme, Jingles, Moderationen, Ansagen der KünstlerInnen, Aushänge u. v. m. an weitere Aktivitäten, Projekte und Inhalte verwiesen werden. Es gab und gibt auch einige gelungene Versuche, Festivitäten mit inhaltlichen, aufklärenden Angeboten wie Informationsveranstaltungen und Ausstellungen zu verbinden.⁽⁴⁾ Die Wirksamkeit dieser Versuche ist schwer zu beurteilen, zweifellos trägt es jedoch zur nachhaltigen Stärkung von Demokratie bei, wenn Jugendliche bei solchen Gelegenheiten Wissen und Argumente aufnehmen, die zu reflektierterem und überzeugenderem

politischen Agieren befähigen. Oft gelingt es gerade in solchem Rahmen, z. B. durch zirkulierende Telefonnummern- oder Email-Adressen-Listen, InteressentInnen zu erreichen, an die dann später Newsletter oder neue Veranstaltungshinweise verschickt werden.

Eine weiteres Potenzial solcher Aktivitäten im jugendkulturellen Bereich liegt in der Binnenwirkung auf das lebensweltliche Umfeld der Mitwirkenden. Organisiert zum Beispiel eine Jugendinitiative – gegebenenfalls durch die Mobile Beratung professionalisiert – eine erfolgreiche, auch jugendkulturell-ästhetisch ansprechende Veranstaltung, so strahlt dies auf die organisierende Gruppe stark ab – sie und ihre Mitglieder erscheinen plötzlich selbst als erfolgreich und ästhetisch.⁽⁵⁾ Folglich nimmt die Anziehungskraft auf InteressentInnen zu und die Gegenkräfte zu rechtsextremen Cliquenzusammenhängen und ihrem Lebensstil können wachsen.

Die Stärke jugendkultureller Maßnahmen, als »Türöffner« zu Jugendgruppen und Jugendmilieus dienen zu können, ist auch gleichzeitig ihre Schwäche: Oft genug bleiben jugendkulturelle Events beschränkt auf die jeweilige Jugendkultur. Es müssen also noch andere Wege gefunden werden, um Jugendliche zu kontaktieren und möglichst große Teile der Bevölkerung und des Gemeinwesens in demokratiefördernde Prozesse einzubeziehen. Einmal mehr wird hier deutlich, dass jugendkulturelle Maßnahmen nur ein, wenn auch nicht unwichtigen, Bestandteil von Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sein können.

Die Stigmatisierung der Jugendkulturen und ihre rebellischen und nonkonformistischen Attitüden führen oft zu Konflikten mit lokalen Autoritäten wie Verwaltung und Polizei und mit älteren Bürgern – besonders im Umfeld von Großveranstaltungen. Hier ist die Mobile Beratung herausgefordert, vermittelnd und moderierend tätig zu werden. Oft werden kulturelle Veranstaltungen auch zur Zielscheibe rechtsextremer Attacken, so dass der Mobilen Beratung unter Umständen die Aufgabe zukommt, eine tragfähige Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei in die Wege zu leiten.

Der Stellenwert von Jugendkulturen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – Ausblicke

Die beschriebenen Möglichkeiten bzw. Verlaufsformen, mit denen Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Bereich der Jugendkulturen zu tun hat, lassen nur einen Schluss zu: »Kulturpolitik« dieser Art bedarf keiner flankierenden Maßnahmen, sie ist selbst nur flankierend. Jugendkulturelle Events wie auch das längerfristige »Fördern von Gegenkulturen« entwickeln für sich genommen keinen politischen Effekt.

Entweder sie verpuffen völlig folgenlos – oder die geförderte Jugendkultur lebt ihre Identität einfach weiter selbstgenügsam aus.⁽⁶⁾ Entweder wird der Sprung von diffusum »Fan-tum« zu organisatorischen Strukturen, gemeinsamer Willensbildung und öffentlicher politischer Aktion geschafft, oder die politischen und finanziellen Mühen waren umsonst. Noch einmal: von einer gegebenen Jugendkultur führt kein direkter Weg zu einem politischen Engagement gegen Rechtsextremismus.

Dies heißt jedoch nicht, dass Jugendkulturen ein zu vernachlässigendes Feld wären. Es wurde gezeigt, welch enormes Potenzial hier liegen kann, wenn zielbewusste, einigermaßen strukturierte Akteure diese Möglichkeiten strategisch und politisch nutzen. Der instrumentelle Charakter ist jedoch zu deutlich, als dass man »Jugendkulturen« als eigenständiges »Handlungsfeld Mobiler Beratung« solchen Bereichen wie Schule, Jugendinitiativen oder Jugendfreizeiteinrichtungen zur Seite stellen könnte. Allerdings hat sich gezeigt, dass jugendkulturelle Aspekte in viele dieser Handlungsfelder hineinreichen und wichtige Bestandteile politischer Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus darstellen können. Somit kann die Arbeit mit und in Jugendkulturen als eine Querschnittsaufgabe Mobiler Beratung bezeichnet werden.

Trotz dieser Einschränkungen soll hier abschließend dafür plädiert werden, Mobile Beratung zu befähigen, konzentrierter und konzeptioneller in verschiedenen Jugendkulturen zu agieren. Dazu mahnen vor allem die intensiven und erfolgreichen Bemühungen rechtsextremer Organisationen und Personen, sich in Jugendkulturen neue Rekrutierungspotenziale zu erschließen. Für die nachfrageorientierte Mobile Beratung ist zudem zentral, dass es Jugendgruppen und -initiativen gibt, die sich der rechtsextremen Vereinnahmung ihrer Jugendkulturen entgegenstellen wollen und entsprechend an die MBR herantreten.

Beispiele jugendkultureller Initiativen

Die im Folgenden vorgestellten jugendkulturellen Initiativen geben nicht nur mehr oder weniger erfolgreiche Beispiele für politische Handlungsmöglichkeiten. Sie sind auch ein Fingerzeig darauf, wie die Mobile Beratung in einem etwaigen Handlungsfeld ansetzen könnte und welche bereits vorhandenen Initiativen angesprochen und unterstützt werden könnten.

»Cable Street Beat Berlin« –
Skinheads & Ska against Racism & Right Wing Extremism.
<http://www.csb-berlin.com>

Zwar ist nicht ersichtlich, wann sich diese Initiative gründete, aber sonst wird man nicht im Zweifel gelassen, worum es geht: »antifaschistische Kulturarbeit«. In der Londoner Cable Street fand in den 1930er Jahren eine Straßenschlacht zwischen den jüdisch-prole-

tarischen EinwohnerInnen und aufmarschierenden britischen Faschisten statt, welche Erstere für sich entscheiden konnten.

»Cable Street Beat« grenzt sich eindeutig von allen Formen des Rechtsextremismus ab. Als einzige der hier vorgestellten Initiativen positioniert sich »Cable Street Beat« auch gegen Sexismus und Machismus. Sexismus und repressive Geschlechtermodelle bilden nicht nur einen konstitutiven Bestandteil rechtsextremer Ideologie, sondern auch einen mit der menschenrechtlichen Demokratie unvereinbaren. Sie sind in Jugendkulturen wie in der Mehrheitsgesellschaft trotzdem höchst relevante Problemkomplexe. Dies lässt »CSB-Berlin« als den politisch fundiertesten der hier aufgelisteten Versuche erscheinen, in Jugendkulturen gegen Rechtsextremismus zu intervenieren.

»Grufties gegen Rechts« –
antifaschistisches Engagement in der »Schwarzen Szene«.
www.geister-bremen.de/

Die 1998 in Bremen gegründete Initiative hat sich zwar mittlerweile wieder aufgelöst. Ableger arbeiteten und arbeiten jedoch auch in Berlin, Rostock, Kassel und anderen Städten. Auf der Homepage berichten die InitiatorInnen von ihren sehr vielfältigen Aktivitäten gegen die besonders im letzten Jahrzehnt im Dark Wave-, Gothic- und Black- sowie Death Metal-Bereich intensivierten rechtsextremen Rekrutierungs- und Infiltrationsbemühungen. Zum Repertoire gehörten Broschüren, Flugblätter, Informationsstände und -veranstaltungen, Vorträge, Parties, Konzerte u. v. m.. Leider findet sich auf der Homepage der Gruppe keine Erklärung für ihre Auflösung.

»No historical Backspin« –
Techno-DJs und ihre Politik ohne Worte.
<http://www.nobackspin.de>

Der im Zuge des »Aufstands der Anständigen« (im Jahr 2000) entstandene Zusammenschluss von Techno-DJs und -DJanes organisiert Non-Profit-Parties, auf denen bereits ca. 100 Techno-KünstlerInnen auftraten. Mit Hilfe des Labels, Aufklebern, Pins und Flyern wird versucht, das Publikum für die Problematik von Rechtsextremismus und Rassismus zu sensibilisieren. Die Erlöse der Parties werden an die Amadeu Antonio Stiftung gespendet (bisher mindestens 45.000 €). Die InitiatorInnen richten ihre politischen Appelle weniger an organisierte bzw. gefestigte Rechtsextreme, sondern an das diffuse Spektrum der Rechtsextrem-Orientierten (»Mitläufer« in der Sprache des mitwirkenden DJ Doorkeeper).

Die SprecherInnen von »No Backspin« verwahren sich gegen pauschale Verdächtigungen, nach denen die Techno-Szene ein Tummelplatz für Rechtsextremisten sei, sehen in ihr aber gleichzeitig – vor allem in den neuen Bundesländern – einen hohen Anteil rechtsextrem orientierter Jugendlicher. In einem Interview auf der Homepage der Initiative wird in Westdeutschland das mangelnde Problembewusstsein der Club-BetreiberInnen als besonders schockierend empfunden,

während in Ostdeutschland einige Techno-Lokale sich aus Angst vor Einbrüchen der BesucherInnen-Zahlen und/oder rechtsextremen Übergriffen der Initiative verschlossen. Ein zusätzliches Motiv der Leute von »No historical Backspin« scheint zu sein, dem in der Öffentlichkeit vorherrschenden Bild der Techno-Jugendkultur als ausschließlich an Spaß und Drogen interessiertem Haufen von Individualisten und Hedonisten ein Beispiel gesellschaftlich-politischen Engagements entgegenzuhalten.

»Good Night white Pride« –
Streitbare Positionierung in der Hardcore-Szene.
<http://www.good-night.de.lv/>

Diese Initiative aus dem Bereich der Hardcore-Musik, die aus dem Punk-Rock entstanden ist, gibt sich plakativ militant und anarchistisch. Auf der Homepage sind Gründungszeit und -ort nicht ersichtlich. Die Kampagne scheint bei Weitem nicht so intensive Aktivitäten entfaltet zu haben wie die »Grufties gegen Rechts« oder die Leute von »Cable Street Beat« und in wenig mehr als der Homepage und ihren Angeboten zum Downloaden zu bestehen, mit denen sich dann alle, die es wünschen, in den Rahmen dieser Kampagne stellen können. Des Weiteren wird auf antifaschistische Veranstaltungen mit einem Bezug zur Hardcore-Szene verwiesen.

Anmerkungen:

- (1) Der von Benedict Anderson in Bezug auf die modernen Nationen geprägte Begriff »imagined communities« wird hier verwendet, um auf das lediglich symbolische und identitäre Wesen des Zusammengehörigkeitsgefühls innerhalb von Jugendkulturen zu verweisen, das auf keinerlei objektiver Interessengemeinschaft oder geteilten Lebenswelten bzw. gemeinsamen Überzeugungen beruhen muss, um als massenkulturelles Phänomen wirksam zu werden. Hierin besteht eine Analogie zwischen jugendkulturellen und nationalistischen »corporate identities«.
- (2) Siehe den Beitrag »Autonomes Outfit und bürgernahe Inhalte« in diesem Bulletin.
- (3) Rechtsextreme Aversionen gegen Punks und nonkonforme Jugendliche (»Zecken«) wie auch gegen HipHopper und Reggae-Fans bzw. Rastafarians (»Affen«) sind eher bekannt, als die Attacken gegen Techno-Fans, die aus der brandenburgischen Provinz berichtet werden. Ein besonders krasses Beispiel ist die Tötung von Marinus Schöberl im brandenburgischen Potzlow, zu dessen Motivation keine politischen Differenzen, aber unter anderem auch die für HipHopper typischen, weiten »baggy pants« des Opfers beitrugen. Er wurde daraufhin als »undeutsch« und als »Jude« bezeichnet, zum Feind deklariert und von drei rechtsextrem-orientierten Jugendlichen durch »Bordstein-Beißer«, dem ein brutaler Tritt auf den Hinterkopf folgte, umgebracht.
- (4) Wie beim »!Nu pagadi! – Festival gegen Rassismus« in Berlin-Weißensee (23.-25.08.2002). Vgl. den entsprechenden Beitrag in diesem Bulletin.
- (5) »Erfolgreich« und »ästhetisch« ließen sich auch mit »cool« und »in« übersetzen.
- (6) Siehe oben in diesem Artikel die zugrunde gelegte soziologische Auffassung des Wesens von Jugendkulturen, aus dem die prinzipielle politische Indifferenz resultiert.

Mobile Beratung von Jugendinitiativen »gegen rechts«

Mathias Wörsching

Was sind »Jugendinitiativen«?

Ein wichtiger und besonders aufregender Bestandteil der Arbeit der MBR ist die Beratung und Begleitung von Jugendinitiativen, die in ihren lokalen Umfeldern gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aktiv sind bzw. es erst werden wollen. Doch was kann im Arbeitszusammenhang der Mobilien Beratung überhaupt als »Jugendinitiative« gelten?

In der Fallarbeit begegnen der MBR meist Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich zahlenmäßig zwischen fünf und zwanzig Mitgliedern bewegen und eine hohe personelle Fluktuation aufweisen. Diese Gruppen sind sowohl in ihren Außenbeziehungen wie ihren Binnenstrukturen wenig formalisiert und institutionalisiert und zeichnen sich durch hohe Partizipativität und flache Hierarchien aus. Die Mitglieder, oder treffender: Mitwirkenden, arbeiten ehrenamtlich in der Freizeit, die ihnen nach Schule, Ausbildung oder Studium noch bleibt. Es versteht sich von selbst, dass geringe zeitliche, finanzielle, materielle und personelle Ressourcen als durchgängiges Merkmal solcher Jugendinitiativen gelten können.

Sehr häufig stellen Jugendinitiativen dieser Art keine reinen Zweckgemeinschaften dar, sondern sind aus sozialen Kontakten heraus sozusagen »organisch« entstanden. Die Leute kennen sich aus der Schule, dem Wohnviertel, oder aus einer jugendkulturellen Szene. Mitunter können die Grenzen zwischen sozialen Zusammenhängen vom Typus »Clique« und zielorientierten politischen Zusammenschlüssen verschwimmen.

Warum Jugendinitiativen beraten?

Anders als Kommunen oder Schulen sind Jugendinitiativen oft weder strukturell noch politisch in die Mehrheitsgesellschaft integriert. Im Gegenteil: Häufig werden sie als linksextremistisch einsortiert und manchmal verstehen sich einige der Jugendlichen auch selbst so. Fragt man nach, erschöpft sich das politische »Programm« meist in Positionen der linken Mitte. Entscheidend für die Selbstdefinition ist also oft nicht der politische Inhalt, sondern der Wunsch, sich gegenüber Eltern, Lehrern, Gleichaltrigen und vor allem den Rechtsextremen identitär abzugrenzen.

Die Stigmatisierung und Ausgrenzung linker bzw. nonkonformistischer Jugendlicher behindert ein effektives demokratisches Engagement gegen Rechtsextremismus. Viele »normale« Leute verachten nicht-rechte Jugendliche, wenn sich diese z.B. durch bunte Haare abheben. Behörden und Polizei sind meist miss-

trauisch und unkooperativ, wenn sie nicht sogar Repressalien und Schikanen ausüben. So kann es geschehen, dass jugendliche Opfer rechtsextremer Gewalttaten ungenügend Hilfe und Schutz erfahren, dass wünschenswerte zivilgesellschaftliche Vernetzungen und Bündnisse verhindert bzw. erschwert werden oder dass eine Sensibilisierung breiterer Bevölkerungskreise hinsichtlich gefährlicher rechtsextremer Potenziale nicht gelingt. Genau diese Defizite versucht die MBR mit dem Beratungsangebot, aber auch mittels anwaltschaftlicher Vertretung der begleiteten Jugendinitiativen zu beheben.

Die MBR hilft allen Menschen, die sich im Sinne der Demokratie gegen Rechtsextremismus engagieren wollen und das Angebot der MBR nachfragen. Gerade die sich als »links« bezeichnenden Jugendlichen gehören zu den bevorzugten Opfern rechtsextremer Übergriffe. Vielerorts sind links angehauchte Jugendinitiativen die einzigen Akteure, die sich gegen eine gegebene rechtsextreme Dominanz positionieren.

Neben Jugendgruppen, die sich explizit als politische Initiativen verstehen, gibt es auch Zusammenhänge von Jugendlichen, die sich nicht unbedingt als »politisch« oder »links« verstehen, jedoch von Rechtsextremisten und entsprechend orientierten Jugendlichen diffamiert, bedroht, ausgegrenzt und angegriffen werden. Auch ohne explizites politisches Selbstverständnis entwickeln solche Gruppen häufig den Wunsch, sich politisch »gegen rechts« zu positionieren und zu engagieren. Ebenso breit wie das Spektrum an unterschiedlichen Gruppen – Junge Gemeinden, Schülerinitiativen, antifaschistische Jugendgruppen, Theaterprojekte, Freundeskreise, jugendkulturelle Cliques – sind die im Einzelfall projektierten Aktivitäten, die neben klassischen politischen Maßnahmen wie Kundgebungen oder Flugblättern z.B. auch Theateraufführungen, Schulprojektstage, kulturelle Events oder die Organisation von Ausstellungen umfassen können.



Zukunftswerkstatt stöbert Ideen auf, hier mit einer Skater-Jugendinitiative. Förderung demokratischer Jugendkultur heißt Jugendliche in der Verwirklichung eigener Projekte zu unterstützen und damit ihre Selbstwirksamkeit zu stärken.

Bild: MBR

Strukturelle Probleme von Jugendinitiativen

Anders als in der Schule oder am Arbeitsplatz wird das Individuum in einem freien Zusammenschluss, z.B. einer Jugendinitiative, bei Leistung bzw. Fehlleistung nicht direkt materiell belohnt oder bestraft. Da das Engagement der Einzelnen freiwillig ist, können ein Mangel an Erfolgserlebnissen oder an Gruppenzusammenhalt, eine Verschlechterung des zwischenmenschlichen Klimas oder Veränderungen in der Lebensführung eines Mitwirkenden (Schul- oder Wohnortwechsel, gestiegene schulische oder sonstige Anforderungen, persönliche Konflikte, Beziehungen usw.) schnell eine Krise der Gruppe auslösen. Sehr häufig klagen die besonders stark engagierten Jugendlichen über einen Mangel an Engagement von Seiten der »Anderen« in der Initiative. Manchmal können solche Frustrationen bis zur Beendigung des Engagements in der Initiative anwachsen.

Die je nach Zeitraum und Person unterschiedliche Leistungsbereitschaft der einzelnen Akteure in der Gruppe zeitigt im Ergebnis, nämlich dem Handeln der Gruppe, ein ständiges Auf und Ab der Aktivität. Diese konjunkturellen Phasen erscheinen dem einzelnen Mitwirkenden oft nicht als Prozesse, die von verschiedenen Faktoren abhängig sind, sondern als von ihm unbeeinflussbare Ereignisse. Die Möglichkeit der Einflussnahme von außen ist aller Erfahrung nach eng begrenzt: Keine Moderation oder Supervision kann hochkomplexe gruppenpsychologische Prozesse letztlich steuerbar machen. Zumindest ein »menschlich-allzumenschlicher«, unkalkulierbarer Rest bleibt immer.

Diese gruppenspezifischen Fallstricke werden dadurch noch gefährlicher, dass den Jugendinitiativen häufig das Wissen fehlt, wie Gruppenhandeln effektiviert werden kann. Beispiele hierfür wären die Unkenntnis über Nutzen und Know-How von Email-Verteilern oder mangelhafte, naturwüchsige Verfahren der Gesprächsführung und Entscheidungsfindung. Oftmals werden Probleme der Gruppenstruktur gar nicht reflektiert bzw. als möglicherweise beeinflussbare Umstände wahrgenommen. Eine Qualifikation in Organisationsentwicklung wäre nur durch Schulung und Erfahrung erwerbbar.

Das oben schon angesprochene Problem der zu geringen materiellen Ressourcen soll nun näher erläutert werden:

- Mangel an Zeit und engagierten Menschen: Die Fülle der Probleme, die wünschenswerterweise zu bewältigen sind, erfordert eine gut durchdachte Festlegung von Prioritäten. Wo diese aus welchen Gründen auch immer nicht gelingt, sind Verzettelung, Überlastung einzelner, Misserfolg und Frustration vorprogrammiert.
- Mangel an Kommunikationsmitteln: In einem sehr weiten Sinne sind darunter nicht nur fehlende Res-

sources wie Telefone, Computer mit Internetzugang oder Faxgeräte zu verstehen, sondern auch der weithin fehlende Zugang zu Massenmedien. Oftmals führt dies zu der höchst unbefriedigenden Situation, sich nicht öffentlich artikulieren zu können bzw. kein Gehör zu finden. So stellt sich schnell ein Gefühl der Sinn- und Wirkungslosigkeit des eigenen Tuns ein.

- **Mangel an Kontakten:** Die Jugendinitiativen, die sich in der Mehrzahl der Fälle neu bilden und aus politisch unerfahrenen Engagierten bestehen, lassen oft eine kommunikative und politische Einbettung völlig vermissen. Es fehlen somit AnsprechpartnerInnen in allen möglichen Sektoren der Gesellschaft und BeraterInnen bei plötzlichen Problemlagen. Es fehlt vor allem das Wissen um potenzielle Verbündete und ganz allgemein die Kenntnis der institutionellen, politischen und sozialen Situation vor Ort. Es fehlen Analysen der konkreten Situation vor Ort, die allein Chancen des Wirkens zeigen könnten.
- **Mangel an Professionalität:** Wenn es zu konkreten Projekten kommt, fehlt oftmals die nötige Erfahrung, um die damit verbundenen organisatorischen und politischen Anforderungen zu bewältigen.

Methoden Mobiler Beratung von Jugendinitiativen

Über die bereits weiter oben erläuterten grundsätzlichen Schritte Mobiler Beratung hinaus werden die Methoden der Beratung von Jugendinitiativen durch die eben dargestellten Strukturprobleme bestimmt. Vor allem am Beginn eines Prozesses ist die Analyse der konkreten Situation und ein darauf aufbauendes strategisches Konzept zentral – beides ist als gemeinsame Anstrengung von BeraterInnen und Beratenen zu denken. In der Realisationsphase hilft die MBR dabei, den Jugendinitiativen materielle Ressourcen wie Geld, Räumlichkeiten und Technik zugänglich zu machen: durch Beratung beim Fundraising und durch die Vermittlung von Kontakten zu potenziellen KooperationspartnerInnen. In besonderen Fällen können auch Mittel des MBR-Büros selbst zur Verfügung gestellt werden (Vgl. die Beiträge über die Initiative »Jugend denkt« und das antirassistische Festival »!Nu Pagadi!« in diesem Heft). Ein großer Teil der Arbeitszeit bei der Beratung von Jugendinitiativen muss erfahrungsgemäß für die Vermittlung von Kontakten aufgewendet werden. Darunter fallen Verbindungen zu MultiplikatorInnen wie JournalistInnen oder PolitikerInnen ebenso wie solche zu potenziellen Verbündeten aus der Zivilgesellschaft oder aber zu Autoritäten wie Schulleitungen, Polizei und Behörden. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen bedürfen oft der Hilfe bei der Verhandlungsführung oder einer Begleitung durch die offiziöse MBR, um überhaupt angehört zu werden und Erfolge zu erzielen. Oft überschneiden sich solche Bemühungen mit einer

weiteren zentralen Aufgabe der MBR – der anwaltlichen Vertretung ihrer Klienten, die Opfer rechtsextremer Gewalt geworden sind und/oder sich demokratisch engagieren wollen in den lokalen politischen Arenen. Die MBR betreibt Lobbyarbeit für die nicht-rechten Jugendlichen mit der politischen Strategie, demokratische Gegenkräfte und Opfer des Rechtsextremismus zu stärken. Durch Expertise und öffentliches Auftreten ebenso wie durch informelle Verbindungen sollen die Wahrnehmungen bedrohter Menschen in die Öffentlichkeit getragen werden, um diese zu sensibilisieren.

Von Situation zu Situation unterschiedlich ist das notwendige Maß praktischer Hilfe bei konkreten Aktivitäten. Die Beratung trägt meist zu einer Professionalisierung bei. In jedem Falle ergibt sich ein enormer Zeitaufwand bei der Beratung von Jugendinitiativen und eine intensive menschliche Beziehung. Unabdingbar ist es für Mobile Beratung, offen, freundschaftlich und flexibel mit den Klienten umzugehen und ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Dies ist die erste Voraussetzung einer erfolgreichen Beratung.

Risiken der Beratung von Jugendinitiativen

Folgende Negativ-Szenarien seien kurz umrissen:

- Grundlage der Mobilen Beratung ist bekanntlich das »Empowerment« bzw. die »Hilfe zur Selbsthilfe«. Dieses Prinzip wird konterkariert, wenn sich aufgrund der faktischen informationellen Überlegenheit der Mobilen Beratung über die oft wesentlich jüngeren KlientInnen ein Dominanzverhältnis herausbildet, welches ihre eigentlich angestrebte »Befähigung« blockiert. Besonders brisant wird dies, wenn – vor allem in zugespitzten Entscheidungssituationen – Konflikte auftauchen. Setzt sich das Dominanzverhältnis nämlich in solchen Situationen fort, kann das Gefühl der Fremdbestimmung auf Seiten der KlientInnen schnell zum Scheitern des Prozesses führen.
- Eine absurde Ausprägung eines solchen Dominanzverhältnisses liegt vor, wenn Mobile Beratung vom Impulsgeber zum hauptsächlichen Akteur wird und den eigentlichen Akteuren die Arbeit größtenteils abnimmt. Auch dies wird auf Dauer zu einer allgemeinen Sinnkrise der Jugendinitiative und ihrem Scheitern führen.
- Ein Berater oder eine Beraterin trägt unter Umständen durch seine/ihre Tätigkeit viel zu einem erfolgreichen, vielleicht sogar spektakulären Gruppenhandeln, z.B. einem politisch-kulturellen Großereignis, bei. Zieht sich die Beratung danach zurück, kann es passieren, dass die Jugendinitiative allein nicht mehr an den Erfolg anknüpfen kann. Das kann Frustrationen bis hin zur Auflösung der Gruppe nach sich ziehen.
- Ein Berater ist nicht zufrieden mit Art und Umfang der Aktivität »seiner« Gruppe und versucht sie

mehr oder weniger subtil in seine Richtung zu drängen. Mitunter mag das Tun oder Nichtstun einer Jugendinitiative tatsächlich unangemessen sein. Die Gruppe will und/oder kann jedoch eventuell nicht anders arbeiten als bisher: Ein Konflikt ist programmiert. Entwickelt sich daraus nicht eine neue, ausgewogenere Beziehung zwischen Beratung und Akteur oder eine neue, reflektiertere Praxis der Jugendinitiative, kann sich eine unlösbare Krise abspielen.

- Trotz optimaler Bereitschaft der Gruppe und trotz höchst kompetenter Beratung scheitert die Jugendinitiative wahlweise an der Gleichgültigkeit der Bevölkerungsmehrheit, den Schikanen oder sogar Repressalien von Staat und Behörden oder harten Gegenschlägen militanter Rechtsextremisten. Die ehemaligen Mitglieder der Initiative werden durch solche Erfahrungen meist von einer prinzipiellen Aussichtslosigkeit demokratischen Engagements überzeugt und scheiden langfristig nicht nur als Personal zivilgesellschaftlicher Initiativen, sondern auch überhaupt als couragierte BürgerInnen aus der politischen Gemeinschaft aus.

Fazit

Fast alle eben geschilderten Szenarien können durch kompetente Beratung umgangen oder erfolgreich bearbeitet werden. Völlig unabhängig sowohl vom Willen und von der Fähigkeit der Jugendlichen wie auch der Beratung ist jedoch die zuletzt ausgemalte Gefahr: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie eine Akzeptanz rechtsextremer Ideologeme in Bevölkerungsteilen und in lokalen staatlichen Strukturen oder eine Herrschaft militanter Rechtsextremisten über die Straßen eines Sozialraums sind durch Mobile Beratung nicht direkt veränderbar. Es ist dies der Punkt, an dem Stärkere – etwa Behörden, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und andere – einsetzen müssen, um demokratischem Engagement sichtbare Perspektiven und Erfolge zu ermöglichen.

Vernetzung durch Bündnisse – Formen, Dynamiken und Wirkungen

Ein theoretischer Blick auf die Berliner Praxis

Timm Köhler

Die Wirksamkeit von demokratischem Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus hängt in großem Maße davon ab, wie Ressourcen gebündelt, mehr Menschen erreicht und Themen bewusst eingebracht werden können. Sei es der Protest gegen rechtsextreme Aufmärsche, die Entwicklung von demokratischer Kultur in der Nachbarschaft, die Verbesserung der Lebenssituation von MigrantInnen oder die Veränderung von Verwaltungshandeln – stets sind Kooperationen mit anderen Engagierten notwendig, die Bündelung von Kräften ist geboten.

Die Begriffe »Vernetzung« und »Netzwerke« sind berechtigterweise zu modischen Schlagwörtern der letzten Jahre geworden. Ein Grund dafür ist die Erkenntnis, dass informelle Bindungen in der Familie, im Freundeskreis oder in der Nachbarschaft wichtige Faktoren sozialen Handelns sind. Auch ungesteuerte, dezentrale und sporadische Kooperation von Menschen oder Organisationen kann als netzwerkartiges Handeln verstanden werden. Es kann heißen, den Telefonhörer abzunehmen, Freunde oder Kooperationspartner anzurufen und dort Rat, Unterstützung oder Ausrüstung zu erhalten – ganz ohne offiziellen »Runden Tisch«.

»Bündnisse« sind dagegen eine besondere Form von Vernetzung. Sie werden hier als themen- und zielorientierte Zusammenschlüsse verstanden; denn es wird ein gemeinsames Thema, z.B. Rechtsextremismus, als explizite Grundlage gelegt und ein Ziel, z.B. die Entwicklung demokratischer Werte, wird angestrebt. Bündnisse sind außerdem formale Vernetzungen, die im Unterschied zu informellen Netzwerken offiziell unter eigenem Namen auftreten. Sie gehen über einzelne Initiativen, Institutionen oder soziale Gruppen hinaus und repräsentieren ein breites gesellschaftliches Spektrum. Typische Bündnisformen in der Praxis sind Aktionsbündnisse, Bündnisinitiativen und kommunale Bündnisse. Der folgende kurze Aufriss arbeitet einige Charakteristika von Bündnisarbeit heraus und untersucht ihre Rahmenbedingungen und Wirkungen.

Bündnisformen

Aktionsbündnisse: Punktueller Protest und Kampagnen

»Nazis wollen marschieren«, in »unserem Wohngebiet«. Wenn Rechtsextremismus und lokaler Bezug zusammenkommen, fühlen sich mitunter sehr verschiedene gesellschaftliche Gruppen zum Handeln animiert. Bündnisse gegen rechtsextreme Einzelaktivitäten können daher weitaus breiter und heterogener sein als andere Bündnisformen. Beispielsweise ist das Nebeneinander von Demonstrationsaufrufen verschiedener Akteure – von der Antifa über Parteien und BürgermeisterInnen bis hin zur Kirche – möglich. Auch im Rahmen von Aktionstagen oder Konzerten gegen »Rechts« finden sich ähnlich breite Koalitionen.

Mehr als bei Aktionsbündnissen sind Kampagnen auf die mittelfristige Kooperation verschiedener Gruppen und Institutionen angewiesen. Kampagnen eignen sich gut, anhand eines konkreten Ziels (»Weg mit dem Café Germania!«) mittelfristig Aktivitäten verschiedener Initiativen, Gruppen und Akteure zu bündeln. Dies setzt eine klare inhaltliche Zielbestimmung, eine



Demokratische Kultur live: Bürgerinnen und Bürger debattieren auf dem Prerower Platz in Hohenschönhausen mit der Bezirksbürgermeisterin, Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und dem Innensenator. Anlass war die erneute Verlegung des NPD-Aufmarsches am 1. Mai 2004 in ihren Bezirk. Die Veranstaltung wurde von der Hohenschönhausener Bürgerinitiative UAB (Unabhängige Anlaufstelle für BürgerInnen) organisiert.

Bild: MBR

abgestimmte Strategie und eine gemeinsame Sprache in der Öffentlichkeit voraus. Um die gemeinsamen Aktivitäten verschiedenartiger Gruppen effizient zu koordinieren, kann auf ein Delegiertenprinzip zurückgegriffen werden.

Bündnisinitiativen: Langfristige und kleinteilige Arbeit im sozialen Nahraum

Vielorts haben sich permanente Gremien entwickelt, die auch jenseits von spektakulären Aufmärschen Rechtsextremer und temporären Problemschwerpunkten aktiv sind. Rechtsextreme, rassistische, antisemitische Erscheinungsformen im »Alltag« und demokratiepolitische Fragen vor Ort sind ihr Gegenstand. Seien es rechtsextreme Graffitis, Pflege antifaschistischer Lokalgeschichte oder die Unterstützung Asylsuchender – langfristig arbeitende Bündnisse decken meist ein breites Themenspektrum ab.

Diese in Berlin häufig anzutreffende Form der Weiterführung von Aktionsbündnissen kann als »Bündnisinitiative« bezeichnet werden. Zumeist aus Aktionsbündnissen hervorgegangen, repräsentieren sie eine gesellschaftliche Breite, die in einzelnen Initiativen und Gruppen selten ist. Ihre Mitglieder kommen typischerweise aus Bürgervereinen und -initiativen, sozialen Trägern, antifaschistischen Gruppen (wie dem Bund der Antifaschisten), aus dem Umfeld von Parteien, Kirchen, Schulen und Jugendgruppen.

Im Unterschied zur typischen Form eines Bündnisses repräsentieren sie jedoch nicht notwendigerweise formell – z. B. nach einem Delegiertenprinzip – ihre jeweilige Gruppe oder Institution. Vielmehr hat sich in den meisten Bündnisinitiativen ein fester Kreis individuell Teilnehmender entwickelt. Diskussionen und Beschlüsse finden innerhalb dieses Kreises statt und zuweilen bildet sich sogar eine eigene »Gruppenidentität« heraus.

Kommunale Bündnisse: Koordination von Kommunalpolitik, Fachinstitutionen und lokalen Trägern

Auch »kommunale Bündnisse« sind wichtige Vernetzungsformen für die Erarbeitung von Lösungsansätzen gegen Rechtsextremismus. Kommunalpolitik, Schule, Polizei, Jugendeinrichtungen und freie Träger finden sich in unterschiedlichen Konstellationen in Präventionsräten, Runden Tischen und Regional-AGs des Jugendamtes. Diese Gremien dienen dem Austausch, zum Beispiel bei der Ermittlung eines Lagebildes im Sozialraum, und vermitteln Kontakte, die von den beteiligten Akteuren dezentral weitergeführt werden können. Letztlich sollen Arbeitsansätze der Beteiligten abgestimmt werden, wie etwa das unterschiedliche Vorgehen von Straßensozialarbeit und Polizei in einem Sozialraum. Aufgrund der fachlichen Ausrichtung und dem Grundsatz »politischer Indifferenz« (beispielsweise der Polizei) sind Diskussionen zu politischen Dimensionen von demokratie-relevanten Fragestellungen in diesen Gremien vergleichsweise marginal.

Voraussetzungen der Bündnisarbeit

Problembestimmung:

Wahrnehmen und Deuten als Voraussetzung zum Handeln

Zwingende Voraussetzung für eine handlungsorientierte Bündnisarbeit ist eine von allen BündnispartnerInnen getragene »Rahmung«⁽¹⁾ des Gegenstandes der Bündnisarbeit, d.h. eine gemeinsame Problembeschreibung und -deutung.

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus haben viele Gesichter – Gerüchte von »Überfremdung« im Stadtteil, Wahlerfolge rechtsextremer Parteien oder Gewalt gegen »anders« Aussehende sind nur einige mögliche Erscheinungsformen. Ihre Wahrnehmung hängt sehr von dem oder der Betrachter/-in ab. Während beispielsweise die Polizei ein Lagebild vor allem anhand strafatrelevanten Vorfälle aufbaut, sind für Betroffenen Gruppen subtile Formen von Bedrohung und Einschüchterung im Alltag ebenso wichtig.

Die Problembeschreibung ist daher zunächst an eine Einbeziehung verschiedener Informationsquellen und Problembereiche gebunden. Diese sollten geprüft und nebeneinander gestellt werden. Beispiele aus einem hypothetischen Stadtteil:

- a) Alternative Jugendliche registrieren eine zunehmende Präsenz von »Rechten« (durch Aufkleber und Graffiti) und Fälle von Bedrohung aufgrund ihres Aussehens.
- b) Die Zahl gemeldeter Straftaten, die durch die Polizei als »rechtsextrem motiviert« eingeschätzt werden, ist zurückgegangen.
- c) BürgerInnen beobachten, dass delinquentes Verhalten von Spätaussiedler-Jugendlichen verallgemeinert wird (»die Russen«) und »Stadtgespräch« ist.
- d) Menschen mit dunkler Hautfarbe beschreiben, dass sie im öffentlichen Nahverkehr selbst bei offensichtlich diskriminierenden Sprüchen eine »Mauer des Schweigens« der Fahrgäste erleben.

Mit der Problembeschreibung eng verbunden ist die Deutung bzw. Analyse der vorliegenden Informationen. Dabei müssen verschiedene fachliche oder politische Blickwinkel vereinbart werden. Beispiele:

- a) Rechtsextreme Propaganda belegt, dass hier rechtsextreme Organisationen am Werk sind. Bedrohungsfälle deuten darauf hin, dass es ein rechtsextremes Potenzial im Sozialraum gibt. Rechtsextrem(-Orientiert)e können im öffentlichen Raum Dominanz erlangen, wenn der Einfluss durch demokratische BürgerInnen fehlt oder ungenügend ist. Alternative Jugendliche riskieren entweder verdrängt zu werden oder in Konflikte mit rechtsextrem eingestellten Jugendlichen zu geraten.
- b) Der Rückgang an rechtsextremen Straftaten deutet auf ein zurückgehendes Meldeverhalten und/oder auf eine Veränderung rechtsextremer Strategien

wegen staatlicher Repression hin, wenn viele andere Faktoren keinen Rückgang rechtsextremer Aktivitäten anzeigen.

- c) Die Verallgemeinerung des angeblichen Verhaltens von Spätaussiedler-Jugendlichen zeigt ungeklärte Konflikte und rassistische Zuschreibungen auf, ihre starke Verbreitung (»Stadtgespräch«) lässt auf Verunsicherung oder einen »fruchtbaren Boden« für xenophobe Stimmungen schließen.
- d) Das Nicht-Eingreifen von Fahrgästen gegenüber rassistischer Diskriminierung kann durch ihr Desinteresse bzw. ihre Zustimmung erklärt werden, aber auch durch Hemmschwellen seitens Andersdenkender aktiv einzugreifen.

Ein sinnvoller Schritt in der »Rahmung« von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist die Formulierung von Kernthesen zur Situationseinschätzung. Durch sie kann das Wesentliche im Blick behalten werden. Eine einheitliche Lageanalyse der Bündnispartner wirkt zudem überzeugend in der Öffentlichkeit.

An dieser Stelle können externe Akteure, vor allem Mobile Beratungsteams, eine unterstützende Rolle spielen: Sie verfügen über die notwendigen Ressourcen und Kenntnisse für eine eingehende Problemanalyse, können Phänomene vor Ort mit anderen Kontexten vergleichen und sind von verschiedenen Akteursgruppen anerkannt.

Zielbestimmung

Eine Vernetzung ist nicht per se zielgerichtet. Selbst wenn eine Verständigung im angehenden Bündnis über eine gemeinsame Problemsicht besteht, können Interessen und Zielvorstellungen der Bündnisbeteiligten unterschiedlich ausfallen. Auch die Ressourcen (Zeit und Energie) oder Kompetenzen, also Erfahrungen in politischem Engagement, der Bildungs-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit, können bei den einzelnen Bündnismitgliedern verschieden ausgeprägt sein. Die Herausforderung ist somit nicht nur, angemessene Schritte aus der Problemanalyse abzuleiten, sondern auch, die Stärken und Interessen der Bündnisteilnehmenden in die gemeinsame Zielfindung einzubeziehen.

Als Anhaltspunkt für eine Verständigung über die Ausrichtung von Bündnissen kann auf Zieldimensionen aus der Projektarbeit zurückgegriffen werden. Die Unterscheidung von Globalzielen, Rahmenzielen und Handlungszielen kann helfen, die Komplexität des Handlungsfeldes zu strukturieren. Unter den anstehenden Problemen, Themenfeldern und Aktionsformen muss oft eine Priorisierung vorgenommen werden.

Globalziele von Bündnisinitiativen können sehr umfassend formuliert werden. Sie sind ein Leitbild, das »Credo« eines Bündnisses, das offen und über längere Zeit aktuell sein sollte. Im oben begonnenen Situationsbeispiel könnte das Leitbild eines Bündnisses »Vernetztes Handeln gegen Rechtsextremismus und

Rassismus sowie Förderung der demokratischen Kultur im Stadtteil« lauten.

Rahmenziele beziehen sich auf einen bestimmten Zeitraum wie etwa ein Jahr. Sie strukturieren die Arbeit des Bündnisses und formulieren konkrete Ziele, auf die sich die Bündnisteilnehmenden konzentrieren (z.B. Schutz bestimmter Opfergruppen oder Zurückdrängen von Einflüssen des organisierten Rechtsextremismus).

Das detaillierte Vorgehen, z.B. die Festlegung auf Aktivitäten (wie eine Nachbarschaftskonferenz oder eine Informationskampagne) oder auf Zielgruppen (Eltern von rechtsextrem-orientierten Kindern, sensibilisierte Bürger, KommunalpolitikerInnen, MigrantInnen oder die breite Öffentlichkeit) wird durch Handlungsziele beschrieben. In unserem Beispiel könnte das heißen:

- a) Die Problemanalyse ergab, dass eine rechtsextrem-orientierte Clique den zentralen Platz im Kiez dominieren kann, da dieser kaum von anderen gesellschaftlichen Gruppen beansprucht wird. Ein Rahmenziel wäre, Ansätze für eine verstärkte öffentliche Präsenz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu erarbeiten. Handlungsziele sind, Informationen in den Stadtteil zu tragen, die Befragung von AnwohnerInnen, Gewerbetreibenden, Jugendgruppen, nahe gelegenen Schulen zu ihrer Problemsicht durchzuführen, ihre Interessen am Sozialraum und ihre Möglichkeiten aktiv zu werden zu ergründen, ein Treffen oder eine Nachbarschaftskonferenz einzuberufen. Weitere Handlungsziele werden später (im Anschluss an das Nachbarschaftstreffen) formuliert.
- c) Im Umgang mit Alltagsrassismus im Wohnumfeld ist das Rahmenziel, bestehende Konflikte zu erkennen, diese von rassistischen Wertungen zu trennen und den lokalen Diskurs (»Gerüchte«) durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu versachlichen. Handlungsziele sind, nachprüfbar Informationen einzuholen, Kontakte zu MigrantInnen aufzubauen und nach einem geeigneten Medium (z.B. Video, Stadtteilzeitung) zu suchen, durch das sich »ausländische« Nachbarn selbst porträtieren können.
- d) Angesichts der Passivität von Fahrgästen gegenüber rassistischen Äußerungen ist ein Rahmenziel, die Anonymität in öffentlichen Verkehrsmitteln punktuell zu durchbrechen und das Thema Zivilcourage Fahrgästen näher zu bringen. Handlungsziele sind, bisherige Vorfälle zu sammeln und auszuwerten, Fahrgäste anonym zu befragen, punktuelle Aktivitäten im ÖPNV (rollendes Wohnzimmer, Ausstellungen, Theater) auf bestimmten Strecken zu entwickeln.

Selbstverständlich sind die eben beschriebenen Zielfindungsprozesse selten in ihrer Reinform in der Praxis anzutreffen. Vielmehr ist die Diskussion um die Bündnisausrichtung Schwankungen unterworfen – Situationen im Sozialraum verändern sich, Aktivitäten bringen neue Erfahrungen und Erkenntnisse hervor, Bedürfnisse und Ressourcen (Zeit, Energie, Infra-

struktur, finanzielle Mittel) der Bündnisteilnehmenden variieren. Dennoch sollten Fragen der Zielausrichtung durch Bündnisse – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – bewusst gestaltet werden.

Zielgerichtete Bündnisarbeit hat langfristige Folgen für alle Beteiligten: Vermieden werden können Frustrationen durch Verzettelung, übertriebene Erwartungen an Aktivitäten oder mangelnde Ergebnisse bei hohem Aufwand. Gut funktionierende Vernetzungen stärken die lokale Engagementkultur und lassen die »Lernkurve« von AktivistInnen steigen. Nicht zuletzt aus diesem Grund bieten externe Einrichtungen wie etwa Mobile Beratungsteams an Zielfindungsprozesse zu moderieren.

»Für...« oder »Gegen...«?

Im Rahmen der Zielausrichtung von Vernetzungsformen wird häufig diskutiert, ob eine problemzentrierte Haltung (»Gegen rechts«) oder eine leitbildhafte Position (»Für Demokratie und Toleranz«) vorzuziehen sei.⁽²⁾ Die Praxis vieler Berliner Bündnisse zeigt, dass besonders in der Auseinandersetzung mit konkreten Problemen des Rechtsextremismus vor Ort Debatten zu demokratischen Haltungen und Lösungen entstehen. Beispielsweise erfordern Äußerungen von Rechtsextremisten zur Globalisierung, zum Nahostkonflikt oder zu sozialen Fragen eine differenzierte Haltung demokratischer Akteure zu diesen Themen. Denn einfache allgemeine Slogans wie »gegen die Macht der Konzerne«, »gegen Interventionen der USA« oder »die da oben« finden sich ebenso in rechtsextremen Diskursen wieder.

Der Ansatz »Für Demokratie und Toleranz« ist zunächst offener und deutet einen größeren Freiraum an, der von Akteuren politisch unterschiedlich ausgefüllt werden kann. Zum einen verbinden Bündnisse mit der Wahl dieses Namens den Wunsch, ein positives und zukunftsgerichtetes Leitbild ins Zentrum zu rücken. Zum anderen kann ein solcher Name auch strategisch gewählt werden. Letzteres trifft auf Kommunen zu, in denen Berührungspunkte mit dem Thema »Rechtsextremismus« existieren. »Gegen Rechtsextremismus« würde signalisieren, dass es Rechtsextremismus in der Kommune zumindest gibt, was dem Image nach außen nicht zugute käme. Allerdings fällt eine genauere Bestimmung dessen, was sich hinter »Demokratie« in der eigenen Kommune verbirgt oder wie weit »Toleranz« denn nun gehen müsse, zumeist sehr verschieden aus. Auch Aussagen wie »gegen jede Form von Gewalt und Extremismus« sind aus Sicht der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung (FDGO) sicher richtig, werden dem spezifischen Problem rechtsextremer Ideologie und ihrer Wirkung im Alltag jedoch wenig gerecht. Diese inhaltliche Offenheit bzw. Unbestimmtheit kann somit einer handlungsorientierten Bündnisarbeit im Wege stehen.

Entwicklungsphasen

Bündnisgründung

Bündnisspektrum: Je breiter desto besser?

Die optimale Größe und Zusammensetzung von Bündnissen ist abhängig von Problemstellung, Anlass und zu erwartendem Ziel. Beispielsweise gebietet der Protest gegen rechtsextreme Aufmärsche ein breites Bündnis an gesellschaftlichen Kräften. Die gemeinsame Ablehnung rechtsextremer Manifestationen und ihr zeitlich punktueller Charakter ermöglicht ein gemeinsames Handeln über verschiedene politische Lager und kulturelle Hintergründe hinweg. Selbst Standortinteressen (»Abwendung von Imageschäden für die Kommune«) und antifaschistisches Engagement können mitunter vereinbar mit dem Gegenprotest sein. Hier können parallele Aktivitäten gemeinsam koordiniert werden.

Ist das Ergebnis der Problemanalyse, dass der Diskurs zu Rechtsextremismus und demokratischen Reaktionsweisen in einer Kommune erst angestoßen oder verändert werden soll, ist ein eingeschränkter TeilnehmerInnenkreis sinnvoll. Die Veränderungen des gesellschaftlichen Umgangs mit Rechtsextremismus in den letzten Jahren wurden vor allem von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Bündnissen vorbereitet, deren streitbare Positionen lange Zeit als nicht mehrheitsfähig galten. Eine starke Aufweitung solcher Gruppen und Bündnisse hätte ihre diskursfördernde Wirkung in Frage gestellt, weil eine zu große Meinungsvielfalt diese Positionen verwässert hätte. Ein drittes Beispiel für eine mögliche Einbeziehung von Akteuren in Bündnisse sind Projektaktivitäten zur langfristigen Veränderung der Situation im Umfeld, d.h. im Kiez, im Stadtteil oder im Bezirk. Konsens- und Handlungsfähigkeit und aktivierbare Ressourcen sind hier die Maximen. Der Erfolg dieser Bündnisse, Gremien oder Arbeitsgemeinschaften beruht auf einer klaren Interessenlage der Beteiligten. Ausgehend von einem lokalen Problem – z.B. der Dominanz einer rechtsextremorientierten Gruppe auf einem zentralen Platz des Stadtteils – können und müssen Interessen von Gewerbetreibenden, Anwohnenden, Betroffenengruppen und umliegenden Institutionen miteinander vereinbart werden. Das Interesse an einer pragmatischen Lösung des gemeinsamen Problems kann den Aushandlungsprozess erleichtern; politische Positionen müssen nicht miteinander kollidieren. Die in diesem Feld erfolgreichen Bündnisformen weisen daher einen klaren Problembezug aller Beteiligten auf. Kehrseite ist, dass bei abnehmendem Problemdruck die Wahrscheinlichkeit eines Zerfalls des Netzwerkes wächst. Diese Dynamik kann jedoch auch aktiv gestaltet werden: Durch bewusste Umgestaltung oder Auflösung können Ermüdungserscheinungen vermieden werden, mit der Perspektive, zu einem späteren Zeitpunkt oder zu einem anderen Thema an die positiven Kooperationserfahrungen anzuknüpfen.

Vorreiter und Bündnispartner

Eine Voraussetzung für das Zustandekommen von Aktionsbündnissen sind Akteure, die den Prozess der Bündnisgründung anstoßen und begleiten – so genannte »Vorreiter«. Dabei handelt es sich zumeist um einzelne sensibilisierte BürgerInnen oder Initiativen aus dem lokalen Kontext, die über vielfältige Kontakte verfügen, über die ihre Impulse in die lokale Öffentlichkeit gelangen können. Im Rahmen der Bündnisgründung im zivilgesellschaftlichen Bereich wird die Rolle von informellen Netzwerken deutlich. Der Politikwissenschaftler Strobl weist in einer Untersuchung von Vernetzungsprozessen in ostdeutschen Städten auf seit langem bestehende Netzwerke hin, wie etwa einen ehemaligen Kreis von Bausoldaten in der DDR, die als Initiatoren Prozesse bürgerschaftlichen Engagements einleiten.⁽³⁾ Im Berliner Kontext sind ehemalige Kreise von Oppositionellen in der DDR, Verbindungen aus der Umweltbewegung und Netzwerke mit parteipolitischen Hintergrund zumeist die Gruppen, in denen erste Vernetzungsbemühungen stattfinden und eine Anfangsdynamik erzielt wird.

Weitere »klassische« Bündnispartner sind der Bund der Antifaschist/innen, Kirchen, Gewerkschaften, parteinahe politische Gruppen, Antifa, Jugendinitiativen, Schulen, Nachbarschafts- und Bürgervereine sowie Träger der Jugend-, Sozial- und Migrantearbeit. Im Rahmen der Vorbereitungen zur Bündnisgründung können auch potenzielle BündnispartnerInnen mit spezifischen Interessen in Betracht gezogen werden. Beispielsweise kann ein Kreis von Gewerbetreibenden durch Bezug auf den Ladenstandort angesprochen werden. Das Interesse der Kirchengemeinde an der Sichtbarkeit von Gemeindeaktivitäten im öffentlichen Raum kann ein Ansatzpunkt sein, wie auch das einer Schule an der Sensibilisierung von Eltern oder an der Kooperation mit umliegenden Institutionen.

Kontinuität und Erneuerung

Organisationen verändern sich und unterliegen so genannten »Lebenszyklen«. Anhand eines Phasenmodells können Pionier-, Gruppenbildungs-, Formalisierungs- und Reorganisationsphasen unterschieden werden. Diese grobe Unterscheidung von Entwicklungsstadien kann bedingt auch auf Bündnisse angewandt werden.⁽⁴⁾

Pionierphase

Die Bezeichnung »Pionierphase« charakterisiert recht gut die Entstehung und Gründung von Bündnissen. »Pioniere«, d. h. die Vorreiter und Gründungsmitglieder, betreten Neuland. Der Problemdruck durch rechtsextreme Vorfälle ist hoch. Die Motivation der GründerInnen »etwas zu tun« ist stark, die Vorstellung über die konkreten Ziele und den Weg, wie diese Ziele zu erreichen wären, können jedoch noch sehr verschieden sein. In dieser Phase ist die Bündnisgründung Höhepunkt und markiert oft das Ende der Pionierphase – denn das Zusammentreten verschiedenster

Akteure offenbart, trotz des gemeinsamen Anliegens, Verschiedenheiten bezüglich der Problemlösungsansätze und Kapazitäten.

Gruppenbildungsphase

Die Gruppenbildungsphase kann für die Zeit nach Zusammentreten des Bündnisses angesetzt werden. Über einen kürzeren oder längeren Zeitraum kristallisieren sich im besten Fall gemeinsame Anliegen und erste Handlungsziele (z.B. die Durchführung einer Veranstaltung oder Demonstration) heraus. Das Bündnis tritt mit einem gemeinsamen Namen in der Öffentlichkeit auf. Dieser Prozess der Formierung einer Gruppenidentität ist mit umfangreichen Diskussionen zu inhaltlichen Positionen und Strategien verbunden. Dabei handelt es sich nicht nur um eine grundsätzliche und rationale Auseinandersetzung über die Ausrichtung der Bündnisaktivitäten, sondern auch um Vertrauensbildung, d. h. die Klärung von Erwartungen, Ressourcen sowie die Kommunikation und Gruppendynamik zwischen den BündnispartnernInnen. Im Nachfeld der ersten Aktivitäten kann es jedoch bereits zu einem Abflauen des ursprünglichen »Pioniergeistes« kommen. Im Zuge von Aktivitäten werden unterschiedliche Rollen von Bündnisteilnehmenden deutlich. Zu denken ist hier an die Dominanz einzelner Mitglieder oder BündnispartnerInnen oder eine deutliche Ungleichverteilung der Arbeitslast. Im Fall von längerfristig arbeitenden Vernetzungsformen treten zudem Fragen der Struktur auf: Mangelnde oder wenig strukturierte Kommunikation, Umgang mit Verantwortung (z.B. Einhaltung von Beschlüssen und Erfüllung übertragener Aufgaben) und Fluktuation von Teilnehmenden sind hier häufig Punkte, die einen Abschluss der Gruppenbildungsphase ankündigen.

Stabilisierungsphase

Durch eine stärkere »Strukturierung« – als einer dritten Phase – kann Transparenz und eine mittelfristige Stabilisierung der Bündnisstrukturen erreicht bzw. erhalten werden. Feste Termine und Orte, an denen das Bündnis zusammentritt, Protokolle und Unter-Arbeitsgruppen können eine effizientere Arbeit ermöglichen. Der Kreis der Bündnisteilnehmenden stabilisiert sich und damit auch das Vertrauen in die Zusammenarbeit sowie das Wissen um Möglichkeiten und Grenzen des Bündnisses bei inhaltlichen Fragen, Zielen und Ressourcen.

Kehrseite einer Stabilisierung von Arbeitszusammenhängen ist mangelnde Flexibilität und Stagnation. Ein zu starkes Festhalten an einmal gefundenen inhaltlichen Kompromissen, Tätigkeitsfeldern und Aktionsformen erschwert Reaktionen auf sich verändernde Bedingungen im Umfeld (z.B. das Anwachsen eines Alltagsrassismus, die Abnahme rechtsextremer Aufmärsche). Bündnisse können somit nicht mehr adäquat in der Öffentlichkeit auftreten, Ausstrahlung entwickeln, Diskursveränderungen hervorrufen und, letztlich, kaum neue Akteure für die Mitarbeit gewinnen.

Intern führen mangelnde Dynamik und ausbleibende Erfolge zu einem Abbau an Motivation. An diesem Punkt wird es zu einem spontanen oder geplanten Umbau kommen. Beispiel für eine spontane Umstrukturierung ist die »Abstimmung mit den Füßen«, d. h. das Abwandern von BündnisteilnehmerInnen. Ein solcher Umbau-Prozess (oder auch Zerfall) kann jedoch bewusst gestaltet werden, indem Bündnisse aufgelöst, in veränderter Zusammensetzung neu gegründet oder Arbeitsgruppen geschaffen werden. Auch die Fusion mit anderen Gruppen oder Bündnissen, intensive Kooperationen mit anderen Strukturen oder der Aufbau einer eigenen »Jugendgruppe« sind Möglichkeiten, die erforderliche Erneuerung mit der Bewahrung von Kontinuität zu verbinden.

Selbstverständlich ist das beschriebene Phasenmodell weder als gesetzmäßig noch als linear zu verstehen. Nicht alle Vernetzungsformen durchlaufen alle Phasen. In »Austauschrunden« sind Entwicklungsdynamiken zumeist sehr gering ausgeprägt. Einige Koalitionen (z.B. temporäre Aktionsbündnisse) kommen über die Gruppenbildungsphase nicht hinaus, während andere – vor allem kommunale Bündnisse professioneller Träger und Institutionen – schneller in eine Stabilisierungsphase eintreten. Zudem kann es immer wieder zu einem »Zurückspringen« in vorhergehende Phasen kommen. Durch den Eintritt neuer Mitwirkender in ein bislang »stabiles« Bündnis, etwa infolge einer gelungenen Aktivität, kann es zu einer erneuten Gruppenbildungsphase kommen.

Wirkungen von Bündnissen

Die Frage nach der Wirkung von Bündnissen kann nicht pauschal beantwortet werden, sondern muss sich an deren Struktur und Zielausrichtung orientieren. Welche Wirkungen von welchen Vernetzungsformen zu erwarten sind, wird im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

Aktionsbündnisse

Wirkungen können anhand der Veränderungen gemessen werden, die vor, während und nach Aktivitäten von Aktionsbündnissen zu beobachten sind. Beispiel dafür ist ein Aktionsbündnis anlässlich eines rechtsextremen Aufmarsches im Dezember 2003 durch die Berliner Bezirke Neukölln und Treptow-Köpenick. Durch Mithilfe der MBR vernetzt, koordinierten bezirksübergreifend zwei lokale zivilgesellschaftliche Bündnisinitiativen und ein berlinweites antifaschistisches Bündnis ihre Protestaktionen gegen den Aufmarsch.

Eine Analyse der Wirkungen, die durch das Aktionsbündnis hervorgerufen wurden, betrifft zunächst die Aktion selbst. Erfolgreiche Aktivitäten zeichnen sich durch eine öffentliche Aktivierung aus, die anhand zahlenmäßiger Teilnahme, der gesellschaftlichen Breite

und dem Engagement der Anwesenden beurteilt werden kann. Das Akteurspektrum unseres Fallbeispiels reichte über verschiedene politische Lager, von kleinen antifaschistischen Jugendgruppen über Kirchen und Jugendeinrichtungen bis hin zum Bezirksbürgermeister Treptow-Köpenicks. Die Vielfalt der Akteure spiegelte sich in den Aktivitäten wider. Verschiedene Initiativen organisierten an mehr als vier verschiedenen Standorten ihren Protest mit jeweils ihren selbstgewählten Aktionsformen – Sitzblockaden, Musik und Glockengeläut, um nur einige zu nennen. Zirka 900 Menschen nahmen an verschiedenen Protestaktivitäten entlang der Aufmarschstrecke teil.

Die Beurteilung der Wirkung von Aktionsbündnissen wie diesem hängt von Erwartungen und Vergleichen ab. Antifaschistische Gruppen kritisierten beispielsweise, dass der rechtsextreme Aufmarsch weder massiv gestört, noch verhindert werden konnte. In Hinblick auf die Zivilgesellschaft in den Bezirken kann von einem deutlichen Erfolg gesprochen werden, sowohl in Bezug auf die gute Abstimmung verschiedener Aktionsformen als auch in Bezug auf die für den Bezirk überraschend hohe Zahl an beteiligten Bürgern. Deutlich wird, dass auch eine durchschnittliche lokale Resonanz ein Erfolg ist, wo vergleichbares Engagement zuvor noch undenkbar schien.

Ein weiteres Erfolgskriterium ist die öffentliche Sichtbarkeit zivilgesellschaftlichen Protestes. Im vorliegenden Fall konnte durch eine detaillierte Informationspolitik ein überraschendes Medienecho im Vor- und Nachfeld des Protestes erzeugt werden. Dieser Umstand und die umfangreiche Vernetzungstätigkeit der Partner im Bezirk führte zu einer starken Aufmerksamkeit gegenüber den Bündnisaktivitäten.

Da es gelang, das gemeinsame Anliegen – Vermittlung der Protestgründe gegen den rechtsextremen Aufmarsch – in die mediale Öffentlichkeit zu transportieren und die Vielfalt der teilnehmenden Gruppen als gleichberechtigt darzustellen, war ein wichtiger Teilschritt erreicht. Auch der Umstand, dass sich Teilnehmende aus der Kommune nicht für ihre Teilnahme an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten rechtfertigen mussten, sondern ihr Engagement durch die unmittelbare Umgebung gewürdigt wurde, war ein Indikator für eine erfolgreiche lokale Einbindung und Öffentlichkeitsarbeit vor Ort.

Besonders interessant sind jedoch die längerfristigen Wirkungen in Hinblick auf die Fortführung der Vernetzungsbemühungen sowie des allgemeinen Engagements gegen Rechtsextremismus im Alltag. Die Antwort fällt im Falle von Aktionsbündnissen zumeist nüchtern aus: Eine Übertragung der Erfahrungen in die »alltägliche« Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus erweist sich als schwierig – zu unterschiedlich sind Interessen, Ressourcen und politische Positionen. Berlinweite Bündnisse und Gruppen sind oft nicht an der langfristigen Arbeit in einem bestimmten Randbezirk interessiert bzw. nicht dazu in der Lage. Lokale Parteistrukturen und kommunalpolitische VertreterInnen gehen oft zum Tages-

geschäft über, wenn für längere Zeit keine »Invasion« von Rechtsextremisten zu erwarten ist.

Dennoch sind auch im Fall von Aktionsbündnissen mittelfristige Wirkungen möglich: Im Rahmen der Vorbereitung werden Kontakte zwischen Akteuren neu geknüpft oder intensiviert. Die oft große Kraftanstrengung und enge Kooperation kann sie zusammenschweißen. Einzelne können durch die Erfahrung aktiven Protestes in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Die Koordination von Aktionen bringt vielfältige Erfahrungen mit sich, die, sofern sie aufbereitet und dokumentiert werden, ein wichtiges Fundament für ähnliche Aktivitäten in der Zukunft bilden können. Letztlich sind Aktivitäten die »Atemluft der Zivilgesellschaft«. Ein Erfolg, der aus ihnen resultiert, ist der verstärkte Zulauf zu Bündnissen und Initiativen oder eine Verstärkung ihrer Handlungsbereitschaft.

Eine ähnliche Analyse ergibt sich auch am Beispiel des Aktionsbündnisses gegen den oben beschriebenen rechtsextremen Aufmarsch. Das Aktionsbündnis bzw. die Koalition der beteiligten Gruppen fand keine Fortsetzung im Alltag. Allerdings lässt sich positiv feststellen, dass sowohl bei kommunalpolitischen VertreterInnen als auch in der Zivilgesellschaft nun eine größere Sensibilität gegenüber Rechtsextremismus besteht. In der Praxis zeigt sich dies auch an einer spürbar gestiegenen Handlungsbereitschaft gegen Rechtsextremismus allgemein. Dazu trugen nicht zuletzt das gemeinsame Erfolgserlebnis und die gefestigten Kooperationsstrukturen bei.

Aktionsbündnisse sind ein Spezialfall der Vernetzung, der stark an temporäre Ereignisse, wie etwa den Protest gegen rechtsextreme Aufmärsche, gebunden ist. Der Charakter der gemeinsamen Gegnerschaft und die Punktualität der Aktionen lassen nur begrenzt eine Weiterentwicklung von gemeinsamen Inhalten und kontinuierlichen Arbeitsformen zu. Dennoch können Aktionsbündnisse eine Stärkung lokaler zivilgesellschaftlicher Strukturen mit sich bringen. Dort gesam-



Aufkleber sind Teil des rechtsextremen »Kampfes um die Straße«. Ihre Beseitigung ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag im alltäglichen Engagement für eine demokratische Kultur. Reinigungsaktion »Gegen rechte Aufkleber« des »Netzwerks gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt« in Pankow, Juli 2004. Begleitet durch die MBR.

Bild: MBR

melte Erfahrungen und Kontakte sind eine wichtige Grundlage für eine kleinteiligere, jedoch kontinuierliche Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vor Ort. Die Notwendigkeit von öffentlichen Protesten gegen rechtsextreme Phänomene ist indessen unbenommen – so nimmt sich die lokale Zivilgesellschaft wahr und vertritt glaubhaft ihre Grundsätze demokratischen Zusammenlebens.

Bündnisinitiativen

Der selbstgewählte Aktionsraum von Bündnisinitiativen fällt sehr unterschiedlich aus. Sie beziehen sich auf Stadtteile, teilweise sogar auf ganze Berliner Bezirke. Einige nehmen mehr als andere Initiativen das Spektrum Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in einem Gebiet wahr und engagieren sich unterschiedlich stark und in unterschiedlicher Form dagegen.

Der Wirkungsgrad von Bündnisinitiativen auf Diskurse in der bezirklichen und kommunalpolitischen Öffentlichkeit ist von der Zielstellung, der Zusammensetzung des Bündnisses und dem jeweiligen kommunalen »Gegenüber« abhängig. Die kritische Begleitung der örtlichen Kommunalpolitik ist Gegenstand und Verdienst der meisten Bündnisinitiativen. Nahezu alle Bündnisinitiativen verfügen über Kontakte zumindest auf der kommunal-, wenn nicht auch auf der landespolitischen Ebene. Bündnisinitiativen können so zeitnah Informationen und Einschätzungen zu aktuellen Entwicklungen in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Rassismus und teilweise auch Antisemitismus weitergeben und erhalten. Inwieweit die bezirkliche Politik gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus durch Bündnisinitiativen erfolgreich mitgestaltet werden kann, ist abhängig von den Mehrheitsverhältnissen in den kommunalpolitischen Vertretungen. In einigen Berliner Bezirken befinden sich Bündnisinitiativen in relativer Nähe zur kommunalen Regierungsmehrheit und werden durch diese in ihrer Arbeit anerkannt. Die Nutzung dieser erweiterten Einflussmöglichkeiten ist eine Herausforderung, erfordert jedoch auch eine Abgrenzung gegenüber Vereinnahmungsversuchen für parteipolitische Interessen.

Die wichtigste Funktion und Wirkung der Bündnisinitiativen besteht jedoch darin, so genannte »Platzhalter« eines Themas zu sein – vor allem in Zeiten einer geringen öffentlichen Konjunktur der Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Langfristig existierende Initiativen verfügen zumeist über konkretes Wissen zu Erscheinungsformen, Orten und Tendenzen des Rechtsextremismus in ihrem Umfeld, wie auch über Erfahrungen zu möglichen Handlungsstrategien und über Kontakte zu potenziellen Partnern. Diese Initiativen sind damit nicht nur wichtige Plattformen, um im Fall neuer Entwicklungen zeitnah von zivilgesellschaftlicher Seite reagieren zu können. Als lokaler »Wissensspeicher« unterstützen sie auch andere Initiativen und Gruppen, vor allem im Jugendbereich.

Bündnisinitiativen sind der zivilgesellschaftliche »Anker« im Themenfeld demokratiegefährdender Phänomene vor Ort. Erfolg heißt für sie, Informationen und Einschätzungen zu sammeln und zu vermitteln, das Thema in der lokalen Öffentlichkeit wach zu halten, innerhalb wie außerhalb des Bündnisses eine Engagementkultur zu fördern, Erfahrungen weiterzugeben sowie anderen Initiativen konkrete Unterstützung zu vermitteln. Spezifische Wirkungen, wie Diskursveränderungen oder die Mitgestaltung kommunaler Politik, sind dabei stark von den Rahmenbedingungen, der Zusammensetzung und den Zielsetzungen der einzelnen Bündnisse abhängig.

Kommunale Bündnisse

Kommunale Bündnisse können durch die Kompetenzen sowie die politische, fachliche und moralische Autorität ihrer Mitglieder (BürgermeisterIn, Jugendamt, Polizei, Kirche) die Wahrnehmung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie deren Diskussion in einer Kommune stark beeinflussen. Wie bereits im Abschnitt Problembestimmung ausgeführt, ist jedoch entscheidend, inwieweit die Einschätzungen, die in diesen Bündnissen gefunden werden, dem Problem angemessen sind. Sofern verschiedene Perspektiven – z. B. von Polizei, Sozialarbeit und vor allem von Betroffenen – kombiniert und auf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche – wie Schule, Nachbarschaft, öffentlicher Raum, Verwaltung – angewendet werden, können von kommunalpolitischen Bündnissen wichtige Impulse zur Problemlösung ausgehen.

In bestimmten Fällen werden fachlich ausgerichtete kommunale Bündnisse zum Austausch von fachbezogenen Informationen und zur Absprache eines gemeinsamen Vorgehens (z. B. angesichts der Situation in einem Sozialraum) genutzt. Ergebnis kann zum einen die Bestimmung von Kompetenzen und von Handlungsgrenzen einzelner institutioneller Akteure sein, wie beispielsweise bei dem Verhältnis zwischen Straßensozialarbeit und Polizei. Die Wirkung des Bündnisses auf die realen Probleme hängt jedoch davon ab, inwieweit die beschlossenen Maßnahmen nicht nur die Interessen der Beteiligten widerspiegeln, sondern die Probleme umfassend angehen. Auch die Übertragung der Absprachen in die jeweils beteiligten Institutionen sowie ihre effektive Umsetzung ist für die Wirksamkeit kommunaler Bündnisse ein nicht zu unterschätzender Erfolgsfaktor.

Die Wirkung kommunaler Bündnisse auf die Entwicklung einer demokratischen Kultur in der Bevölkerung und eines nachhaltigen Bürgerengagements ist zumeist begrenzt. Die Präsenz von Institutionen und deren Fachkompetenz stärkt nicht notwendigerweise die Selbstverantwortung von BürgerInnen für ihr Gemeinwesen, auch weichen Aktionsformen zivilgesellschaftlicher Gruppen oft von Verwaltungshandeln ab. Die Beteiligung von Initiativen, freien Trägern sowie von BürgerInnen, die von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus betroffen sind, eröffnet jedoch die Chance, die Gestaltung kommunaler Politik weiter in die Öffentlichkeit zu verlagern.

Dennoch können kommunale Bündnisse Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlichen Engagements verbessern: Die ausdrückliche Positionierung durch kommunalpolitische VertreterInnen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus kann förderlich sein, wie auch deren praktische Unterstützung für zivilgesellschaftliche Initiativen (Informationsflüsse in beide Richtungen, Anmeldung von Veranstaltungen, Nutzung von Räumlichkeiten und Technik) und deren Anerkennung in der Öffentlichkeitsarbeit des Bezirks.

Kommunale Bündnisse können starke Wirkungen beim öffentlichen Diskurs zu Demokratiedefiziten zeigen. Sie haben die Chance, kommunale Politikgestaltung weiter in den öffentlichen Raum zu verlagern und die institutionelle Praxis zu verändern. Entscheidend ist, dass die in diesen Bündnissen getroffenen Einschätzungen nicht nur durch fachliche Perspektiven und institutionelle Interessen bestimmt werden, sondern dass die Einbindung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in die Gesellschaft bei den Handlungsstrategien berücksichtigt wird. Ihre Grenze finden kommunale Bündnisse in der Etablierung demokratischer Kultur und Engagementförderung, können hier jedoch unterstützend tätig werden.

Anmerkungen

- ⁽¹⁾ Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Juventa Weinheim München, Seite 41. Rahmung wird durch Strobl als »Reduktion eines komplexen Sachverhalts durch die Ausrichtung der Wahrnehmung und des Handelns an einem leitenden Gesichtspunkt« definiert.
- ⁽²⁾ Diese Debatte wird teilweise auf den symbolischen Gehalt von Bündnisnamen und seiner Wirkung im kommunalen Nahraum zugespielt. Allerdings zeitigen in Deutschland namensgleiche Bündnisse z.T. sehr unterschiedliche Profile und Wirkungen in ihrer Umgebung. Unter dem Titel »Gemeinsam gegen Rechts« finden sich beispielsweise in Klewe (Nordrhein-Westfalen) eine »Initiative von Landräten und Polizei«; in Berlin ein »Zusammenschluss von Antifa-Gruppen, GewerkschafterInnen und zahlreichen anderen linken Initiativen«; in Schönebeck (Sachsen-Anhalt) die interkulturell ausgerichtete Initiative »Schönebecker Courage – Gemeinsam gegen Rechts« usw.; als Formulierung wird der Titel in zahlreichen Stellungnahmen von BürgerInnen bis hin zu BundespolitikerInnen verwendet.
- ⁽³⁾ Strobl, Seite 57ff.
- ⁽⁴⁾ Anpassung des Phasenmodells nach Greiner durch Andreas Knoth, socius Organisationsberatung gGmbH Berlin

Wie entsteht mehr demokratische Kultur im Stadtteil?

Bezirksbezogene Maßnahmen in Berlin

Björn von Swieykowski

Einleitung: Soziale Phänomene in Städten

Die Beschäftigung mit sozialen Phänomenen, z. B. mit Rechtsextremismus, in Städten ist komplex. In Anlehnung an die Soziologin Ingrid Breckner können sechs Dimensionen identifiziert werden, die das Soziale der Stadt ausmachen. Es handelt sich dabei um:

1. die Kommunikationsstruktur,
2. die Wirtschaftsstruktur,
3. die städtebauliche Struktur,
4. die soziokulturelle Struktur,
5. die politisch-administrative Struktur und
6. die technische Infrastruktur.⁽¹⁾

Für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auf Berliner Bezirksebene sind alle sechs – wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung – von Belang, aber nicht alle gleichermaßen beeinflussbar. Die Kommunikationsstruktur, die soziokulturelle Struktur und die politisch-administrative Struktur sind sicherlich die wichtigsten Bereiche für das bezirkliche Engagement und lassen sich der Reihe ihrer Auflistung nach mehr oder weniger beeinflussen. Dementsprechend liegt der Fokus der folgenden Betrachtungen auf den drei zuletzt genannten Dimensionen. Aus welchem Bereich starker Einfluss ausgeübt wird, hängt natürlich auch von den lokalen Akteuren ab. Wie sie oder externe Partner wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus positive Wirkungen im Bezirk erzielen können, wird im Folgenden dargestellt.

Die bezirkliche Ebene in Berlin

Besonderheiten der Berliner Bezirke

Seit dem 1. Januar 2001 ist Berlin in 12 Verwaltungseinheiten, d. h. Bezirke, aufgeteilt. Berliner Bezirke unterscheiden sich wesentlich von ländlicheren Kommunen und Gemeinden. Die Unterschiede betreffen besonders die Größe und die Einwohnerzahl, die urbane Situation und die Verwaltungsorganisation. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus spezielle Konstellationen ergeben. Die Bezirke Berlins entsprechen hinsichtlich ihrer Einwohnerzah-

len mittleren Großstädten und sind schon daher anders zu behandeln als Gemeinden außerhalb von urbanen Räumen. Sie variieren jedoch auch untereinander stark. Dies gilt insbesondere hinsichtlich ihrer sozialen und räumlichen Struktur⁽²⁾ und hinsichtlich des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Für die Verwaltungsorganisation und den allgemeinen Status der Bezirke sind Unterschiede zu eigenständigen Gemeinden festzustellen. Die Stadtregierung Berlins ist der Berliner Senat, die Bezirke sind diesem nachgeordnet.⁽³⁾ Im Vergleich zu selbstständigen Gemeinden besitzen die Bezirke weniger Entscheidungsfreiheit, was für den Umgang mit den hier betrachteten Problemlagen bedeutsam sein kann. Umso wichtiger ist es, dass die Bezirke bereit sind, ihre organisatorischen Kapazitäten für die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu nutzen und zu bündeln. Eine weitere Besonderheit sind Doppelzuständigkeiten, z.B. im Bereich der Schulen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport ist für die Lehrer, Lehrpläne und Inhalte zuständig, die Bezirke aber für die Schulgebäude. Die zuständigen Bezirksstadträte können also weder Lehrinhalte für Schüler noch Fortbildungen für Lehrer veranlassen, weshalb es schwierig ist, bezirksweite Fachdiskussionen zu initiieren oder bezirksspezifische Schulstandards im Umgang mit dem Phänomen Rechtsextremismus zu definieren.

Stärken und Schwächen von Maßnahmen auf Bezirksebene

Die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur im Rahmen umfassender Prozesse zu bewältigen ist. Warum sollte man also gerade auf der Ebene der Kommune bzw. des Bezirks ansetzen? Neben der rein pragmatischen Tatsache, dass Bezirke Auftraggeber sind und in Zukunft sein können, sind Bezirke im Vergleich zur Landesebene überschaubarer und haben ihre eigenen spezifischen Merkmale, die es zu kennen gilt, wenn politisches Engagement für Demokratie und Menschenrechte Wirkung erzielen soll. Spezifischen lokalen Problemen kann am besten auf Bezirksebene begegnet werden. Die Handlungskompetenzen der Bezirke sind zwar nicht ausreichend, um in allen Handlungsfeldern auf der Ebene der Entscheidungsträger zu agieren, die Bürgernähe bietet aber die Chance, sehr dicht an den Belangen der Betroffenen anzusetzen. Ferner ist es auf kommunaler Ebene eher möglich Ansätze zu schaffen, die umfassend und integrativ sind, als dies auf Landesebene der Fall ist. Die dazu notwendige Kommunikation zwischen den Handlungsträgern herzustellen ist einfacher, da es sich um einen kleineren Rahmen handelt. Die üblichen sozialen und politischen Konflikte in der Kommune sind rein zahlenmäßig geringer und damit überschaubarer. Manchmal vereint das Thema Rechtsextremismus die Akteure allerdings nicht automatisch beim Entwurf von Gegenstrategien, sondern seine Behandlung führt zu neuen kommunalen Konflikten. Konkurrenz und Auseinandersetzungen sind aber leichter zu moderie-

ren, wenn die Akteure zumindest eine räumliche Beziehung haben.

Erfolgskriterien für bezirksbezogene Maßnahmen

Innerhalb der oben skizzierten drei Bereiche Kommunikationsstruktur, soziokulturelle Struktur und politisch-administrative Struktur können drei Indikatoren für den Erfolg von bezirksweiten Maßnahmen identifiziert werden:

1. Es entsteht ein **lokaler Diskurs** zu den entsprechenden Themen, der das notwendige Wissen zum Handeln vermittelt.
2. Im Zuge der bezirksbezogenen Maßnahme entstehen **kooperative Beziehungen** zwischen Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen.
3. Auf der **politisch-administrativen Ebene** verändert sich der Umgang mit Problemlagen, die aus Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entstehen.

Von dieser These ausgehend lassen sich weitere Kriterien für den Erfolg von bezirkswitem Handeln beschreiben.

Lokaler Diskurs:

Normalitätswahrnehmung als diskursives Hindernis

Schenkt man den Meinungsumfragen zum rechtsextremen Einstellungspotenzial in der deutschen Bevölkerung, die seit der 1981 veröffentlichten Sinusstudie erhoben wurden, Glauben, so ist von einem rechtsextremen Einstellungspotenzial von 13-15% auszugehen.⁽⁴⁾ Dieses Potenzial ist über einen Zeitraum von über zwanzig Jahren relativ konstant geblieben. Man könnte die Existenz dieses Einstellungspotenzials also als einen »Normalzustand« deklarieren. Im Rahmen der Beratungstätigkeit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und der Unterstützung der Arbeit an den »Lokalen Aktionsplänen für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« in Pankow und Lichtenberg wurden Mitarbeiter der MBR immer wieder mit Aussagen konfrontiert, die tatsächlich auf die Wahrnehmung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus als Normalität schließen lassen.⁽⁵⁾ Diese Sichtweise existiert teilweise auch im wissenschaftlichen Diskurs. Bereits 1967 erklärten die Soziologen Erwin Scheuch und Hans Klingemann in einem viel diskutierten Aufsatz die Existenz von Rechtsextremismus als normale Pathologie westlicher Industrienationen.⁽⁶⁾ Wenn die Präsenz von Rechtsextremisten im Straßenbild, überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse für rechtsextreme Parteien oder ausgrenzendes Verhalten gegenüber Nicht-Deutschen als Normalität angesehen werden, so hat dies für das Engage-

ment gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus weit reichende Konsequenzen; denn an den als normal angesehenen Zuständen lässt sich nur schwer Kritik üben.⁽⁷⁾ Eine solche Wahrnehmung steht der Entwicklung von integrativen Handlungsansätzen diametral entgegen; denn was als normal angesehen wird, bedarf auch keiner außerordentlichen Anstrengungen. Dieser mangelnden Problemwahrnehmung müssen bezirksbezogene Maßnahmen entgegenwirken.

Es gilt folglich, eine Sensibilisierung der lokalen Zivilgesellschaft, der lokalen Politik, der lokalen Medien, etc. zu erreichen. Dies kann einerseits durch Bemühungen geschehen, die Grundsätze der örtlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu verändern. Dazu kann eine abgesicherte Situationsanalyse (siehe unten) dienen. Die Ergebnisse können z. B. auf Ortsteilkonferenzen dargestellt und diskutiert werden. Dort, wo professionelle Projekte wie z. B. die Mobilien Beratungsteams arbeiten, können diese Analyse und Diskurse in den Stadtteil einbringen.

Erreicht werden muss eine moralisch-normative Sichtweise anstelle einer relativierenden Perspektive, die über den Vergleich mit anderen Bezirken, Städten oder Ländern eine rechtsextreme Normalität postuliert und rechtfertigt. Außerdem kann eine solche Sensibilisierung auf dieser teilweise nachbarschaftlichen Ebene am ehesten Personen erreichen, die sich bis dato nicht gezielt mit der Problematik auseinander gesetzt haben.

Werthaltiger Diskurs und Opferperspektive als Indikator

Doch zunächst zu dem moralisch-normativen Gehalt des anzustrebenden Diskurses. Fest steht, dass rechtsextreme Gewalttaten meist geeignet sind Menschen wachzurütteln. So bedrückend die Einsicht sein mag, dass gezieltes, gut organisiertes rechtsextremes Vorgehen, das sich über lange Zeiträume erstreckt, oft kaum Reaktionen in der Gesellschaft hervorruft, so entscheidend ist es, rechtsextreme Übergriffe nicht unbeantwortet zu lassen. Da rechtsextreme Gewalt für die Opfer schlimme Folgen hat, die oftmals weit über die physischen Verletzungen hinausgehen, müssen die Opfer unterstützt werden. Sofern sie bereit dazu sind, ihre Erfahrungen anderen mitzuteilen, sollte ihnen im Zuge bezirksbezogener Maßnahmen Gehör verschafft werden. Dabei geht es darum, ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Erfahrungen nicht nur auf einer einfachen Strafanzeige beruhen zu lassen, sondern politische Aufmerksamkeit und Konsequenzen einzufordern. Daher ist eine enge Kooperation mit den Opferberatungsstellen angebracht. Für den lokalen Diskurs kann die Opferperspektive ein Impuls sein, die Auseinandersetzung aus der Sicht der am meisten Betroffenen zu führen und für deren Anliegen und deren Sicherheit zu sensibilisieren.

Situationsanalyse

Ein weiteres gezielt einsetzbares Mittel, das geeignet ist, die lokale Auseinandersetzung positiv zu beeinflussen, ist die Situationsanalyse. Während eine Kommunalanalyse rechtsextreme Strukturen und Erscheinungsformen im gesamten Bezirk dokumentiert, beschreibt die weniger aufwändige Situationsanalyse das rechtsextreme Umfeld in einer Schule oder in einem Kiez oder sie stellt die Voraussetzungen und Strukturen heraus, die zu einem rechtsextremen Vorfall geführt haben. Auf der Grundlage einer Situationsanalyse können Informationsveranstaltungen durchgeführt werden, die Diskussionen initiieren. Wenn gesicherte Erkenntnisse durch eine Situationsanalyse vorliegen, ist das eine gute Ausgangsposition für einen sinnvollen Diskurs zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Entscheidend ist, dass die Ergebnisse einer Situationsanalyse in konstruktiver Atmosphäre zur Diskussion gestellt werden. Auch wenn sich ein breiter Konsens über Maßnahmen gegen diese Problemlagen nicht ohne Weiteres herstellen lässt, so sollte zumindest eine gewisse Einigung über ihre Wahrnehmung angestrebt werden. Nur so wird eine Akzeptanz für spätere Maßnahmen erreicht. Auch Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer, Jugendsozialarbeiter oder Jugendliche, die unabhängig von einer Situationsanalyse durchgeführt werden können, sind geeignet, um eine Sensibilisierung zu erreichen.

Verdeckte rechtsextreme Äußerungen

Rechtsextreme Aktivitäten, rassistische Einstellungen und antisemitische Propaganda werden oftmals nicht als solche wahrgenommen, was unterschiedliche Ursachen hat. Rechtsextreme kaschieren den Inhalt ihrer Aussagen z. B. durch linke Symbolik, die Bezugnahme auf »Frieden in der Welt« und eine unverdächtige Aufmachung. Rassistische Stereotype werden von ihnen gerne bemüht, da sie bei Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung treffen und somit als Anknüpfungspunkte dienen können. Antisemitische Propaganda wird häufig in Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt geäußert und somit als bloße Kritik an der Politik Israels getarnt. Diese rechtsextremen Strategien zu erkennen, erfordert Kenntnisse über die aktuellen Entwicklungen innerhalb der rechtsextremen Szene. Schwieriger wird es dort, wo Teile rechtsextremer Ideologie von Menschen artikuliert werden, die selbst weder rechtsextrem organisiert sind, noch über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen. Diesen diskursiven Schnittstellen zwischen rechtsextremer Ideologie und der gesellschaftlichen Mitte kann nur in langfristigen Prozessen der Meinungsbildung begegnet werden.

Entscheidende Diskursmerkmale

Abschließend lässt sich feststellen, dass ein lokaler Diskurs folgende Merkmale aufweisen sollte, um erfolgreiches Engagement auf bezirklicher Ebene zu er-

möglichen. Er sollte erstens einen moralisch-normativen Charakter haben und Rechtsextremismus nicht über Vergleiche verharmlosen. Zweitens sollte er ein Problembewusstsein bei den Beteiligten hervorrufen und eine genaue Wahrnehmung der Problemlagen erzeugen. Somit sollte er drittens eine Sensibilisierung der lokalen Gesellschaft unter Einbeziehung der Opferperspektive bewirken und viertens zum Handeln anregen. Ein Diskurs, der diese Charakteristika aufweist, ist eine gute Grundlage für die Arbeit für Demokratie, auf der Bündnisse und Personen, die beruflich mit den hier diskutierten Problemlagen befasst sind, aufbauen können.

Kooperative Beziehungen

Bezirkliche Bündnisse

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind gesellschaftliche Probleme, die weder ein bloßes Jugendphänomen sind oder sich sonst auf eine soziale Gruppe reduzieren lassen. Sie tauchen potenziell in allen sozialen Bereichen auf. Daher ist es wichtig, dass ihnen auch in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft offensiv begegnet wird. Um jedoch eine Zersplitterung und unnötige Trennung von Engagement zu verhindern, werden häufig Bündnisse gegründet, denen Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen angehören. Die damit einhergehenden Unterschiede der Motivation und der Sichtweise auf die Problemlagen können eine Bereicherung sein, sie können aber auch Konflikte hervorrufen.

Maßnahmen, die auf der Ebene der Berliner Bezirke ansetzen, müssen lokale Bündnisse unterstützen, sofern sie bereits existieren oder gegebenenfalls die Entstehung solcher Bündnisse fördern. An dem Erfolg der Arbeit solcher Bündnisse entscheidet sich der Erfolg der bezirksweiten Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Nicht zuletzt, weil sie die entsprechenden Themen auch in Zeiten des öffentlichen Desinteresses auf die lokale Agenda setzen, spielen sie eine besondere Rolle in den Bezirken. Mindestens ebenso wichtig ist es, dass sie die Kristallisationspunkte des Engagements sind und nicht verschiedene Parallelstrukturen entstehen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass potenzielle Interessenten die Möglichkeit haben, einfach Kontakt zu den Bündnissen herzustellen. Nur durch eine solche Sichtbarkeit kann eine Wirksamkeit der Arbeit erzeugt werden. Im Idealfall bieten zivilgesellschaftliche Bündnisse Interessierten unterschiedliche Möglichkeiten des Engagements an. Sie sollten es Menschen ermöglichen, lediglich sporadisch aktiv zu werden und nur verhältnismäßig lose eingebunden zu sein. Es sollte kein Problem darstellen, wenn einzelne die Bündnisse primär nutzen, um Informationen zu bekommen; denn dies kann ein Beitrag zur oben beschriebenen Gestaltung eines lokalen Diskurses sein. Allerdings funktioniert dies nur, solange es auch wirkliche Aktivist:innen in den Bündnissen gibt.⁽⁸⁾

Wenn es gelungen ist, eine konstruktive Atmosphäre zu schaffen, die es Personen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen mit verschiedenen Motivationen und Anliegen ermöglicht zusammenzuarbeiten und damit die Grundlage der Bündnisarbeit überhaupt geschaffen wurde, können weitere eher strategische Ziele in Angriff genommen werden. In diesem Zusammenhang ist an erster Stelle die öffentliche Anerkennung und positive Würdigung der Bündnisarbeit zu nennen. Sie hat für die oben bereits erwähnte Sichtbarkeit eine hohe Relevanz; denn das Potenzial an Bürgerinnen und Bürgern, die gewillt sind, sich für eine demokratische Kultur in ihrem Umfeld einzusetzen, wird bestärkt, wenn die Arbeit lokaler Bündnisse auf positive öffentliche Resonanz trifft.

Eine weitere Erfolgsbedingung für lokale Bündnisse ist die Dauerhaftigkeit der Arbeit. Um nachhaltige Arbeit zu ermöglichen, sollten konkrete Projekte anvisiert werden, an denen entsprechend vorhandener Ressourcen gearbeitet werden kann. Diesbezüglich ist es die Aufgabe der MBR eine Beratungsfunktion wahrzunehmen, die dazu beiträgt, sinnvolle Projekte zu konzipieren, die Initiative nicht zu überfordern, ihr Potenzial jedoch zu fördern und darauf zu achten, dass das Projekt nicht in unkonkretem Aktivismus endet. Die Arbeit der MBR in Berlin hat gezeigt, dass die Bereitstellung des Wissens über rechtsextreme Zusammenhänge vor Ort und die Aufbereitung wissenschaftlicher Erkenntnisse über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wichtig ist, um effiziente Gegenmaßnahmen entwickeln zu können. Den ehrenamtlich arbeitenden Akteuren ist es manchmal nicht möglich, umfassende Informationen über die lokalen rechtsextremen Zusammenhänge zusammenzutragen. Ähnliches gilt für überregionale Entwicklungen des Rechtsextremismus. Ferner gilt es, Strategien hinter und Wirkungen von speziellen rechtsextremen, rassistischen und/oder antisemitischen Vorfällen zu analysieren, wobei die professionelle Unterstützung der MBR ebenfalls sehr hilfreich sein kann.

Erfolgreiche Bündnisarbeit kann im besten Fall die Arbeit über lange Zeiträume stabilisieren. Somit kann letztlich auch die Mobilisierungskraft der Zivilgesellschaft gestärkt werden, mehr Menschen setzen sich für lokale Belange und für demokratische Werthaltungen ein, was ein weiteres anzustrebendes Ergebnis des in Bündnissen verfassten zivilgesellschaftlichen Engagements ist.

Die politisch-administrative Ebene

Für die politisch-administrative Ebene sind zunächst einige Hindernisse zu identifizieren, um genauer zu analysieren, wie hier ein sinnvolles Engagement aussehen kann. Wie oben bereits erwähnt, haben die Berliner Bezirke nicht auf alles Einfluss, was in ihren Grenzen geschieht. Sie sind nicht für alle Institutionen zuständig und erhalten vom Senat zwar eine Globalsumme als Haushalt, die jedoch in Zeiten knapper

Kassen wenig finanzielle Spielräume lässt, um Mittel für das Engagement gegen Rechtsextremismus aufzubringen.

Ein weiteres Problem stellt das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung dar. Stadträte haben innerhalb einer Legislaturperiode kaum eine Chance, Maßnahmen gegen eine Verwaltung durchzusetzen. Sie sind darauf angewiesen, im Einklang mit ihrer Verwaltung zu agieren, da ihnen die Mittel zur Kontrolle und Durchsetzung angestrebter Maßnahmen fehlen und ihre Amtszeit oft kürzer ist, als die eines Verwaltungsleiters. Keinesfalls soll hier den Bezirksverwaltungen an sich eine Unwilligkeit unterstellt werden. Es ist aber wichtig festzustellen, dass der politische Wille alleine, auch wenn er auf der Ebene von Bezirksämtern vorhanden ist, nicht ausreicht, um Maßnahmen durchzusetzen. Denn Verwaltung findet in einem Rahmen statt, der schnelle Veränderungen nicht unbedingt begünstigt. Bis tatsächlich handlungsrelevante Standards auf Verwaltungsebene erreicht werden können, ist es ein langer Weg.

Vor diesem Hintergrund erscheint das zivilgesellschaftliche Handeln einzelner evtl. sogar exponierter Mitglieder eines Bezirksamtes in einem anderen Licht: Es ist außerordentlich wichtig und sollte gefördert werden, wann immer dies möglich ist. Eine öffentliche Solidarisierung mit Opfern rechtsextremer Gewalt beispielsweise hat zwar primär Symbolcharakter, die-

ser symbolische Gehalt ist aber nicht zu unterschätzen. Er kann dazu beitragen, den lokalen Diskurs positiv zu beeinflussen, und kann innerhalb des jeweiligen Bezirksamtes sensiblere Standards setzen.

Auch langfristige Prozesse wie die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sind wichtige Bestandteile einer Veränderung des Umgangs mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Nicht nur, weil sie tatsächliche Verbesserungen für Menschen mit Migrationshintergrund bewirken, sondern auch, weil sie das Thema Rassismus auf der Tagesordnung halten können, sofern ihnen innerhalb des Bezirksamtes die entsprechende Bedeutung eingeräumt wird.

Feste Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen und klare Zuständigkeiten innerhalb des Bezirksamtes sollten selbstverständlich sein. Ähnliches gilt für den kooperativen Charakter des Engagements, der natürlich gefördert werden sollte. Es ist in diesem Zusammenhang durchaus sinnvoll, Bereiche der Kooperation zwischen Bezirksamt und zivilgesellschaftlichen Bündnissen offiziell zu vereinbaren, um die Handlungsfähigkeit bei Aktionen wie öffentlichen Kundgebungen, Festen oder Sportveranstaltungen zu verbessern. Ferner kann somit ein Austausch von Informationen hergestellt werden, der dem Engagement ebenfalls dienlich ist.

Fazit

Es bleibt festzuhalten, dass der lokale Diskurs auf Dauer die Normalitätswahrnehmung durch eine moralisch-normative Sichtweise ersetzen muss. Folglich geht es um einen sensibilisierenden Charakter des lokalen Diskurses auf der Grundlage von Situationsanalyse und Opferperspektive. Diskutiert werden sollte weniger, ob es Probleme gibt, sondern wie mit ihnen umgegangen werden kann. Dabei spielen die lokalen Bündnisse und Initiativen eine entscheidende Rolle. Sie sind die Orte, an denen sich Problemwahrnehmung in Handlungsansätze übersetzen lässt. Sie sind somit Anlaufpunkte für aktive Bürger und gleichzeitig die Orte, an denen Informationen zusammenlaufen. Für ihre Aktivitäten ist eine Unterstützung seitens des Bezirksamtes wichtig, nicht nur, weil dies eine Anerkennung des Engagements bedeutet. Die gute Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Bezirksamt hat aufgrund ihrer gesellschaftlichen Breite eine Signalwirkung. Daher ist noch einmal zu betonen, dass wegen der besonderen Situation der Berliner Bezirke guter Wille auf der Ebene der Bezirksämter sehr wichtig ist. Die Positionierung exponierter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verhilft dem Thema zu mehr Akzeptanz und führt zu ernsthafter Beschäftigung damit.



Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Abgeordnetenhaus Berlin bei der Ausstellung »Gemeinsam gegen Rechtsextremismus – Ziviles Engagement fördern«, November 2003.

Bild: MBR

Anmerkungen:

- (1) Vgl. Breckner (2000), Seite 135
- (2) So hat beispielsweise Kreuzberg-Friedrichshain eine viermal so hohe Bevölkerungsdichte wie Pankow, vgl. http://www.statistik-berlin.de/aktuell/12_bezirke/Die_12_Bezirke_FB.pdf
- (3) Geregelt wird das Verhältnis im Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz (AZG)
- (4) Vgl. z.B. Sinusstudie (1981), Falter (1994), Stöss/Niedermayer (1998)
- (5) So sagten beispielsweise in den Bezirken Lichtenberg und Pankow Sozialarbeiter, dass es ihrer Meinung nach unter Jugendlichen beinahe schon zum guten Ton gehört, gegen Ausländer zu sein. (Vgl. ZDK (2003)).
- (6) Vgl. Scheuch, Erwin/Klingemann Hans D. (1967)
- (7) Vgl. Heitmeyer (2003 a) Seite 13ff.
- (8) Siehe Artikel von Timm Köhler in diesem Heft »Vernetzung durch Bündnisse«

Literaturliste:

Breckner, Ingrid (2000): Konzepte des Sozialen in der gesellschaftswissenschaftlichen Stadtforschung. In: Die alte Stadt, 27 (2000), Seite 126-138.

Buntenbach, Annelie (1999): Gesellschaft gegen rechts? Zum politischen Umgang mit dem Rechtsextremismus. In: Mecklenburg, Jens: Was Tun Gegen Rechts, Berlin.

Falter, Jürgen W. (1994): Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München.

Heiler, Kurt (2001): Antifaschismus als kommunale Aufgabe. In: Ulrich Schneider (Hg.): Tut Was, Strategien gegen Rechts, Köln.

Heitmeyer, Wilhelm (2003): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002 sowie 2003. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Die erste Fortsetzung, Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (2003): Anknüpfungspunkt: Rassismus - Dünne Zivilität auch bei Honoratioren. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Die erste Fortsetzung, Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (2003): Anknüpfungspunkt: Antisemitismus - Neue Verbündete und normale Gleichgültigkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Die erste Fortsetzung, Frankfurt am Main.

Kahane, Anetta (1999): Handeln für Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus. In: Mecklenburg, Jens: Was Tun Gegen Rechts, Berlin.

Ramelsberger, Annette (2003): Ein Dorf, ein Mord und das ganz normale Leben. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Die erste Fortsetzung, Frankfurt am Main.

Sinusinstitut (1985): 5 Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben... Eine Sinusstudie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek.

Scheuch, Erwin/Klingemann Hans D. (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: HJWS 12 (1967), Seite 11-29.

Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar (1998): Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998. Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1, Berlin.

Ulrich Schneider (2001) (Hg.): Tut Was, Strategien gegen Rechts, Köln.

Von Bebenburg (2003): Fremdenfeindlichkeit als »ganz normale Gesinnung«, das Urteil zum Wittstocker Totschlag an Kajrat Batsov. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Die erste

Fortsetzung, Frankfurt am Main.

Vornbäumen, Axel (2003): Als niemand mehr beim Juden kaufte. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Die erste Fortsetzung, Frankfurt am Main.

Zschoke, Holger (2001): Küsst die Faschisten? Ostdeutsche Kommunen und Rechtsextremismus. In: Ulrich Schneider (Hg.): Tut Was, Strategien gegen Rechts, Köln.

Zentrum Demokratische Kultur (2003) (Hg.): Lokaler Aktionsplan Lichtenberg-Hohenschönhausen »Für Demokratie und Toleranz - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«, Berlin.

Zentrum Demokratische Kultur (2003) (Hg.): Lokaler Aktionsplan Pankow »Für Demokratie und Toleranz - Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«, Berlin.

»Kaum jemand fragt nach den Opfern.«

Interview mit Sabine Seyb von der Opferberatung ReachOut

Mathias Wörsching

MBR: Könntest Du bitte Dich und Dein Projekt kurz vorstellen?

ReachOut: Mein Name ist Sabine Seyb, ich bin Mitarbeiterin von ReachOut, einem Projekt zur Beratung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin. ReachOut wurde im Sommer 2001 gegründet und wird finanziert über das Bundesprogramm CIVITAS und über das Berliner Programm »Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«. Neben der direkten Beratung und Unterstützung von Opfern bieten wir antirassistische Bildungsarbeit an. In beiden Tätigkeitsbereichen steht die Perspektive und die Situation der Opfer im Vordergrund. Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit vermitteln wir das Ausmaß rechter, rassistischer Gewalt und die Folgen, die ein Angriff für die Betroffenen hat.

MBR: Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) ist neben ReachOut ein weiteres Projekt mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus. Siehst du bei der Arbeit der beiden Projekte im gleichen Themenfeld Überschneidungen oder Probleme?

ReachOut: Nein. Die beiden Projekte haben bereits während der Antragsphase kooperiert und sich über die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte und -ziele verständigt. Daher ergänzen wir uns sehr gut und das ist bei dem Arbeitspensum, das wir zu bewältigen haben, sehr hilfreich.

MBR: Ergeben sich aus der unterschiedlichen Aufgabenverteilung verschiedene Rollen in der öffentlichen Wahrnehmung?

ReachOut: ReachOut stellt die Situation und die Bedürfnisse der Opfer rechtsextremer, rassistischer Angriffe in den Mittelpunkt. Die MBR berücksichtigt die Sicht der Betroffenen, greift auf Anfrage dort ein, wo es zu Schwierigkeiten mit Rechtsextremismus und Rassismus gekommen ist und das Problem bereits erkannt wurde. Das machen wir zwar auch, aber eben erst, wenn wir direkt von Übergriffen erfahren. Dann intervenieren wir, wenn nötig in den Bezirken, bspw. bei Bezirksbürgermeistern und Parteien, eben bei den politisch Verantwortlichen.

Wir stehen parteilich auf der Seite der Opfer. Dabei müssen wir manchmal sehr deutlich werden. So entstehen Interessenskonflikte, die es auszutragen gilt. Die MBR übernimmt eine eher vermittelnde Rolle. Ich gehe davon aus, dass das in der öffentlichen Wahrneh-

mung auch so ankommt. Diejenigen, die von rechten, rassistischen SchlägerInnen angegriffen wurden, wenden sich direkt an uns oder werden von der MBR an uns verwiesen. Die Anfragen von Institutionen wie Bezirksamtern, Schulen, Jugendklubs, die Interesse daran haben, Handlungsmodelle gegen Rechtsextremismus zu entwickeln, richten sich an die MBR. Wir werden zwar auch von den gleichen Einrichtungen angefragt, um dort Bildungsveranstaltungen durchzuführen. Aber dabei steht, wie gesagt, die Situation der Betroffenen und die Frage, welche Unterstützung sie benötigen, im Vordergrund.

An den unterschiedlichen Anfragen, die an beide Projekte herangetragen werden, wird deutlich, dass unsere jeweilige Schwerpunktsetzung auch in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen ist.

MBR: Für die MBR ist die Solidarität mit den Opfern rechtsextremer Gewalt ein Maßstab und ein Indikator für die demokratische Kultur in einem Gemeinwesen. Für Euch ist die Perspektive der Opfer ein zentraler Begriff. Was heißt das konkret?

ReachOut: Wir gehen davon aus, dass nach wie vor die Frage nach den Tätern in der Öffentlichkeit im Vordergrund steht. Kaum jemand fragt danach, welche Bedeutung ein rechter, rassistischer Angriff für die Opfer hat. Das wird – bis auf wenige Ausnahmen – deutlich an der Medienberichterstattung direkt nach einem Angriff. Das setzt sich fort, wenn die Täter vor Gericht stehen. Statt nach den Opfern zu fragen, erfahren wir eine Menge über die Täter: Über ihre Herkunft, welchen politischen oder auch familiären Hintergrund sie haben. Uns geht es nun darum, diese eingeschränkte Sichtweise zu verändern, indem begreifbar wird, welche Auswirkungen rechte, rassistische Gewalt hat. Das wäre ein Schritt, um eine Solidarisierung mit den Opfern zu erreichen und die potenziellen Opfer besser vor Angriffen schützen zu können.

MBR: Kannst Du beschreiben, in welcher Situation sich die Opfer befinden?

ReachOut: Rechte, rassistische Gewalt bedeutet nicht nur, dass Menschen körperliche Verletzungen davontragen. Das hat viel weit reichendere, lang anhaltende Folgen. Selbst wenn die sichtbaren Verletzungen geheilt sind, wirken die Demütigungen und Ängste weiter. Die Betroffenen müssen häufig ihre Ansprüche gegenüber den Behörden erkämpfen. Dabei gibt es kaum Selbstverständlichkeiten. Jede Form von Hilfe oder Leistung, die aufgrund des Angriffs notwendig ist, muss beantragt oder sogar erstritten werden. Dabei unterstützen wir die Betroffenen. Auch deshalb ist es erforderlich, die Schwierigkeiten, die aus einem solchen Angriff resultieren, öffentlich und begreifbar zu machen.

MBR: Könntest Du kurz ein paar konkrete Beispiele aus der Zusammenarbeit von ReachOut und MBR vorstellen?

ReachOut: Die MBR ist schon recht lange im Bezirk Treptow/Köpenick aktiv. Das Team wurde von einem Jugendklub angefragt. Dort gab es Schwierigkeiten mit rechtsextremen Tendenzen und rechtsextrem-orientierten, bzw. rechtsextremen Jugendlichen, die den Klub regelmäßig besuchten. Die MBR entwickelte mit den verantwortlichen PädagogInnen und SozialarbeiterInnen und mit den nicht-rechten Jugendlichen vor Ort Handlungsmodelle. Im Rahmen dieser Diskussionen und dieser Unterstützung erfuhr die MBR von jungen Punks, die im Bezirk dauernd angegriffen, angepöbelt und bedroht werden.

ReachOut wurde von der MBR darüber informiert. Zwischen der MBR und den Jugendlichen hatte sich bereits ein Vertrauensverhältnis entwickelt. Deshalb sind wir zunächst mit einer Vertreterin der MBR in den Jugendklub gegangen, um unsere Arbeit vorzustellen. Daraus resultierten mehrere Beratungsgespräche mit betroffenen Jugendlichen. Infolgedessen hat ReachOut Kontakt zu einigen Eltern aufgenommen. Denn wir finden es grundsätzlich wichtig, auch das Umfeld der Betroffenen in die Beratung einzubeziehen. Daraus ist die Idee entstanden, ein Elterntreffen zu organisieren. Das haben wir mit der MBR gemeinsam vorbereitet und gestaltet. Diese Elterntreffen finden in unregelmäßigen Abständen weiter statt. Gleichzeitig sind wir – ReachOut und MBR – gemeinsam auf ein bezirkliches Bündnis gegangen, um einerseits unsere Arbeit vorzustellen und andererseits im Rahmen des Bündnisses und auch direkt mit dem Bürgermeister zu überlegen, ob es für den Stadtteil nicht einen »Runden Tisch« geben müsse, um mit allen AkteurInnen Lösungsmöglichkeiten und Perspektiven zu entwickeln.

MBR: Welche Möglichkeiten gibt es, die Situation von realen und potenziellen Opfern in einem Bezirk zur Geltung zu bringen; ihre Perspektive in den lokalen Diskurs einzuspeisen?



Rechtsextremismus öffentlich wahrnehmen: Die Arbeit mit Medien und die regelmäßige Veröffentlichung von Analysen ist Teil der MBR Arbeit. MBR Mitarbeiter im Gespräch mit Journalisten auf einer Pressekonferenz der Opferberatung »ReachOut«.

Bild: MBR

ReachOut: Das kommt immer ganz darauf an, wie offen oder wie abweisend die politischen Verantwortungsträger in einem Bezirk sind. Manchmal kann es ausreichen, wenn ReachOut zusammen mit den Betroffenen über die Situation informiert, um zu erreichen, dass lokale Verantwortungsträger Stellung beziehen. Wir denken nicht, dass damit das Problem schon gelöst ist. Aber wir sind davon überzeugt, dass sich die Stimmung in einem Bezirk in dem Moment zu verändern beginnt, wenn beispielsweise ein Bürgermeister ganz konsequent die Opfer nach einem Angriff offensiv und öffentlichkeitswirksam aufsucht, mit ihnen redet, sich ein Bild macht von deren Gefährdung. Wenn er nach außen trägt, dass rechte, rassistische Gewalt und die Bedrohung in einem Stadtteil, einem Bezirk oder der ganzen Stadt nicht geduldet wird, ist dies ein erster Schritt zur Veränderung. So kann es gelingen, dass sich auch andere BürgerInnen positionieren gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und zumindest bereit sind, beim nächsten Angriff Hilfe zu holen.

Umgekehrt müssen sich PolitikerInnen im Klaren darüber sein, dass sie StichwortgeberInnen für rechtsextreme Schläger sind, wenn sie sich rassistisch äußern.

MBR: Die gleiche Frage noch einmal auf die mediale Öffentlichkeit Berlins bezogen: Welche Möglichkeiten habt Ihr da, die Perspektive der Opfer in den Diskurs einzubringen?

ReachOut: Am besten funktioniert Öffentlichkeitsarbeit, wenn wir über einzelne, besonders brutale Angriffe berichten können. Das Problem dabei: Viele Betroffene wollen das gar nicht, weil sie Angst vor weiteren Angriffen haben oder davor, dass ihre Anonymität von den Medien nicht gewahrt wird, oder weil sie den Umgang mit Öffentlichkeit überhaupt nicht gewohnt sind. Die Opfer, die sich für eine Öffentlichkeitsarbeit entscheiden, begleiten wir zu Preseterminen und informieren zuerst die MedienvertreterInnen, die bereits ein hohes Maß an Sensibilität für die Situation der Opfer entwickelt haben.

Auch in Berlin existieren für die potenziellen Opfer Angstzonen, in denen sie sich nicht gerne und abends gar nicht bewegen. Dafür existiert leider wenig Interesse bei der medialen Öffentlichkeit. Betroffenheit lässt sich tatsächlich am besten erzeugen mit Einzelfällen. Das halten wir nicht immer für sinnvoll, weil dahinter der ganz »normale« rassistische Alltag verschwindet.

Zu unserer Öffentlichkeitsarbeit zählen auch Veranstaltungen zur Situation des Rechtsextremismus und Rassismus in Berlin. Auch wenn dadurch weniger Menschen erreicht werden, als durch die Medien, können auf diese Weise eigene Akzente gesetzt und politische Hintergründe beleuchtet werden.

MBR: Häufig reagieren Kommunen ja sehr ignorant und ablehnend gegenüber einer Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen. Was kann ReachOut tun, um diese Haltung, diesen »Imageschaden-Effekt«, aufzubrechen?

ReachOut: Es ist sicher richtig, dass Kommunen bzw. Bezirksverwaltungen bisweilen abweisend reagieren. Es wird dann gesagt, dass die Innenwahrnehmung eine ganz andere sei als unsere, die wir ja von Außen kommen. Das kann uns immer zum Vorwurf gemacht werden. Denn wir arbeiten im gesamten Stadtgebiet und eben nicht bezirksgebunden. Trotzdem haben wir natürlich auch Innenansichten, nämlich die, die uns die Opfer vermitteln. Besonders schwierig wird die Situation immer dann, wenn wir auf Angriffe aufmerksam machen, die eben nicht ganz klar stadtbekanntem Rechtsextremen zuzuordnen sind, sondern wenn es sich um den so genannten »normalen« Rassismus handelt. So zum Beispiel, wenn Menschen nicht-deutscher Herkunft in ihrem Wohnumfeld andauernd mit Nachbarn konfrontiert sind, die sie beschimpfen, belästigen, ihre Kinder bedrohen usw.. Ignoranz zeigt sich auch dann, wenn den Opfern selbst vorgeworfen wird, dass sie überempfindlich reagieren bzw. dass es sich um ganz »normale« nachbarschaftliche Auseinandersetzungen handelt, die nichts mit Rassismus zu tun hätten. Abgestritten wird häufig, dass gewisse Angsträume existieren. – Im Allgemeinen wird das sehr wohl gesehen, aber nur ungern im eigenen Kiez. Aber dieser Vorwurf, »Nestbeschmutzer« zu sein, auf Missstände hinzuweisen, die nicht wirklich existieren oder von außerhalb eines Bezirkes nicht beurteilt werden können, bedeutet nicht, dass intern keine Diskussionen ausgelöst werden. Vielleicht kann das gerade deshalb gelingen, weil wir von Außen kommen und wir uns nicht permanent in »internen« Strukturen bewegen müssen. Wahrnehmungen und Handlungsmuster verändern sich sehr langsam. Das sind Prozesse, die erst langfristig und manchmal ohne direkten Zusammenhang mit einer konkreten Intervention spür- und sichtbar werden.

MBR: Auf welchem Wege versucht Ihr, eine Nachhaltigkeit in der Solidarisierung mit den Opfern zu erreichen?

ReachOut: Indem wir nicht nachlassen und konsequent die Opfer rechter, rassistischer Gewalt in den Blickpunkt rücken. Das kann dort, wo wir Veränderungen erreichen wollen, nicht immer angenehm sein. Wenn wir uns nicht ab und zu unbeliebt machen, machen wir etwas falsch! ReachOut existiert jetzt seit knapp zweieinhalb Jahren. Da lassen sich sicher noch keine nachhaltigen Veränderungen erzielen. Um das zu können, muss diese Arbeit langfristig abgesichert sein.

Eigentlich wollen wir erreichen, dass wir überflüssig werden. Das heißt konzeptionell, dass wir den von uns vertretenen Ansatz der Beratungs- und Unterstützungsarbeit an Gruppen, die sich in den Bezirken engagieren, weitertragen: Durch Fortbildungen, Praktika und Ehrenamtliche. Im Grunde sollte die Beratungsarbeit und die Form von Intervention, für die wir eintreten, vor Ort geleistet werden können. Denn auf Dauer kann es nicht sein, dass nur ein Projekt für die ganze Stadt zuständig ist.

MBR: Nun kommt Ihr ja in Eurer Arbeit recht häufig in Kontakt mit der Polizei. Wie würdest du die Rolle der Berliner Polizei in Bezug auf den Umgang mit rechtsextremen, rassistischen Straftaten einschätzen?

ReachOut: Was uns die Opfer rechtsextremer, rassistischer Angriffe immer wieder berichten ist, dass sich die Polizei im Umgang mit Opfern rechter, rassistischer Gewalt nicht gerade durch Sensibilität auszeichnet. Die Betroffenen haben häufig den Eindruck, dass ihnen nicht geglaubt wird oder sie selbst für den Übergriff verantwortlich gemacht werden. Ein Beispiel: Ein junger Punker wurde angegriffen und er entschließt sich, Anzeige zu erstatten. In der Vernehmung bekommt er zu hören: »So wie du aussiehst, musst du dich ja nicht wundern; das ist doch eine Provokation, sag' doch mal selbst ...«, oder »Du bist ja schon wieder da, um eine Anzeige zu erstatten. Findest du das nicht sonderbar, so häufig?«

Solche Umgangsformen sind natürlich nicht besonders förderlich, wenn es darum geht, das Anzeigeverhalten der Opfer zu verändern. Hier müssen bei der Polizei Veränderungen erreicht werden. Es kann nie die einzige Strategie sein, aber es geht uns schon darum, dass sich das Ausmaß rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt auch in den offiziellen Zahlen von Polizei und Verfassungsschutz widerspiegelt.

Das Verhalten der Polizei am Tatort oder in einer Vernehmungssituation mit Opferzeugen kann zu starken psychischen Belastungen bei den Opfern, manchmal sogar zu einer weiteren Traumatisierung nach dem eigentlichen Übergriff führen. Beispiel: Ein Mann wird in Folge eines rassistisch motivierten Angriffs bewusstlos. Vorher gelingt es ihm, die Polizei zu verständigen. Als er wieder zu sich kommt, steht die Polizei vor ihm und fragt ihn als erstes nach seinen Ausweispapieren. Das hat das Opfer schwer erschüttert.

Es müsste eigentlich zum Einmaleins eines/einer jeden Polizistin/en gehören, dass zuerst medizinische Hilfe angefordert wird, bzw. dass sie sich in Vernehmungssituationen korrekt verhalten.

Ein weiteres Problem: Wenn die Täter von Seiten der Polizei nicht ganz klar der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind, wird die rechtsextreme, rassistische Tatmotivation bisweilen gar nicht ermittelt. Oder wenn der Übergriff mit einem Raub verbunden ist, wird eben erst in Richtung »Raub« ermittelt und nicht der rassistische Hintergrund der Tat herausgestellt. Dann bleibt für uns die Frage: Geht so ein Angriff in die Statistik ein oder nicht? Und was genau sind eigentlich die Erfassungskriterien?

MBR: Welche Wirkung erzielt ihr mit Eurem Beratungsangebot bei den Opfern? Kannst Du aus der Erfahrung heraus etwas verallgemeinern?

ReachOut: So ganz allgemein kann ich das nicht sagen, weil die Anliegen und Bedürfnisse der Leute, die hierher kommen, sehr unterschiedlich sind. Aber einer der wichtigsten Aspekte ist, dass die Betroffenen zunächst einen geschützten Raum bekommen, um zu

erzählen und dass sie wissen, ihnen wird geglaubt. Das ist für sie nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit und ist gleichzeitig sehr wichtig, um wieder Selbstvertrauen zu erlangen. Manchmal steht die psychosoziale Unterstützung im Vordergrund, manchmal geht es um eine Weitervermittlung zur professionellen psychologischen Beratung. Häufig muss der rechtliche Rahmen abgesteckt werden. Oder es geht darum auszuloten, welche finanziellen Hilfen es gibt. Aber in jedem Fall unterstützen wir die Betroffenen darin, aus ihrem Opferstatus – den sie ja in der Situation, in der sie geschlagen und gedemütigt werden, haben – wieder herauszukommen und für sich selbst eintreten zu können. Da habe ich, weil wir ja von den Leuten auch ein Feedback bekommen, schon den Eindruck, dass uns das in den meisten Fällen gelingt.

MBR: Wie wird Euer Angebot eigentlich von Eurer »Zielgruppe« angenommen? Ist es überhaupt ausreichend bekannt? Wie schätzt Ihr die Dunkelziffer ein, also die Anzahl derjenigen Angriffe, die Euch nicht zu Gehör kommen?

ReachOut: Wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, dass die Dunkelziffer im Bereich rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe bei etwa 75% liegt. Ziel von ReachOut ist es, dass diese hohe Prozentzahl perspektivisch geringer wird.

Die Zielgruppen erreichen wir unterschiedlich gut. 2002 kamen bspw. wenige Jugendliche zur Beratung. Das hat sich in diesem Jahr deutlich verändert. Die größte Gruppe neben den Jugendlichen waren in diesem Jahr Menschen mit Migrationshintergrund.

Wir fragen die Leute, wie sie von uns erfahren haben. Viele kommen über FreundInnen und Bekannte, die bereits von uns unterstützt wurden, zu uns. Über Leute also, die offenbar mit unseren Angeboten und Vorgehensweisen zufrieden waren. Zum ändern wird das Angebot bekannt über andere Projekte, wie beispielsweise Sozialberatungen, aufenthaltsrechtliche Beratungen oder die MBR. Viele Menschen erfahren über das Internet von uns.

Bisher kaum erreicht haben wir Menschen mit »Behinderungen« und sozial Benachteiligte wie zum Beispiel Wohnungslose. Wir haben zwar schon seit der Antragsphase viele Gespräche mit Selbsthilfegruppen und SozialarbeiterInnen geführt und unsere Angebote vorgestellt, daraus resultierten bisher jedoch keine Beratungen. Dennoch gehen wir davon aus, dass gerade bei diesen Zielgruppen die Dunkelziffer sehr hoch ist. Da liegt noch eine Menge Arbeit vor uns.

Kontakt:

ReachOut
Opferberatung und Bildung gegen
Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Oranienstraße 159
10969 Berlin
Fon: 030. 69568-339/-344
Fax: 030. 69568-346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Beispiele aus der Praxis der MBR

Eine Schülerinitiative – erfolgreich gegen Rechtsextremismus

Dorothea Schütze und Mathias Wörsching

Eines der wesentlichen Handlungsfelder der Mobilen Beratung ist es, demokratische Initiativen zu unterstützen und zu stärken. Im Bereich Schule arbeitet die MBR hierbei eng mit der Schulcoacherin Dorothea Schütze zusammen – so auch im Fall eines Pankower Gymnasiums.

Im Frühsommer 2002 wandte sich eine Lehrerin des Gymnasiums an die MBR, nachdem ihr in ihrer Klasse massive rechtsextreme Tendenzen bei einigen SchülerInnen aufgefallen waren. Diese drückten sich unter anderem in Schmierereien aus. Die Versuche der Lehrerin, mittels Unterrichtsgestaltung und einer Elternversammlung aufklärerisch zu wirken, liefen ins Leere. Stattdessen offenbarten sich bei noch mehr SchülerInnen und einzelnen Eltern rechtsextreme Denkmuster. Auch vom Kollegium fühlte sich die Lehrerin eher allein gelassen.

Sich mit anderen zusammentun

Nach einem ausführlichen Gespräch riet ihr die MBR, sich mit denjenigen SchülerInnen und Lehrkräften ihrer Schule zusammenzutun, die an einer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus interessiert sind. Dazu wurde ihr empfohlen, ein entsprechendes Treffen zu initiieren. Glücklicherweise konnte die MBR der Lehrerin gleich zwei Lehrkräfte aus dem Kollegium nennen, die der MBR aus der Stadtteilarbeit zum Thema Rechtsextremismus bereits bekannt waren.

Das erste Treffen kam kurz nach den Sommerferien zustande; insgesamt zehn LehrerInnen und SchülerInnen nahmen daran teil. Auch die enge Kooperationspartnerin und Schulcoacherin Dorothea Schütze wurde zu diesem Treffen eingeladen und folgende erste Schritte wurden unternommen:

- Wahrnehmungen von rechtsextremen Orientierungen in der Schülerschaft und im Umfeld der Schule wurden zusammengetragen und analysiert.
- Es wurden Vorschläge gesammelt, wie innerhalb der Schule auf die Themen Rechtsextremismus und Rassismus aufmerksam gemacht werden könnte.
- Die Gruppe vereinbarte, sich als demokratische Initiative regelmäßig zu treffen und ihre Ideen mit Unterstützung durch die MBR und die Schulberatung gemeinsam weiterzuentwickeln.
- Die Gruppe gab sich den Namen ARADI (Antirassistisch-Demokratische Initiative).

Möglichst viele einbeziehen

ARADI war sich einig, dass sowohl SchülerInnen als auch LehrerInnen durch schulische Aktivitäten für die Thematik sensibilisiert werden sollten, um sich zukünftig intensiver mit den Phänomenen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinander zu setzen und gemeinsam eine demokratische Kultur in der Schule zu entwickeln.

Bei den folgenden Zusammenkünften von ARADI wurden die Ideen des ersten Treffens konkretisiert. Für das gesamte Lehrerkollegium wurde ein Studientag für Anfang 2003 geplant und inhaltlich vorbereitet. Die MBR und die Schulcoacherin standen ARADI dabei mit ihrer Expertise und kompetenten ReferentInnen hilfreich zur Seite. Thematisch ging es um eine Einführung in Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, um rechtsextreme Jugendkultur (Musik, Symbolik), rechtsextreme Strategien, Informationen über die rechtsextreme Szene im Stadtteil sowie die gemeinsame Entwicklung von Handlungsstrategien. Im Ergebnis wurden eine ganze Reihe von Ideen und Vorschlägen für die perspektivische Weiterarbeit gesammelt. Eine der Ideen wurde bald darauf (im Frühsommer 2003) in Form einer Karikaturen-Ausstellung zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus umgesetzt. Die Karikaturensammlung war mehrere Wochen lang in einem der Schulräume untergebracht. Viele LehrerInnen nutzten diese Ausstellung, um (mit Hilfe von begleitendem didaktischen Material) mit ihren Klassen zum Thema zu arbeiten und weiterführende Auseinandersetzungen anzuregen.

Die Wünsche der Teilnehmenden aufgreifen

ARADIs Ideen für Aktivitäten innerhalb der Schülerschaft gingen in Richtung Projektschultage. Dabei sollte es sich aber nicht um einen einzelnen Schultag mit einer Klasse handeln, sondern der gesamte 10. Jahrgang sowie die 8. Klasse, in der die rechtsextremen Auffälligkeiten zuerst zur Sprache gekommen waren, sollten an mehrtägigen Projekten teilnehmen. Und damit die Projekthalte nicht an den SchülerInnen vorbei geplant wurden, fand eine Umfrage unter der Schülerschaft statt. Die SchülerInnen aus der ARADI-Gruppe erkundigten sich nach den für die Klassen interessanten Themen. Vorgabe war allerdings, dass es sich um Inhalte rund um die Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Demokratie drehen musste. Die Ergebnisse der Umfrage wurden daraufhin ausgewertet, und die Schulcoacherin konzipierte gemeinsam mit ARADI sieben verschiedene Workshopthemen, mit denen sich die SchülerInnen jeweils drei Tage lang beschäftigen sollten. Die insgesamt 120 SchülerInnen konnten sich selbst einen der Workshops aussuchen. Zur Auswahl standen eine Stadtrallye, ein Theaterseminar, ein Workshop zu den Themen »Flucht und Asyl«, ein Rechtsextremismus-Workshop, ein Seminar zu demokratischer Entscheidungsfindung (mit der Methode »Betzavta« – Mitein-

ander), ein Workshop in Zusammenarbeit mit dem Anne-Frank-Zentrum und ein Planspiel zu Vorurteilen und Ausgrenzung. Im März 2003 war es dann soweit.

Unterstützung durch externe ExpertInnen und Kooperationspartner

Alle Workshops wurden von externen TrainerInnen angeleitet. Dies trug sehr wesentlich zu einer offenen und aufgelockerten Atmosphäre in den einzelnen Workshops bei – schließlich ging es um recht schwierige und anspruchsvolle Themen. Wichtig war bei allen Workshops die direkte Beteiligung der SchülerInnen, das Aktivwerden anstelle einer passiven Unterrichtssituation.

Am Ball bleiben

Die Projektschultage waren für ARADI ein voller Erfolg. Nicht nur die beteiligten SchülerInnen, auch die Lehrkräfte waren von der Gestaltung der Tage und der Präsentation am dritten Projekttag sehr angetan. Außerdem ging für die Initiativgruppe ein wichtiger Wunsch in Erfüllung, den sie mit den Projekttagen verbunden hatte: ARADI ist gewachsen, inzwischen gehören über 20 SchülerInnen zu der Gruppe. Und ARADI betrachtet ihre Aktivitäten keineswegs als beendet. Ganz im Gegenteil.

Bereits einige Wochen nach den Projektschultagen stellten die SchülerInnen, die an dem Workshop »Flucht und Asyl« teilgenommen hatten, eine große Schulaktion auf die Beine. Mit dieser Aktion sollten SchülerInnen und LehrerInnen sensibilisiert werden für die Situation von Flüchtlingen in Deutschland und eine Ausgrenzungserfahrung selbst erleben. Das gesamte Schulgebäude wurde von SchülerInnen in »BGS«-Montur am Morgen abgesperrt und alle, die in die Schule wollten (LehrerInnen wie SchülerInnen) mussten zuerst einen »Antrag auf Einreise in die Schule« stellen. Aufgrund der scharfen Asylgesetzgebung wurden viele abgewiesen, und einige hatten nur eine Chance, wenn sie »das nötige Kleingeld« für »Schlepperbanden« bei sich hatten. Damit alle zunächst sehr irritierten SchülerInnen und Lehrkräfte diese Aktion einordnen und verstehen konnten, gingen die 25 an der Aktion beteiligten Jugendlichen nach verzögertem Unterrichtsbeginn als »ExpertInnen« in alle Klassen, um über die Hintergründe zu informieren.

Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen

ARADI existiert nun seit über eineinhalb Jahren. Inzwischen hat die Initiativgruppe an einer ganzen Reihe von Wettbewerben und Ausschreibungen teilgenommen und ist im Rahmen des Bundeswettbewerbs »Demokratisch handeln« mit dem Prädikat der »besonderen Anerkennung« ausgezeichnet worden. Mehrere SchülerInnen haben an Fortbildungen für Schülervertretungen (SV) teilgenommen, um mehr über ihre Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule zu erfahren und so die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur weiter voranzubringen. Und was allen auffällt: Seit geraumer Zeit ist es in der Schule zu keinerlei rechtsextremen Vorfällen wie z.B. Schmierereien mehr gekommen.

SchülerInnen werden zu ExpertInnen

Die erfolgreich verlaufenen Projektschultage im vergangenen Jahr sollen nun zu einer Art Institution in dem Pankower Gymnasium werden. Die MBR gestaltete auch die neuerlichen Schulprojektstage im März 2004 mit. Aus den durchgeführten Umfragen unter der Schülerschaft hatten sich Schwerpunktthemen entwickelt, die denen des Vorjahres zum Teil ähnelten, aber auch ganz neue Workshops kamen zustande, so z.B. ein Radio-Seminar. Anders ist außerdem, dass die Jugendlichen aus der ARADI-Gruppe in diesem Jahr noch intensiver an der Vorbereitung und Planung der Workshops beteiligt waren und selbst als Co-TeamerInnen die Workshops mit durchführten. Dadurch konnten sich die Mitglieder der Gruppe weiterbilden und qualifizieren, um zukünftig noch selbstständiger Fortbildungen mit MitschülerInnen zu gestalten, Projekte anzuleiten und ihre Erfahrungen für die Weiterarbeit bei ARADI zu nutzen.

Weiter wachsen ...

ARADI wird, sofern Bedarf besteht, sporadisch noch immer von der MBR und der Schulberaterin begleitet. Ziel ist allerdings bei allen Beratungsprozessen dieser Art, dass die unterstützten Initiativen mehr und mehr zu einem »Selbstläufer« werden, in ihren Wirkungsbereich ausstrahlen, ihre Erfahrungen und Lernprozesse multiplizieren, sich durch Fortbildungen weiter qualifizieren und mehr Menschen für eigenes Engagement gewinnen. So können Initiativen wachsen, und ARADI hat auf diesem Weg schon einige große Schritte unternommen.

Kulturelle Events in rechtsextrem dominierten Sozialräumen – das Festival »Nu Pagadi«

Mathias Wörsching

Es war im Frühjahr 2002, als in der frisch gegründeten antirassistischen Schülerinitiative »Jugend denkt« die Idee eines großen Festivals gegen rechts entstand. Gigantische Vorstellungen wurden entwickelt: Konzerte, politische Information und Debatte, Theater, Kunst, Sport – die ganze kulturelle Bandbreite sollte in einem »Mega-Event« stattfinden, um im Berliner Nordosten mit seiner starken rechtsextremen Präsenz eine demokratische Alternative zu präsentieren und zu verankern.

Voller Elan machten sich die SchülerInnen, von denen ein Großteil nur sehr wenig Erfahrung mit der Organisation von Veranstaltungen hatte, an die Vorbereitung. Innerhalb der erstaunlich kurzen Zeit von nur drei bis vier Monaten wurde ein Festival organisiert, dessen Ausmaß und Qualität BesucherInnen, KooperationspartnerInnen, ja nicht zuletzt die OrganisatorInnen selbst beeindruckte und überraschte.

Über 4.000 BesucherInnen sahen an drei Tagen auf zwei Bühnen über 15 Bands aller möglichen Stilrichtungen: Rock, Pop, Punk, Reggae, Ska, HipHop, Samba. Mehrere politische Veranstaltungen fanden ebenfalls statt; besonders gut besucht waren ein medialer Vortrag über rechtsextreme Jugendkultur (vom apabiz e.V.) und eine Podiumsdiskussion über Rassismus und Migrationspolitik. Tausende BesucherInnen durchliefen die in Zelten aufgebauten Ausstellungen über »Jüdisches Leben in Berlin« (von Miphgasch e.V.) und »Neofaschismus in der BRD« (vom VVN-BdA e.V.).

Bei allem unglaublichen Enthusiasmus der Leute von »Jugend denkt«: Ohne die vielfältige Unterstützung durch unzählige Initiativen und Projekte der antifaschistischen und antirassistischen Landschaft, ohne den rechtlichen Träger, den »Bunte Kuh e.V.«, ohne das Geld des »CIVITAS«-Fonds, die energische Unterstützung seitens des Jugendamtes Pankow und zahlreicher anderer Akteure wäre »!Nu Pagadi!« nicht möglich gewesen. Was aber waren die spezifischen Hilfsleistungen der MBR?

I. Ressourcen: Im Büro der MBR konnte »Jugend denkt« Computer, Internet, Fax- und Kopiergeräte nutzen. Wenn es – z.B. aufgrund der Tatsache, dass SchülerInnen tagsüber in der Schule sind – nicht anders ging, übernahm ein Mitarbeiter der MBR während seiner regulären Arbeitszeit den »Bürojob«, da gerade Behörden sonst nicht anders zu erreichen gewesen wären. Das Büro der MBR diente auch als feste Kontaktadresse.

II. Kontakte: Direkt und indirekt stellte die MBR zahlreiche Kontakte zu Behörden, Geldgeber-

Innen, UnterstützerInnen aus Zivilgesellschaft und Parteienlandschaft, Bands u. a. KünstlerInnen, ModeratorInnen, ReferentInnen und PodiumsdiskutantInnen her.

III. Professionalität: Die MBR half bei der Abfassung des Förderantrags an den »Civitas«-Fonds und begleitete die KlientInnen zu Gesprächen bzw. Verhandlungen mit Finanziers (auch das Bezirksamt Pankow förderte das Festival), BeamtInnen und Unternehmen. Sie wirkte auf eine Professionalisierung des Managements von Zeit, Geld und Personen hin und beriet bei der Erstellung von Plänen (z.B. Schichtplänen). Die Koordination eines – auch juristisch – besonders sensiblen Bereichs der Festivalorganisation übernahm ein Mitarbeiter der MBR persönlich: die Security. Damit wurden erfolgreich die größten Risiken für die Mitwirkenden verringert und so verhindert, dass den Jugendlichen der Spaß am ehrenamtlichen Engagement vergällt wurde.

Brenzlige Situationen gab es durchaus: So wurden BesucherInnen des Festivals in der näheren Umgebung aus einem Auto heraus von mutmaßlichen Rechtsextremen beschossen. Am letzten Tag des Festivals versuchten sich zwei Mitglieder der berüchtigten rechtsextremen Rockerbande »Vandalen« gewaltsam Zutritt zu verschaffen, wobei ein Mitarbeiter der MBR leicht verletzt wurde.

Diese Attacken bezeugten nicht nur die für Minderheiten nach wie vor gefährliche Situation auf den Straßen Nordostberlins. Sie bewiesen auch, wie sehr sich die rechtsextreme Szene durch »!Nu Pagadi!« provozieren ließ: Sind doch bestimmte periphere Teile der Region so sehr rechtsextrem dominiert, dass die Präsentation einer Alternative zur rechtsextremen Jugendkultur den ersten Schritt bei der Herausbildung eines demokratischen Klimas bedeutet.

Oft sind gerade popkulturelle »Events gegen Rechts« der Kritik ausgesetzt, sie seien lediglich folgenlos verpuffende Hauruck-Aktionen ohne politisch-strategische Reflexion und nachhaltige Wirkung. Im Falle des antirassistischen Festivals »!Nu pagadi!« zeigte sich aber durch Gespräche und Erfahrungen, wie produktiv ein solches Projekt unter bestimmten Umständen verlaufen kann. Es wurde nicht nur, wie oben beschrieben, ein Einbruch in eine Zone rechtsextremer Dominanz geschafft, sondern einer Masse von alternativen und nicht-deutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen das lähmende Gefühl der Vereinzelung genommen. Politische und historische Informationen und Argumente wurden einem breiten Publikum vermittelt. Durch die organisatorische Vorbereitung kam »Jugend denkt« in unzählige Beziehungen mit potenziellen und tatsächlichen KooperationspartnerInnen. Ein informelles Netzwerk verschiedenster lokaler »change agents« entstand. Nicht zuletzt gewann »Jugend denkt« Erfahrungen, einen gefestigten Gruppenzusammenhang und auch neue MitstreiterInnen. Diese durchaus nachhaltigen Effekte sind erfreulicher-

weise auch auf die Tätigkeit der Mobilen BeraterInnen zurückzuführen. Modellhaft erscheint im Rückblick vor allem eine bestimmte Unvoreingenommenheit und Offenheit gegenüber den KlientInnen, welche diesen nicht nur materielle und organisatorische Hilfe eröffnete, sondern zu deren selbstbewusstem Handeln beitrug.

Die Beratung der Gruppe »Jugend denkt – SchülerInnen gegen Rassismus«

Ein Beispiel von »good practice« Mobiler Beratung von Jugendinitiativen⁽¹⁾

Mathias Wörsching

Die Initiative »Jugend denkt« entstand im Frühjahr 2002, als aufgrund massiver Kürzungsvorhaben des Berliner Senats im Jugend- und Bildungsbereich der Bezirksschülerausschuss (BSA) des Großbezirks Pankow eine kleine Demo organisierte. Der Kontakt zur MBR kam eher zufällig zustande, da eine der bei »Jugend denkt« engagierten Personen zum Umfeld des alternativen Weißenseer Jugendklubs »Bunte Kuh« gehörte, den die MBR schon seit längerer Zeit beraten hatte. Die Beziehung verfestigte sich, als einzelne von »Jugend denkt« im Frühjahr 2002 einen Projekttag an ihrer Schule organisierten, dessen Schwerpunkt antirassistische und demokratische politische Bildung darstellte. Hier vermittelte die MBR eine Fülle von Kontakten zu ReferentInnen und Institutionen. Der Projekttag wurde ein voller Erfolg.

Spätestens ab Mai 2002 stand die Praxis von »Jugend denkt« ganz im Zeichen des Projekts »!Nu pagadi! - Festival gegen Rassismus«. ⁽²⁾ Waren die Kontakte zwischen MBR und »Jugend denkt« bis dahin noch ziemlich sporadisch und locker gewesen, so kam es nun zu einer sehr engen und nahezu täglichen Zusammenarbeit. Die Initiative gab sich eine verbindliche Struktur mit Arbeitsgemeinschaften und festen Verantwortlichkeiten. Schließlich fand das politisch-kulturelle Großereignis »!Nu Pagadi!« vom 23.-25. 08. 2002 auf dem Gelände der ehemaligen Radrennbahn Weißensee erfolgreich statt.

Nach dem Festival verspürten die Leute von »Jugend denkt« zunächst ein dringendes Bedürfnis, sich weiterzubilden und politische Positionen zu entwickeln. Die Intensität des Kontaktes zur MBR nahm daraufhin stark ab. Nach wie vor wurde der Kontakt aber gehalten; man informierte sich gegenseitig über die jeweiligen Aktivitäten und Angebote. In einigen Fällen wurde die MBR konkret nach Rat und Tat gefragt und leistete diese auch. Dabei ging es meist um die Weitergabe von Informationen und die Vermittlung von Kontakten. Zum wichtigsten Kooperationspart-

ner der Jugendinitiative wurde nunmehr der Bereich der politischen Bildung im Jugendamt Pankow, mit dem »Jugend denkt« bei fast allen ihren späteren Projekten und Aktionen eng zusammenarbeitete. Dieser Verlauf war durchaus im Sinne Mobiler Beratung, die als »Hilfe zur Selbsthilfe« immer die Entstehung und Qualifizierung lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke unterstützt, welche in letzter Konsequenz und idealerweise die Mobile Beratung selbst vor Ort überflüssig machen sollen.

Im Folgenden sei die Entwicklung von »Jugend denkt« seit dem Herbst 2002 kurz nachgezeichnet: Die Gruppe belegte eine ganze Reihe von Seminaren und Workshops, in denen es unter anderem um die Erweiterung kommunikativer Kompetenzen und die theoretisch fundierte Kritik an Schule und Gesellschaft ging. Aufbauend darauf bildete sich als Schwerpunkt der Gruppe das Bestreben um eine Demokratisierung und Humanisierung des Bildungswesens und der Gesellschaft heraus.⁽³⁾

Die praktische Umsetzung dessen sollte der Versuch sein, ein SchülerInnen-Netzwerk in Pankow zu etablieren. Zu diesem Zweck wurde vor allem im Bezirksschülerausschuss (BSA) geworben, aber darüber hinaus wurden eine Demonstration und ein Camp für interessierte SchülerInnen organisiert.

Obwohl einzelne Aktivitäten, wie z.B. das etwa 30 TeilnehmerInnen umfassende Camp mit seinen vielseitigen demokratischen Bildungsangeboten als sehr erfolgreich einzuschätzen waren, gelang es »Jugend denkt« nicht, den auch in Pankow wirksamen gesamtgesellschaftlichen Trend zur Abstinenz von Politik umzukehren. Die SchülerInnendemo fiel mangels Beteiligung ebenso ins Wasser wie das geplante große SchülerInnen-Netzwerk insgesamt.

Diese teilweise frustrierenden Erfahrungen haben neben anderen Faktoren dazu beigetragen, dass sich »Jugend denkt« im Herbst 2003 selbst auflöste. Das vorläufige Ende scheint jedoch nur ein neuer Anfang gewesen zu sein, nachdem die alte Form des Engagements im Rahmen von »Jugend denkt« nicht mehr »gepasst« hatte. An der auf Vertretung von SchülerInnen-Interessen konzentrierten Gruppe konnte selbstverständlich nicht spurlos vorbeigehen, dass fast alle Mitglieder 2002/03 ihre Schullaufbahn beendeten. Ein Jahr der Diskussion und Weiterbildung, das jeder und jede Einzelne durch Lektüre, Workshops, Seminare, Gespräche sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen absolvierte, führte des Weiteren zu einer politischen Differenzierung unter den Mitwirkenden von »Jugend denkt«.⁽⁴⁾

Der Großteil von ihnen ist weiterhin in unterschiedlichen Kontexten politisch aktiv, wobei die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus durchgängig einen breiten Raum einnimmt. In Gesprächen zwischen einigen Leuten von »Jugend denkt« und Mitarbeitern der MBR wurde mehrfach betont, welche große Rolle dem Einsatz der MBR für die Geschichte von »Jugend denkt« und damit auch für die persönliche und politische Entwicklung der Einzelnen zukäme.

Die Wichtigkeit eines persönlichen Zugangs zu »Jugend denkt« für die allmählich wachsende erfolgreiche Zusammenarbeit kann nicht überbetont werden. Engagierte Jugendliche schließen sich heutzutage auch gerade deswegen in kleinen Initiativen zusammen, weil die Vorbehalte und Ängste gegenüber den bestehenden politischen Organisationen und Bewegungen groß sind. Nie hätte »!Nu pagadi!« stattfinden, nie eine erfolgreiche Beratung von »Jugend denkt« durch die MBR geleistet werden können, wenn sich kein Vertrauensverhältnis entwickelt hätte.

Lehrreich scheint weiterhin die politische Entwicklung von »Jugend denkt« zu sein: War die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus anfangs das Motiv der Gründung und Hauptinhalt der Praxis, so verschoben sich die Gewichte allmählich hin zu demokratischer Interessenvertretung im schulischen Rahmen. Dabei blieb das Engagement gegen demokratiegefährdende Potenziale trotzdem immer ein wichtiger Nebenaspekt.

Eine adäquate mobile Beratung muss in der Lage sein, auch für andere Themen als »Rechtsextremismus« zumindest insofern ansprechbar zu sein, als der innere Zusammenhang zwischen »menschentlicher Demokratisierung« der Gesamtgesellschaft sowie »Immunisierung gegen Rechtsextremismus« diese Kompetenz erfordert.

Anmerkungen

- (1) Vgl. Text »Jugendinitiativen« in diesem Bulletin.
- (2) Vgl. Text »Nu Pagadi« in diesem Bulletin.
- (3) Das Tucholsky-Zitat: »Schulreform ohne Gesellschaftsreform ist ein Unding.« wurde zum Slogan von »Jugend denkt«.
- (4) Es fanden unter anderem Workshops/Seminare zu den Themen: »Rassismus und Nationalismus« und »Akteure und Interessengruppen der Bildungspolitik« statt.

Rechtsextreme Übergriffe im Stadtteil – was tun?

Ein Beispiel lokaler Vernetzung

Björn von Swiekowski

In einer Region in Berlin-Lichtenberg ergab sich 2002 folgende Situation: Rechtsextremisten verübten Übergriffe auf alternative Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund. Bei asiatischen Geschäften wurden mehrmals die Scheiben eingeworfen. Anwohner fühlten sich bedroht und für nicht-rechte Jugendliche entwickelte sich diese Region zu einem Ort, den sie kaum noch betreten konnten. Darüber hinaus häuften sich rechtsextreme Schmierereien, NPD-Aufkleber tauchten auf und die Präsenz von Jugendlichen, die dem äußeren Anschein nach der rechtsextremen Szene angehörten, war alltäglich. Daneben konnten weitere Aspekte der Problemlage erfasst werden, beispielsweise, dass sich rechtsextreme Jugendliche regelmäßig in einem Jugendclub in der Region trafen und dort weit gehend sich selbst überlassen wurden, zumindest nicht auf Personal trafen, dass in der Lage war, mit der Situation umzugehen. Als Reaktion darauf kam ein Prozess in Gang, in dem die MBR eine wichtige Rolle spielte.

Die hier skizzierte rechtsextreme Hegemoniezone, die sich am entwickeln war, wurde von unterschiedlichen Beteiligten wahrgenommen, wobei die Wahrnehmungen in einzelnen Punkten voneinander abwichen. Über mehrere Monate hinweg meldeten sich Personen bei der MBR und teilten ihre Beobachtungen mit. Das gesamte Ausmaß der Situation wurde von kaum einem der Beteiligten vor Ort erkannt, da sich die Aktivitäten der Rechtsextremisten über einen längeren Zeitraum erstreckten und selektiv wirkten. Für Personen, die nicht selbst betroffen waren oder Betroffene kannten, stellte sich die Lage nicht so schlimm dar wie für die Opfer.

Die MBR wurde von den lokalen Akteuren beauftragt, die Informationen zu sammeln und stand als zentrale Schnittstelle zur Verfügung. Es galt zunächst eine Situationsanalyse zu erstellen. Positiv wirkte sich aus, dass mit StraßensozialarbeiterInnen, dem Jugendamt und der Civitas-Netzwerkstelle⁽¹⁾ von Anfang an professionelle Akteure an dem Prozess beteiligt waren. Über einen Zeitraum von mehreren Monaten sammelte die MBR alle Informationen von den unterschiedlichen Beteiligten, stellte selbst Recherchen an und sprach mit Betroffenen. Daraufhin ergab sich ein relativ umfassendes Bild der rechtsextremen Aktivitäten und es wurde ein zwölfseitiger Problemaufriss als Ergebnis einer Situationsanalyse erstellt.

Die Situation für die Betroffenen wurde aufgrund der permanenten Bedrohungssituation immer unerträglicher, so dass die Notwendigkeit zum Handeln immer

dringender wurde. Nun beschäftigte sich eine zivilgesellschaftliche Initiative intensiv mit den Vorfällen, während sich parallel dazu Träger der Jugendarbeit damit befassten. Der Problemaufriss wurde gemeinsam mit beiden Akteursgruppen erstellt, so dass dieser durch umfassende Information und Akzeptanz zur Grundlage des Handelns werden konnte. Beide Akteursgruppen fanden sich zu einem regionalen Arbeitstreffen ein, zu dem die angesprochene Initiative mit der MBR einlud. Hier kam ein breites Spektrum lokal Beteiligter zusammen, das Initiativen, Bürgervereine SozialarbeiterInnen, die Netzwerkstelle, die Ausländerbeauftragte, Mitarbeiter eines im Bezirk ansässigen Kaufhauses, die Stadtteilmanagerin, Betroffene, LehrerInnen und Jugendgruppen umfasste.



Protest gegen den rechtsextremen Aufmarsch von NPD und Kameradschaften am 1. Mai 2004 in Lichtenberg. Aus diesem Gebäude des Bezirksamts an der Aufmarschrouten wurden die demokratischen Protestaktivitäten mit Musik und Informationen unterstützt, Rechtsextreme beschallt. Nach mehreren Aufmärschen in den letzten Jahren besteht eine gute Vernetzung zwischen Zivilgesellschaft und Bezirksamt, unterstützt durch die MBR.

Bild: MBR

Zunächst konnte eine weitest gehende Übereinkunft hinsichtlich der Problemlage erzielt werden, was angesichts der vielen Beteiligten als Erfolg zu werten ist. Darüber hinaus gelang es, eine konstruktive Diskussion hinsichtlich der nun anstehenden Handlungsansätze zu führen. Die somit entstandene lokale Öffentlichkeit führte zu einer Vernetzung, die zivilgesellschaftliche Aktivitäten auch anderthalb Jahre nach dem Arbeitstreffen noch begünstigt. Beteiligte hatten den Eindruck, dass sie etwas bewirken können, wenn

sie sich zusammenschließen und somit ein gutes Erfolgserlebnis. Es wurden Kontakte zwischen Personen hergestellt, die nun in den Initiativen aktiv sind und sich auch mit Problemlagen jenseits der hier beschriebenen Region beschäftigen. Die Nachhaltigkeit dieser Vernetzung kann daher als Beitrag zur Entwicklung der Zivilgesellschaft gesehen werden. Obwohl Rechtsextremismus dort nach wie vor im Stadtteil ein Thema ist, verbesserte sich die Lage vor Ort merklich. Dies lag neben dem Engagement der zivilgesellschaftlichen Initiativen, die viel zur Sensibilisierung für das Problem beigetragen haben, auch daran, dass einige der Haupttäter zu Haftstrafen verurteilt wurden und den rechtsextremen Jugendlichen ihr Treffpunkt im örtlichen Jugendclub genommen wurde. Teile der rechtsextremen Szene in dieser Region werden in einem Jugendclub betreut, dessen Personal speziell auf diese Klientel vorbereitet ist.

Anmerkungen:

- ⁽¹⁾ Das Bundesprogramm CIVITAS fördert in den neuen Bundesländern Netzwerkstellen zur Vernetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Gemeinwesen. Die Netzwerkstelle Licht-Blicke in Lichtenberg vernetzt Initiativen und Einzelpersonen, die sich gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus einsetzen. Licht-Blicke bietet weiterhin Beratungen und Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus an und ist enger Kooperationspartner der MBR.

Keine rechtsextremen Feiern in Räumen des Bezirks!

Mobile Beratung der kommunalen Politik im Umgang mit rechtsextremen Veranstaltungen

Bianca Klose

Die Problemlage

Trotz des entschlossenen Vorgehens der Berliner Polizei gegen rechtsextreme Veranstaltungen und Konzerte in den vergangenen Jahren, fand im Jahr 2003 in einem Berliner Bezirk ein als Geburtstagsparty getarntes Konzert einer bekannten rechtsextremistischen Gruppierung statt. Zwar wurde auch diese rechtsextreme Veranstaltung durch den Einsatz von Polizeikräften vereitelt, doch offenbarte der Vorfall nach Bekanntwerden durch die Presse einen entsprechenden Handlungsbedarf seitens des Bezirksbürgermeisters: Bei der Räumlichkeit für diese rechtsextreme Feierlichkeit handelte es sich um eine bezirkseigene Immobilie, die zum damaligen Zeitpunkt verpachtet war. Der Bezirk reagierte sofort: Der Bezirksbürgermeister ließ eine Index-Liste erarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassungsschutzberichte all jene Namen von extremistischen Gruppierungen aufführte, die für den Berliner Raum Relevanz besitzen. Diese Übersicht sollte den Pächtern bezirkseigener Versammlungsräume zur Verfügung gestellt werden und ihnen zukünftig das Erkennen rechtsextremer Gruppierungen aufgrund ihrer Namen erleichtern. Grundkonsens aller Verantwortlichen im Bezirk: So ein Vorfall solle sich zukünftig nicht wiederholen.

Beratung durch die MBR

Im Rahmen ihrer Kooperation mit dem Bezirksamt boten MitarbeiterInnen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) dem Bezirksbürgermeister eine Erweiterung der bisherigen Indexliste durch folgende Materialien an:



Polizeirazzia bei einem Fest der »Vandalen – ariogermanische Kampfgemeinschaft« in Ostberlin.

Bild: Bocheinski

- Erarbeitung einer Handreichung und Checkliste für Vermieter von (bezirkseigenen) Versammlungsräumen
- Erarbeitung einer Fortbildungskonzeption für Veranstalter und Vermieter
- Bereitstellung eines Mustermietvertrages für einmalige Mietverhältnisse

Zur Erstellung dieser Handreichungen recherchierte die MBR zu allen Fällen von Vermietungen an Rechtsextremisten im Berliner Raum, die in den Vorjahren bekannt geworden waren. Dabei galt es, Ähnlichkeiten auszumachen, wie Rechtsextremisten bei der Anmietung von Räumen vorgegangen waren, z.B. Täuschung des Vermieters durch Angabe falscher Nutzungsgründe wie Parties, Jubiläumsfeiern und Geburtstage. Diese Hintergrundinformationen nutzte die MBR dazu, eine Handreichung zu erstellen, die Funktionen von rechtsextremen Veranstaltungen und rechtsextremer Musik für die Szene selbst beschreibt und die relevante Musikbands und Liedermacher mit rechtsextremem Hintergrund aus Berlin und Brandenburg nennt. Des Weiteren werden jene Daten aufgezählt, die für Rechtsextremisten eine (historische) Bedeutung besitzen (z.B. Rudolf-Heß-Todestag am 17. August) und an denen sie in der Vergangenheit immer wieder durch Veranstaltungen aktiv geworden sind.

Zusätzlich entwickelte die MBR eine Checkliste für Raumvermietungen. Diese enthält Hinweise für Pächter bezirkseigener Räumlichkeiten, die den Umgang mit potenziellen MieterInnen betreffen, und nennt Punkte, die bei der Vermietung beachtet werden sollten.

Abgerundet wird dieses Angebotspaket durch einen von der MBR unter juristischer Beratung erarbeiteten Mustermietvertrag, der explizit solche Paragraphen beinhaltet, die eine Person mit rechtsextremem Hintergrund von einer Anmietung Abstand nehmen lassen sollte und der damit weitest gehend sicherstellt, dass keine rechtsextreme Veranstaltung in den Mieträumen stattfindet. Überdies bietet der Mustermiet-

vertrag dem Vermieter die Handhabe zur Intervention (Kündigung), sobald sich eine Veranstaltung als eine rechtsextreme entpuppen sollte.

Insgesamt handelt es sich bei diesem Paket von Materialien und Handreichungen um ein Angebot, welches VermieterInnen von Veranstaltungsräumen mehr Handlungssicherheit gegenüber rechtsextremen Musikkonzerten, Partys und (Schulungs)-Veranstaltungen im Bezirk geben kann, wenn es sie auch nicht gänzlich verhindert. Das Angebot umfasst auch Fortbildungen zu rechtsextremer Musik, Symbolik, Codes und rechtsextremen Strukturen für alle Pächter, um diesen durch entsprechende Wissensaneignung die Möglichkeit zu verschaffen, Rechtsextremisten auch als solche zu erkennen und so den rechtsextremen Hintergrund einer geplanten Veranstaltung vermuten zu können. Auch bei diesem Beispiel setzt die MBR auf die Sensibilisierung des Bezirksamts, der Öffentlichkeit und der beteiligten Akteure, also der Pächter und der sonstigen VermieterInnen, und arbeitet nach dem bewährten Dreiklang »Wahrnehmen – Deuten – Handeln«.



Die MBR-Webseite bietet Grundlagentexte, aktuelle Meldungen zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und das Beratungsangebot der MBR.

Service

Autorinnen und Autoren

Annemarie Benzing ist Politikwissenschaftlerin. Ihr wissenschaftlicher Schwerpunkt liegt in der Konfliktforschung. Sie beschäftigte sich mit Friedensprozessen in »Deeply Divided Societies«, u. a. in Nordirland, und graduierte zum Thema: »Ethnisierung sozialer Konflikte in Berlin-Kreuzberg SO 36«. Bei der MBR ist sie seit 2004 für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf sowie bezirksübergreifenden Erfahrungs- und Fach-austausch zuständig.

Friedemann Bringt ist Dipl. Sozialpädagoge (FH), studiert derzeit berufsbegleitend im postgradualen Studiengang »Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession« des ZPSA Berlin und ist Projektleiter der Mobil- en Beratungsteams im Kulturbüro Sachsen e.V.. Er betreute in der Jüdischen Gemeinde Prag Überlebende des Holocaust und entwickelte am Begegnungszentrum der Gedenkstätte Theresienstadt ein pädagogisches Konzept für die Erinnerungspädagogik mit deutschsprachigen Jugendgruppen. Friedemann Bringt war mehrere Jahre im Themenbereich Qualitätsentwicklung und Wirksamkeitsdialog in der sozialen Arbeit tätig und erarbeitete für das Jugendamt der Landeshauptstadt Dresden ein Modell zum Wirksamkeitsdialog in der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Bianca Klose, Studium der Politologie/Soziologie und Germanistik aufs Lehramt an Gymnasien. Ihr wissenschaftlicher Schwerpunkt lag dabei auf den Strukturen und Erscheinungsformen des deutschen Rechtsextremismus, vornehmlich in den Neuen Bundesländern. Nach kurzer Tätigkeit als Projektassistentin in der Amadeu Antonio Stiftung war sie Projektmanagerin des EUMC-Projektes »RAXEN – National Focal Point Germany«. Seit 2001 ist Bianca Klose Leiterin der Mobil- en Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR). Neben der Koordination und Öffentlichkeitsarbeit des Projektes ist sie für den Bezirk Treptow-Köpenick zuständig und begleitet dort u. a. die Umsetzung der Kommunalanalyse.

Timm Köhler ist Osteuropawissenschaftler und beschäftigte sich mit der Entwicklung von Zivilgesellschaft in Russland, Weißrussland und Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Im Rahmen der MBR ist er seit 2001 für die Bezirke Lichtenberg und Pankow und die Umsetzung der dortigen Lokalen Aktionspläne zuständig, inhaltlich u. a. für die Themen Jugendinitiativförderung, Demokratieförderung in der Jugendarbeit und Rechtsextremismus im öffentlichen Raum.

Lorenz Korgel, Diplompolitologe, Schwerpunkte Zivilgesellschaftstheorie und Rechtsextremismus. Seit 1998 Mitarbeiter im Zentrum Demokratische Kultur. 2000/2001 Aufbau und Beratung Mobiler Beratungsstrukturen in Ostdeutschland. Seit 2001 Koordination der Mobil- en Beratungsteams für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland im Rahmen der AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus.

Catharina Schmalstieg ist Diplompsychologin und hat zu den Schwerpunkten Praxisforschung und Geschlechterverhältnisse gearbeitet. Als Sozialwissenschaftlerin beschäftigt sie sich seit einigen Jahren mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und hat an der Erstellung von Kommunalanalysen mitgewirkt. Nach ihrer Arbeit am lokalen Aktionsplan Pankow im Rahmen des bei der RAA e.V. angesiedelten Projektes »Begleitung und Sicherung Bezirksbezogener Maßnahmen« 2003 arbeitet sie seit 2004 für die MBR. Neben Kreuzberg-Friedrichshain ist ihr Schwerpunkt der Bezirk Pankow, wo sie die Umsetzung des »Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz« begleitet. Dazu gehören u.a. die Entwicklung von Strategien für den öffentlichen Raum und Prozesse der interkulturellen Öffnung der Verwaltung.

Dorothea Schütze ist ausgebildete Spielepädagogin und Trainerin verschiedener Methoden in der antirassistischen/demokratiefördernden Bildungsarbeit, Studium des Weiterbildungsmanagement, Jugend- und Erwachsenenbildung, Publikationen, Projektmanagement. Seit 2002 Mitarbeiterin in der RAA e.V. im Bereich Schulcoaching. Arbeitsschwerpunkte: Beratung, Begleitung und Unterstützung von demokratischen Schulentwicklungsprozessen, Konzepte, Projekte, Trainings und Fortbildungen.

Björn von Swieykowski hat in Göttingen und Groningen Politikwissenschaften, Geschichte, Philosophie und Soziologie studiert. Als Absolvent des Master Studiengangs Euroculture erwarb er den interdisziplinären M.A. in Euroculture an der Rijksuniversiteit Groningen. Die Schwerpunkte seines Studiums waren Rechtsextremismus, Nationalismus und kulturelle Aspekte von Migration. Vor seiner Tätigkeit bei der MBR arbeitete er als Sales- und Projektmanager in einem Softwareunternehmen, was die Koordination internationaler Teams beinhaltete und in der Erwachsenenbildung. Darauf folgte die Arbeit am Lokalen Aktionsplan Lichtenberg im Rahmen des bei der RAA e.V. angesiedelten Projektes »Begleitung und Sicherung bezirksbezogener Maßnahmen«. Somit bestanden gute Voraussetzungen für die Arbeit bei der MBR, wo Björn von Swieykowski vor allem in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Kreuzberg-Friedrichshain arbeitet. Thematische Schwerpunkte seiner Arbeit sind Rechtsextremismus im öffentlichen Raum, bezirksübergreifende Prozesse und Antisemitismus.

Mathias Wörsching studiert Geschichte und Politikwissenschaften in Berlin und ist freier Mitarbeiter auf Honorarbasis bei der MBR. Er war an der Organisation des antirassistischen Festivals »Nu Pagadi!« (August 2002) und an der Erstellung des »Lokalen Aktionsplans für Demokratie und Toleranz in Pankow« beteiligt, arbeitet im Rahmen von Projekttagen an Pankower Schulen und ist innerhalb der MBR für Internetrecherchen über Rechtsextremismus in Berlin zuständig.

Anke Zeuner ist Diplom-Pädagogin. Seit 1991 ist sie in der außerschulischen politischen Jugendarbeit tätig. In der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus hat Anke Zeuner an der Erstellung des Lokalen Aktionsplanes Pankow sowie an der Erarbeitung bezirksweiter Konzepte gegen Rechtsextremismus in Trepow-Köpenick mitgewirkt.

Adressliste

Projekte, Stiftungen und Archive gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Berlin

Amadeu Antonio Stiftung

Kontakt:
Linienstraße 139
10115 Berlin
Fon: 030. 240 886 10
Fax: 030. 240 886 22
Email: info@amadeu-antonio-stiftung.de
Internet: www.amadeu-antonio-stiftung.de

Die Stiftung wurde nach Amadeu Antonio benannt, einem angolanischen Arbeiter, der 1990 in Brandenburg von rechtsextremen Jugendlichen zu Tode geprügelt wurde. Die Stiftung stärkt, vernetzt und fördert Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – nicht nur in Berlin. Zusammen mit dem American Jewish Committee und anderen Initiativen ist die AAS Mitglied der »Task Force Against Anti-Semitism«. Angegliedert an die Stiftung ist die Internet-Plattform »Mut-gegen-rechte-Gewalt.de«.

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz)

Kontakt:
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
Fon/Fax: 030. 611 62 49
Email: mail@apabiz.de
Internet: www.apabiz.de

Das apabiz bietet ein umfangreiches Archiv und verschiedenste Materialien zum Thema Rechtsextremismus in der BRD, Europa und den USA zu Recherchezwecken an. Außerdem vermittelt das apabiz ReferentInnen für Bildungsveranstaltungen zu einer breiten Themenpalette, insbesondere im Bereich Rechtsextremismus.

Anne Frank Zentrum

Kontakt:
Rosenthaler Straße 39
10118 Berlin
Fon: 030. 30 87 29 88
Fax: 030. 30 87 29 89
Email: Zentrum@annefrank.de
Internet: www.annefrank.de

Als Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam setzt sich das Anne Frank Zentrum in

Deutschland für Toleranz und Völkerverständigung ein und arbeitet gegen Antisemitismus, Vorurteile und jegliche Diskriminierung von Menschen. Das Zentrum bietet eine Wanderausstellung »Anne Frank - Eine Geschichte für heute« an sowie Trainings- und Fortbildungsseminare mit den Schwerpunkten: Lebensgeschichte der Anne Frank und Entwicklung interkultureller Kompetenz.

Bildungsteam Berlin – Brandenburg e.V.

Kontakt:
Cuvrystraße 20
10997 Berlin
Fon: 030. 61 07 65 44
Fax: 030. 61 07 65 45
Email: buero@bildungsteam.de
Internet: www.bildungsteam.de

Das Bildungsteam bietet Fortbildungen für Jugendliche und MultiplikatorInnen an und führt vor allem Seminare zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus sowie zur Mediation durch. Darüber hinaus werden Seminare mit ZeitzeugInnen zu den Themen Nationalsozialismus und Antisemitismus angeboten. Derzeit erarbeitet das Bildungsteam gemeinsam mit Tacheles reden! Bildungsbausteine zum Thema Antisemitismus.

Exit-Elterninitiative

Kontakt:
Postfach 040324
10062 Berlin
Fon: 0173. 973 83 86
Und: 030. 240 45 334
Fax: 030. 240 45 342
Email: elterninitiative@exit-deutschland.de

Die Elterninitiative richtet sich an das nächste soziale Umfeld von rechtsextremen Personen und widmet sich dabei den Problemen von Eltern und Angehörigen. Sie bietet die Möglichkeit zum Austausch mit anderen Betroffenen und berät im Umgang mit rechtsextremen Angehörigen.

Netzwerk für Demokratie und Courage

Kontakt:
Landesnetzstelle Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1-3
10787 Berlin
Fon: 030. 21 24 04 24
Fax: 030. 21 24 04 25
Email: berlin@netzwerk-courage.de
Internet: www.netzwerk-courage.de

Das Netzwerk für Demokratie und Courage führt Projektschultage gegen Rechtsextremismus, Rassis-

mus und Antisemitismus an Schulen durch. Ihr Ziel ist es, eine demokratische Kultur zu schaffen, an der sich alle aktiv beteiligen.

*ReachOut – Beratungsstelle für Opfer
rassistischer und rechtsextremer Gewalt*

Kontakt:
Oranienstraße 159
10969 Berlin
Fon: 030. 69 56 83 39
Fax: 030. 69 56 83 46
Email: info@reachoutberlin.de
Internet: www.reachoutberlin.de

Die Berliner Opferberatungsstelle ReachOut bietet Menschen, die von Rassismus, Diskriminierung und rechtsextremen Angriffen betroffen sind, unentgeltliche Beratung und Unterstützung an (psychosoziale Beratung, Vermittlung von therapeutischen Angeboten, Hinweise zu juristischen Möglichkeiten, Begleitung zu Polizei, Behörden, ÄrztInnen u. ä.).

*Regionale Arbeitstellen für Ausländerfragen,
Jugendarbeit und Schulen in Berlin (RAA)*

Kontakt:
Chausseestraße 29
10115 Berlin
Fon: 030. 240 45 100
Fax: 030. 240 45 509
Email: info@raa-berlin.de
Internet: www.raa-berlin.de

Die RAA Berlin ist eine Dienstleistungsagentur zur Schulentwicklung und handelt vor allem in Schule und Schulumfeld. Sie unterstützt und begleitet Projekte, die in Schule, Jugendarbeit und Kommune Minderheiten stärken, Demokratie entwickeln, interkulturelle Ansätze realisieren sowie rassistischen Haltungen entgegenwirken.

*Servicestelle CIVITAS
c/o Stiftung Demokratische Jugend*

Kontakt:
Grünberger Strasse 54
10245 Berlin
Fon 030. 29 77 18 60
Fax 030. 29 77 18 62
civitas@jugendstiftung.org
www.jugendstiftung-civitas.org

Das Programm CIVITAS wird von der Stiftung Demokratische Jugend umgesetzt. Die MitarbeiterInnen der Servicestelle bieten Beratung und Unterstützung bei der Antragstellung der unterschiedlichen Initiativen.

Tacheles reden! e.V.

Kontakt:
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
Fon: 030. 69 51 68 15
Email: tacheles@tacheles-reden.com
Internet: www.tacheles-reden.de

Tacheles reden! Bietet Fortbildungen für Jugendliche und MultiplikatorInnen insbesondere zum Thema Antisemitismus an. Derzeit erarbeitet Tacheles reden! in Kooperation mit dem Bildungsteam Berlin-Brandenburg zum Thema Antisemitismus/Antijudaismus Bildungsbausteine.

*Verein für Demokratische Kultur in Berlin –
Initiative für urbane Demokratieentwicklung
(VDK) e.V.*

Kontakt:
Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.
Chausseestraße 29
10115 Berlin
Fon: 030. 240 45 430
Fax: 030. 240 45 319

Der Verein für Demokratische Kultur setzt sich für ein engagiertes und menschenrechtsorientiertes Miteinander in Berlin ein. Er hat sich unter anderem zum Ziel gesetzt, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) langfristig in der demokratischen Landschaft Berlins zu verankern und wirbt zusammen mit der Mobilen Beratung für die Entwicklung von lokalen Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Der Verein für demokratische Kultur wird wesentlich unterstützt durch einen Beirat, in dem VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen, der Wissenschaft und Politik zusammenarbeiten. Dem Beirat gehören Michael Barthel, Friedemann Bringt, Annelie Buntenbach, Dr. Bärbel Grygier, Koray Yilmaz Günay, Anetta Kahane, Prof. Dr. Claus Offe, Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, Oliver George Seifert und Dr. Richard Stöss an. Der Vorstand wird vertreten durch Lorenz Korgel, Julia Plessing und Timo Reinfrank.

Mobile Beratungsteams in Ostdeutschland

Berlin

*Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin
(MBR)*

Chausseestraße 29
10115 Berlin
Fon: 030. 240 45 430
Fax: 030. 240 45 319
Email: info@mbr-berlin.de
Internet: www.mbr-berlin.de

Ostkreuz – Netzwerk gegen Rechts Stiftung SPI

Schönhauser Allee 73
10437 Berlin
Fon: 030. 41 72 56 28
Fax: 030. 41 72 56 30
Email: ostkreuz@stiftung-spi.de
Internet: www.stiftung-spie.de/ostkreuz

Brandenburg

Mobiles Beratungsteam

Geschäftsstelle
Friedrich-Engels-Straße 1
14437 Potsdam
Fon: 0331. 740 62 46
Fax: 0331. 740 62 47
Email: mobiles-beratungsteam@jpberlin.de
Internet: www.mobiles-beratungsteam.de

Mecklenburg Vorpommern

MBT der RAA Mecklenburg Vorpommern

Am Melzer See 1
17192 Waren/Müritzt
Fon: 03991. 63 59 72
Fax: 03991. 66 90 95
Email: mbt-mv@raa-mv.de
Internet: www.mbt-mv.de

*MBT für demokratische Kultur
in Mecklenburg-Vorpommern*

Lindenstraße 63
17033 Neubrandenburg
Fon: 0395. 358 12 94
Fax: 0395. 358 12 96
Email: mbt@ev-akademie.de
Internet: www.mbt-mv.de

Sachsen

Kulturbüro Sachsen

Bautzener Straße 41 HH
01099 Dresden
Fon: 0351. 889 41 69
Fax: 0351. 804 96 71
Email: buero@kulturbuero-sachsen.de
Internet: www.kulturbuero-sachsen.de

Thüringen

MOBIT

Brühl 23
99867 Gotha
Fon: 03621. 22 86 96
Fax: 03621. 22 86 98
Email: mail@mobit.org
Internet: www.mobit.org

Das Projekt »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin« (MBR) wird gefördert durch das Bundesprogramm »Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie durch das »Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« beim Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration.



© Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. Berlin und Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig GmbH, Leipzig, 2002.

V.i.S.d.P.: Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Alle Rechte vorbehalten

<http://www.raa-berlin.de>, <http://www.klett-verlag.de>

Herausgeber: RAA e.V. Berlin, VDK e.V.

Redaktion: Herbert Weber

Bildauswahl und -unterschriften: Herbert Weber, Timm Köhler

Layout und Satz:  Design, Berlin

Fotos und Abbildungen: Bocheinski, G.A.F.F.-Fotoarchiv, MBR, Weber, Korgel, Bringt,

Antifaschistisches Infoblatt, Treptower Antifa-Gruppe, Kettler

Druck: Gutmann + Co. GmbH, Talheim

Buchbinderische Verarbeitung: IBB Industriebuchbinderei GmbH, Heilbronn (Neckargartach)

ISBN: 3-12-060202-

Die Broschüre entstand mit freundlicher Unterstützung und Förderung des Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig GmbH und der Freudenberg Stiftung Weinheim